Donnerstag, 23. Januar 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

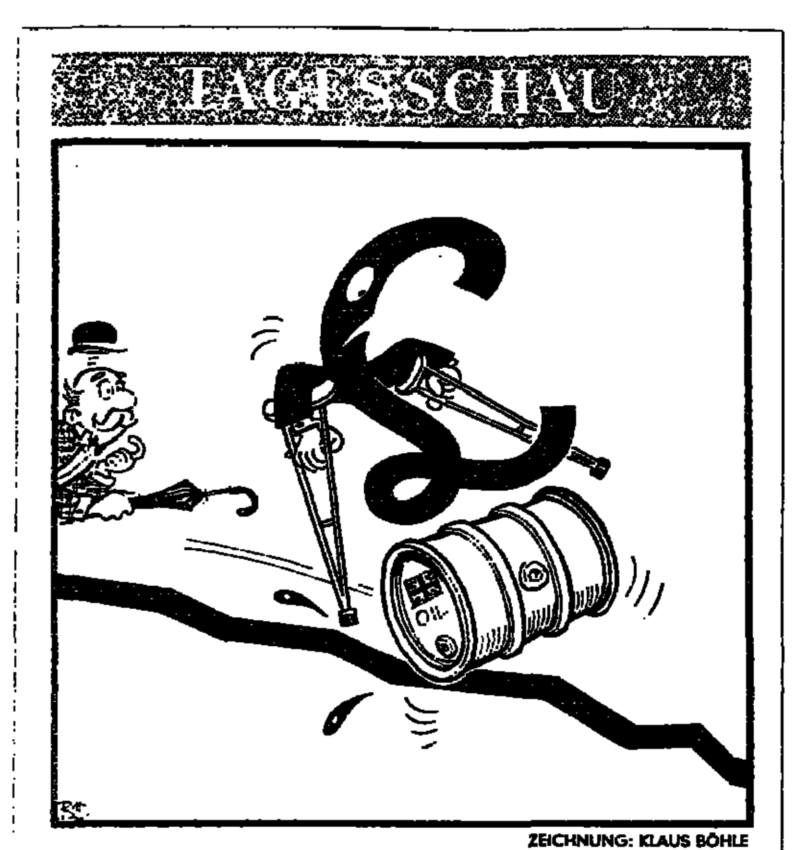
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 19 - 4.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der Kurs des Pfund Sterling ist seit Monaten auf Talfahrt. Gestern fiel der amtliche Mittelkurs der britischen Währung gegenüber der D-Mark nochmals um einen Pfennig auf das neue Tiefstniveau (seit 1953) von 3,4650 Mark. Bereits am Tag zuvor war der Pfundkurs um fünf Pfennig abgesackt. Der Kursrückgang wird vor allem mit dem Verfall der Ölpreise erklärt. Die Öleinnahmen sind ein wichtiger Faktor in der britischen Außenhandelsbilanz und damit entscheidend für die Bewertung der britischen Devise. Der Ölpreis war am Montag unter 20 Dollar je Barrel (159 Liter), einen Tiefststand seit sechs Jahren, gefallen.

POLITIK

Europa: Nach der Ablehnung der EG-Vertragsreform durch das Parlament in Kopenhagen wird der dänische Außenminister Ellemann-Jensen heute zu Konsultationen in Bonn erwartet. In EG-Kreisen wird dem dänischen Wunsch nach Neuverhandlungen keine Chance gegeben. (S. 5)

Bayern: Zum dritten Mal müssen sich Bayerns oberste Verfassungsrichter jetzt mit der Frage befassen, ob entsprechend dem Auftrag der Verfassung des Freistaats von 1946 nicht ein Gesetz über eine eigene bayerische Staatsangehörigkeit erlassen werden muß. (S. 3)

Abgewiesen: Das Bundesverfassungsgericht hat einen Antrag der Grünen-Fraktion im Bundestag auf Feststellung, daß der sogenannte Flick-Untersuchungsausschuß gegen seine Beweiserhebungspflicht verstößt, als unzulässig abgelehnt. (S. 10)

Sowjetunion: In scharfer Form kritisierte die „Komsomolskaja Prawda" die Schädigung der Umwelt durch die Industrie. Falls die von der neuen Führung geplante Expansion der Wirtschaft ohne Rücksicht auf die Natur realisiert werde, könnten die Folgen verheerend sein.

WIRTSCHAFT

Technik und Innovation: Die deutsche Wirtschaft muß Schwerpunkte setzen und die Industriestruktur durch möglichst große Flexibilität leistungsfähig erhalten. Diesen Rat gab BDI-Präsident Langmann vor Unternehmern in Köln. (S. 11)

Versicherer: Die Krise, in die die amerikanischen Haftpflicht-Versicherungen durch eine Fülle teurer Schadensfälle geraten sind, nimmt gefährliche Formen an. Viele Unternehmen verzichten auf die Vermarktung neuer Produkte, weil sie die hohen Prämien nicht mehr zahlen können oder überhaupt keine Versicherer mehr finden. (S. 14)

Börse: An den Aktienmärkten setzte sich die Abwärtsbewegung mit teilweise empfindlichen Einbußen fort. Auch der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 287,68 (291,32). BHF-Rentenindex 105,233 (105,285). BHF Performance Index 100,454 (100,475). Dollarmittelkurs 2,4620 (2,4595) Mark. Goldpreis pro Feinunze 353,00 (356,00) Dollar.

Gorleben – hält die Barriere?

Die radioaktiven Abfälle, die Kernkraftwerke produzieren, sind ein hoher Preis für die billige Energie. Man plant, sie tief in der Erde zu vergraben und dort, gut abgeschirmt von der Umwelt, zu deponieren. Ob sich der Salzstock in Gorleben dafür eignet, ist heftig umstritten. Wird die geologische Barriere für die nächsten 100 000 Jahre halten? Seite 6

KULTUR

Archäologie: Die rapide Zerstörung des archäologischen Erbes durch Landverbrauch und Bodeneingriffe beklagen die Denkmalschützer. Allzuoft verlieren Archäologen den Wettlauf mit dem Bagger der Baufirmen. (S. 21)

Theater: Immer mehr Schüler an allgemeinbildenden Schulen suchen die Begegnung mit dem Theater. Das Kölner Schauspiel hat jetzt ein regelrechtes Referat eingerichtet, das den Kontakt intensivieren soll. (S. 21)

SPORT

Motorsport: Der zweimalige Weltmeister Walter Röhrl geht heute als Fünfter bei der Rallye Monte Carlo in die entscheidende „Nacht der langen Messer". (S. 3)

Tennis: John McEnroe zieht sich für zwei Monate von den Grand-Prix-Turnieren zurück. Er will lediglich Verträge über Schaukämpfe einhalten. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Sturmschäden: Die schweren Stürme der vergangenen Tage haben in vielen Haushalten wieder die Frage aufgeworfen: Wie umfassend ist eigentlich der Schutz durch Hausrat-, Wohngebäude- und Autoversicherungen? (S. 22)

Verkehrserziehung: 38 Auszeichnungen, Verkäufe in 55 Länder – der „7. Sinn", die erfolgreichste deutsche TV-Sendung, feiert 20jähriges Jubiläum. (S. 22)

Wetter: Stark bewölkt. Schauer.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

DGB-Spitze läßt Entscheidung über die Neue Heimat offen

Bis zum 4. Februar Suche nach „Alternativen" / Morgen Debatte im Bundestag

DW. Darmstadt

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist sich unschlüssig, in welcher Weise er dem vom Zusammenbruch bedrohten Baukonzern Neue Heimat noch helfen kann. Eine „Sondersitzung" der DGB-Führung in Darmstadt, an der der NH-Vorstandsvorsitzende Diether Hoffmann teilnahm, erbrachte kein Sanierungskonzept. Die Verlegenheit, in der der DGB mit seinen 17 Einzelgewerkschaften steckt, ließ die gestern durchgesikkerte Absicht erkennen, am 4. Februar in Düsseldorf zu einer weiteren Krisensitzung zusammenzukommen. Es war von „vielen Alternativen", die zur Diskussion stünden, die Rede.

Zum jetzigen Zeitpunkt, meinte beispielsweise der IG-Druck-Vorsitzende Erwin Ferlemann, sei noch nicht abzusehen, ob die Gewerkschaften der Neuen Heimat noch einmal unter die Arme greifen müßten. Ferlemann: „Von einer Pleite der Neuen Heimat sind wir aber noch weit entfernt, die Vermögenswerte sind ja da."

Die Neue Heimat ist allerdings längst zu einem politischen Thema geworden. Am Freitag wird sich auf Antrag der FDP der Bundestag in einer Aktuellen Stunde mit der Situation des Baukonzerns befassen. Auffällig ist, daß sich zusehends auch sozialdemokratische Spitzenpolitiker von dem Verhalten der Neuen Heimat distanzieren. So hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, bemängelt, daß die Grundelemente des Genossenschaftswesens bei dem den Gewerkschaften gehörenden Unternehmen „blaß" geworden seien.

Der ehemalige Bremer Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) plädierte dafür, bei der Sanierung des NH-Konzerns auch über regionale Lösungen nachzudenken. „Dabei ist das Modell der Genossenschaften eine denkbare Möglichkeit." Denn diese setzen Überschaubarkeit voraus. Bei der Begrenzung auf bestimmte Größen oder Regionen „wie Wohnvierteln" könnten die größten Fehler des NH-Managements vermieden werden, „nämlich, daß regionale Belange nicht mehr berücksichtigt werden". Dies bedeute, wer die Geschichte der Neuen Heimat kenne, „zurück zu den Ursprüngen".

> LEITARTIKEL SEITE 2:
> **Heimat, deine Pleite**
> Von Peter Gillies

NH-Chef Hoffmann wird aus dem Gewerkschaftslager vorgeworfen, „zur Unzeit" – gemeint ist die Auseinandersetzung um den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes – einen Brief an Bundeskanzler Kohl geschrieben zu haben. Dieses Schreiben hatte die Wirkung eines „Hilferufs". Das Thema 116 spielte während der Darmstädter Klausur eine zentrale Rolle. Die innergewerkschaftlichen Gegensätze in der Frage eines „politischen Streiks" gegen die Pläne der Bundesregierung waren nicht zu verkennen. Radikale Kräfte unter Wortführerschaft der IG Druck und Papier dringen auf einen zentralen Aufruf der DGB-Spitzen zu bundesweit gleichzeitigen Protestaktionen in allen Wirtschaftszweigen.

Dagegen machen gemäßigte Gewerkschaftsführer wie der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe Front: Derartige Aktionen zur selben Stunde nähmen den Charakter eines politischen Streiks an – die Einschätzung „nahe am Generalstreik" wird von der IG-Chemie-Zentrale in Hannover nicht zurückgewiesen. Wie IG-Chemie-Sprecher Manfred Menzel der WELT bestätigte, steht Rappe damit im DGB-Vorstand „keineswegs allein".

DER KOMMENTAR

Schutz des Opfers

EBERHARD NITSCHKE

Daß dem Straftäter in der geltenden Rechtsordnung mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird als dem Opfer, wurde jahrzehntelang als kleiner Schönheitsfehler an Justitias Waage hingenommen. Ein feinmechanischer Eingriff, von dem versichert wird, daß er dem Bund keine, den Ländern wenig Kosten machen wird, soll hier Remedur schaffen.

Das „Opferschutz-Gesetz", das am Mittwoch vom Bundeskabinett verabschiedet wurde und bei erwartetem geringen Widerspruch schnell in Kraft treten dürfte, verbessert die strafverfahrensrechtlichen Befugnisse des sogenannten „Verletzten" entscheidend. Endlich können sich Opfer schwerer Straftaten, wie von Vergewaltigungen, gegen ehrverletzende Befragungen und Schuldzuweisungen verteidigen. Ja, es ist das Kennzeichen des Gesetzeswerkes, daß es praktisch aus der Diskussion um Vergewaltigungsprozesse und die schlimmen Folgen für betroffene Frauen gerade vor Gericht hervorgegangen ist. Unter den 14 Punkten, die jetzt in elf Paragraphen im Sinne des von Bundesjustizminister Hans Engelhard vorgelegten Gesetzentwurfes geändert werden sollen, fallen besonders die auf, die man sich vor allem in solchen Prozessen vorstellen kann. Nach geltendem Recht sind nur Fragen nach „entehrenden Tatsachen" unzulässig, künftig endet das Fragerecht des Richters schon an der Schwelle des „persönlichen Lebensbereiches". Und: im Zweifel wird demnächst nicht mehr für die „Öffentlichkeit" solcher Verfahren entschieden, sondern in erster Linie für den Persönlichkeitsschutz.

Daß die Länder ausnahmslos im Vorfeld der Einbringung dieses „Ersten Gesetzes zur Verbesserung der Stellung des Verletzten im Strafverfahren" versuchten, mögliche Kosten von sich abzuwälzen, gehört zum Ritus. Und daß verdienstvolle Organisationen wie der „Weiße Ring" gern noch mehr Opferschutz durchsetzen möchten, gehört zur selbstgestellten Aufgabe.

Opfer erhalten mehr Rechte vor Gericht

Reform der Strafprozeßordnung geplant / Engelhard: Versäumnisse von Jahrzehnten nachholen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Die Verbesserung des Opferschutzes ist eines der zentralen rechtspolitischen Vorhaben dieser Bundesregierung." Mit diesen Worten stellte Bundesjustizminister Hans Engelhard gestern in Bonn einen vom Kabinett beschlossenen Gesetzentwurf vor, der im wesentlichen die Stellung der Opfer von Straftaten im Prozeß gegenüber dem mutmaßlichen Täter wesentlich stärkt, indem ihnen mehr Rechte eingeräumt werden.

Der Entwurf, durch den in zehn Fällen die Strafprozeßordnung und in einem Fall das Gerichtsverfassungsgesetz geändert werden sollen, wandelt nach den Worten Engelhards die bisherige grundsätzliche Einstellung der Justiz. In der Vergangenheit habe im Vordergrund aller rechtspolitischen Aktivität fast ausschließlich der Täter gestanden. Die Justiz sei bemüht gewesen, ihm im Rahmen des Strafrechts, des Strafverfahrensrechts und des Strafvollzugsrechts „mehr rechtsstaatliche Garantien zu gewähren". Bei aller Richtigkeit dieser Reformen, die von einer möglichen Resozialisierung ausgehen, müßten nunmehr aber das Verbrechensopfer und seine Rechte in den Vordergrund des Interesses rücken, sagte Engelhard.

Der Justizminister erinnerte daran, daß gerade bei Vergewaltigungsprozessen das Verfahren für die Opfer häufig „ein peinliches, ehrverletzendes Spießrutenlaufen vor aller Öffentlichkeit" geworden sei. Auch die Rechtsstellung von Opfern schwerer Körperverletzung, von Geiselnahme, Entführung und Mordversuch sei ähnlich unbefriedigend. Nach dem Gesetzentwurf wird es den Betroffenen leichter gemacht, Schadensersatz schon im Strafverfahren durchzusetzen. Während nach geltendem Recht im Strafverfahren ein sogenanntes „Grundurteil" über den Ersatzanspruch verboten ist, soll nun zugelassen werden, daß Ansprüche grundsätzlich für gerechtfertigt erklärt werden. Streiten die Parteien nach Rechtskraft des Grundurteils weiter, dann ist ein Zivilgericht an diese Entscheidung gebunden.

Der Ausschluß der Öffentlichkeit, vor allem bei Vergewaltigungsprozessen, und Beschränkung der Fragen an die Zeugen auf Komplexe außerhalb des „persönlichen Lebensbereichs" sollen vor allem den betroffenen Frauen Verbesserungen im Prozeßablauf bringen. Wichtige Kostenregelungen zugunsten von Verbrechensopfern schließen nach dem Gesetzentwurf auch ein, daß Auslagen, die dem Opfer oder den Nebenklägern entstanden sind, der Verurteilte zu tragen hat. Bisher gibt es für die Nebenklage keine ausdrückliche gesetzliche Regelung.

Bereits bei Vorlage eines als „Diskussionsentwurf" deklarierten einschlägigen Gesetzestextes hatte der Bundesjustizminister im Mai 1985 darauf aufmerksam gemacht, daß auf diesem Felde „rechtspolitische Versäumnisse der letzten Jahrzehnte" wieder gutgemacht werden sollen.

Schickt Moskau weitere Soldaten nach Aden?

SAD, Kairo

Sowjetische Truppen sind gestern in Aden auf dem Flugplatz Khormakschar gelandet, berichten zuverlässige Quellen aus der nordjemenitischen Hauptstadt Sanaa. Auch westliche Abhörstellen haben einen verstärkten sowjetischen Funkverkehr in Aden festgestellt.

Die sowjetischen Maschinen mit bisher zwei Bataillonen Luft-Lande-Einheiten in Kampfausrüstung kamen aus Afghanistan oder Äthiopien, heißt es weiter. Bisher sind 2000 sowjetische Soldaten in Aden stationiert. Ob die Landungstruppen weiter verstärkt werden und in die laufenden Kämpfe eingreifen, ist zur Stunde ungewiß. Flüchtlinge berichten, die Sowjets stünden auf der Seite des kremltreuen früheren Präsidenten Abdul Fattah Ismail, der in den ersten Tage der Kämpfe in der sowjetischen Botschaft Unterschlupf gefunden hatte.

General Motors gründet Zentrale für Europa

DW. Rüsselsheim

Zur Stärkung der Wettbewerbsposition beschloß General Motors die Gründung einer Europa-Zentrale in Zürich. Unter der Leitung des bisherigen Opelchefs Ferdinand Beickler (63) sollen neun weitere Vorstandsmitglieder bei der „General Motors Europa – Passenger Cars" tätig sein. Unter ihnen befindet sich auch als Vizepräsident John M. Fleming, der Generaldirektor der britischen Vauxhall Motors Ltd. Aus Rüsselsheim begleiten Beickler Richard E. Durkin (bisher im Adam-Opel-Vorstand für Finanzen zuständig), Hans Wilhelm Gäb (Vorstand Öffentlichkeitsarbeit), Donald G. Hedeen (Planungsdirektor) sowie Hans Gensert (Zusammenbau- und Teilefertigungswerke). Die Zentrale soll, so Beickler, „das, was in den einzelnen Ländern passiert, koordinieren, anpassen, Kundenerwartungen reflektieren".

Seite 11: Neue Europa-Zentrale

Papst ist nicht mehr der „Antichrist"

Evangelische und katholische Kirche kommen sich näher / Wichtige Fragen ausgeklammert

GERNOT FACIUS, Bonn

Von einem „Durchbruch" möchte noch niemand sprechen. Der Weg zur Einheit im Glauben läßt sich, wie es der Würzburger Bischof Paul-Werner Scheele salopp formulierte, nicht im „Gewaltgalopp" zurücklegen. Aber das gestern in Bonn veröffentlichte Abschlußdokument der gemeinsamen ökumenischen Kommission, 1980 von Papst Johannes Paul II. während seines Deutschlandbesuchs inspiriert, zeigt, daß eine Art Minimalkonsens gefunden wurde: Katholische wie evangelische Kirche wollen das Gemeinsame und nicht länger das Trennende herausstellen.

Die Kommission hat von einem Arbeitskreis aus Theologen beider Seiten einen „Prüfungsbericht der Verwerfungen des 16. Jahrhunderts" erarbeiten lassen. Dieses Dokument wird der Deutschen Bischofskonferenz und dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland mit der Bitte vorgelegt, „konkrete Folgerungen daraus für die Urteile der Kirchen übereinander zu ziehen". Es soll verbindlich ausgesprochen werden, daß die „Verwerfungen den heutigen Partner nicht treffen, insofern seine Lehre nicht von dem Irrtum bestimmt ist, den die Verwerfung abwehren wollte".

Aber die Autoren des Schlußberichts raten selbst zur nüchternen Betrachtung: „Wenn die Verwerfungsaussagen der Reformationszeit ihre kirchentrennende Wirkung verlieren, sind damit nicht schon alle Bedingungen für die volle Kirchengemeinschaft gegeben, aber der Weg zu Verhandlungen darüber wird frei." Im Klartext: In einer jahrhundertelang gegensätzlich verlaufenen Geschichte haben sich unterschiedliche konfessionelle Kulturen entwickelt, die bis in das Alltagsverhalten hinein die Menschen prägen.

Immerhin: Die Bezeichnung des Papstes als „Antichrist", die Verurteilung der Messe als „vermaledeite Abgötterei" soll ebenso der Vergangenheit angehören wie die Verketzerung der Protestanten durch die römische Kirche. Der hannoversche Landesbischof Eduard Lohse, neben Scheele Vorsitzender der Kommission, sieht allerdings noch keinen „formulierten Fundamentalkonsens". Allzu viel muß noch aufgearbeitet werden: Aufhebung des Ehehindernisses der Konfessionsverschiedenheit, die Genehmigung ökumenischer Gottesdienste am Sonntag und die gegenseitige Zulassung zum Abendmahl. Diese Fragen lassen sich auf nationaler Ebene ohnehin nicht lösen. Die Konzeption der katholischen Kirche als „Weltkirche" steht dem entgegen.

Das konfessionskundliche Institut der EKD vermißt eine offizielle positive katholische Äußerung über die grundsätzliche Anerkennung der evangelischen Kirchen sowie deren Sakramente und Ämter. Nach wie vor verhinderten die Dogmen über die Unfehlbarkeit des Papstes und die Stellung Marias eine volle Kirchengemeinschaft. Diese Themen waren „ausgespart" worden.

Kiechle gegen Preissenkungen

Mk. Bonn

Preissenkungen zum Abbau der hohen Überschüsse von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der Europäischen Gemeinschaft lehnt Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle entschieden ab. In einem Gespräch mit der WELT aus Anlaß der 51. Internationalen Grünen Woche in Berlin wies der Minister darauf hin, daß aber auch die Möglichkeiten für höhere Agrarpreise in der Gemeinschaft begrenzt seien. Einen Spielraum könne es erst wieder geben, wenn die Überschüsse beseitigt seien. Darauf komme es in der Agrarpolitik jetzt an. An der Grünen Woche, eine der bedeutendsten landwirtschaftlichen Ausstellungen der Welt, nehmen mehr als 40 Länder teil.

Seite 16: EG–Preispolitik

Todesstrafe für Mord an Gandhi

DW. Neu-Delhi

Wegen Mordes an der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi im Oktober 1984 sind gestern drei Sikhs, die beiden früheren Leibwächter Satwant Singh und Balbir Singh sowie Kehar Singh, zum Tode verurteilt worden. Richter Mahesh Chandra sagte in der Urteilsbegründung, die er hinter Panzerglas verlas, in Anbetracht aller Umstände sei in diesem Falle die Todesstrafe gerechtfertigt. Die Verteidigung hatte den Prozeß als Farce bezeichnet und argumentiert, in dem Verfahren gehe es darum, die Verbindung der Attentäter zum jetzigen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi zu vertuschen. Wegen zu erwartender Unruhen haben die Behörden die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt.

Im Fall Antes geht es Schlag auf Schlag

D. DOSE/H. R. KARUTZ, Berlin

Wie ein „Flächenbrand" breitet sich die Berliner Korruptions-Affäre aus. Inzwischen sind Kommunalpolitiker aus drei Bezirken darin verwikkelt. Die Zahl der ermittelnden Beamten wurde entsprechend erhöht. Mittlerweile sind ein Oberstaatsanwalt, drei Staatsanwälte und 19 Beamte der Kripo-Sonderkommission „Lietzenburg" (so genannt, weil in der Lietzenburger Straße die ersten Hinweise auf den Skandal gefunden wurden) mit den Untersuchungen beschäftigt.

Kaum war am Dienstag die Verhaftung des „Baulöwen" Kurt Franke (s. WELT vom 22. 1.) bekannt geworden, ging es Schlag auf Schlag:

Festnahme des Steuerberaters Edwin Veth. Er soll Schmiergelder an den in Untersuchungshaft sitzenden ehemaligen CDU-Baustadtrat von Charlottenburg, Wolfgang Antes, gezahlt haben. Veth hatte auch einmal Kontakt mit Innensenator Lummer.

Durchsuchung der Amts- und Privaträume des Tiergartener CDU-Bürgermeisters Hans-Martin Quell und der Wohnung des ehemaligen Tiergartener Wirtschafts- und Finanzstadtrates Bernd Kaiser. Die erste „Schramme" für die Opposition, denn Kaiser gehört der SPD an. Beiden wird vorgeworfen, von Franke Beträge „unter 100 000 Mark" kassiert zu haben.

Durchsuchungen auch in den Dienstgebäuden des Bau- und Finanzsenators. Zwei Mitarbeiter der Bauverwaltung, darunter ein Abteilungsleiter, und einer der Finanzverwaltung stehen ebenfalls unter dem Verdacht der Bestechlichkeit.

In den Ermittlungsverfahren in den Bezirken Charlottenburg, Wilmersdorf und Tiergarten gibt es mittlerweile 30 Beschuldigte: Kommunalpolitiker, Leute aus der Baubranche und dem sogenannten halbseidenen Milieu. Eine Schlüsselfigur scheint Bauunternehmer Franke zu sein. Auf dem Weg zur Wirtschaftsratssitzung des Fußballklubs Hertha BSC wurde er festgenommen . . .

Er steht unter dem Verdacht, sich für „Gefälligkeiten" bei verschiedenen Bauvorhaben, unter anderem dem 20-Millionen-Mark-Projekt eines Jugendhotels, großzügig revanchiert zu haben.

„Zwischen den Fällen in Charlottenburg und Tiergarten bestehen indirekte Zusammenhänge", bestätigt Justizsprecher Volker Kähne.

Bürgermeister Quell hat inzwischen Rückendeckung vom CDU-Kreisvorstand Tiergarten erhalten. Er habe in seiner Eigenschaft als stellvertretender Kreisvorsitzender von Franke Spendengelder erhalten „und an die Partei weitergeleitet". Wie die Berliner CDU mitteilt, will Quell bis zur Klärung der Beschuldigungen seine Amtsgeschäfte ruhen lassen. Für Freitag ist Quell, seit 1981 Bürgermeister, zur Anhörung beim Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, seinem Disziplinarvorgesetzten, geladen.

Moskau warnt Ungarn vor zu engen Kontakten zum Westen

„Prawda"-Kritik an „antisozialistischer Propaganda"

DW. Moskau

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat Ungarn vor den „Gefahren" einer zu weit gehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Kontakten mit westlichen Ländern gewarnt. Im Westen gebe es Leute, die die wirtschaftlichen Kontakte, den kulturellen Austausch sowie Touristen-Reisen nach Ungarn dazu benutzten, „bürgerliche Ideologie und antisozialistische Propaganda" zu verbreiten.

Bei der Teilnahme Ungarns am internationalen Handel „unter den Bedingungen des Kampfes zwischen der sozialistischen und bürgerlichen Ideologie" müsse man seine geographische Lage und die Besonderheiten des ungarischen Nationalcharakters berücksichtigen, hieß es ferner. Es müsse aber für alle klar sein, daß das ungarische Volk heute kompromißlos für den Sozialismus eintrete. Die ungarischen Kommunisten würden begreifen, daß sie die „Gegenpropaganda" und die „Unversöhnlichkeit" mit der bürgerlichen Ideologie entschieden vorantreiben müßten.

Die „Prawda" erinnerte mehrmals daran, daß die Grundlage für die ungarische Wirtschaft die Zusammenarbeit innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sei. „Die Praxis der Partnerschaft mit den kapitalistischen Ländern hat unsere ungarischen Freunde davon überzeugt, daß die Zusammenarbeit mit ihnen nur bei gleichzeitiger Ausweitung des Handels und bei einer umfassenden Entwicklung der Integration und der Kooperation mit den RGW-Ländern vorteilhaft ist."

Der „Prawda"-Artikel enthält keine direkte Kritik am Wirtschaftskurs Ungarns. Westliche Beobachter in Moskau betrachten den Artikel aber als indirekte Warnung. Der sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow hatte sich zu den ungarischen Reformen bisher nicht deutlich geäußert. Die „Prawda" kritisierte auch, daß der westliche Sender „Radio Freies Europa" seine Programme nach Ungarn ausstrahlen kann. In der Sowjetunion werden westliche Radiostationen massiv von Störsendern überlagert.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Dänen und das Paket

Von Gottfried Mehner

Seit langem haben wenige Fragen das Fünfmillionenvolk der Dänen so aufgewühlt wie jetzt die Diskussion um Annahme oder Ablehnung des Luxemburger EG-Reformpaketes. Während im Rest-Europa der Begriff Paket wegen des Beinahe-nichts-Inhaltes sowieso für viel zu voluminös gehalten wird, scheinen die Dänen eben wegen dieses Inhalts in blockiererische Selbstzweifel zu zerfallen.

Argumentiert wird teilweise auf einem derart verqueren Sophisten-Niveau, daß die restlichen Länder selbst bei angestrengtester Langmut letztlich verständnislos bleiben müssen. Wenn jetzt das Folketing die Minderheitsregierung beauftragt, wegen des Paketes mit den Partnern „Neuverhandlungen" zu beginnen, scheint Politik in Dänemark langsam die Kunst des Unmöglichen zu werden. Dieser Einfall könnte wirklich zum Anfang einer EG-Entfremdung führen.

Größter Gegenspieler von Schlüters bürgerlichem Vier-Parteien-Minderheitskabinett sind die Sozialdemokraten mit dem überzeugten Europäer Anker Jørgensen an der Spitze. Er bekennt sich ausdrücklich zur EG. Allerdings in ihrer jetzigen Form, also ohne daß das EG-Parlament mehr Vollmachten erhält. Daß es zwar mehr Vollmachten erhalten soll, daß diese aber nur für seltene Ausnahmekonstellationen gelten würden, bringt ihn nicht zum Einlenken. Vermutlich auch nicht der Hinweis, daß 315 Millionen der Resteuropäer hier keine Gefahr sehen. Gerät das Land unter dem Danebrog zusehends in die Kleinkariertheit?

Es ist – so gut wie – beschlossen, daß eine Volksabstimmung die Atmosphäre klären soll. In allen Meinungsumfragen liegen die Paket-Befürworter klar vorn. Allerdings spricht Schlüter in erster Linie von der Gefahr, daß bei einer Paket-Verweigerung „dem dänischen Wohlstand das Genick gebrochen wird". Da könnte der Zuhörer das Gefühl bekommen, daß Europa allein eine Sache des Krämergeistes und nicht vor allem der kulturellen Zusammengehörigkeit wie der weltpolitischen Selbstbehauptung ist. Die anscheinend unvermeidliche dänische Volksabstimmung sollte genutzt werden, neue Akzente in Richtung europäischer Union zu setzen.

Ex oriente crux

Von Evangelos Antonaros

Ankaras Ministerpräsident Turgut Özal hat sich seit Jahren – zunächst als Vizepremier, später als Regierungschef – konsequent für engere Beziehungen der Türkei zur islamischen Welt engagiert. Ihm ging es vor allem um eine Intensivierung der Kooperation im Wirtschaftsbereich, vor allem um eine Ausdehnung des türkischen Exports. Diesem Ziel diente auch die viertägige Reise Özals nach Teheran. In den offiziellen Verlautbarungen und den halbamtlichen Presseberichten war von einer „Verstärkung der Kooperation", von einer Ausdehnung des Handels, von Projekten im Milliardenwert die Rede.

Interessant ist allerdings nicht das, was in den Erklärungen erwähnt wird, sondern was verschwiegen bleibt. Mit keinem Wort wurden die politischen Probleme erwähnt, die seit einiger Zeit die Beziehungen zwischen Ankara und Teheran überschatten. Fast bei allen „neuen" Ankündigungen handelt es sich entweder um vage Absichtserklärungen, wie es zum Beispiel im Handelsbereich der Fall ist, oder aber um aufgewärmte alte Projekte, deren Realisierung weiterhin auf große Probleme stößt. Dazu zählt vor allem der Bau einer Öl- und Erdgaspipeline von Iran an die türkische Mittelmeerküste.

Mag sein, daß Özal die „Erfolge" seiner Gespräche in Teheran, nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen, an die große Glocke hängte. Ihm ging es diesmal allerdings in erster Linie darum, die Iraner zur Einhaltung ihrer vertraglichen Verpflichtungen aus früheren Jahren, zur Begleichung ihrer Schulden zu bewegen. Den Türken sind ihre Wirtschaftsbeziehungen zur islamischen Welt weiterhin wichtig. Mittlerweile haben sie allerdings eingesehen, daß diese einseitige Orientierung unklug ist, daß die Islam-Staaten als Partner weniger zuverlässig sind als der Westen.

Einmal sind selbst die erdölproduzierenden Nachbarn der Türkei nicht mehr so liquide wie früher. Zum anderen kommt durch die wirtschaftliche auch eine politische Abhängigkeit zustande, die den Türken auf die Dauer unangenehm ist. Nicht zuletzt deswegen bemüht sich Özal seit einiger Zeit intensiver denn je um die Gewinnung von neuen Absatzmärkten in Westeuropa und Amerika.

Der Weg zum Menschen

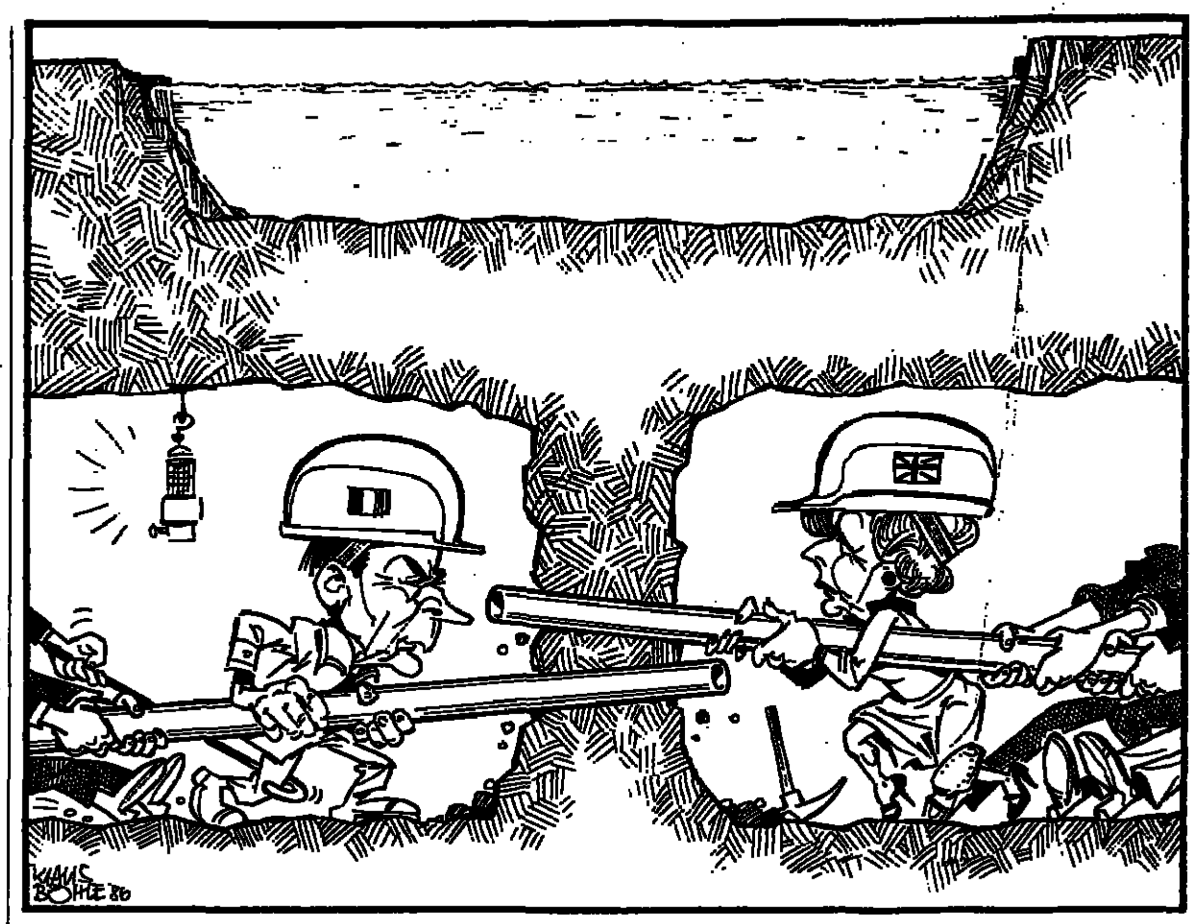
Von Henk Ohnesorge

Daß Selbstverständlichkeiten keineswegs selbstverständlich sein müssen, zeigt ein Brief des hannoverschen Landesbischofs Eduard Lohse an seine mehr als achtzehnhundert Pastorinnen und Pastoren. Der ehemalige EKD-Ratsvorsitzende bittet sie, Stil und Form ihrer Predigten zu überprüfen. In den Predigten solle Gottes Freundlichkeit zum Ausdruck kommen, denn nicht im Strafgericht oder durch Schelten, sondern still, leise und freundlich habe Gottes Barmherzigkeit den Weg zu den Menschen gesucht, schreibt Lohse.

Mancher Christenmensch wird sich die Augen reiben. In der Tat ist in nicht wenigen Gotteshäusern die Rede von Gottes Liebe und immerwährender Güte selten geworden. Gab es die deftige Kapuzinerpredigt im Stile von Abraham a Sancta Clara und die Schriftauslegung im Stil von „Zerknirsche dich, Sünder" zur Zeit der Erweckungsbewegung, so ist es heute häufig der politisch-soziologische Anpfiff von der Kanzel, bei dem den Gläubigen alle tatsächlichen und vermeintlichen Mißstände der Welt um die Ohren gehauen werden. Ergebnis: Manchem gelingt es auf diese Art, seine Kirche nach und nach leerzupredigen.

Doch der äußerlich so kühl wirkende Neutestamentler Lohse hat noch mehr in petto. Als überlegenswert regt er an, in den Kirchen neben Gesangbüchern auch Bibeln auszulegen. Denn wenn die Gläubigen die Predigt mit aufgeschlagener Bibel verfolgen würden, so wären nach der Ansicht des Bischofs „manche Höhenflüge, die sich von der Wirklichkeit, in der wir leben, aber nicht selten auch vom gegebenen Text mehr oder minder weit entfernen", nicht mehr möglich.

Der Pastor pastorum der mit 3,5 Millionen Mitgliedern größten deutschen lutherischen Landeskirche weiß, wovon er redet. Wenn die Pastoren am Sonntag weniger von Aufrüstung und Abrüstung, dem Elend der Dritten Welt und dem sozialen Unrecht überall reden und dafür mehr von dem, was in der Kirche „Sache ist", dann würden vielleicht auch diejenigen eines Tages wieder unter der Kanzel sitzen, die heute lieber bei Bedarf den Vortrag eines Politikers oder Soziologen anhören – der versteht ja womöglich etwas von dem, wovon er redet.



System mit konkurrierenden Röhren KLAUS BÖHLE

Heimat, deine Pleite

Von Peter Gillies

Für den Chef eines Unternehmens, das sich in Sichtweite des Konkursrichters befindet, muß es eine schmerzliche Erfahrung sein, zu sehen, wie die Zahl der alten Freunde schmilzt. Alle, die sich in Boomzeiten gern mit dem Unternehmen identifizierten und gute Geschäfte mit ihm machten, wechseln heute die Straßenseite, wenn der wackere Diether Hoffmann, Konzernherr der siechen Wohnungsbaugruppe Neue Heimat, naht. In peinlicher Eile ging just die verschwägerte SPD auf Distanz, die anderen Parteien hatten sich schon entfernt; die Baubranche und die Wohnungswirtschaft betrachten das Kürzel „NH" als Gottseibeiuns, den kreditgebenden Banken tritt der Schweiß auf die Stirn. Vor allem jene Gruppe, die zur Problemlösung aufgefordert wäre, weil sie unternehmerische Eigentümer-Verantwortung trägt, hält sich merkwürdig bedeckt: der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften.

Der Fall „Neue Heimat" ist in vielfacher Hinsicht ein Lehrstück. Er führt den Schwulst von Gemeinnützigkeit, Mitbestimmung, Sozialverpflichtung und Gemeinwohl auf die harte Realität zurück. Das Marktgesetz, nach dem Spekulanten ohne ausreichendes Eigenkapital in der Baisse irgendwann auf die Nase fallen, erwies sich auch hier als unnachsichtiger Zuchtmeister. Die NH-Eigner ließen sich wie „ganz normale Baulöwen" durch vermeintlich immerwährende Wertsteigerungen blenden; zehn Milliarden Mark öffentlicher Subventionen nebst Steuerfreiheit auf den „gemeinnützigen" Wohnungsbau und starker politischer Einfluß verliehen dem Giganten einen quasistaatlichen Anstrich. Fehlende Kontrolle der Eigner sowie persönliche Bereicherungen und Durchstechereien runden das einzigartige Mismanagement ab.

Gestern nun haben die Gewerkschaftsfürsten ein Tribunal für NH-Chef Hoffmann inszeniert. Freilich ist die Anklagebank hier falsch besetzt, denn nicht der Sanierer gehört dorthin, sondern diejenigen, die durch unternehmerisches Versagen den Sanierungsfall heraufbschworen. Die elegant-geräuschlose Lösung wäre nämlich, Eigenkapital zuzuschießen (das man jahrelang zuzuschießen sträflich versäumte; hier liegt die Hauptursache der Misere). Das wollen die Gewerkschaften ihren Mitgliedern (ein paar Hundertmarkscheine pro Nase wären da schon nötig) sowie ihren Streikkassen nicht zumuten. Unannehmbar für den Staat ist es jedoch, den Steuerzahler zur Ader zu lassen, um die Gewerkschaftskassen zu schonen.

Den Radikallösungen – einerseits „so schnell wie möglich alles verkloppen" (Friedhelm Farthmann) oder andererseits der Konkurs – stehen gewichtige Sachargumente im Wege. Das privatwirtschaftliche Vermögen der Gewerkschaften ist auf die Schnelle nicht zu versilbern, ein Konkurs ist jedenfalls jetzt nicht wünschbar, weil er den ohnehin instabilen Immobilienmarkt in Turbulenzen stürzte. Im Grunde befindet sich Hoffmann auf dem einzig möglichen Weg, der ihm nach Mismanagement und Verweigerung der DGB-Eigner verblieb: „Schluckzessiver" Wohnungsverkauf, um Kredit- und Zinslast schrittweise zu verringern, damit die Banken nicht noch unruhiger werden, als sie es schon sind. Andererseits ist die Drohung mit dem Konkurs keine allzu scharfe Waffe, denn vielen Mietern kann nichts Besseres passieren, als daß sie zum Schleuderpreis persönliches Eigentum erwürben.

Trotz aller Versuche von SPD und DGB, sich keusch auf Distanz zu halten, stecken beide mitten in der Neue-Heimat-Krise, wirtschaftlich wie ideologisch. Es sollte ein Modellfall werden, wie man mit voller Mitbestimmung und sozialgemeinnützig den häßlichen Kapitalismus widerlegt. Tatsächlich ist das Gespann SPD-DGB das Opfer der eigenen Propaganda geworden, die da lautete: Allerorten Wohnungsnot, mit der Schlußfolgerung, daß es deshalb mit dem Bauen weitergehen werde wie bisher. Die flammende Warnung „Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste", stets gegen *„die Kapitalisten"* geschleudert, ist noch vielen im Ohr. Sie richtet sich heute gegen jene, die sie im Munde führten.



Jetzt Sündenbock für alle: NH-Sanierer Hoffmann
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Natürlich versuchen die gescheiterten „Gemeinwohl-Unternehmer" den Staat in die Mitverantwortung zu ziehen. Das ist eher üblich. Bei manchen Massenverkäufen ist es dem Konzern auch bereits gelungen, auf Umwegen die eigenen Kassen zu schonen und staatliche mit der Konkursdrohung oder nebulösen Sozial-Alarmrufen anzuzapfen. Der Staat kann und darf finanzielles Engagement jedoch nur dann in Erwägung ziehen, wenn erstens die Verantwortlichen zuvor voll in die Pflicht genommen sind und zweitens die Subvention direkt dem Mieter zugute kommt und nicht einer zwischengeschalteten Gewerkschafts-Holding.

Ganz und gar unannehmbar wäre ein politisches Koppelgeschäft derart, daß die Gewerkschaften mit Zustimmung zum ungeliebten Paragraphen 116 winken und als Entgelt dafür einige Milliarden für ihren angeschlagenen Wohnungskonzern erhielten. Beides hat nichts miteinander zu schaffen. Im ersten Fall geht es um die Neutralität des Staates im Arbeitskampf, im anderen um die Folgen von Spekulation und Mißwirtschaft. Beides zu vermischen wäre schmierig für alle Beteiligten.

Aufgabe des Staates ist es, Bau- und Bodenspekulanten ins Leere laufen zu lassen, nicht aber, ihnen ihre Ladenhüter zu überhöhten Preisen abzukaufen. Mit einer konsequenten Stabilitätspolitik ist ersteres gelungen, nicht zuletzt auf dem Wohnungsmarkt, der erkennbar zum Gleichgewicht tendiert. Subventionen für die „Teure Heimat" machten diese Politik unglaubwürdig. Es hilft nichts: Die Gewerkschaften müssen den Klingelbeutel herumgehen lassen – in den eigenen Reihen.

IM GESPRÄCH Shintaro Abe

Aufrechter Kronprinz

Von Fred de La Trobe

Japans Außenminister Shintaro Abe hält sich zur diesjährigen Pflichtrunde der jährlichen Konsultationen mit seinem Amtskollegen Genscher in Bonn auf. Hauptthemen sind diesmal die Strategische Verteidigungsinitiative, Abes Verhandlungen mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse letzte Woche und das Standardthema seit Jahren, der chronische Überschuß der japanischen Handelsbilanz. Der 61 Jahre alte Abe zählt zu der „jüngeren Generation" unter den Politikern Nippons und zu den sogenannten „neuen Führern" in der regierenden Liberaldemokratischen Partei. Er gilt als einer der aussichtsreichsten „Kronprinzen" von Ministerpräsident Nakasone und will sich im November zur Wahl für das Amt des neuen Regierungschefs stellen.



Tu dein Bestes: Japans Außenminister Abe FOTO: WEREK

Abe wurde in der Präfektur Yamaguchi in Südjapan geboren. Sein Vater war ebenfalls Politiker, in der Zeit vor 1945 zog er als Unabhängiger in den Reichstag ein. Nach dem Jura-Studium an der Elite-Universität Tokio meldete sich der Sohn gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zu einer Einheit der Kamikaze-Todesflieger, kam aber nicht mehr zum Einsatz.

Nach dem Kriege war er sieben Jahre lang politischer Redakteur bei der großen Tageszeitung „Mainichi Shinbun". Danach stieg er als Privatsekretär des damaligen Ministerpräsidenten Nobusuke Kishi in die Politik ein. Die Beziehungen zum heute neunzigjährigen Kishi festigten sich, als Abe dessen Tochter heiratete. Die Abes haben heute zwei erwachsene Söhne, Hironobu und Shinzo.

Die nächste größere Station in der politischen Laufbahn des heutigen Außenministers war 1958 seine Wahl ins Parlament für die Liberaldemokratische Partei; seither gehört er dem Parlament ununterbrochen an. Unter einander folgenden Regierungen erhielt er Ministerposten für Landwirtschaft, Industrie und Handel sowie schließlich das Außenressort. Auch die einflußreiche Position des Kabinettssekretärs fiel ihm zeitweilig zu. Altministerpräsident Fukuda, dessen Parlamentsgruppe – sie ist die drittstärkste im liberaldemokratischen Lager – er beitrat, zog ihn zu seinem Nachfolger heran.

Wie Fukuda ist Abe in dem lockeren konservativen Parteigebilde etwas rechts der Mitte angesiedelt. Das Arbeitsmotto von Abe ist das Wort „Seishin seii", auf deutsch „aufrichtiger Sinn" oder, mit anderen Worten, „Tu dein Bestes!". Dieser Wahlspruch geht auf den Samurai Kaishi Katsu zurück, der im letzten Jahrhundert wesentlich zur Meiji-Reform und zur Modernisierung Japans beitrug.

Abe erweist sich jedenfalls insofern als würdiger Nachfolger, als die Länge seiner Amtszeit als Außenminister einen Rekord in der Nachkriegszeit darstellt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Schwarzwälder Bote

Die Oberndorfer Zeitung meint zu SPD-Euphorien:

Gorbatschows jüngste Abrüstungsvorschläge haben Bewegung in die Ost-West-Diskussionen gebracht. Ob man sie aber, wie der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Vogel, so überschwenglich als „reale Utopie" hochloben sollte, muß wohl doch, nüchtern betrachtet, bezweifelt werden.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie schreibt zum Krieg in Afghanistan:

Solange der Kreml sich auf die Propagierung wohlfeiler Abrüstungsvorschläge beschränkt, ohne – wie immer wieder betont werden muß, damit dieser Krieg nicht in Vergessenheit gerät – in Afghanistan friedenspolitisch Flagge zu zeigen, darf sich in Moskau niemand über die skeptischen Reaktionen im Westen wundern.

Wiesbadener Tagblatt

Es zieht die Bilanz der Hilfsorganisationen für Afrika:

Die Ursache für die Misere nur bei den Nehmerländern zu suchen, ist Selbstbetrug. Zwar verrotten Lebensmittel in vielen Ländern, weil die Transportmittel fehlen, werden Hilfstransporte in die Rebellengebiete Äthiopiens von der Regierung unterbunden. Die wirklichen Ursachen liegen aber ganz woanders. Die Entwicklungshilfe der reichen Industrieländer hat es bislang nicht verstanden, in ausreichendem Maße Programme und Projekte in Afrika zu fördern, die dem vielzitierten Motto „Hilfe zur Selbsthilfe" gerecht werden ... Wenn sich dies nicht ändert, wird der Teufelskreis nie durchbrochen, ist die nächste Hungerkatastrophe programmiert.

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung geht auf den Bürgerkrieg in Süd-Jemen ein:

Die Russen haben in Aden den gleichen Fehler gemacht wie in Afghanistan ... Die Parallelen zu Afghanistan kann man überziehen, doch mußten die Russen in beiden Fällen mit kommunistischen Parteien auskommen, die tief gespalten waren. In beiden Fällen haben die Russen naiv angenommen, daß ihre Präsenz, ihre Waffen und ihre überzeugende Ideologie die internen und bereits endlos lange vorhandenen Feindseligkeiten überwinden würden.

Neue Zürcher Zeitung

Sie kommentiert die Bonner Ablehnung von Sanktionen gegen Libyen:

Die Regierung *Kohl muß kaum* befürchten, mit ihrer Distanz gegenüber Washingtons Boykottmaßnahmen innenpolitisch in Schwierigkeiten zu geraten. Mit Ausnahme des CSU-Chefs Strauß hat bisher niemand in der Öffentlichkeit nachdrücklich für einen Verzicht auf libysche Erdöllieferungen plädiert. Kohl und Genscher haben mit ihrer Absage an die amerikanische Boykottaufforderung auch der Opposition den Wind aus den Segeln genommen. Hätte sich die Bundesregierung zur Beteiligung an den Sanktionen entschieden, so wäre ihr von seiten der SPD und der Grünen zweifellos der Vorwurf nicht erspart geblieben, sie tanze allzu willfährig nach Reagans Pfeife.

Den libyschen Mördern winkten 22,5 Millionen Dollar

Der Staatsterrorismus und die stille Diplomatie der Bundesregierung / Von Herbert Kremp

Die Bundesregierung will, wie sie dem amerikanischen Emissär Whitehead deutlich machte, ihre „stille Diplomatie" gegenüber Libyen fortsetzen, da sie Sanktionen zur Bekämpfung des Staatsterrorismus ablehnt. Damit sind zunächst drei Dinge erreicht: 1. Man steht in einer europäischen Einheitsfront. 2. Die Brücke des Verständnisses zwischen den USA und ihrem engsten Verbündeten auf dem Kontinent ist um einen Fahrstreifen schmaler geworden. 3. Die USA werden darin bestärkt, wichtige Fragen, zu denen die Bekämpfung des Terrorismus ebenso gehört wie das Thema Abrüstung, unter dem Gesichtspunkt der eigenen Interessen, also unilateral, zu behandeln. Die Erfahrungen, die sie auf Einzelgebieten machen, wirken sich auf die Handlungsmaximen der Gesamtpolitik aus. Da soll sich niemand täuschen.

Was ist eine stille Diplomatie? Das ist Handel, Wandel und Aufpassen, der *Empfang einer libyschen* Delegation durch den großen Arabisten des Auswärtigen Amtes, Möllemann, das sind Öl im Werte von 2,1 Milliarden Dollar, Computer und Kommunikationssysteme, das ist Flugverkehr. Die Fähigkeit der Deutschen zur Terrorismusbekämpfung bezweifelt niemand. Sie zeigte hervorragende Leistungen, nachdem es passiert war. Präventiv geschieht ebenfalls einiges. Wenn Khadhafi erklärt, er stelle Todeskommandos zusammen, so betrifft dies wohl die USA. In Wien hat der libysche Außenminister Triki sein „Bedauern" über den arabischen Terroranschlag zum Ausdruck gebracht, nach Rom gelangt dieselbe seltsame Botschaft. Die Schlußfolgerung für eine Diplomatie müßte eigentlich lauten, daß der Staat Libyen unter seinem messianischen Führer Khadhafi ein völlig unberechenbares Gebilde darstellt, eine Gefahr neuer Qualität.

Dafür gibt es Beweise. Im November 1985 schnappte die ägyptische Polizei vier Libyer, die den Generalsekretär der „Nationalen Hilfsfront" und Opponenten Khadhafis, Mohamed Magarief, und den früheren Premierminister Abdul Hamed Bakush ermorden sollten. Lohn für die Dienstleistung: 22,5 Millionen Dollar. Bereits 1984 hatte Kairo einen Anschlag auf Bakush verhindert, den Lohn der Angst durften die Terroristen für ihre Verteidigung verwenden. Mai 1985 faßten die Ägypter einen Jordanier palästinensischer Herkunft, der im libyschen Auftrag einen Anschlag auf die amerikanische Botschaft in Kairo verüben sollte. Im Februar 1985 erklärte der Außenminister des Tschad, Lassou, vor dem UN-Sicherheitsrat, Libyen habe einen Terroristen für 67 000 Dollar beauftragt, den Präsidenten seines Landes, Hissen Habré, und dessen Kabinett zu ermorden. Im November 1984 gestand in Kairo ein englischer Staatsbürger, Tripolis habe ihm für die Entführung von vier Libyern mehr als 100 000 Pfund versprochen.

Beispiele aus einer langen Liste. Stille Diplomaten mögen zweifeln, ob Khadhafi mit diesen Aktionen etwas zu tun hat. Vielleicht sitzt er zur fraglichen Zeit im Beduinenzelt. Aber die Silberlinge sind libysch. Die Ausgaben für Waffenkäufe in der Sowjetunion seit 1974 schlagen freilich mehr zu Buch. Sie belaufen sich auf drei bis vier Milliarden Dollar jährlich. Moskau verlangt Bargeld. Nach Syrien ist Libyen der zweitgrößte Waffenimporteur der Dritten Welt (SIPRI-Institut 1984). Was tut ein Volk von drei Millionen Menschen mit einer solchen Ausrüstung? Khadhafi verfolgt noch andere ehrgeizige Projekte, darunter nützliche. Die erste Phase der Wüstenbewässerung, eine vierhundert Kilometer lange Rohrleitung von den Quellen unter der Sahara bis zur Mittelmeerküste, kostete seit Baubeginn im August 1984 rund 3,5 Milliarden Dollar. Die Fertigstellung bis 1990 verschlingt 25 Milliarden. Im Dezember 1984 gab Belgien ein Milliardengeschäft im Zusammenhang mit dem Bau eines Atomkraftwerks an der Syrte auf. Die Sowjets, die den ersten von zwei 440-MW-Reaktoren mitfinanzierten, halten sich neuerdings zurück.

Libyen hat Zahlungsprobleme. Es macht gern Gegen-Geschäfte mit Öl, aber daran ist niemand interessiert. Der Ölüberfluß hat die Devisenströme Libyens ausgetrocknet. Die Einnahmen gingen von 22 Milliarden Dollar (1982) auf acht Milliarden zurück. Die Devisenreserven sanken auf 2,5 Milliarden (Ende 1984 noch 3,5 Milliarden). Die Folgen machen das Land für internationale Sanktionen anfällig. Zu den Kosten der Wüstenirrigation trägt der libysche Arbeiter einen Monatslohn bei (Appell Khadhafis). Auf Güter und Dienstleistungen werden Sondersteuern erhoben. 25 Prozent der Staatsausgaben für Importgüter wurden gestrichen. Bei der Versorgung treten Engpässe auf, die Regale der acht staatssubventionierten Supermärkte in Tripolis, Stolz des Landes, sind leer. Khadhafi fordert seine Landsleute auf, das eigene Kamel dem importierten Rind und Hammel vorzuziehen. Der Bau von Straßen, Schulen, Krankenhäusern, Industrien, selbst von Militäranlagen stockt.

Möglicherweise lernt Khadhafi aus diesen Zeichen. Wer dies bei einem Diktator seines Zuschnitts jedoch für sicher nimmt, muß nicht nur ein stiller Diplomat, sondern auch ein sehr stiller Historiker sein. Erfahrungsgemäß leitet ein solcher Mann soziale Spannungen, die in der Folge der wachsenden Ungleichheit und Korruption auftreten, nach außen ab. Er betrachtet seine Gefährlichkeit als eine Form der Kreditwürdigkeit. Bei Europäern mag das verfangen. Bei den Amerikanern von heute hat er damit kein Glück.

Ulster – ein Leben mit Mauern, Zäunen und Barrieren

London und Dublin haben beim Thema Ulster einen Schritt aufeinander zu getan. Dieser Schritt jedoch hat in Nordirland Nachwahlen provoziert und die Unversöhnlichkeit zwischen Protestanten und Katholiken nur noch deutlicher werden lassen.

Von REINER GATERMANN

Peddy Short stützt sich mit beiden Händen auf den Tresen seines Pubs und sagt ruhig, aber bestimmt: „Polizei und Soldaten sind unsere Feinde. Diejenigen Iren, die ihre Uniform anziehen, sind Quislinge." Unausgesprochen ist klar, daß sie zu bekämpfen sind, auch wenn es Unschuldige trifft. Peddy Shorts Pub liegt inmitten des 1600-Seelen-Dorfes Crossmaglen im Süden Nordirlands, nur rund fünf Kilometer von der Grenze zur Republik entfernt.

Kurz nach unserem Gespräch kommt es knapp drei Kilometer von Crossmaglen zu einer heftigen Schießerei zwischen Soldaten und etwa 15 Angehörigen der Irisch Republikanischen Armee (IRA). Ein paar Stunden später fliegen in Dungaton, in der mittleren Ulster-Grafschaft Tyrone, vier IRA-Bomben in die Polizeistation, zwei Personen werden verletzt. Die Terroristen hatten einen weiteren Beweis ihrer neuen Taktik geliefert, die Unterkünfte vor allem der Royal Ulster Constabulary (RUC) anzugreifen. Seit November hat sie sechs attackiert und weitgehend zerstört. Wieder aufgebaut werden sie meistens nicht, weil die Attentäter die Handwerker und Materiallieferanten als Handlanger der „britischen Besatzer" betrachten und auch sie rücksichtslos bekämpfen würden.

Das ist der Alltag in Nordirland, kurz bevor knapp eine Million Bürger heute zur Wahlurne gehen sollen, um in 15 der 17 Wahlbezirke zu entscheiden, wer sie im Parlament in London vertritt. Die protestantischen Unionisten wollen aus der Abstimmung jedoch ein Referendum über das am 15. November von Premierministerin Margaret Thatcher und dem irischen Regierungschef Garret FitzGerald unterzeichnete anglo-irische Abkommen machen, das Dublin erstmals erlaubt, in einigen Angelegenheiten Ulsters mitzureden, während Dublin andererseits der protestantischen Mehrheit der Provinz zusichert, nicht gegen deren Willen die Einverleibung Nordirlands in die Republik zu betreiben.

Die einen rufen ‚Verrat', die anderen schießen

„Verrat", schreien der stimmengewaltige Vorsitzende der Demokratischen Unionisten (DUP), Ian Paisley, und sein Mitstreiter James Molyneaux, Chef der Offiziellen Unionisten (OUP), Frau Thatcher entgegen. Gleiches kreidet die katholische nationalistische Sinn Fein (Wir selbst) Dublin an. Sie sagt es leiser, desto lauter und verheerender sind jedoch die Taten der IRA-Terroristen, „mit denen wir keine strukturelle Verbindung haben", beteuert Jim McAllister, Sinn-Fein-Kandidat für die heutige Wahl im Bezirk Newy and Armagh in der Grafschaft Armagh, zu dem auch Crossmaglen gehört. Er sitzt mir dort im spärlich eingerichteten und kalten Parteibüro am Marktplatz gegenüber, ein paar Meter von seinem Geburtshaus entfernt und gegenüber der Polizeistation.



Alltag in Ulster: Straßenszenen mit Soldaten, Waffen und Gewalt – beinahe ein Kinderspiel FOTO: CHIP HIRES/STUDIO X

Crossmaglens Polizeistation, ohne Fenster und – wie alle in Nordirland – mit zehn Meter hohen Mauern umgeben, hat noch eine Besonderheit: Ihr Personal, ihre Ausrüstung und Verpflegung müssen mit Hubschraubern von der 15 Kilometer entfernten Basis Bessbrook eingeflogen werden. „Der Straßentransport ist für die wirklich nicht ratsam", erklärt Peddy Short, „das hier ist für die Hochrisikogebiet." In Crossmaglen wagen sich Polizisten nur in Begleitung der Soldaten des Ulster Defence Regiments (UDR) und in Fahrzeugen auf die Straße. Kontakte zur Bevölkerung, darunter ein paar Protestanten, bestehen nicht.

Darauf angesprochen, zeigt der Sinn-Fein-Kandidat auf das Denkmal in der Mitte des Marktplatzes, auf dessen Sockel steht in englischer und irischer Sprache: „Ehre für alle demütigen und gelobten Helden, für ihre selbstlose und leidenschaftliche Liebe zur irischen Freiheit." Das Denkmal ist mit Farbe beschmiert. „Das haben die gemacht" und zeigt über seine Schulter in Richtung Polizeistation. Kein Angehöriger der UDR und RUC hat sein privates Zuhause in dieser Region. Es wäre eine selbstmörderische Herausforderung des Schicksals.

Polizei und Regiment sind bei den Nationalisten noch verhaßter als die britischen Soldaten. „Denn die sich dort anheuern lassen, sind ja unsere Landsleute, die freilich den Briten Knechtsdienste leisten", sagt ein Wahlhelfer von Jim McAllister. „Wenn das keine Quislinge sind ..." Das Wort fällt häufig, deswegen ist es nur zu verständlich, daß der Anteil der Katholiken im UDR bei unter drei Prozent liegt, im RUC sind es immerhin etwa 12 Prozent. Sie stellen jedoch 40 Prozent der nordirischen Bevölkerung. „Wer als Katholik zur Polizei oder zur Armee geht und in katholischen Bezirken wohnt, sollte diese schon vorher verlassen, sonst überlebt er dort keine 24 Stunden", versichert mein Stadtführer in Belfast, selbst Katholik.

„Er bricht dann mit unserer Gemeinschaft und hat darin nichts mehr zu suchen." Eine nüchterne Feststellung. Warum hat dann aber die Polizei keine Nachwuchssorgen, obgleich gerade sie das Ziel der Bombenleger und Heckenschützen der IRA ist? Sie hatte im vergangenen Jahr den höchsten Blutzoll seit 1976 zu zahlen, obwohl die Gesamtzahl der Toten, Verletzten und Anschläge rückläufig war. Aber ein verhältnismäßig gutes Einkommen und ein frühes Pensionsalter locken, hinzu kommt die Angst vor der Arbeitslosigkeit. Sie liegt im Durchschnitt bei 25 Prozent, in einigen, vor allem katholischen Gegenden sind auch 80 Prozent nichts Außergewöhnliches, zum Beispiel in einigen Straßen der Belfaster Stadtteile Falls und Ardoyne.

Hier tobten vor ein paar Jahren auf dem Höhepunkt des Konflikts heftige Straßenschlachten. Am Ende des Christian Place, wo er in den Milford Path einmündet, steht in einem Fenster eine Marienfigur. Nur ein paar Meter entfernt ein in der Nacht zuvor in Brand gesetztes Auto. Den Grund will keiner der mit dem Wrack spielenden Kinder nennen. Vielleicht gab es auch keinen anderen als reine Zerstörungswut.

Ein Krieg der Worte an den Hauswänden

In der obersten Etage einiger der mehrgeschossigen Wohnblöcke hat sich die Polizei eingenistet. An den Hauswänden Schmierereien wie „RUC-Bastards" oder „Wir kämpfen ums Überleben". An anderer Stelle etwas mehr künstlerisches Talent: IRA-Terroristen, die grün-weiß-orange-farbene Trikolore der Republik schwenkend. Ein Stück weiter in Riesenlettern an die Mauer gepinselt: Provo-Land, ein Heimstatt der Provisionals, der IRA. Zwischen den katholischen und den protestantischen Straßenzügen etliche Meter hohe Stahl- und Ziegelwände, die sogenannte Friedenslinie.

Die Einfamilienhäuser in unmittelbarer Nähe stehen seit Jahren leer. Einige ausgebrannt, andere ohne Dach, andere unversehrt, aber Fenster und Türen zugemauert. Hier wird eine Straße durch große Steinblöcke mit den Farben der Trikolore bemalt, blockiert. Gegenüber gleiche Hindernisse in den Farben des Union Jack. Nicht weit davon offizielle gelbe, etwa ein Meter hohe Straßenschranken, die nachts geschlossen werden, wenn diese Gegenden in tiefes Dunkel versinken. Laternen bleiben ausgeschaltet.

Und überall Drahtverhaue. Vor den Fenstern der Privathäuser, der Pubs, der Geschäfte und der Werkstätten. Häufig verstärkt mit Stacheldraht. Völlig verbarrikadiert sind die Behördengebäude, das Gesundheits- und Sozialamt ist total mit Stahldrahtwänden verkleidet, bis hoch zum Dachfirst.

Es sind Zeugen eines nicht versiegenden, seit Jahrhunderten mehr oder weniger geschürten Hasses. Sie sind nicht auf diese Bezirke konzentriert, man findet sie in der Hauptstadt Nordirlands fast überall. Will man ins größte Hotel Belfasts, muß man eine in einer Baracke untergebrachte Sicherheitskontrolle passieren. Einige Straßen der Innenstadt sind durch hohe Stahltore abgesperrt und erst nach Kontrolle passierbar. Das gilt auch für die Omnibusse im Stadtverkehr. Fußgänger müssen durch Drehtüren. Auf einem Schild der höfliche Hinweis, die Regenschirme vorher zuzumachen, und eine Entschuldigung für diese Maßnahmen: „Im Interesse von Gesetz und Ordnung".

An den Eingängen zu vielen Geschäften Wachtposten, die einen Blick in die Einkaufs- und Handtaschen werfen. Ähnlich geht es in den Pubs zu. In einem Restaurant das Schild: „Handtaschen nicht erlaubt". Vor einem Nachtklub müssen sich die Gäste im Regen abtasten lassen. „Wir regen uns darüber nicht mehr auf, wir sind es gewohnt, und irgendwie ist es ja auch notwendig", meint resignierend ein junger Mann im Pub Dury Lane, unmittelbar neben der Wirtschaftshochschule. Die Belfaster stört es auch nicht mehr sonderlich, daß die Polizei in ihren gepanzerten Landrovern allgegenwärtig und mit Maschinenpistolen im Anschlag hin und wieder Autos und Passanten stoppt. In Nordirland herrscht im Gegensatz zu den übrigen Teilen des Vereinigten Königreiches Ausweispflicht.

Freunde in Nordirland sehen das Geschehen sicherlich dramatischer als die Einheimischen, fühlen sich vielleicht auch verängstigt und unsicher. Die Gefahr ist trotz des immensen Sicherheitsaufgebotes auch nicht gebannt, wie alle Tage wieder zu erleben ist.

Die Bevölkerung verweist immer wieder darauf, daß in ihrer Ulster-Provinz kein Glaubenskrieg ausgefochten wird, sondern daß hier zwei politische Ziele aufeinanderprallen, hinter denen zufälligerweise zwei Religionen stehen. Den Kirchen auf beiden Seiten der „Friedenslinie" ist es allerdings nicht gelungen, den Konflikt zu entschärfen und Brücken zu bauen. Im Gegenteil. Im protestantischen Lager wird er durch die einpeitschenden Reden und Predigten des Pfarrers Ian Paisley, Führer der Free Presbyterian Church, angeheizt. Viele Katholiken glauben, lange genug vergebens mit Worten gefochten zu haben, und daß ihnen jetzt zur Waffe keine Alternative bleibe.

Die Christen und das Christentum als versöhnende Kraft haben in Nordirland kläglich versagt.

Der Bayer, das undefinierte Wesen

Von PETER SCHMALZ

Die Definition dessen, was ein echter Bayer ist, fällt dem Schreiber dieser Zeilen nicht leicht, denn als gebürtiger Franke ist er zwar Mitglied des weißblauen Staatsgebildes, stößt aber mit seinem Anspruch, ein Bayer zu sein, an oberbayerischen Biertischen auf einen Widerspruch, der sich im freundlichsten Fall durch ein herablassendes „So?" äußert.

Die Definition, was kein Bayer ist, bereitet dagegen weniger Schwierigkeiten: Einer, der beim Elf-Uhr-Läuten in Lederhose und Trachtenhut am Münchner Marienplatz das Glockenspiel knipst und freudig ausruft: „It's beautiful, isn't it?"

Am einfachsten wäre es, in der bayerischen Verfassung nachzublättern, die im Dezember 1946 und damit zweieinhalb Jahre vor dem Grundgesetz in Kraft trat. Denn dort steht in Artikel 6 klar gegliedert, wer ein Bayer sein darf: „Die Staatsangehörigkeit wird erworben 1. durch Geburt; 2. durch Legitimation; 3. durch Eheschließung; 4. durch Einbürgerung." Weiter heißt es, das Nähere werde ein Gesetz regeln, womit wohl auch ein Kriterienkatalog gemeint ist, mit welchen Voraussetzungen sich ein nicht in Bayern Geborener oder dorthin Verheirateter zum Bürger des Freistaats legitimiert.

Leider aber hilft auch der Blick in die Verfassung nicht viel weiter, denn jenes „das Nähere" regelnde Gesetz wurde nie erlassen. Solcher Fahrlässigkeit vergangener Politikergenerationen wegen müssen die neun Richter des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes jetzt die subtile Verfassungsrechtsmaterie prüfen, ob ein Bayer erst dann ein Bayer ist, wenn er einen Bayern-Paß in der Joppe trägt.

Für eine Popularklage hat sich der Jungbauernbund, die Nachwuchsorganisation der zahlenmäßig zwergenhaften Bayernpartei, einen trickreichen Umweg ausgedacht: Geklagt wird nicht für einen bayerischen Paß, sondern gegen die Landes- und Gemeindewahlgesetze, die als schlichtweg verfassungswidrig anzusehen seien, weil sie „allen Deutschen" das Wahlrecht in Bayern zugestehen.

Der Begriff des Deutschen, erläuterte die 25jährige Augsburger Rechtsreferendarin Elisabeth Wintergerst gestern den amüsiert lauschenden Verfassungsrichtern, sei „unsystematisch, unzulässig und ahistorisch". Die bayerischen Verfassungsgeber, an ihrer Spitze damals übrigens der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, hätten eine gesonderte Regelung für ihre Landeskinder zwischen Hof und Lindau gewollt, dem aber sei der Gesetzgeber nicht nachgekommen.

Wobei aber zu ergänzen ist, daß der Landtag sich schon mehrfach des Themas angenommen hat und 1952 – auf Antrag der damals noch mächtigen Bayerpartei – die Staatsregierung sogar aufforderte, „in Bälde" einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Obwohl ansonsten in Abgrenzungsfragen gen Norden durchaus erprobt, rührte bislang keine der Münchner Regierungen einen Finger. Bisher war nur der abweisende Vermerk zu hören, ein Handlungsbedarf bestehe nicht, da eine bayerische Staatsregierung heute keine rechtliche Bedeutung mehr habe.

Auch die junge Jurastudentin kam gestern mit ihrer Argumentation ins Schlingern, als ein Richter sich erkundigte, ob die Staatsangehörigkeit durch Geburt bedeute, „daß sämtliche Gastarbeiterkinder plötzlich Bayern wären". Da entschloß sich die Antragstellerin zum begrenzten Rückzug und meinte, beim Ausländerrecht könne ja ausnahmsweise das Bundesrecht vorgehen.

Das aber verwunderte die Herren im blauen Talar: Ein in Bayern geborenes Gastarbeiterkind, das nach dem Bundesgesetz nicht in der Bundesrepublik leben darf, wäre dann ein Bayer, der „nicht in sein Heimatland darf". Solchen Komplikationen ging der Vertreter der Staatsregierung weit aus dem Weg, indem er beantragte, die Klage abzuweisen, und feststellte, „daß es keine Bayern geben kann, die nicht zugleich deutsche Staatsangehörige sind". Ob dem tatsächlich so ist, will der Verfassungsgerichtshof am 12. Mai verkünden.

Ist das ein Bayer? FOTO: RUDOLF DIETRICH

Vor Gericht zerbrach die Freundschaft mit Egon Franke

Im Innerdeutschen Ministerium war Edgar Hirt der engste Mitarbeiter und Vertraute Egon Frankes. Jetzt, im Prozeß um verschwundene Millionen, beschuldigte er seinen ehemaligen Chef schwer.

Von WERNER KAHL

Im holzgetäfelten Saal 113 des Bonner Landgerichts hatte es im ersten Moment den Anschein, als würde Egon Franke von seinem gepolsterten (Anklage-)Stuhl aufspringen und nach alter parlamentarischer Gewohnheit dem Kontrahenten mit einem kräftigen Zwischenruf in die Parade fahren. Seine Anwälte hielten den 72jährigen jedoch zurück. Grund der Aufregung: Sein früherer langjähriger Vertrauter im Ministerium, Edgar Hirt, hatte ihn soeben schwer beschuldigt.

Nur zögernd hatte der einst einflußreiche sozialdemokratische Politiker zu Beginn des Prozesses die Hand, die ihm Hirt entgegenstreckte, ergriffen. Nach diesen Aussagen am Dienstag nachmittag ist nun wohl endgültig eine vierzehnjährige kumpelhafte Zusammenarbeit mit dem fast drei Jahrzehnte Jüngeren, den er zum Ministerialdirektor gemacht hatte, zerbrochen.

Von einem „schlechten Krimi" sprach der ehemalige Minister für innerdeutsche Beziehungen, als die Bonner Staatsanwaltschaft 1983 ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Veruntreuung von 5,56 Millionen Mark einleitete. Herbert Wehner, als Zuchtmeister seiner Partei in Anspruch genommen, riet 1982, „Franke zum Reden zu bringen". Der Bonner Mantel humanitärer Hilfe für bedrängte Landsleute in der „DDR" decke nicht alles zu. Dabei unterstellt auch heute wohl keiner, daß Franke sich etwa selber „bedient" haben könnte. Doch wo blieb das Geld, für das es keine Belege, nicht einmal Aufzeichnungen gibt?

Unstreitig ist nur eines: Die Gelder, um deren Nachweis es jetzt geht, sind über die Caritas in Berlin in der Amtszeit Frankes bar in eine Sonderkasse zurückgeflossen, die Hirt verwaltete. Eine schwarze Kasse, bei der der Zweck die Mittel heiligte? Denn der für durchaus humanitäre Sonderausgaben abseits des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in der Ministeretage erdachte heimliche Geldkreislauf Ministerium–Caritas–Ministerium ist seit dem Parteispendenverfahren als „Geldwäsche" ins Gerede gekommen.

Die Staatsanwaltschaft spricht von Untreue und Urkundenunterdrükkung, da angeblich auch vorhandene Akten, die darüber hätten Auskunft geben können, von Franke und Hirt beim Regierungswechsel in den Reißwolf gegeben worden seien. Seitdem sucht die Justiz nach einer stichhaltigen Erklärung für die Verwendung der Hilfsgelder.

Der angeklagte frühere Minister hatte seinen Angaben zufolge stets „unbürokratisch und still" zugestimmt, wenn von solidarischer Hilfe für Landsleute die Rede war, sich dabei jedoch nicht um Details der Staatsgeldausgaben für solche humanitären Zwecke gekümmert. Der mitangeklagte Edgar Hirt wollte das in dieser Woche nicht länger auf sich sitzen lassen.

Egon Franke hatte ihn 1968 zu seinem Gehilfen für die Lösung innerdeutscher Probleme gemacht. Beim Treffen des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im Dezember 1981 am Werbellinsee wurde dem inzwischen zum Minsterialdirektor aufgestiegenen Schützling Frankes ein besonderer Vertrauensbeweis zuteil. Für die Lösung humanitärer Fragen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" wurden zwei Sonderbeauftragte ernannt. Einer war der Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel; Bonner Vertreter, der mit einer dafür „umfassenden Kompetenz" ausgestattete Hirt, so Franke.

So stellte sich Franke auch schützend vor Hirt, als der Dreier-Ausschuß des Haushaltsausschusses nach der Bonner Wende Auskunft über den Verbleib nicht belegter Millionen-Ausgaben heischte.

Der zur Schau getragene Optimismus des früheren Ministers gefror am Dienstag nachmittag, als Hirt sich mit einer vorbereiteten Erklärung gegen den Vorwurf der Alleinverantwortlichkeit verteidigte: „Ich habe im Auftrag des Bundesministers Egon Franke gehandelt. Herr Franke war von Anfang an über die Vereinbarung mit der Caritas informiert, mit deren Hilfe die besonderen Problemfälle gelöst werden sollten. Er hat diesen Weg ausdrücklich gebilligt. Die Initiative beziehungsweise der Auftrag hierzu ging von Bundesminister Franke aus. Zudem wurde jede einzelne Angelegenheit mit dem Minister besprochen. In allen Fällen hat er dem Einsatz der Geldmittel zugestimmt."

Und Hirt fuhr fort: „Für mich ist es bedrückend, wenn Herr Bundesminister a. D. Franke nunmehr seine Kenntnis von der Vereinbarung mit der Caritas und die ausdrückliche Billigung jedes Einzelfalles in Abrede stellt."

„Daß Herr Hirt Bargeld von der Caritas" erhalten und ausgegeben habe, sei ihm nicht bekannt gewesen, gab Franke zu Beginn der gestrigen Verhandlungen in einer Gegenerklärung zurück. Er wollte vielmehr eine „Großbank" in den diskreten Einsatz zusätzlicher „Mittel für die Kosten von Fluchthilfe und andere Ausgaben" einschalten. Doch der angesprochene Chef der Bank für Gemeinwirtschaft, Diether Hoffmann, habe abgewinkt. Daraufhin sei es durch Hirt zur „Geldwäsche" mit der Caritas gekommen.

Franke wollte – und mußte wohl auch – humanitäre Hilfe stets „diskret" üben. Das ist sein Problem in diesem Prozeß.



Auf dem Weg zum Gericht: Egon Franke mit seinem Bonner Rechtsanwalt Helmut Neumann FOTO: DPA

„In diesen Bergen lebt ein gar räuberisches Volk"

Abfahrts-Rennen, Reisen; Slalom und dann alles wieder von neuem. Eine Karawane von Sportlern, Trainern, technischem Personal und PR-Leuten zieht Winter für Winter durch die Berge. Angetrieben und hochbezahlt von der Industrie – denn es geht ums Geld.

Von KLAUS BLUME

Am letzten Wochenende in Kitzbühel, an diesem in St. Anton und dazwischen in Hohenstaufen, Parpan und St. Gervais. Würde es das Wetter (und damit die Verkehrsbedingungen zwischen den Wintersportorten) erlauben, es wäre wohl jeden Tag im Winter ein Ski-Rennen – denn das ist der Traum derer, die damit ihr Geld verdienen. Schließlich geht es um Marktvorteile – und nicht nur um Sport.

Alois Rohrmoser, der Chef der österreichischen Ski-Firma Atomic, sagt zum Beispiel: „In der gleichen Zeit, in der wir früher einen Holzski machten, fertigen wir heute mit modernsten Maschinen zwei hochwertige Ski." In der letzten Saison produzierten seine 650 Mitarbeiter an elektronisch gesteuerten Fertigungsmaschinen 750 000 Paar Ski und 600 000 Paar Stöcke.

Für alle diese Produkte, hochwertige wie Massenware, braucht man Absatzmärkte, muß man stets neue Verkaufsanreize schaffen. Der Ski-Weltcup, von Dezember bis März in den Alpenländern, in Nordamerika, Japan und nun auch in Argentinien unterwegs, soll dieses Interesse wekken und fortwährend schüren.

Es sind Siege und Plazierungen, die für den Kampf um Marktanteile bitter nötig sind. Denn die Entwicklung von Ski und Ski-Zubehör hat in der industriellen Forschung mittlerweile einen Stellenwert erreicht, der ganz besonders kostenintensiv geworden ist. Da werden Herzfrequenzmessungen durchgeführt, die nachweisen, daß man kraftsparender Ski fährt als mit den Konkurrenzprodukten. Und es wird die optimale Durchbiegung eines Skis wissenschaftlich nachgewiesen. Oder eine aerodynamische Form mit niedrigeren cw-Werten in der Werbung herausgestellt oder sogar eine Gangschaltung offeriert, die Schwerpunkte verlagert und den Ski drehfreudiger macht. Das alles für den Normalverbraucher.

Dafür werden Fertigungsmaschinen eingesetzt, die fast allesamt Eigenanfertigungen der jeweiligen Unternehmen sind und deshalb wohlweislich hinter verschlossenen Türen gehalten werden. Was demnach innerhalb einer Saison mit und im Weltcup umgesetzt wird, wieviel Geld – ob als Material oder als finanzielle Zuwendung für Rennläufer – im Umlauf ist, läßt sich noch nicht einmal schätzen.

Wolfgang Nussbaumer, Geschäftsführer des Ski-Herstellers Kästle und Sprecher der österreichischen Ski-Produzenten, hat ausgerechnet, daß schon der Einsatz eines mittelmäßigen Riesentorläufers etwa 20 000 Mark an Ski-Material kostet. Hotelunterkünfte, Spesen, Prämienzahlungen für den Läufer nicht miteinberechnet. Nussbaumer hat aber auch schon mal nachgewiesen, daß sich schon vor sechs Jahren die Kosten für das Material, das man den deutschen Ski-Damen gab, auf 600 000 Mark im Winter belief.

Sicher, die Gagen der großen Ski-Stars nehmen sich gegenüber jenen der Tennis- und Golfspieler, der Formel-1-Rennfahrer und Fußballspieler eher dürftig aus. Doch immerhin soll der frühere österreichische Abfahrts-Olympiasieger Franz Klammer einst für einen Skimarken-Wechsel unterderhand das Handgeld von 500 000 Mark eingestrichen haben.

Wer verdient alles am Ski-Weltcup? „Vor 15 Jahren", sagt Hanni Wenzel aus Liechtenstein, die erfolgreichste Ski-Rennläuferin aller Zeiten, „war Kitzbühel irgendein Ort in Tirol – jetzt ist es halt Kitz. Der Weltcup hat ein gerüttelt Maß dazu beigetragen." Und wenn hier das schönste, schnellste, gefährlichste, aber auch absonderlichste Abfahrtsrennen der Welt ansteht, wird das Trachtengewand frisch gebügelt und schnell noch die Registrierkasse geölt. 8000 Einwohner zählt Kitzbühel, 800 von ihnen sind eigenständige Geschäftsleute. Wenn der Weltcup einrückt, scheint in ihnen jene Mentalität geweckt zu werden, die einst frühchristliche Chronisten so beschrieben: „In diesen Bergen lebt ein gar räuberisches Volk."

Nur einmal während des Hahnenkamm-Rennens in Kitzbühel schlafen – 250 Mark. Einmal mit dem Taxi den Berg rauf – 10 Mark über Tarif, mindestens. Und wer freiwillig in die Discos und Pubs geht, wohin mittlerweile das angeblich älteste Gewerbe der Welt Betriebsausflüge unternimmt, dem ist dort, wo sich Fuchs und Zobel gute Nacht sagen, nicht mehr zu helfen. Aber das ist eben Kitzbühel. Doch ist das auch der Weltcup?

Das Unternehmen Weltcup ist in die Jahre gekommen, und sein Erfinder, der elsässische Journalist Serge Lang, zittert um sein Lebenswerk. Denn überall wird genörgelt.

Traudl Hächer, die deutsche Weltcup-Siegerin, schimpfte, sie sei nur noch unterwegs. Und das koste mehr Nerven als einen Slalom zu fahren, womit die Sache endgültig auf den Kopf gestellt sei. Anzumerken ist, daß die Dame durchaus recht hat.

Ein Liechtensteiner Konsortium will sich das Unternehmen Weltcup mit einem Startkapital von zehn Millionen Dollar unter den Nagel reißen. Und Lang ausmanövrieren.

Max Mosley wiederum, der ehemalige englische Anwalt des Formel-1-Chefs Ecclestone, bastelt an ähnlichen Plänen. Denn schon machen sich im Weltcup werbend jene Firmen breit, die mit der Ski-Industrie nichts gemein haben: Felgenhersteller und Kreditkarten-Unternehmen.

Und selbst der Schweizer Pirmin Zurbriggen, selbst von Serge Lang als zurückhaltend und nur am Sport interessiert eingestuft, hat dem Weltcup-Erfinder nun erhebliche Sorgen bereitet. Rund eine Million Mark hat der Amateur Zurbriggen laut Schweizer Fernsehen im letzten Jahr verdient. Nun fordert er brüsk die radikale Änderung des Amateur-Paragraphen, damit endlich seine Werbeverträge mit Schweizer Banken umfassend zum Tragen kämen und er sich richtig Geld verdienen könne.

Der Ski-Weltcup ist endgültig in die Jahre gekommen – in die modernen achtziger Jahre.

Im Umgang mit der „DDR“ sollte die Bundesrepublik alles vermeiden, was mit dem Bekenntnis zur Demokratie unvereinbar ist – zum Beispiel Beziehungen zur SED, einer grundgesetz-feindlichen Partei. Eine Anerkennung der „DDR“-Staatsbürgerschaft wäre nicht einmal dann möglich, wenn der Bundestag das Grundgesetz mit Zweidrittelmehrheit änderte. Das meint Wolfgang Seiffert im dritten Teil seiner Serie. Er ist Rechts-Professor an der Universität Kiel und war bis 1978 in gleicher Weise in Ost-Berlin tätig.

Die Irrtümer Lafontaines und Vogels

Von WOLFGANG SEIFFERT

Eben weil, wie wir in der letzten Folge ausführten, die Bundesrepublik Deutschland eine freiheitliche Demokratie, ein sozialer Rechtsstaat, die DDR hingegen eine kommunistische Parteidiktatur ist, muß man die zwei Ebenen stets auseinanderhalten: Als Staat ist die DDR für die Bundesrepublik das Rechtssubjekt, mit dem wir die Verträge schließen. Das dahinterstehende Wertesystem und die politische Ordnung der „Diktatur des Proletariats“ (wie sich die DDR selbst sieht) kann jedoch unverändert jeder Demokrat nur verwerfen.

Dies darf nicht nur theoretisch ein unverzichtbares Postulat sein. Auch in der Praxis kann man nicht zu Handlungen schreiten, die sich mit dem Bekenntnis zur Demokratie nur schwer in Einklang bringen lassen.

Dies aber geschieht, wenn Politiker und Parteien der Bundesrepublik Beziehungen nicht nur zu dem Staat DDR unterhalten, mit dem wir den Grundlagenvertrag geschlossen haben, sondern auch mit der SED, die kein Vertragspartner ist, von der jeden Demokraten Welten trennen, die im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine verfassungsfeindliche Partei ist.

Schnell auf schiefer Ebene

Auch wenn Vertreter der Bundesrepublik Deutschland sich mit SED-Funktionären treffen, sprechen sie mit ihnen nicht qua SED, sondern qua DDR-Vertreter. Aber auch auf der Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen mit der DDR kann es keine Leichtfertigkeit und Sorglosigkeit im Umgang mit Grundpositionen geben, weil bei aller notwendigen juristischen Gleichstellung hier das Abgleiten auf eine schiefe Ebene oft schon so beginnt und dann erhebliche Auswirkungen haben kann und weil gerade die DDR eben hier damit beginnt, die juristische Gleichstellung ihres Staates allmählich auch zu einer politischen Gleichwertigkeit ihres Systems werden zu lassen.

Ausgangspunkt für das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR kann immer nur das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik, das Grundgesetz und der damit nicht im Widerspruch stehende Grundlagenvertrag mit der DDR sein. Die Rechtslage ist so eindeutig, daß sie niemand bezweifelt. Es ist hierfür geradezu aufschlußreich, daß alle, die – aus welchen Motiven immer – eine Änderung oder Streichung des Wiedervereinigungsgebotes des Grundgesetzes anstreben, eben damit eine Änderung der Rechtslage fordern und auf diese Weise einräumen, daß eine solche Politik im Rahmen des geltenden Rechts nicht zu bewerkstelligen ist.

Doch eine Änderung der geltenden Rechtslage, die dies bewirken könnte, wäre nicht der Ruf nach einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit, sondern der Ruf nach einem anderen Grundgesetz, nach einem anderen Staat. Es wäre der Ruf nach dem eigentlichen Verfassungsgesetzgeber. Dieser aber ist das deutsche Volk, das – nach einem Wort des Bundespräsidenten von Weizsäcker – heute „in beiden deutschen Staaten lebt“.

Dieser gesamtdeutsche Verfassungsgesetzgeber wäre von den Bindungen des Grundgesetzes frei. Aber eben nur er. Bis dahin aber bleiben alle Bundes- und Länderorgane, aber auch die Parteien, an das Grundgesetz gebunden. Was oft und gern übersehen wird.

Von daher ist es ein Fehlschluß, wenn z. B. Lafontaine meint, man könne das Grundgesetz in der Frage der Staatsangehörigkeit mit Zweidrittelmehrheit so ändern, daß man der Forderung der DDR auf „Anerkennung“ ihrer Staatsbürgerschaft nachkommen könne. Eben dies kann man nicht, und zwar nicht deshalb, weil das Grundgesetz ein „Dogma“ ist, sondern weil es die grundgesetzliche Ordnung bildet, solange das ganze deutsche Volk nicht in freier Selbstbestimmung über sein Schicksal entscheiden konnte und entschieden hat. So lange aber ist das Grundgesetz nicht nur zu „beachten“ (Lafontaine), so lange sind seine Organe und Parteien an das Grundgesetz gebunden.

Anerkennung anderer Art

Der Hinweis des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel, nach dem geltenden Verfassungsrecht gebe es für eine „Anerkennung“ der DDR-Staatsbürgerschaft „keinen Spielraum“, ist leider nur scheinbar klarer und grundgesetzkonformer. Denn abgesehen davon, daß der Einser-Jurist wissen müßte, daß es ein selbständiges Rechtsinstitut der „Anerkennung“ der Staatsangehörigkeit eines anderen Staates nicht gibt, verbindet er seine Erklärung regelmäßig mit der These, die Bundesrepublik habe die DDR als Staat anerkannt, zum Begriff des Staates aber gehöre auch „die personelle Hoheit über seine Bürger“. Damit wird – wider besseres Wissen – darauf abgestellt, die Herstellung offizieller Beziehungen zur DDR habe die gleiche Qualität wie die zu anderen Staaten.

Doch eben dies ist nicht der Fall. Nicht nur ist eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik ausdrücklich vermieden worden. Vielmehr enthält der Grundlagenvertrag eben gerade wegen der Besonderheit der Beziehungen und der Unberührtheit der fortgeltenden deutschen Staatsangehörigkeit den Begriff der personellen Hoheit nicht. Die beiden Staaten haben den Grundvertrag auch nicht in eigener souveräner Machtvollkommenheit geschlossen, sondern unter Anerkennung der Vorbehaltsrechte der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes. Darauf hat der Leiter der politischen Mission in Berlin, John Kornblum, kürzlich erst wieder eindringlich verwiesen. Aber auch der Glaube, eine Regelung der Staatsangehörigkeitsfrage, die dem Verlangen der DDR entgegenkomme, könne zu einer Verbesserung der Reisemöglichkeiten für die DDR-Einwohner führen, ist ein Irrglaube.

Lafontaine hat nachträglich eingeräumt, eine solche Änderung dürfe zu keinen Nachteilen für DDR-Einwohner im Recht der Bundesrepublik gegenüber dem jetzigen Zustand führen. Das ist politisch wie rechtlich durchaus zutreffend.

Aber weshalb sollte dann die DDR der DDR-Bevölkerung mehr Freizügigkeit gewähren als jetzt? Österreich hat schon seit Jahren diplomatische Beziehungen mit der DDR und auf diese Weise auch die DDR-Staatsbürgerschaft anerkannt. In den österreichischen Alpen hat man dennoch bis heute weder im Winter noch im Sommer zwanzigtausend DDR-Urlauber getroffen.

Der Grund für die mangelnde Freizügigkeit der DDR-Einwohner liegt eben nicht in der fehlenden oder vorgenommenen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, sondern in der Abwesenheit von Freiheit und in der mangelhaften Lebensqualität im politischen und wirtschaftlichen System der DDR.

Morgen lesen Sie:
Honecker ist an die Grenzen seiner Macht gestoßen – und die werden in Moskau gezogen. Dennoch kann es Zugeständnisse Ost-Berlins an Bonn geben.

Bonn begrüßt deutsch-deutsche Partnerschaft

da/P. R./dpa, Bonn

Bei einem Besuch in Eisenhüttenstadt (Bezirk Frankfurt / Oder) will eine Delegation der saarländischen Stadt Saarlouis bald einen Vertrag über eine Städtepartnerschaft unterzeichnen. Zur Zeit befindet sich eine Gruppe aus der „DDR“ zu Gesprächen an der Saar. Bei der Partnerschaft soll es (nach Auskunft beider Seiten) zu umfangreichen Kontakten von Vereinen, Berufsgruppen, Schülern usw. kommen. Das innerdeutsche Ministerium begrüßte die sich anbahnende Partnerschaft.

Für die Bürger von Eisenhüttenstadt soll es dabei „keine Reisebeschränkungen“ geben. Das sagte der Delegationsleiter, der ehemalige Oberbürgermeister Werner Viertel, im Radio Luxemburg. Sie dürften im Rahmen einer solchen Beziehung ihre Partnerschafts-Stadt besuchen, egal welchen Alters sie seien. Der WELT sagte Viertel, die Partnerschaft sei während des Besuches von Ministerpräsident Lafontaine im November bei Erich Honecker vereinbart worden. Der „DDR“-Staatsrat habe sich daraufhin für einen Versuch mit Eisenhüttenstadt entschieden. Weitere deutsch-deutsche Partnerschaften sind nach Auskunft Viertels zur Zeit nicht geplant.

Die Kontake sollen „das Spektrum der ganzen Stadt“ umfassen. Zur Frage der Visumvergabe meinte er, man könne davon ausgehen, daß „die Sache zu Ende gedacht“ worden sei, bevor man mit Saarlouis Kontakt aufgenommen hat. Über den angestrebten Umfang des Besucher-Austausches äußerte sich Viertel jedoch nicht. Er verwies auf „gute Erfahrungen“ mit Drancy (Frankreich). Eine Sprecherin dieser Gemeinde sagte gestern allerdings der WELT, diese Partnerschaft sei praktisch eingeschlafen, weil keine Besucher aus der „DDR“ kämen.

Das innerdeutsche Ministerium zeigte sich überrascht von Meldungen, die Eisenhüttenstädter Delegation sei mit „Touristenvisa“ an die Saar gefahren, die eigens für die Städtepartnerschaft konzipiert seien. Den Behörden sei darüber nichts bekannt, sagte ein Sprecher.

Reemtsma-Manager verweisen auf Finanzamt

„Spenden nie verheimlicht“ / Steuerbescheide nicht beanstandet

M. SCHLINGMANN, Hamburg

Steuerhinterziehung in der Größenordnung von 2,7 Millionen Mark legt die Staatsanwaltschaft in dem gestern vor dem Hamburger Landgericht eröffneten Parteispendenprozeß dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden des Reemtsma-Konzerns, Horst Wiethüchter, dem Vorstandsmitglied Ernst Zander und dem Leiter des Vorstandsbüros, Klaus Teubner, zur Last. In den Jahren zwischen 1965 und 1979 soll das Unternehmen rund sechs Millionen Mark an Parteien gespendet haben. Das Geld soll jedoch nicht direkt inParteikassen geflossen sein, sondern auf dem Umweg über Organisationen, die CDU, SPD und FDP nahestehen.

Staatsanwalt Barner warf den Angeklagten vor, „fortgesetzt und gemeinschaftlich“ den Finanzbehörden falsche Angaben gemacht zu haben. Dabei seien 2 539 159 Mark an Körperschafts- und 242 744 Mark an Gewerbesteuer „verwirkt“ worden. Die Beklagten hätten sich darüber hinaus schuldig gemacht, da sie spätestens 1977 erkannt haben müßten, daß die den Organisationen zugeleiteten Gelder nicht den satzungsgemäßen Aufgaben dienten, sondern an die Parteien weitergeleitet würden, das aber nicht der zuständigen Finanzbehörde gemeldet hätten.

„Kein Hexenprozeß“

Die fünf Verteidiger der Angeklagten hatten eine Aussetzung des Verfahrens gefordert, da es sich um einen Steuerprozeß vor einem Strafgericht handele. Der Staatsanwalt spiele die Rolle des „Super-Veranlagungsbeamten“. Der Antrag wurde abgelehnt, da es sich nach den Worten des Vorsitzenden Richters Bartels, um einen eindeutigen Sachverhalt handelt, den es zu ermitteln gelte. „Man wird nicht erwarten, daß wir einen modernen Hexenprozeß führen, kann aber auch nicht verlangen, daß wir die Akten dicht machen und die Augen verschließen vor Tatsachen, die manchem unangenehm sein mögen.“

Auf Fragen des Vorsitzenden gingen die Beklagten nicht ein sondern verlasen vorgefertigte Stellungnahmen zur Sache. Darin hieß es übereinstimmend, daß der Reemtsma-Konzern zwischen 1975 und 1981 ein jährliches Spendenbudget von maximal 1,5 Millionen Mark hatte. Hinzu kamen bis zu 150 000 Mark pro Jahr und politische Gruppierung an die Parteien. Um eine einheitliche Regelung zu finden, habe man seit 1975 die Zuwendungen nicht mehr gestreut, sondern sie an die den Parteien nahestehenden Organisationen gerichtet.

Gezielt Parteien unterstützt

Das Geld sei für deren Arbeit bestimmt gewesen, wohl wissend, daß man damit die Partei unterstütze. Dies sei zu keinem Zeitpunkt verheimlicht worden. Auch hätten die *zuständigen Finanzbehörden* bis heute keine Steuern nachgefordert. Niemals sei jedoch Geld für die direkte Partei-Organisation zur Verfügung gestellt worden.

Als Grund für die großzügige Spendenpraxis gaben die Angeklagten an, man habe bewußt die Arbeit aller drei staatstragenden Parteien stützen wollen, da sie das für einen Konzern wie Reemtsma existentielle System der Marktwirtschaft garantierten.

Zwar klinge nach den Formulierungen der Anklage „alles sehr kompliziert“, es gehe aber nur um einen Vorwurf, „der im Kernbereich ganz einfach, einfacher als eine komplizierte Wirtshausschlägerei“ sei, sagte der Kammervorsitzende Bartels. Zahlungen, die als steuerabzugsfähig an Vereine gegeben, tatsächlich aber Parteien zugeflossen und damit steuerverkürzend gewesen seien, stünden zur Verhandlung.

Die langen Einlassungen der Angeklagten quittierte der Kammervorsitzende mit „ganz einfachen Fragen“. An Zander gewandt fragte er: „Wissen Sie, ob und daß Gelder an Parteien weitergegangen sind?“ Der Richter wollte ebenfalls wissen, ob die Angeklagten jemals Gelder von den Vereinigungen zurückgefordert hätten, nachdem dem Unternehmen die Vorwürfe der Steuerfahndung bekannt geworden seien.

Klagen über Lehrlings-Ausbildung

KMK-Präsident Franke: Sorge um Qualität und Inhalt / Auch Oberstufe auf Prüfstand

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Kultusminister-Konferenz (KMK) wird sich in diesem Jahr verstärkt der beruflichen Bildungspolitik zuwenden. Der Bremer Bildungssenator Horst-Werner Franke, der gestern turnusgemäß für ein Jahr die Präsidentschaft in der KMK übernommen hat, kündigte dies als seinen persönlichen Akzent für die kommenden Monate an. „Wir müssen uns ernsthaft Sorgen um die Inhalte“ der beruflichen Ausbildung machen, sagte Franke in der Bremer Landesvertretung in Bonn: „Rund die Hälfte aller Auszubildenden wird später Berufe ausüben, für die sie nicht ausgebildet worden sind, während das Beschäftigungssystem häufig Qualifikationen verlangt, die durch die Ausbildung nicht vermittelt worden sind.“

Die Lösung des Problems verlange die enge Zusammenarbeit der KMK mit der in diesem Kompetenzbereich ebenfalls sehr stark engagierten Bundesregierung sowie mit Wirtschaftskammern und Gewerkschaften. Der neue KMK-Präsident ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß man an dem „bewährten dualen System“ der Berufsausbildung festhalten müsse: „Wir sind mit Recht stolz darauf.“

Mit den Begriffen „Moderation“, „Vermittlung“ und „Kompromißsuche“ beschrieb der Hanseat sein Verständnis vom angetretenen Amt. „Allein die Verabredungen in der Kultusminister-Konferenz verhindern den Bildungspartikularismus“ in der Bundesrepublik Deutschland. Zwar sei „Bildungspolitik auch Gesellschaftspolitik“, und insofern bestünden in vielen Fragen sehr unterschiedliche Vorstellungen über den richtigen Weg zwischen Unions- und SPD-regierten Ländern. Aber: „Wir sind auf den Kompromiß angewiesen.“ Ohne diesen sei „die Kulturhoheit bedroht. Nichts wäre törichter und zerstörerischer, als wenn wir die Bundesrepublik wegen Nichteinigung in der KMK sozusagen in zwei Schulkreise zerlegten.“ Die gegenseitige Anerkennung der Gesamtschul-Abschlüsse sei ein solcher wichtiger Kompromiß, bei dem beide Seiten „Verzicht geleistet“ hätten.

Auch 1986 sieht Franke auf die KMK „schwierige Verhandlungen“ zukommen, die Kompromißbereitschaft erforderten. Als Beispiele nannte er die Überlegungen, mit der „Länge der Schulzeit auf die von der Mehrheit im Bundestag gewünschte Wehrpflicht-Verlängerung zu reagieren“ und die „Struktur der gymnasialen Oberstufe“. Über die Anpassung der Schulzeit deutet sich bereits ein Kompromiß an, der am Wochenende während einer Klausurtagung auf der Reisenburg voraussichtlich schon im Grundsatz beschlossen werden kann. Beim Thema Oberstufe warnte Franke davor, die „erloschene Bildungseuphorie“ nicht dafür zu mißbrauchen, um hinter erreichte Positionen zurückzufallen: „Das Kurssystem hat sich bewährt.“

Mainz soll 150 Lehrer einsparen

Nea. Mainz

Was die Bildungspolitiker seit langem wissen, mit Rücksicht auf die vielen arbeitslosen Lehrer bisher aber beinahe wie ein Tabu behandelten, hat nun zum erstenmal offiziell ein Rechnungshof moniert: Es gibt schon jetzt zu viele Lehrer für die noch vorhandenen Schüler. Und dieses Problem wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen.

Der Rechnungshof des Landes Rheinland-Pfalz hat in seinem Jahresbericht 1985 das heiße Eisen zu*nächst in einem Teilbereich angefaßt*: bei den Sonderschulen. Er stellte fest, daß die Zahl der Schüler an den inzwischen noch 132 Sonderschulen des Landes in den vergangenen zehn Jahren von 17 801 auf 14 066 – also um rund 21 Prozent – zurückgegangen ist. In der gleichen Zeit wuchs dagegen die Zahl der Lehrer an diesen Schulen von 1274 auf 1721, also um rund 35 Prozent.

Für die Sonderschulen für Lernbe*hinderte – zwei Drittel aller Sonder*schulen – verzeichnet der Bildungsgesamtplan der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung von 1973 folgende Ziele: 1975 14 Schüler pro Lehrer, 1980 ein Verhältnis von 12:1 und 1985 eines von 11:1. Bei den entsprechenden Sonderschulen in Rheinland-Pfalz ermittelte der Landesrechnungshof indessen bereits ein Verhältnis von 9:1, bei allen Sonderschulen zusammen sogar von 8,2:1.

Angesichts der mit Sicherheit weiter sinkenden Schülerzahl fordert der Rechnungshof vom Kultusministerium die Einsparung von 150 Lehrerstellen.

Thema Menschenwürde

Rechtspolitischer Kongreß der Union / Eyrich löst Vogel ab

HANS-H. HOLZAMER, Bonn

Die „Prinzipien christlich-demokratischer Rechtspolitik“ wollen CDU und CSU auf ihrem Rechtspolitischen Kongreß am 24. und 25. Januar 1986 in Karlsruhe darstellen. Drei Arbeitsgruppen werden sich, wie der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), der Staatsminister Friedrich Vogel, der WELT mitteilte, mit dem Generalthema „Die Menschenwürde als Maßstab der Rechtspolitik“ auseinandersetzen.

Dabei wird sich die erste Arbeitsgruppe insbesondere mit Fragen der Vitro-Fertilisation, der Gentechnologie und der Abtreibung befassen. Die zweite widmet sich dem Jugendschutz, und die dritte diskutiert Probleme des Alters und der Sterbehilfe.

Der Kongreß selbst wird zu den einzelnen Themen keine Beschlüsse fassen. Im Anschluß daran wird eine Mitgliederversammlung ein Papier zur Frage der Gentechnologie, das der Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Heinz Eyrich, ver*faßt hat, beraten und*, so Minister Vogel, „wahrscheinlich auch verabschieden“.

Der Kongreß selbst sei „offen“, jeder könne teilnehmen, auch Sozialdemokraten hätten sich angemeldet. Man müsse ihn als Vorbereitung für einen weiteren sehen, der nach Vogels Angaben im Frühherbst stattfinden wird. Ein Ort für diese Veranstaltung sei noch nicht festgelegt.

Dann werde von CDU und CSU unter Weiterentwicklung der sogenannten „Kieler Grundsätze zur Rechtspolitik“ aus dem Jahre 1982 ein rechts- und justizpolitisches Programm erarbeitet, das Teil des Wahlprogrammes für die Bundestagswahl im Jahre 1987 werden soll.

Daher gehe, so Vogel, der Vorwurf fehl, es handele sich bei der Veranstaltung in Karlsruhe um eine „Wertediskussion über den Wolken“. Es könnten sich in einzelnen Punkten sehr wohl Maßnahmen aus der Diskussion ableiten, wie etwa beim Schwangerschaftsabbruch die Schaffung von Sicherheiten und Anreizen, das Kind auszutragen. Nicht das Strafrecht mit einer Abschaffung der sozialen Indikation stehe im Vordergrund; dieses habe seiner Überzeugung nach in diesem Bereich nur „*flankierende* Bedeutung“.

Es komme vielmehr darauf an, es künftigen Eltern zu ermöglichen, „sich in einem Konfliktfall für und nicht gegen das Kind zu entscheiden“. Das Strafrecht bilde hier ohnehin eine Hürde, die, wie auch immer gestaltet, leicht überwunden werden könnte. Auch bei dem geltenden Recht müsse man deutlich unterscheiden, wie die Notlagenindikation im Gesetz steht und wie sie in der Praxis – mißbräuchlich – gehandhabt werde.

Ein Beispiel, wo nach Vogels Auffassung durchaus konkrete Maßnahmen die Folge der Diskussion in Karlsruhe sein könnten, sind die Schulen. Hier hält der Minister die in einigen Lehrbüchern empfohlenen Konflikttheorien mit dem verfassungsrechtlich abgesicherten Schutz der Familie für unvereinbar.

Gegenüber der WELT erklärte Friedrich Vogel, daß er für eine erneute Kandidatur als Vorsitzender des BACDJ nicht zur Verfügung stehe. Es sei ausgemacht, daß sein Nachfolger der Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Eyrich, werde.

Elie Wiesel: Es kommt auf das Zeugnis an

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Mit einem beeindruckenden Referat über „Erinnerung und Versöhnung" hat der Vorsitzende des deutsch-amerikanischen Rates des US-Holocaust-Komitees, der international bekannte Publizist, Theologe, Philosoph und Kandidat für den Friedensnobelpreis, Professor Elie Wiesel, am Dienstagabend in der Karl-Arnold-Stiftung bei Bonn die Bedeutung der historischen Wahrheit für die Versöhnung zwischen Juden und Deutschen dargelegt. Erinnerung sei auch hier der Steg zwischen Geschichte und Gegenwart.

Es gehe zunächst um die Würde der Toten. Erstmals in der Geschichte hätten damals jüdische Opfer keine letzte Ruhestätte gefunden. „Wir müssen ihnen einen Namen, einen Platz geben. Das ist unser Gedächtnis." Es gehe aber auch um die Zukunft. Die Welt könne nur überleben, wenn die Erinnerung an das wachgehalten werde, wozu der Totalitarismus fähig sei. Die Frage, wie das geschehen soll, weiß Wiesel nicht mit letzter Gewißheit zu beantworten. Der Holocaust, der systematisierte, reibungslos funktionierende Massenmord, bleibe in seiner Dimension unbegreiflich. Es komme auf die Zeugen, auf das Zeugnis an. Deshalb der Versuch des Komitees, „zu erinnern und zu lehren". So sei Versöhnung möglich. Wiesel: „Ich glaube nicht an die Kollektivschuld. Wie könnte ich an eine kollektive Unschuld glauben?" Die persönliche Begegnung zwischen den Menschen sowie des einzelnen mit der Geschichte und ihrer Wahrheit könne Versöhnung schaffen.

Vierzig Jahre nach Buchenwald sei er nun wieder nach Deutschland gekommen – zuerst nach Berlin. Er habe Eindrücke der Hoffnung gewonnen. Wiesel faßte seine Ausführungen in drei in die Zukunft weisenden Gedanken zusammen. „Erstens, das Böse ist niemals absolut. Auch damals gab es gute Menschen in Deutschland." Es sei auch nicht so schwierig, gegen das Böse zu kämpfen. Zweitens, die Gefahr des Neutralismus mache die Menschen zu Komplizen. In entscheidenden grundsätzlichen Fragen könne man nicht abseits stehen bleiben. Drittens, die Gefahr der Gleichgültigkeit. „Das ist der Feind".

Der deutsche Sprecher des zwölfköpfigen Rates, dessen deutsche Mitglieder von Bundeskanzler Kohl und Elie Wiesel ausgesucht wurden, der CDU-Abgeordnete Peter Petersen, sagte, bei den Gesprächen im Holocaust-Komitee gehe es „um die Würde der Deutschen". Frieden und Versöhnung könnten nie auf Kosten der Wahrheit entstehen. Eingeladen zu dem Vortrag hatte der Zentralrat der Juden in Deutschland.

Bereits gestern traf Wiesel mit US-Präsident Reagan zusammen, um ihm über die Eindrücke seiner Deutschland-Reise zu berichten. Wiesel war ein entschiedener Gegner des Bitburg-Besuchs des amerikanischen Präsidenten.

SDI: USA vergeben Auftrag an London

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die US-Regierung hat einen Forschungsauftrag im Rahmen des SDI-Raketenabwehrprogramms an Großbritannien vergeben, verlautet von informierter westlicher Seite. Es handelt sich dem Vernehmen nach um eine Studie über die Architektur einer Verteidigung Europas gegen Offensivraketen: Präsident Reagan hatte in seiner SDI-Direktive dem Schutz der amerikanischen Verbündeten dieselbe Priorität eingeräumt wie der Verteidigung der Vereinigten Staaten.

Nach den offiziell noch nicht bestätigten Informationen ging der US-Auftrag an das britische Royal Aeronautical Establishment, eine Institution von Weltruf. Die Londoner Regierung hatte im Dezember eine Vereinbarung mit Washington abgeschlossen, in der die britische SDI-Beteiligung geregelt wird. Die Informanten äußerten Skepsis über die Wettbewerbsaussichten deutscher Firmen. Die Bundesregierung habe lange gezögert, die Briten hätten die sich bietende Chance eines Technologieschubs rascher genutzt.

Vor Monaten habe das amerikanische Unternehmen Martin Marietta dringlich mit deutschen Unternehmen über eine Forschungsbeteiligung am SDI-Projekt verhandeln wollen. Martin sei Hauptauftragnehmer der US-Regierung für Probleme, die mit der Raketenverteidigung Europas zusammenhängen. Aus dem Plan sei wegen des Fehlens von Rahmenbedingungen nichts geworden. Washington bestehe bei dem von deutscher Seite gewünschten Technologieaustausch auf wirksamen Sperren gegenüber dem Ostblock.

(SAD)

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632

Das dänische Parlament lehnt die EG-Reform ab

Regierung Schlüter zu „weiteren Verhandlungen" aufgefordert

G. MEHNER, Kopenhagen

Dänemark strebt nach einer Neuverhandlung des Luxemburger EG-Pakets. Dieser Schritt ist unausweichlich geworden, nachdem jetzt eine 80:75 Folketingsmehrheit im Rahmen einer großen Anfrage die Übereinkunft ablehnte, die im Dezember auf Regierungschefebene erzielt worden wären.

Die mehr als sieben Stunden dauernde Parlamentsdebatte endete damit, daß die Sozialdemokraten, die Sozialistische Volkspartei, die Linksliberalen und die Linkssozialisten eine Resolution annahmen, in der die bürgerliche Minderheitsregierung von Poul Schlüter aufgefordert wird, weiter zu verhandeln, „um für das Folketing zu zufriedenstellenden Resultaten" zu kommen.

Um dieser Richtlinie der parlamentarischen Mehrheit nachzukommen, ist der dänische Außenminister Uffe Ellermann-Jensen zu Konsultationen nach Rom, London und Paris aufgebrochen. Heute will er in Madrid und Bonn vorsprechen. Letzte Station ist morgen Den Haag. Die Niederländer führen derzeit die Präsidentschaft im EG-Ministerrat.

Über den vermutlich ergebnislosen Ausgang seiner Gespräche, so das weitere Procedere, dürfte Ellermann-Jensen vermutlich in einer Woche dem Parlament berichten. Daran anschließen wird sich eine erneute Aussprache im Folketing.

Referendum im Februar

Erst nach Abschluß dieser nächsten Runde, in der wieder eine ablehnende Resolution des EG-Reformpaketes verabschiedet werden dürfte, ist für Schlüter der Weg frei zu einer klärenden Volksabstimmung.

Formal geschieht dies über einen Gesetzentwurf, den die Mehrheit des Hauses stützen wird. Geplanter Termin für das Referendum ist Ende Februar/Anfang März. Alle Parteien haben erklärt, daß sie das Wählervotum akzeptieren wollen.

Ein definitives Nein zu dem EG-Paket, so erklärte Schlüter in der Debatte, würde als erster Schritt Dänemarks aus der EG mißverstanden. Er wolle sich nicht an der Schreckenspropaganda beteiligen, aber dies würde „dem dänischen Wohlstand das Genick" brechen. Allerdings steht am Anfang der von der Folketingsmehrheit beschlossenen Resolution ein Bekenntnis „zu Europa". Ein klareres Bekenntnis „zur EG" wäre für die Anti-EG-sozialistische Volkspartei nicht kompromißfähig gewesen.

„Macht für die Falschen"

Der Widerstand der Sozialdemokraten entzündet sich hauptsächlich an der Kompetenzerweiterung für das Europäische Parlament. Das sei mehr „Macht für die Falschen". Dessen Beschlüsse sollen in seltenen Konstellationen nur noch einstimmig vom Ministerrat abgelehnt werden können.

Die dänischen Gesellschaften scheinen diesen Kurs der Sozialdemokraten nur aus Zwangssolidarität zu stützen und sind eigentlich von den Arbeitsplatzchancen einer Erweiterung des Binnenmarktes durchaus überzeugt. Vor allem, nachdem sie weitgehende Garantien über den Vorrang dänischer Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen erreicht hatten.

Die Liberalen, die in Wirtschaftsfragen ansonsten Schlüter Rückhalt geben, opponieren gegen das EG-Paket, weil sie in der angestrebten formalisierten außenpolitischen europäischen Zusammenarbeit (EPZ) nicht garantiert sehen, daß auch nicht zum EG-Kreis zählende Länder teilnehmen können. Dies gehe einher mit einem Verlust an außenpolitischer Handlungsfreiheit und Unabhängigkeit, so Parteiführer Niels Helvig Petersen.

Um die Volksabstimmung auf die eigentliche EG-Frage zu lenken und vor allem von anderen Protestelementen freizuhalten, hat Schlüter erklärt, daß er selbst bei einem „Nein" weiterregieren würde. Andererseits dürfte Schlüter bei einem deutlichen Ja die Gunst der Stunde zu baldigen Neuwahlen nutzen.

In Bonn wurde die Entscheidung der Dänen bedauert. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes sagte, die Bundesregierung gehe allerdings davon aus, daß es eine Volksbefragung und damit die Möglichkeit geben wird, daß sich die Entscheidung noch ändere.

KPI hofft auf neue Impulse Gorbatschows

Kritik am „Realsozialismus" bleibt / Natta nach Moskau

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Am Sonntag wird der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, Alessandro Natta, auf Einladung des ZK der KPdSU für drei Tage nach Moskau reisen. Im Mittelpunkt seines Besuchsprogramms steht ein Treffen mit Michail Gorbatschow. Zum ersten Mal seit dem von Nattas Vorgänger, Enrico Berlinguer, im Jahre 1981 konstatierten „Riß" zwischen der Führungspartei des „realsozialistischen" Lagers und der stärksten KP der westlichen Welt wird es wieder zu einem Meinungsaustausch zwischen den Sekretären der beiden Parteien kommen.

Im Vorfeld dieses Ereignisses hat die Parteipresse der KPI deutlich zu erkennen gegeben, daß Natta und die ihn begleitenden Parteifunktionäre keine Abstriche von ihrer Kritik am östlichen Sozialismusmodell zu machen gedenken, sich jedoch von Gorbatschow innen- und außenpolitisch neue Impulse erwarten.

Alessandro Natta zum Dialog mit Moskau bereit FOTO: AP

Daß sich an dem grundsätzlichen Urteil der KPI über die Länder des „Realsozialismus" nichts geändert hat, zeigen schon die Ende 1985 veröffentlichten Thesen für den im April fälligen 17. Parteitag in Florenz. In einer dieser Thesen heißt es:

„Die italienischen Kommunisten unterstreichen noch einmal die große historische Bedeutung der Oktoberrevolution ... Gleichzeitig bestätigen sie das auf dem 16. Parteitag gefällte Urteil über die grundsätzlichen Grenzen, die generell die aus diesem Ereignis hervorgegangenen – untereinander verschiedenen – Gesellschaften charakterisieren. Die italienischen Kommunisten vertreten seit längerem die Überzeugung, daß diese Gesellschaften nicht nur in keiner Weise ein Modell für andere Länder und besonders für Länder mit einer repräsentativen Demokratie darstellen können, sondern auch selbst in ihrem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben immer noch durch ernste ungelöste Probleme belastet sind ... Sie sind überzeugt, daß die Notwendigkeit neuer Formen der wirtschaftlichen Führung nicht zu trennen ist von der Notwendigkeit, Formen des demokratischen Lebens, der individuellen Freiheit, der politischen Beteiligung und der Volksinitiative zu fördern."

Offensichtlich zur Unterstützung dieser These druckte die kommunistische „Unita" die Rede im Wortlaut ab, die der sowjetische Schriftsteller Jewtuschenko auf dem letzten Schriftstellerkongreß gehalten hatte.

Jewtuschenko forderte in dieser Rede dazu auf, in Zukunft nichts mehr zu verschweigen. Er attackierte Bürokratie, „Parteidünkel" und geistige Trägheit, die zu der „moralisch unannehmbaren Tatsache" geführt hätten, daß 40 Jahre nach dem Krieg in vielen Städten der Sowjetunion noch immer ein Rationierungssystem für Butter und Fleisch in Kraft sei, daß man sich in endlosen Schlangen anstellen müsse, um ein Paar Turnschuhe zu erwerben, daß man bei der Lektüre der „tausendmal umgeschriebenen" vaterländischen Geschichte immer wieder auf weiße Flecken stoße.

„Unita"-Chefredakteur Macaluso kommentierte: Mit den gleichen Worten wie jetzt Jewtuschenko diskutiere man seit zwanzig Jahren in der KPI über die Sowjetunion. Man habe sich damit bittere Proteste zugezogen. „Aber es sind nicht die Feinde, die das Nicht-Schweigen als Norm fordern. Es sind diejenigen, die nicht aufhören zu hoffen." Gorbatschow sei es, der bei den sowjetischen Schriftstellern ebenso wie in der KPI Hoffnungen wecke.

Und als die kleine prosowjetische „alte Garde" in der KPI darauf mit empörten Leserbriefen reagierte, antwortete Macaluso: Mit solchen Gegenüberstellungen helfe man weder der UdSSR noch dem Sozialismus. Wenn Moskau dem Fortschritt hinterherhinke, dann liege der Grund dafür vielleicht gerade bei jener von Jewtuschenko angeprangerten geistigen Trägheit sowie beim Mangel an politischer und kultureller Freiheit.

Die quasi parteioffizielle Übernahme der Jewtuschenko-Attacke in Verbindung mit den im Blick auf Gorbatschow geäußerten Hoffnungen wird in politischen Kreisen Roms als Anzeichen dafür gewertet, daß sich die Kritik der KPI am „Realsozialismus" heute hauptsächlich auf die Breschnew-Ära und deren noch nicht überwundene Folgen konzentriert, Gorbatschow aber ein gewisser Vertrauensvorschuß eingeräumt wird. Das, so meint man, sei wahrscheinlich auch Nattas Marschroute für seine Moskauer Gespräche.

10 000 Mann und zwölf Zentren

Zum Stand der sowjetischen Forschung bei Strahlenwaffen / Seit Jahrzehnten auf der Suche

Von MICHAEL RÜHLE

An Strahlenwaffen für eine Raketenabwehr wird in der UdSSR bereits seit den 60er Jahren gearbeitet. Schon das 1962 erschienene Standardwerk „Sokolowski" führte Strahlen – insbesondere Laser – als potentielle Raketen- und Satellitenabwehrwaffen auf.

Erste Anzeichen einer politisch motivierten Geheimhaltung deuteten sich an, als die beiden nachfolgenden Auflagen entsprechende Hinweise nur noch in verkürzter Form enthielten. Westliche Fachleute konnten dennoch eine Vielzahl von Erkenntnissen aus sowjetischen naturwissenschaftlichen Zeitschriften gewinnen – Erkenntnisse, die nicht zuletzt auch dem Teilchenbeschleuniger des Los-Alamos-Laboratoriums aus einer scheinbar unlösbaren physikalischen Sackgasse heraushalfen. Als jedoch der Strom sowjetischer Veröffentlichungen zu bestimmten Bereichen der Strahlenforschung Anfang der 70er Jahre zu einem Rinnsal wurde, kam in amerikanischen Geheimdienstkreisen Skepsis auf. Zunächst reihte sich Kontroverse an Kontroverse. Doch viele der vormals umstrittenen Indizien verdichteten sich mehr und mehr zur Gewißheit.

Erste Erfolge 1972

Das sowjetische Laserprogramm umfaßt mehr als 10 000 Mitarbeiter und verfügt über zwölf große Forschungszentren sowie sechs Testanlagen. Auffällig ist vor allem die Breite der Forschung. Während die USA lediglich in wenigen Bereichen größere Mittel investieren, werden in der UdSSR alle potentiell erfolgversprechenden Laserkonzepte mit hohem finanziellen Aufwand untersucht. So testeten bereits 1970 der Physiknobelpreisträger Nikolai Basow und seine Kollegen erfolgreich den Excimer-Laser, der inzwischen zu den wichtigsten Kandidaten einer zukünftigen Raketenabwehr zählt. In Krasnaja Parka, etwa 50 Kilometer südlich von Moskau, experimentiert man mit einem kompakten Wasserstoff-Fluorid-Laser. Bei den Streuungsproblemen von Laserstrahlen in der Atmosphäre zeigten sich bereits 1972 durch die Kombination elektronisch verstellbarer Spiegel, die sogenannte „optische Phasenkonjugation", erste Erfolge.

Besondere Aufmerksamkeit widmen westliche Experten der Forschungsanlage in Troitsk nahe bei Moskau. Dort verbirgt sich hinter kilometerlangen grünen Lattenzäunen ein Laser, dessen Umlenkspiegel unzweideutig auf eine Einsatzrolle zur „Blendung" gegnerischer Satelliten schließen läßt. Ob solche Maßnahmen bereits stattgefunden haben, ist zwar umstritten, doch angesichts zweier ähnlicher Laser auf dem Testgelände von Saryschagan muß für die späten 80er Jahre mit mehreren einsatzfähigen Systemen gerechnet werden. Anfang der 90er Jahre läßt sich ein weltraumgestützter Antisatelliten-Laser erwarten, der eine Reichweite von 100 bis 1000 Kilometer besitzen könnte. Zur Raketenabwehr in der Endanflugphase könnten Prototypen bodengestützter Laser bereits am Ende der 80er Jahre zur Verfügung stehen.

Neben Lasern zur land- und seegestützten Anwendung entwickelt die UdSSR auch ein luftgestütztes System, zu dessen Aufgaben neben der Bekämpfung von Marschflugkörpern auch die Satellitenabwehr zählen könnte. Auch Raumfahrzeuge werden zur Laserforschung eingesetzt. Insbesondere die Saljut-Raumstationen dienen für Zielerfassungsexperimente.

Fast perfekte Kristalle werden gezüchtet, die sowohl eine verbesserte Strahlenbündelung als auch die Herstellung extrem unempfindlicher Mikroschaltkreise ermöglichen. Mit der Fabrikation fiberoptischer Werkstoffe im schwerelosen Weltall stößt die Sowjetunion zugleich in den Bereich der holographischen Datenverarbeitung („optische Computer") vor.

Im Gegensatz zu den USA, deren Strahlenforschung sich überwiegend auf Hochenergielaser konzentrierte, scheint die UdSSR auch dem waffentechnischen Potential von Teilchenstrahlen großen Wert beizumessen. Insbesondere die große Testanlage bei Semipalatinsk in Zentralasien gilt aufgrund bestimmter Konstruktionsmerkmale sowie des gelegentlichen Ausstoßes radioaktiven Materials als Beleg für die erheblichen Anstrengungen der Sowjetunion auf diesem Sektor. Ein ähnliches Testgelände bei Asgir am Kaspischen Meer untersteht der auch für Raketenabwehr zuständigen Heimatluftverteidigung. Angeblich existiert in Saryschagan bereits der Prototyp einer Teilchenstrahlwaffe, zumindest finden dort Bodentests gegen Raketensprengköpfe statt. Das Streuungsverhalten geladener Teilchenstrahlen wird in Sarowa bei Gorki untersucht.

Atom-Satelliten

Auffallend großes Interesse zeigt die UdSSR an der für die Strahlenerzeugung erforderlichen Primärenergie. Zwar wird in diesem Zusammenhang häufig auf die Fusionsenergieforschung verwiesen, doch gilt der betriebene Aufwand als viel zu groß, um sich ausschließlich mit zivilen Zwecken erklären zu lassen. Bereits 1973 publizierten sowjetische Wissenschaftler den Entwurf einer durch thermonukleare Detonationen „gepulsten" Energiequelle, die auch eine waffentechnische Anwendung vermuten ließ. Inzwischen errichtet die UdSSR einen GIANT-Pulse-Laser, der seine Energie aus konventionellem Sprengstoff bezieht, und verfügt ferner über einen raketengetriebenen magnetohydrodynamischen Generator, dessen Leistung von 15 Megawatt einmalig sein dürfte.

Die Sowjetunion ist darüber hinaus die einzige Nation, die nuklearbetriebene Satelliten einsetzt, weshalb ein fundiertes Wissen um miniaturisierte Kernreaktoren vorausgesetzt werden kann. Ebenso legt die bislang gezeigte Praxis sowjetischer Nukleartests den Schluß nahe, daß große Anstrengungen zur Erforschung des „elektromagnetischen Pulses" (EMP) unternommen werden.

Zu den nuklear „gepumpten" Strahlenwaffen gehört auch der Röntgenlaser, dem in einer zukünftigen Raketenabwehr ebenfalls eine bedeutende Rolle zukommen könnte. Zwar gelangte er erst durch die SDI-Forschung in das öffentliche Interesse, doch gilt allgemein als sicher, daß die sowjetischen Erkenntnisse über diesen Bereich den amerikanischen um nichts nachstehen. Und bei der Mikrowellenforschung muß sogar ein sowjetischer Vorsprung angenommen werden.

China eröffnet Konsulat im Warschauer Pakt

AP, Peking

Die Volksrepublik China hat gestern in der rumänischen Hafenstadt Konstanza ihr erstes Konsulat in einem Staat des Warschauer Pakts er-

öffnet. Dies berichtete die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua. Rumänien wird im Gegenzug ein Konsulat in Schanghai, der größten Industrie- und Hafenstadt in China, eröffnen. Der Austausch wurde im Oktober letzten Jahres in Peking vereinbart. Das chinesische Konsulat ist für vier der 41 Kreise Rumäniens und die Stadt Konstanza zuständig, wo jährlich 100 Frachtschiffe aus der Volksrepublik China anlegen. Beim Eröffnungsempfang sagte der chinesische Generalkonsul Kang Dschimin, daß die Einrichtung des Konsulats ein Zeichen für die verstärkten chinesisch-rumänischen Beziehungen sei. Rumänien ist das einzige Land des Warschauer Pakts, das nicht nur reguläre diplomatische, sondern auch Beziehungen auf Parteiebene mit China unterhält.

Ein „heißes" Thema: Wie sicher wird das in Gorleben geplante Endlager für radioaktive Abfälle?

Die Endlagerung radioaktiver Abfallstoffe wird in der Öffentlichkeit nach wie vor kontrovers diskutiert. Gerade über den geplanten Bau eines Lagers im niedersächsischen Gorleben tauchen immer wieder Fragen auf, die zum Teil auf Mißverständnissen beruhen. Die Beiträge auf dieser Seite versuchen, einige davon zu klären oder richtigzustellen. Ob der Salzstock in Gorleben, in dem das unterirdische Lager gebaut werden soll, wirklich geeignet ist, radioaktives Material so lange zu lagern, bis es ungefährlich geworden ist (es geht um Zeiträume von 100 000 Jahren und mehr), ist unter Wissenschaftlern umstritten. Die unterschiedlichen Standpunkte stellen wir in zwei Beiträgen vor. In dem einen schildert der Geologe Dr. Harald Steinert die kritischen Einwände, die auf der letzten Tagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft vorgetragen wurden. Als „Gegenrede" veröffentlichen wir einen Bericht der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig. Diese ist vom Bund mit der Durchführung und Aufsicht des Projekts beauftragt worden.

Entwicklung und Bau des Endlagers obliegen der Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) in Peine. Dem Aufsichtsrat dieser Gesellschaft gehören Vertreter der vier daran beteiligten Firmen, der zuständigen Bundesministerien, Vertreter des Landes Niedersachsen und der PTB an. Der Geschäftsführer der DBE, Dr. Hans Jürgen Krug, schildert die Vorhaben, die in den nächsten Jahren in Gorleben geplant sind.

Zu unrecht wird oft behauptet, die Entscheidung für Gorleben sei längst gefallen und nicht mehr rückgängig zu machen. Die PTB rechnet zwar damit, daß der Salzstock geeignet ist. Sollte jedoch die Erkundung, die Anfang der 90er Jahre abgeschlossen sein wird, ein anderes Ergebnis erbringen, kann mit den dort gewonnenen Erfahrungen innerhalb von zehn Jahren ein neuer Standort erkundet werden. 95 Prozent des bis zum Jahr 2000 anfallenden Materials könnten (ab 1989) in dem Eisenerzbergwerk „Konrad" bei Salzgitter deponiert werden. Das Planfeststellungsverfahren für dieses Projekt ist bereits abgeschlossen. L. KÜRTEN



Der Bauplatz in Gorleben: Alle Vorbereitungen zum Bohren der Schächte sind getroffen FOTO: PTB

Genügt der geologische Schutzschild?

Von HARALD STEINERT

Gegen die Wahl, den Salzstock in Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle zu nutzen, wenden sich zahlreiche Geologen mit dem Hinweis, daß schon frühere geologische Untersuchungen nachgewiesen haben, daß diese Salzaufwölbung nach den vorliegenden Erkundungen nicht so sicher ist, wie es anfangs schien. Nach ihrer Meinung ist es unbedingt notwendig, noch weitere Salzstöcke auf ihre Eignung hin zu untersuchen, wie anfänglich auch geplant war. In übrigen seien drei niedersächsische Salzstöcke in die Auswahl gekommen, bevor man sich mit einem Milliardenaufwand auf Gorleben festlegte. Seit 1965 werden in dem stillgelegten Salzbergwerk Asse bei Wolfenbüttel Verfahren und Techniken zur sicheren Endlagerung radioaktiver Abfälle entwickelt und erprobt. Von 1975 bis 1982 wurde auch die Eignung des Eisenbergwerks Konrad bei Salzgitter-Lebenstedt für die Endlagerung untersucht. Auf der Tagung über „Umweltgeologie" der „Deutschen Geologischen Gesellschaft" in Königstein (Taunus) wurden vor einiger Zeit die Ergebnisse der unterschiedlichen Untersuchungen vorgetragen und diskutiert.

Der Salzstock Gorleben ist – wie mehr als hundert andere Salzstöcke in Norddeutschland – seit der Entstehung des Salzes vor rund dreihundert Millionen Jahren aus dem flachliegenden Primärsalz heraus als „Salzpfropfen" durch die überliegenden Gesteine hindurch zur Erdoberfläche emporgestiegen. In seinem Innern ist ein Kern aus dem sehr mächtigen und reinen Steinsalz der sogenannten „Stassfurt"-Schichten zu erwarten, in dem in etwa 800 Metern Tiefe das Endlager eingerichtet werden soll.

Nach den ersten geologischen Erkenntnissen konnte man damit rechnen, daß dieser Salzstock relativ stabil ist und daß sein Salz von einem rund 300 Meter mächtigen Deckgestein mit weitgehend tonigen Schichten geschützt wird. Dieses ist die Voraussetzung für die Vermeidung des Eindringens von Grundwasser in das Endlager und einer damit verbundenen radioaktiven Grundwasserverseuchung. Allerdings war damals schon im Verlauf von Forschungsarbeiten in der „DDR" derselbe Salzstock, dessen Osthälfte dort als „Salzstock Rambow" bezeichnet wird, als Beispiel für einen nicht stabilen Salzstock aufgeführt worden.

Die zahlreichen flachen und tiefen Bohrungen, die Oberflächenuntersuchungen sowie die geologischen Erkundungen und geophysikalischen Explorationsarbeiten haben Zweifel an der Qualität des Salzstocks Gorleben auf seiten vieler Geologen aufkommen lassen.

Der Salzstock wird durch Grundwasser ausgelaugt

Allerdings fällt das Endurteil ganz unterschiedlich aus: Es geht dabei vor allem um die Frage, innerhalb welcher Zeiträume die Sicherheit der Lagerung gewährleistet werden kann. Diese Sicherheitszeit muß mindestens 100 000 Jahre betragen.

Man muß damit rechnen, daß dieser seit weit über 200 Jahrmillionen aufsteigende Salzstock auch in Zukunft weiter aufsteigt und damit auch das „Endlager" näher an die Oberfläche bringt. Die Aufstiegsraten werden teilweise mit 0,1 Millimeter pro Jahr angegeben. Dies ist der geschätzte durchschnittliche Wert der letzten 60 Millionen Jahre. Unter diesen Voraussetzungen würde sich das Endlager dann in den nächsten 100 000 Jahren nur um rund zehn Meter heben, eine unbedeutende Quote. Möglicherweise steigt das Gestein aber auch mit dem Vielfachen dieses Wertes: Das könnte die Sicherheit dann sehr wohl mindern. Es wäre auch denkbar, daß die Aufwärtsbewegung unregelmäßig verläuft und äußere Ursachen, wie z. B. ein Klimawechsel, sie beschleunigen. Die neuesten vorliegenden Ergebnisse sprechen jedoch eher für einen sehr langsamen Aufstieg.

Gleichzeitig mit der Drift nach oben wird jedoch das Salz, ein extrem leicht lösliches Gestein, durch Grundwasserströme von oben her abgelaugt. Es hat sich ohne jeden Zweifel erwiesen, daß das Deckgebirge keineswegs so dicht ist, wie anfangs erhofft. Während der Eiszeit ist es durchbrochen worden, als in der sogenannten Elstervereisung vor rund 400 000 Jahren ein Schmelzwassertal direkt über dem Salzstock entstand, das rund 300 Meter tief reichte und sich in die damals rund 250 Meter tief liegende Oberfläche des Salzes eingrub.

Diese elsterzeitliche Rinne hat nicht nur mit dem reichlich vorhandenen Schmelzwasser das Salz abgelaugt, sondern sich auch mit zum Teil sandigen und kiesigen Sedimenten gefüllt, die dem Grundwasser den Weg zur Oberfläche des Salzstocks hin öffnen. Dadurch wird die Salzoberfläche laufend weiter durch eine Auflösung des Salzes abgelaugt und tiefer gelegt, die Barriere zwischen Endlager und zirkulierendem Grundwasser also mehr und mehr ausgedünnt. Für die Beurteilung der Sicherheit des Endlagers ist es entscheidend, wie schnell die „Subrosion" abläuft, denn die Endlagerung ist bekanntlich nicht für geologische Ewigkeiten zwingend notwendig.

Von Bedeutungslosigkeit zur latenten Gefährdung

Die Zahlenangaben für diese heutige „Subrosion" schwanken zwischen 0,1 und 1,2 oder sogar mehreren Millimetern pro Jahr. Auch hier bewegen sich die Größenordnungen der Werte, wenn man sie mit anderen Entwicklungen korreliert, zwischen Bedeutungslosigkeit und latenter Gefährdung. Doch erscheint die Subrosion – ebenso wie der Aufstieg – möglicherweise kontrollierbar und für das nächste Jahrhunderttausend überschaubar. Falls es allerdings zu einer neuen Vereisung kommen sollte, sieht es schon bedenklicher aus. Vorstöße des Inlandeises könnten wiederum das Gebiet Gorleben erreichen. Sie könnten neue und noch tiefer reichende Rinnen in den Boden „fräsen" und das Endlager so dem Grundwasser zugänglich machen.

Weit bedrohlicher und naheliegender ist ein anderes Risiko für die Sicherheit des Endlagers: das partielle Eindringen von Grundwasser *unter* die Oberfläche des Salzes, den „Salzspiegel": In der Bohrung Gor Hy 1304 wurde dieses Phänomen beobachtet. Ein Kaliflöz ist dort bis 92 Meter Tiefe unter die Salzoberfläche aufgelöst und das Kalisalz teilweise durch eingespülte Sande ersetzt worden. Noch in einer Tiefe von 50 Metern ist das Kalisalz durch Wasser in das Gestein Kainit umgewandelt worden. Es ist völlig offen, ob nicht an anderer Stelle das Wasser noch tiefer eingedrungen ist. Allerdings sind wesentlich tiefere Bohrungen in das Salz hinein bisher in diesem Salzstockteil unterlassen worden, um nicht durch Bohrungen die „Barriere Steinsalz" zu schwächen. Denn durch diese Vorgänge würde das Eindringen von Wasser stark begünstigt. „Ein paradoxer Zustand", kommentiert der Kieler Geologe K. Duphorn. Für ihn ist es dringend notwendig, die tatsächliche Reichweite des Vordringens von Wasser in den Salzstock kennenzulernen.

Die Beurteilung der Zukunftssicherheit der Salzstockdeponie wird noch dadurch kompliziert, daß die Einlagerung des hoch radioaktiven Abfalls auch die geologische Situation ändern wird: Die Zerfallswärme wird in den nächsten 50 Jahren eine Hebung an der Erdoberfläche um etwa acht Millimeter pro Jahr bewirken, dann für weitere 500 Jahre um zwei Millimeter pro Jahr. Das sind Geschwindigkeiten des Salzaufstiegs, wie sie vermutlich in der Natur noch nie vorgekommen sind. Dies könnte die Struktur der wasserführenden Deckschichten verändern und dem Wasser einen schnelleren Zutritt zu der Salzbarriere öffnen.

Alle diese Probleme sind vorläufig so komplex, daß zahlreiche Geologen empfehlen, vor der Milliarden-Investition doch noch Alternativprojekte wie die Lagerung in schichtigem Salz, in Granit oder einer Tiefseedeponie zu untersuchen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Grundlagen des Rechts

„Höffner greift Zeidler scharf an": WELT vom 16. Januar

Sehr geehrte Redaktion,

wenn es wahr ist, daß der Präsident des Bundesverfassungsgerichts das Verbot der Tötung auf Verlangen (Paragraph 216 StGB) als „Insel der Inhumanität als Folge kirchlichen Einflusses auf die Rechtsordnung" bezeichnet hat, dann ist das ein Vorgang, der nicht laut genug beklagt und nicht energisch genug zurückgewiesen werden kann.

Zum einen gibt es ein denkbar ungutes Bild, wenn der oberste Richter in Deutschland gerade jetzt, da gegen Julius Hackethal Anklage erhoben wurde, sich zu dem Problemkreis äußert; ist das nicht Einmischung in ein schwebendes Verfahren?

Zum anderen: Welche Auffassung von den Grundrechten hat denn der Hüter des Grundgesetzes? Die Grundrechte, so auch das Recht auf Leben, stehen uns doch nicht von Staats wegen zu, sondern von Schöpfungs wegen; es war der große Fortschritt, daß das Grundgesetz dies anerkannt hat. Wenn wir aber das Recht auf Leben unabdingbar vom Schöpfer haben, dann hat niemand das Recht, uns dies Leben zu nehmen, auch nicht wir selbst! Das ist nicht katholisches Sondergut, das sagt *schon die nicht irregeleitete* Vernunft.

Zum dritten: Hat Herr Zeidler wirklich keine Ahnung a) vom Wesen der Kirche, b) vom segensreichen Einfluß der Kirche auf unser Volk im jahrhundertelangen Verlauf seiner Geschichte?

Mit freundlichem Gruß
Werner Hergenröder,
Richter a. D., Eichstätt

*

Sehr geehrte Redaktion,

nachdem der Präsident des Bundesgerichtshofs, Professor Zeidler, in Bitburg – bislang nicht dementiert – das abgetriebene Leben als „Himbeer-ähnliche, wuchernde Substanz" bezeichnete, werden ihm die „Todesschwadronen des Permissiv-Bataillons 218" wohl bald mit ihrer „Torso-Recht-Torsionsabteilung" betrauen dürfen.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Gottfried Wolff,
Icking

*

Kardinal Höffner fordert die Abberufung des höchsten Vertreters der Justiz, Herrn Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Wolfgang Zeidler, wegen seiner Äußerungen zur Abtreibung sowie zur Sterbehilfe. Die Bundesregierung hat vor Jahren die finanzielle Förderung eines Modellvorhabens zur Errichtung von Sterbekliniken geprüft. Aufgrund ablehnender Stellungnahme u. a. auch seitens der katholischen Kirche ist das Vorhaben *nicht weiter verfolgt worden.* Trotz Artikels 140 GG (Es gibt keine Staatskirche) hatte die Kirche Einfluß auf unsere Rechtsordnung genommen. Auch die legale Ausführung des Paragraphen 218 verstößt nicht gegen die Gesetze.

Nach Artikel 97 GG sind die Richter unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen. Gemäß Artikel 98 GG kann Wolfgang Zeidler nicht abberufen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Wilfried Rundholz,
Bonn 2

Zivilschutz

Der Nobelpreis für die IPPNW sollte sicher ein Signal setzen. Auszeichnen wollte man die Bemühungen von Ärzten in der ganzen Welt, mit schonungsloser Offenheit vor einem Atomkrieg zu warnen. Dies tun übrigens nicht nur die in der IPPNW zusammengeschlossenen Ärzte, auch der Deutsche Ärztetag hat zum Beispiel in dieser Frage eindeutig Stellung bezogen.

Dennoch werden wir mit der Atombombe leben müssen. Das Wissen über ihre Herstellung ist in der Welt, sie könnte schnell wieder produziert werden, selbst wenn alle Arsenale vernichtet würden.

Zivilschutz stellt keine militärische Bedrohung dar, Agitation dagegen soll unsere Verteidigungsbereitschaft unterhöhlen. Ärzte müssen sich der humanitären Aufgabe des Zivilschutzes besonders verpflichtet fühlen.

In der Sowjetunion ist der Zivilschutz Bestandteil der Gesamtverteidigung und gesetzlich geregelt. Jedermann unterliegt der Dienstpflicht, ab als Arzt oder medizinisches Assistenzpersonal. Der Werkschutz in den Betrieben unterhält eigene Sanitätsstaffeln. Sämtliche Medizinstudenten sind erfaßt, Lehrgänge in Katastrophenmedizin und Teilnahme im Zivilschutz obligatorisch. Jährlich wird ein Äquivalent von sechs Milliarden US-Dollar, ein Drittel davon für medizinische Zwecke, aufgewendet, um Sanitätsdepots und Ausweichlazarette anzulegen. Für den Fall eines Atomkrieges bestehen klare Anweisungen. In der Spannungsphase ist eine Massenevakuierung in ländliche Gebiete vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund nimmt sich die Unterstützung sowjetischer Mediziner für die deutsche Sektion der IPPNW etwas seltsam aus. Die sowjetischen Kollegen haben keine *Möglichkeit, Fortbildung in* Katastrophenmedizin oder Teilnahme am Zivilschutz zu verweigern, wozu sie ihre Kollegen in der Bundesrepublik ermuntern. In der DDR könnten sie den Versuch dazu schon gar nicht wagen, dort ist alles nach sowjetischem Vorbild gesetzlich geregelt. Mit der deutschen Sektion der IPPNW bin ich der Meinung, daß bei einem atomaren Schlagabtausch organisierte ärztliche Hilfe – auch in der Sowjetunion – nicht möglich sein wird.

Wir dürfen uns aber nicht – auch nicht ungewollt – zu Werkzeugen einer Propaganda machen, die uns gegenüber anderen Arten politischer Vergewaltigung wehrlos machen könnte. Ärztlicher Einsatz kann nie nach den Ursachen einer Katastrophe fragen, wir müssen ihren Opfern kompetente Hilfe leisten. Insofern besteht in meinen Augen eine ethische Verpflichtung zur aktiven Teilnahme am Zivilschutz als unentbehrlichem Teil einer Gesamtverteidigung.

Dr. med. Reinhold Schultze,
Siegen 1

Wort des Tages

„Es ist immer verkehrt, zu befehlen, wenn man des Gehorsams nicht sicher ist."

Gabriel Graf Mirabeau, französischer Autor und Politiker (1749–1791)

Forschungen unter Tage

Von HANS J. KRUG

In den nächsten fünf Jahren wird die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern *für Abfallstoffe mbH (DBE) für den* Bau eines Bergwerkes zur Erkundung des Salzstockes Gorleben jährlich ca. 80 Mill. DM ausgeben, um im Rahmen der untertägigen Erkundung Kenntnisse über den Innenbau des Salzstockes zu gewinnen. Diese Arbeiten sind Teil eines Untersuchungsprogramms, das die geologischen und hydrogeologischen Verhältnisse am Standort klären soll.

Die übertägige Erkundung des Salzstockes erfolgte im wesentlichen zwischen 1979 und 1983. Hierzu gehörten ein hydrogeologisches Untersuchungsprogramm, Tiefbohrungen an den Flanken, an der Oberfläche (Salzspiegel) und im zentralen Bereich des Salzstockes sowie geophysikalische Untersuchungen.

Das auf einer Fläche von 300 km² angelegte hydrogeologische Untersuchungsprogramm dient dazu, das Grundwasser sowie die Deckgebirgsschichten über dem Salzstock und in seiner unmittelbaren Umgebung zu erkunden. Mit diesen Untersuchungen konnten die Einwirkungen des Grundwassers auf den Salzstock und mögliche spätere Auswirkungen eines Endlagerbergwerkes auf das Grundwasser untersucht werden. Vier Bohrungen wurden bis in Tiefen von ca. 2000 m vorgetrieben. Sie brachten Kenntnisse über die Mineralzusammensetzung und den Schichten-Aufbau (Stratigraphie) des Gesteins sowie Hinweise auf deren Verbreitung im Salzstock.

Die Salzspiegelbohrungen *dienten* sowohl der Untersuchung des Deckgebirges als auch des Salzstockes. Sie zeigten die Lage und Beschaffenheit des Hutgesteins, die Art des Übergangs vom Hutgestein zum Salz sowie die Lagerung und Stratigraphie der angetroffenen Salzschichten. Außerdem wurden Erkenntnisse darüber gesammelt, wie der Salzstock gegen das Deckgebirge abgedichtet ist und ob Stellen vorhanden sind, an denen das Salz ausgelaugt werden kann. Sie ermöglichten weiter, die Oberfläche des Salzstockes zu kartieren und die Ansatzpunkte für die Schächte festzulegen. Hier wurden zwei Schachtvorbohrungen bis in eine Tiefe von ca. 1000 m niedergebracht. Die dabei gewonnenen Daten waren u. a. für die Planung der beiden Schächte erforderlich. Mit Hilfe der Reflexionsseismik und gravimetrischer Messungen wurden auch äußere Form und Flankenausbildung des Deckgebirges und des Salzstockes bestimmt.

Die Erkenntnisse dieser Untersuchungen haben, nach Ansicht der DBE, im wesentlichen die Eignung des Salzstockes für die Endlagerung der vorgesehenen radioaktiven Abfälle bestätigt. Sie rechtfertigten das Niederbringen von zwei Schächten und die Erkundung des Salzstockinneren. Mit dem Bohren der beiden Schächte wird noch in diesem Jahr begonnen. Sie sollen mit einer Tiefe von 840 m beziehungsweise 940 m und mit einem lichten Durchmesser von 7,5 m im Jahre 1989 fertiggestellt sein. Anschließend wird der Schachtgrund auf der 840-m-Sohle ausgebaut und eine Verbindung zwischen beiden Schächten hergestellt.

Mit der Inbetriebnahme von Schacht 1 als Förder- und Seilfahrtschacht wird dann auch begonnen, ein unterirdisches Streckennetz von ca. 26 km Länge zu bohren. Die Strecken werden eine Breite von 6 m und eine Höhe von mindestens 3 m haben und durch Vortriebsmaschinen hergestellt. Bei diesen Arbeiten werden ca. alle 50 m „Zwischenstationen" errichtet, von denen aus Horizontal- und Kernbohrungen bis zu 1000 m Länge zu den Salzstockflanken und zum Kern des Salzstockes gebohrt werden. Für die gesamten Bohrarbeiten unter Tage müssen etwa 570 000m³ oder 1,2 Mill. t Salz an die Oberfläche gefördert werden.

Auf diese Weise können die notwendigen Daten für die Planung eines Endlagerungsbergwerkes gewonnen werden. Sie sind Voraussetzung, um im Planfeststellungsverfahren den Nachweis der Eignung des Salzstockes führen zu können. Die untertägige Erkundung soll im Jahre 1992 abgeschlossen sein. Sie wird insgesamt 944 Mill. DM kosten.

Keine Zweifel an der Salzbarriere

Ein wesentlicher Kritikpunkt am Salzstock Gorleben sind die möglichen Ablaugungsvorgänge – Subrosion – am Salzspiegel. Der Geologe D. Appel (Hannover) leitet mittlere Subrosionsraten über lange Zeiträume im Quartär von bis zu 0,4 mm/Jahr und Spitzenwerte von bis zu 3,4 mm/Jahr aus Veränderungen der Lage der Schichten der Holstein-Warmzeit ab. Die von Appel als verläßliche Methode bezeichnete Vorgehensweise ist jedoch am Salzstock Gorleben nicht brauchbar, weil die Lageveränderungen der Schichten weitgehend auf Verschuppung durch Gletschereis zurückgehen. Sie sind daher kein Maßstab für Subrosion und Salzaufstieg.

Der Kieler Geologe K. Duphorn postuliert nach einer altquartären Aufstiegsphase – Diapirphase – des Salzstocks vor 900 000 bis 1 Mill. Jahren ein Absinken der Gipshutoberfläche durch Salzablaugung im Südteil des Salzstocks bis mindestens 280 m. Weiterhin verweist Duphorn auf selektive Tiefensubrosion, die nach seiner Ansicht Zweifel an der Schutzfunktion der „Barriere Salzstock" aufkommen läßt. Seine Behauptung, nach Temperaturmessungen in Salzspiegelbohrungen fänden Wasserbewegungen längs des abgelaugten Kaliflözes auch heute noch statt, entbehrt der wissenschaftlichen Grundlage. Mit Temperaturmessungen werden Wasserbewegungen innerhalb eines Bohrlochs festgestellt, die für sich genommen noch keinen Nachweis von Wasserbewegungen im Gebirge darstellen.

Auf der Basis jahrelanger detaillierter Arbeit von Geologen und Paläontologen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) wurden auf der letzten Geologentagung in Königstein erstmals Ergebnisse von Untersuchungen vorgestellt, mit denen die Subrosion des Salzstocks optimal erfaßt werden kann. Ein Teil der Ergebnisse basiert auf der Untersuchung von etwa 1500 Bohrproben aus den bis zu 90 m mächtigen Schichten im Deckgebirge des Salzstocks. Die Ablagerung dieser Schichten ist auf die Zeit zwischen 900 000 und 700 000 Jahren vor heute zu datieren. Man errechnete für den größten Teil des Ablaugungsgebietes Subrosionsraten von 0,1 bis 0,2 mm pro Jahr.

Weiterhin wurde Kernmaterial aus dem Hutgestein und dem unterlagernden Salzgebirge von 44 Salzspiegel- und fünf Tiefbohrungen untersucht. Hutgestein entsteht am Salzspiegel bei der Auflösung der leicht löslichen Salzminerale. Die schwer oder nicht löslichen Bestandteile verbleiben an Ort und Stelle, so daß das Hutgestein von oben nach unten wächst. Im Gegensatz zu anderen geologischen Körpern liegen also im Hutgestein die ältesten Gesteine oben und die jüngsten unten.

Da der Gehalt der unlöslichen Verunreinigungen des jeweils abgelaugten Salzes an Bohrkernen bestimmt werden kann, läßt sich aus der Mächtigkeit des Hutgesteins auch die Mächtigkeit des abgelaugten Salzgesteins berechnen. Gelingt es darüber hinaus, eine Zeitmarke für den Beginn der Ablaugung zu finden, so kann man bestimmen, wie schnell dieser Vorgang abläuft.

Eine solche Marke hat der Vorstoß des Gletschereises in der sogenannten *Elster-Eiszeit hinterlassen. Unter* dem Eis fließendes Wasser führte zur Bildung der „Gorlebener Rinne". Eine weitere Folge war das Zerbrechen von Teilen des älteren Hutgesteins und eine Einlagerung von Sand- und Gesteinsbröckchen aus darüberliegenden Sedimenten. Nachfolgende Eiszeiten haben das Hutgestein nicht wieder erreicht. Das durch Ablaugung nach der Elster-Eiszeit entstandene Hutgestein ist an seinem Gefüge zu erkennen. In anderen Bohrungen kann *nachgewiesen werden,* daß nach dieser Eiszeit keine Ablaugung mehr *stattgefunden* hat. Dies gilt auch für weite Bereiche der Rinne. Für den gesamten Salzstock ergibt sich eine durchschnittliche Ablaugung von etwa 12 m, das heißt, seit der Elstereiszeit etwa 0,04 mm pro Jahr.

Diese Ergebnisse zur Subrosion am Salzstock Gorleben bestätigen die mit Hilfe anderer Methoden erarbeiteten Vorstellungen der BGR. Die Tendenz der Subrosion, wie auch des Salzstockaufstiegs, ist abnehmend. Die voreiszeitlichen Subrosionsraten von 0,1 bis 0,2 mm pro Jahr sind nach einem Höhepunkt während der Rinnenbildung auf jährlich weniger als 0,04 mm in der Zeit nach der Elstereiszeit zurückgegangen. Erwartungsgemäß zeigte sich weiterhin, daß Subrosion bevorzugt an Hochlagen des Salzspiegels auftrat. In der Zukunft sind noch geringere Werte zu erwarten, so daß eine Gefährdung des Endlagers durch Subrosion in dem zu betrachtenden Zeitraum auszuschließen ist.

Die geologischen Untersuchungen im ehemaligen Eisenerzbergwerk „Konrad" sind, im Gegensatz zu Gorleben, weitgehend abgeschlossen. Dazu wurden seismische Messungen bis an den Rand der künftigen Einlagerungsfelder vorgenommen. Die wichtigste geologische Barriere über dem Gestein bildet eine 400 Meter *mächtige Schicht aus Ton- und* Mergelgesteinen, die nur in sehr geringem Maß durchlässig ist. PTB

Stichworte

Das sogenannte „Integrierte Entsorgungskonzept" für radioaktive Abfälle sieht drei unterschiedliche Stufen vor, die eng ineinander greifen: In den **Zwischenlagern** (geplant in Gorleben und Ahaus) werden abgebrannte Brennstäbe oder Abfälle aus Kernkraftwerken, die in unterschiedlichem Maß radioaktiv sind, vorübergehend gelagert, bis sie weiterverarbeitet oder in einem Endlager sicher untergebracht werden können. Brennstäbe sollen in einer **Wiederaufbereitungsanlage** behandelt werden (geplant im bayerischen Wackersdorf). Nur das nicht mehr verwertbare Abfallmaterial wird schließlich in den auf viele hunderttausend Jahre konzipierten **Endlagern** deponiert, bis seine Radioaktivität abgeklungen ist. DW.

Personalien

EHRUNGEN

Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** flog eigens nach Malaga, um dort seinen Freund, den deutschen Generalkonsul **Juan Hoffmann**, zur Verleihung des Großkreuzes des Bundesverdienstordens vor deutschen und spanischen Ehrengästen in einer Ansprache zu ehren. „Einmalig in der Welt" nannte Botschafter Dr. **Guido Brunner**, der die Auszeichnung in Namen des Bundespräsidenten verlieh, Hoffmanns Position zwischen „Politik, Diplomatie und Konsulatsführung". Strauß bezeichnete ihn als einen „großen Patrioten" und „Spaniens besten Botschafter in Deutschland". Zu Hoffmanns Verdiensten gehört die Errichtung des spanischen Kulturzentrums der Hanns-Seidel-Stiftung als einem Begegnungszentrum für Deutsche und Spanier aller politischen Richtungen sowie einer „endlich auch in Deutschland voll anerkannten" deutschen Schule bei Marbella.

*

Ismaning, eine kleine Gemeinde im Norden Münchens, hat ihrem prominentesten Einwohner **Klaus von Klitzing** die Würde eines Ehrenbürgers verliehen. Gleichzeitig mit der Feier im Ismaninger Schloß erhielt eine Straße seinen Namen. In Anspielung auf das Tauziehen um den Nobelpreisträger zwischen den Regierungschefs von Baden-Württemberg und Bayern, Lothar Späth und Franz Josef Strauß, stellte Bürgermeister **Erich Zeitler** fest: „Wie lange Sie hier noch wohnen werden, *ist nebensächlich.*" Der neue Ehrenbürger und derzeitige Direktor am Stuttgarter Max-Planck-Institut für Festkörperforschung ließ nicht erkennen, ob er zur Münchener Universität zurückkehren will.

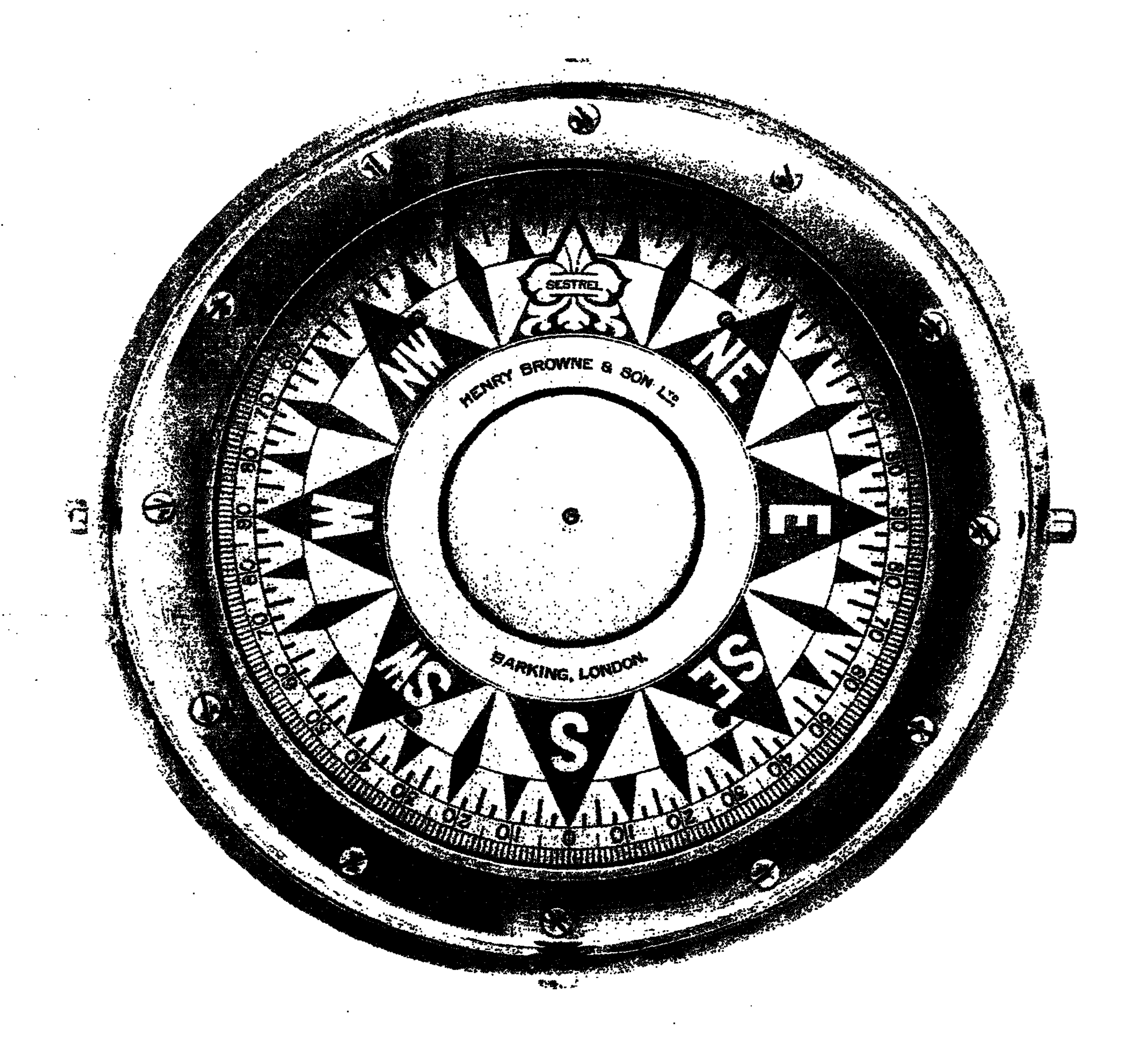
*

Der Hermann-Ehlers-Preis wird in diesem Jahr dem früheren Generalinspekteur der Bundeswehr, **Ulrich de Maizière** (Bonn), verliehen. Die Übergabe findet im Rahmen eines Festaktes der Hermann-Ehlers-Stiftung im September in Hannover statt. Die Auszeichnung im Andenken an den 1954 verstorbenen oldenburgischen Oberkirchenrat und CDU-Politiker **Hermann Ehlers** wird jährlich an verdiente Persönlichkeiten des kirchlichen und politischen Lebens verliehen.

EMPFANG

60 Generäle hat Bundeskanzler **Helmut Kohl** am Dienstag nachmittag im Kanzleramt empfangen. Bei dem mehrstündigen Treffen im NATO-Saal nahmen unter anderem der Generalinspekteur der Bundeswehr, **Wolfgang Altenburg**, teil, der Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Europa Mitte, General **Leopold Chalupa**, der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant **Eberhard Eimler**, Heeresinspekteur Generalleutnant **Hans-Henning von Sandrart** und Marineinspekteur Vizeadmiral **Dieter Wellershoff**. Zusammen mit Verteidigungsminister **Manfred Wörner** und dem Parlamentarischen Staatssekretär **Peter Würzbach** informierte die große Runde den Kanzler aus erster Hand über den Zustand der Truppe.

**Dass wir uns in ihr zerstreuen, darum ist die Welt so gross.
(Wanderlied von Johann Wolfgang von Goethe.)**



In welche Weltstadt oder in welche Stadt der Welt Sie auch immer gelangen möchten: Die Wahrscheinlichkeit, dass Sie mit der Swissair hin- und wieder zurückfliegen können, ist gross. Das ständige Hin und Her unserer Flotte in alle Himmelsrichtungen lässt sich besonders schön in unserem Flugplan nachlesen. Für Fluggäste, die sich lieber anstatt an Himmelsrichtungen nach Kontinenten orientieren, sei hier nur kurz das Streckennetz erwähnt: 47 Städte in Europa, 18 in Afrika, 23 in Asien, 10 in Nord- und Südamerika. Aus aller Welt in alle Welt.

swissair

STAND ● PUNKT

Trendwende bei den Fans

Bei ausverkauften Tribünen interessierte er die Verantwortlichen der Vereine herzlich wenig. Der Kunde kam ins Stadion, ohne besonders motiviert werden zu müssen. Der Rubel rollte. Wer ihn ins Stadion trug, war nebensächlich. Offenbar hat er lange genug seinen Geldbeutel geöffnet, ohne viel zu fragen, ohne Murren und letztlich vielleicht sogar zufrieden. Trendwende. Jetzt sagt er seine Meinung, der Zuschauer in der Fußball-Bundesliga.

Meinungsforschungsinstitute und Sozialwissenschaftler haben das Phänomen entdeckt, fragen, versuchen, Antworten zu geben. Eine Zuschauer-Studie von Soziologen der Deutschen Sporthochschule in Köln förderte alles andere als Komplimente für den Bundesligaklub 1. FC Köln zutage. Die Bosse des Wirtschaftsunternehmens Bundesliga haben sich offenbar zu weit von denen entfernt, die das Unternehmen erst zu dem gemacht haben, was es heute ist – oder war?

Die Theken-Gespräche zwischen dem Vorstand, Spielern und dem Zuschauer, wie früher am Schalker Markt, sind unwiderbringlich verloren. Der Vorwurf der Arroganz – Finanzen als einzige Motivation – entwickelt sich zwangsläufig, die Vermutung, daß „die da oben ja doch nichts mit uns zu tun haben wollen", macht die Runde. Das kann ernsthaft keinen wundern, aber zur Kenntnis nehmen sollte man das schon – *ernsthaft*.

Die Spieler haben den Trend der Zeit offenbar erkannt. Die Popularität von Nationaltorhüter Harald Schumacher, um beim 1. FC Köln zu bleiben, kommt nicht von ungefähr. Viele halten ihn zwar nur für clever, aber es ist mehr, eine Art von Charisma. Man nimmt ihm ab, daß er für seine hohe Gage hart arbeitet.

Das zu wissen ist tröstlich. Unterstreicht es doch, daß der Fußball – eigentlich – an Attraktivität nichts eingebüßt hat, um die Stadien wieder zu füllen. Was sich verändert hat, ist das Publikumsverhalten. Die Fans wissen, was sie für ihr Geld erwarten *können*. Wer die *besten Leistungen* bietet, hat das vollste Haus. Gesetze des freien Marktes, dagegen hat keiner etwas einzuwenden.

CHRISTOPH FISCHER

MOTORSPORT / Ungarn investierte zehn Millionen Mark für erstes Formel-1-Rennen im Ostblock

In der einzigen Kneipe „Ket Makvirag" warten auf die Stars Bohnensuppe und gepanschter Wein

OLAF BROCKMANN, **Budapest**

Mogyorod ist ein kleines ungarisches Dorf, 18 Kilometer nordöstlich vom Herzen Budapests entfernt. Nur Gänsegeschnatter unterbricht auf der *ausgestorbenen Straße hin und wieder* die Stille der 3200-Seelen-Gemeinde. Unweit der barocken Kirche gibt's die Kneipe „Ket Makvirag" (Zwei Mohnblumen). Nur hier wird warmes Essen serviert. Einziges Angebot üblicherweise – eine Bohnensuppe, serviert in einem ungeheizten Hinterzimmerchen. Nicht angebauter, sondern gemachter Weißwein werde ausgeschenkt, wie ein Gast beteuert. Jozsef Kiss, der Wirt, fristet ein kümmerliches Dasein. Aber nicht mehr lange. Denn im Sommer dieses Jahres wird er das Geschäft seines Lebens machen. Der Formel-1-Zirkus fällt bei seiner sensationellen Premiere im Ostblock mit Hunderttausenden Motorsportfans in diesen ungarischen Provinzort ein.

Und hinter dem Ortsausgang, an einem Friedhofshügel vorbei, führt eine Baustelle dorthin, wo am 10. August die besten Rennfahrer der Welt um WM-Punkte jagen sollen. Dort stampfen 150 Arbeiter mit 25 Baufahrzeugen seit Oktober letzten Jahres eine 3895 Meter lange Rundstrekke mit sieben Links- und acht Rechtskurven in ein ödes, hügeliges Gelände. Die 594 Meter lange Start- und Zielgerade nimmt bereits deutliche Konturen an. Ansonsten ahnt man nur, wo in einem halben Jahr die Rennwagen auf einer zehn bis 13 Meter breiten Straße herumrasen werden.

„Aber", *so betont der Bauleiter* Jenö Somlosi, „wir sind genau im Plan." Am 30. Mai, so versprach er in seiner Baubaracke, werde die Rennstrecke für Testfahrten freigegeben. Etwas nervös, aber mit großem Stolz erläuterte Somlosi in seinem ersten Interview mit ausländischen Journalisten den Stand der Bauarbeiten. 180 000 Kubikmeter Erde seien bisher bewegt worden. Mit der Betonierung auf einem Teil der Strecke soll im Februar begonnen werden. Nur ein zu strenger Winter könnte die Arbeiten des „Asphalt-Straßenbaus" etwas, aber nicht entscheidend zurückwerfen. Schließlich, so betonte Somlosi, habe sein Unternehmen schon viel Erfahrung. „Auch die Budapester Metro haben wir gebaut!"

Dieser „Asphalt-Straßenbau", der ungarische Automobilklub, die Reiseunternehmen Ibusz und Cooptourist sowie das Speditionsunternehmen Volan-Tefu bilden unter staatlicher Kontrolle die wirtschaftliche Gesellschaft, die für das Unternehmen „Formel 1 im Ostblock" verantwortlich ist. Ihr Präsident Tibor Balogh hatte mit Bernie Ecclestone, dem Chef der Konstrukteurs-Vereinigung, im vergangenen Sommer einen Vertrag für fünf Formel-1-Rennen in Ungarn ausgehandelt und einen „Kurs für das Jahr 2000" versprochen. Das ungarische Politbüro gab schließlich „grünes Licht" und behandelte, so Balogh, das Motorsportspektakel als „rein wirtschaftliche Angelegenheit". So sah die „Financial Times" auch das Hauptmotiv für das ungarische Unterfangen im Bestreben, „dringend benötigte harte Währung hereinzuholen".

Der Gesamtetat wurde mit etwa zehn Millionen Mark veranschlagt. Die größten Einnahmen sollen in den nächsten Jahren – wie im Westen – von dem Verkauf der Fernsehrechte, der Werbung und aus den Einnahmen der Eintrittskarten gewonnen werden. Später sollen sich die hohen Ausgaben bei zehn bis 15 Autorennen pro Jahr auf der neuen Strecke amortisieren. Die Veranstalter träumen bei der Formel-1-Premiere im Ostblock von 150 000 Besuchern. Ein Sitzplatz-Abonnement für die beiden Trainingstage und für das Rennen kostet 1500 Forint (etwa 70 Mark). Diese werden vor allem für die erhofften 30 000 Besucher aus dem westlichen Ausland reserviert.

Stahlrohr-Tribünen werden nur auf der Start-und-Ziel-Geraden aufgebaut. Ansonsten soll das hügelige Gelände beste Sichtmöglichkeiten bieten. „70 bis 80 Prozent der Strecke sind immer einzusehen", lobte Dr. Jenö Javori, der geschäftsführende Direktor der Organisation. In einem Gespräch mit der offiziellen ungarischen Nachrichtenagentur MTI meinte der 53jährige, daß das Interesse in Ungarn für die „nicht alltägliche Sportdelikatesse" riesig sei. 50 000 Kartenanträge seien schon aus ganz Ungarn eingegangen, zum Beispiel gleich 4000 vom Bezirksjugend-Reisebüro „Expressz" aus der Bezirkshauptstadt Bekescsaba nahe der rumänischen Grenze.

Das Hauptproblem ist für die Organisatoren zur Zeit noch die Parkplatzfrage. Für die 40 000 erwarteten Privatwagen ist eine Fläche von rund 60 000 qm erforderlich. Der erste Plan, dafür ein Kleefeld neben der Rennstrecke zu pflanzen, wurde verworfen, da bei Regenwetter die Zuschauer durch ein aufgeweichtes Feld waten müßten. Jetzt werden voraussichtlich zwei der vier Spuren der Autobahn M 3 als Parkplatz gesperrt.

Die Frage der Unterkünfte ist bereits gelöst: Die ungarischen Besucher werden größtenteils auf Campingplätzen rund um die Rennstrekke nächtigen. Die Ausländer sollen in der Hauptstadt in den Hotels logieren. Vielleicht werden sie sich aber trotzdem in die Kneipe „Ket Makvirag" verirren und mit einem Glas womöglich gepanschten Weines auf die Formel 1 im Ostblock anstoßen.

RALLYE

Walter Röhrl: „Monte ist für mich gelaufen"

sid, **Monte Carlo**

Das Verhängnis kam am späten Dienstag abend, auf der 17. Sonderprüfung von St.-Jean-Royans nach Vassieux-en-Vercors. Zum zweiten Mal innerhalb von 24 Stunden brachte ein defekter Reifen den Audi Sport Quattro des Regensburgers Walter Röhrl zum Stehen. Erneut verlor der zweimalige Weltmeister zwei Minuten auf den zu diesem Zeitpunkt noch führenden Finnen Henri Toivonen, sein Gesamtrückstand als Fünfter vergrößerte sich auf 7:51 Minuten und veranlaßte Röhrl zu der düsteren Prognose: „Die Monte ist für mich gelaufen."

Toivonen ist seit seinem Frontalzusammenstoß am Dienstag mittag erheblich angeschlagen. Zwar konnten die Mechaniker die schwer beschädigte Frontpartie seines Lancia Delta *in fieberhafter Arbeit* wieder fahrtüchtig machen, doch Toivonen klagte mit zunehmender Fahrdauer über immer größere Schmerzen in seinem lädierten Hüftgelenk. Auf der 23. Sonderprüfung verlor er die Führung an Titelverteidiger Timo Salonen.

Der Lancia-Teamarzt befürchtet, der Oberschenkelhalsknochen des 29jährigen Toivonen könne möglicherweise aus dem Hüftgelenk gesprungen sein. Toivonen, der sich bei dem Unfall außerdem zwei Finger der linken Hand verstauchte, soll sich noch vor der berühmten „Nacht der langen Messer" heute in einer Klinik in Monte Carlo einer eingehenden Untersuchung unterziehen. Erst dann fällt die Entscheidung darüber, ob er weiterfahren kann.

Walter Röhrl, der in diesem Jahr zuversichtlich seinen fünften Sieg bei der berühmtesten Rallye der Welt anvisiert hatte, war von Beginn an vom Pech verfolgt. Neben den beiden Reifenschäden, die ihn insgesamt 7:50 *Minuten kosteten*, lief der 450 PS starke Motor des Quattro nie zur vollsten Zufriedenheit des Regensburgers. Zeitweilig lief er unter 5000 Umdrehungen nicht rund, erreichte nicht das Leistungs-Optimum.

Auf der dritten Etappe hatte der Motor bis 7000 Umdrehungen ständig Aussetzer, ehe er dann urplötzlich seine volle Leistung entfaltete. „Auf einmal macht der Wagen einen Satz nach vorn und ist fast nicht mehr unter Kontrolle zu halten. Ich mußte langsamer fahren", meinte Röhrl.

TENNIS

Extrawurst für McEnroe: Er darf Pause einlegen

sid, **New York**

Das allmächtige „Men's International Professional Tennis Council" hat seinem Sorgenkind John McEnroe eine Erlaubnis erteilt, die es vor vier Jahren seinem Musterschüler Björn Borg verwehrt hat. *Der tennismüde* New Yorker Linkshänder wird für zwei Monate aus seinen Grand-Prix-Verträgen entlassen, „um sich in einer Ruhepause auszukurieren und seine frühere Spielstärke wiederzugewinnen". Schaukampf-Verträge wird McEnroe allerdings einhalten.

Den Ausschlag für das Ersuchen des nach vierjähriger Führung in der Weltrangliste durch Ivan Lendl von der Spitze verdrängten Amerikaners gab die blamable Dreisatz-Niederlage gegen seinen Landsmann Brad Gilbert in der ersten Runde des Masters-Turniers in der letzten Woche.

Das Tennisgenie John McEnroe beendete das Jahr 1985 zwar immer noch mit einem bemerkenswerten Rekord, doch Vergleichszahlen sagen vieles aus. 1984 verlor er im Grand-Prix von 81 Spielen ganze zwei, dazu im Davis-Cup gegen den Schweden Henrik Sundstroem, kam auf ein Preisgeld von 2 026 109 Dollar bei 15 Turnieren.

1985 lautete der Matchrekord 71:8 bei allerdings fünf Niederlagen in 14 Spielen gegen die ersten zehn der Weltrangliste. Von 17 Turnieren gewann McEnroe acht, im zweiten Halbjahr freilich nur noch eins (Stockholm), kassierte aber immerhin noch 1 445 611 Dollar. Womit unter dem Strich aus acht Profijahren freilich immer noch beachtliche 8 946 688 Dollar stehen.

Die sportlichen Zeichen an der Wand hat der nicht eben dumme John McEnroe („Ich kann nicht mehr länger nur von meinem Talent leben, sondern muß viel härter arbeiten") längst erkannt. Der Rummel um sein Privatleben („Ich lasse mich dadurch immer wieder aus der Ruhe bringen, ich werde einfach nicht erwachsen") wird durch die für den 17. Februar in Long Island geplante Hochzeit mit seiner Verlobten Tatum O'Neal und deren für den 12. Mai erwartete Niederkunft auch in Zukunft nicht kleiner werden. Der mit den beiden befreundete Franzose Yannick Noah glaubt nicht, daß McEnroe vor dem Geburtstermin wieder auf die Tennisplätze zurückkehrt.

SPORT-NACHRICHTEN

Kasparow gibt Revanche

Moskau (AP) – Der sowjetische Schach-Weltmeister Garri Kasparow kündigte an, daß er seinem Vorgänger und Landsmann Anatoli Karpow im Spätsommer Revanche geben will. Die Internationale Schach-Föderation (FIDE) hatte einen neuen Titelkampf für den 10. Februar angesetzt, jedoch lehnte Kasparow diesen Termin ab.

Ahmann lange operiert

Milwaukee *(dpa) – Erhard* Ahmann, früherer Trainer des Fußball-Zweitligaklubs VfL Osnabrück, wurde in Milwaukee am Herzen operiert. In einer achtstündigen Operation wurden ihm fünf Bypässe eingesetzt.

Stuttgart holt Torjäger

Stuttgart (dpa) – Der Fußball-Bundesligaklub VfB Stuttgart hat für die nächste Saison Stefan Schmidt, Torschützenkönig vom nordbadischen Oberligaklub SG Kirchheim, verpflichtet. Schmidt wird einen Zweijahresvertrag unterschreiben.

Platini in die Schweiz?

London (sid) – Nach Angaben der *englischen* Tageszeitung „Daily Telegraph" soll Frankreichs Fußballstar Michel Platini bereits zweimal mit dem französischen Klub Servette Genf verhandelt haben. Der dreimalige „Fußballer des Jahres" in Europa hat beim Europapokalsieger Juventus Turin einen Vertrag bis zum Saisonende.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Fort. Köln – Leverkusen 2:3, Plankstadt – Frankfurt 1:5, Osnabrück – Hamburg 2:4, Aachen – Kerkrade 2:1, Wageningen – Essen 1:5.

HANDBALL

Testspiel: Handschuhsheim – Nationalmannschaft 18:45.

RALLYE

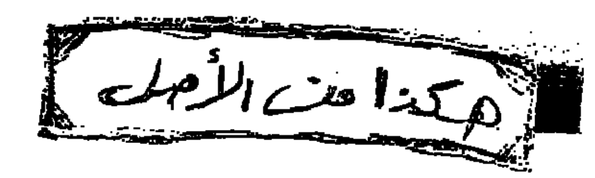
54. Rallye Monte Carlo, Zwischenstand nach 23 von 36 Sonderprüfungen: 1. Salonen/Harjanne (Finnland) Peugeot 205 Turbo 6:11:44 Std., 2. Toivonen/Cresto (Finnland/USA) Lancia Delta 0:22 Min. zur. . . . 5. Röhrl/Geistdörfer (Deutschland) Audi Sport Quattro 7:51.

RAD

Stuttgarter Sechstagerennen, Endstand: 1. Pijnen/Frank (Holland/Dänemark) 200 Punkte, 2. Thurau/Kristen (Deutschland) 147, 3. Clark/Doyle (Australien/England) 134, eine Rd. zur.: 4. R. Hermann/Knetemann (Deutschland/Holland) 129, 5. Tourne/de Wilde (Belgien) 101, 6. Bolten/Schlaphoff (Deutschland) 75.

BASKETBALL

DBB-Pokal, 3. Runde: Heidelberg – Bayreuth 92:105, Ludwigsburg – Hagen 69:97.

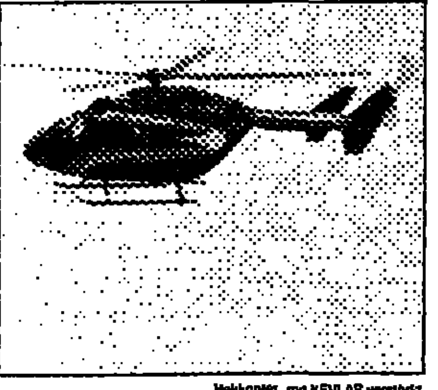


Zur wirksamen Schlankheitskur für Flugzeuge gehört Kevlar*. Beim Airbus hat sie schon gewirkt.

Je mehr ein Flugzeug wiegt, um so mehr Treibstoff verbraucht es. Jede Gewichtseinsparung macht sich also bezahlt. Darum wurde KEVLAR beim Airbus A 310 in Kombination mit anderen Verbundwerkstoffen eingesetzt. Unter anderem bei der Triebwerksträgerverkleidung, an den Seitenflossen und am Seitenruder. Über das Ergebnis freut sich nicht zuletzt auch die Lufthansa. Denn sie spart bei jeder Maschine dieses Typs rund 100.000 DM Treibstoffkosten im Jahr.

Kevlar macht Flugzeuge sicherer, stabiler und schöner.

Was man mit KEVLAR an Gewicht einspart, geht nicht auf Kosten der Sicherheit. Ganz im Gegenteil. Denn KEVLAR ist trotz seiner Leichtigkeit extrem stabil und robust und erhöht sogar noch die Festigkeit. Dadurch bietet es Konstrukteuren und Designern völlig neue Möglichkeiten in Technik und Formgebung.



Helikopter, mit KEVLAR verstärkt.

Doch das ist nicht alles. KEVLAR läßt sich auch mit anderen Verstärkungsfasern kombinieren. Zum Beispiel mit Kohlefasern. Die unterschiedlichen Eigenschaften von KEVLAR und Kohlefasern ergänzen und optimieren sich gegenseitig. Die Vorteile dieser Kombination werden unter anderem auch von MBB bei der Fertigung von Hubschraubern (Typ BO 105 und BK 117) genutzt.

Kevlar ist eine außergewöhnlich starke und vielseitige Faser.

Keine andere Faser-Art bietet eine solche Kombination von Eigenschaften: KEVLAR ist extrem leicht und zugleich extrem stabil. Bei gleichem Gewicht hat es die fünffache Festigkeit von normalem Stahl. Durch seine Flexibilität ist es mühelos formbar, aber kaum dehnbar. KEVLAR ist auch korrosionsfrei, nicht magnetisch und leitet keine Elektrizität. Temperaturen spielen dabei kaum eine Rolle. Denn KEVLAR verkraftet −40°C genauso problemlos wie +130°C. Außerdem ist KEVLAR hitzebeständig, selbstverlöschend und verkohlt erst bei Temperaturen über 425°C.

KEVLAR gibt es in Form von Fäden und Fasern, aus denen die jeweiligen Produkte entwickelt werden.

Kevlar macht Autos leichter, zuverlässiger und umweltfreundlicher.

Die Karosserie-Außenteile des Audi Sport Quattro und des Audi Quattro Rallye sind aus KEVLAR. Dadurch wurden beim Audi Sport Quattro ca. 65 kg Gewicht eingespart. Und die Rallye-Version ist sogar ca. zwei Zentner leichter als eine „Ganzstahlkarosserie".

Doch auch in anderen Bereichen fährt man mit KEVLAR besser. So sind beispielsweise die Hochgeschwindigkeits-Reifen führender Hersteller wie Pirelli, Kléber und Dunlop mit KEVLAR verstärkt. Bei Kupplungsscheiben, Zylinderkopfdichtungen und Kühlwasserschläuchen sorgt KEVLAR für mehr pannenfreie Kilometer. Und außer Audi verwenden auch Daimler-Benz, Porsche und andere Automobil-Hersteller teilweise schon Bremsbeläge, die KEVLAR statt Asbest enthalten.

Kevlar kann lebensrettend sein.



Kugelsichere Weste aus KEVLAR

Das geringe Gewicht, hohe Festigkeit und Flexibilität machen KEVLAR auch für Schutzkleidung bestens geeignet. Zum Beispiel für Sturzhelme, Rennanzüge und Arbeitshandschuhe. Und nicht zuletzt auch für Polizei-Kugelschutzwesten. Denn schon eine 1 kg leichte Weste aus KEVLAR kann eine Kugel aus einer 0.38 Special stoppen.

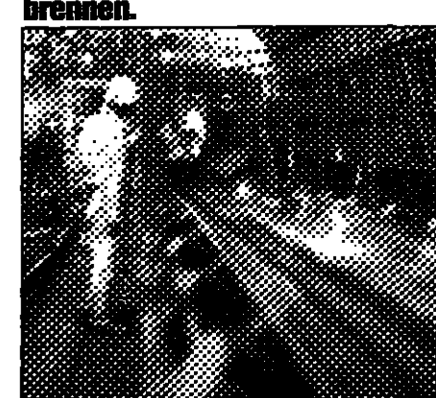
Kevlar ist auch etwas für lange Leitungen.

Ein Kabel für lange Leitungen muß stabiler sein als andere. Das ist die Voraussetzung dafür, daß man mit weniger Stützpfeilern auskommt – und dadurch enorme Kosten spart. KEVLAR ist aber nicht nur stabiler, sondern auch besonders leicht, korrosionsfrei, kaum dehnbar und nicht magnetisch.

Die schweizerischen PTT-Betriebe testen bereits den Einsatz von KEVLAR Telefonkabeln als Luft- und Weitspannkabel unter extremen klimatischen Bedingungen.



Kevlar kann weder rosten noch brennen.



Selbstverlöschendes, korrosionsfreies Förderband auf KEVLAR Basis.

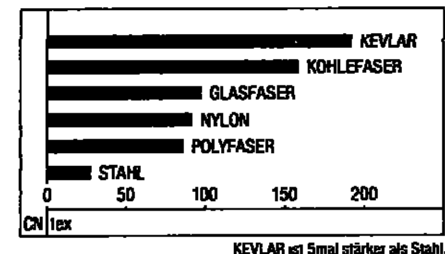
Deshalb läuft mit KEVLAR auch überall da alles bestens, wo das Material härtesten Strapazen ausgesetzt ist. Zum Beispiel in Förderbändern. Über 120.000 m Förderbänder wurden bereits auf KEVLAR Basis hergestellt. Die meisten laufen in deutschen Kohlezechen. Manche schon seit 8 Jahren. Probleme gab es dabei noch nie.

Kevlar ist keine Zukunftsvision, sondern Realität.

Auch wenn es ein bißchen fantastisch klingt, es stimmt. Alles, was wir hier über KEVLAR sagen, ist erprobt, bewährt, bewiesen.

Und schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß KEVLAR ein faszinierendes Material ist. Es zeigt Möglichkeiten auf, um mit bisher unlösbaren Problemen fertig zu werden. Und in den 90er Jahren wird vieles ohne KEVLAR undenkbar sein. Darum sollten Sie heute schon mehr darüber wissen.

Spezifische Zugfestigkeit



KEVLAR ist 5mal stärker als Stahl.

KEVLAR*

eine Technologie-Faser von Du Pont

Die „Engineering-Fibres Divison" von Du Pont hat im High-Tech-Bereich vielfach Pionierarbeit geleistet. Und kann dadurch Möglichkeiten aufzeigen, wie man die Festigkeit, Zuverlässigkeit und Sicherheit von Produkten verbessern kann. Das gilt heute genauso wie für die Zukunft.

Beispiele für diese Entwicklungen sind Produkte wie Teflon*, Tyvek*, *Typar*, Nomex*, Cordura* und* hochfestes Nylon.

Du Pont de Nemours (Deutschland) GmbH, Hans-Böckler-Straße 33, 4000 Düsseldorf 30.

Du Pont,
Ihr Partner für Entwicklungen.

*Eingetragenes Warenzeichen von Du Pont

DU PONT

Zimmermann: Grüne sind kein Beobachtungsobjekt

Innenminister verteidigt Auskünfte des Verfassungsschutzes

PETER PHILIPPS, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat sich gestern erneut den Fragen der zuständigen Bundestags-Ausschüsse nach Aufträgen und Anfragen seines Parlamentarischen Staatssekretärs Carl-Dieter Spranger an das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) stellen müssen. Dabei ging es am Nachmittag im Innenausschuß und am Abend in der Parlamentarischen Kontroll-Kommission (PKK) im wesentlichen um zwei Dinge: die Berichte über eventuelle linksextremistische Einflüsse auf die Grünen und um die Spranger-Anfrage, ob der ehemalige Flick-Manager von Brauchitsch im Zusammenhang mit der Parteispendenaffäre Zielperson einer Desinformations-Kampagne östlicher Geheimdienste sein könne.

Zimmermann unterstrich, daß der Vorwurf, der Verfassungsschutz sei möglicherweise für parteipolitische Zwecke mißbraucht worden, nach seiner Überzeugung nicht berechtigt sei. Er nahm dafür auch den BfV-Vizepräsidenten Pelny (SPD), dessen Antworten auf die Fragen des CSU-Abgeordneten Fellner erst die Vorgänge in die Öffentlichkeit gebracht hatten, als Kronzeugen in Anspruch. Und, so der Innenminister, auch die Behauptung sei falsch, das BfV sei angewiesen worden, Nachforschungen über die Grünen anzustellen: Es sei in allen angesprochenen Fällen nur darum gegangen, bereits vorhandene Erkenntnisse zu berichten. Die Partei der Grünen sei in der Vergangenheit kein Beobachtungsobjekt gewesen und sei es auch heute nicht.

Tabu-Bereiche verneint

Dies bedeute allerdings nicht, daß sich nicht-extremistische Organisationen oder demokratische Parteien zum Tabu-Bereich erklären könnten. Denn keine Partei sei gegen Versuche der Einflußnahme von Extremisten gefeit – und genau diese seien der Auftragsbereich der Verfassungsschutzbehörden. Er hoffe, sagte Zimmermann, daß unter den Parlamentariern wenigstens Konsens darüber bestehe, daß extremistische Unterwanderungsversuche bei den Grünen derselben Aufmerksamkeit unterliegen wie bei anderen Organisationen oder Parteien. Denn das BfV habe ohne Ansehen der Person extremistische Bestrebungen und Spionageaktivitäten zu beobachten.

Die Anfrage über die Grünen habe der CDU-Abgeordnete Todenhöfer mündlich übermittelt, der genaue Wortlaut sei im Ministerium nie festgehalten worden. Auch Sprangers Übermittlung des Todenhöfer-Wunsches an den damaligen BfV-Chef Hellenbroich sei mündlich geschehen, der Staatssekretär habe aber ausdrücklich um offene Informationen gebeten.

Aussage korrigiert

Im Januar 1985 sei die Antwort vom Amt gekommen, der Vermerk „VS – Vertraulich" von Spranger gelöscht und die Unterlage vom Pressereferat des Ministeriums an Todenhöfer übermittelt worden, an keinen Dritten. Aber auf entsprechende Anforderung hätte sie auch jeder andere Bundestagsabgeordnete erhalten.

Im Zusammenhang mit der Flick-Affäre hatte Spranger im Dezember 1984 mit Hellenbroich darüber gesprochen, inwieweit die Affäre durch eine Desinformations-Kampagne östlicher Nachrichtendienste mitbeeinflußt sein könnte. Der ehemalige Flick-Manager von Brauchitsch wurde als mögliche Zielperson genannt. Der gesamte Auftrag an das BfV stand im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Berichts des Bundesinnenministeriums über die Versuche östlicher Geheimdienste, die deutsche Politik und das innenpolitische Klima zu manipulieren. In der Spendenaffäre jedenfalls, so Zimmermann gestern, blieben die Nachforschungsergebnisse negativ.

Der Bundesinnenminister mußte vor dem Ausschuß anhand neuerer Erkenntnisse auch eine frühere Aussage korrigieren: Für den ebenfalls angefertigten BfV-Bericht über die Nachrücker der Grünen und eine eventuelle extremistische Betätigung habe entgegen dem Vermerk Pelnys kein Auftrag aus dem Ministerium vorgelegen. Dies sei jetzt von dem damaligen Referatsleiter schriftlich klargestellt worden. Und auch die Anfrage über den Grünen-Abgeordneten Schily kam noch einmal zur Sprache. Zimmermann: eine eigene Initiative Sprangers, die keine negativen Erkenntnisse erbrachte.

Vermittlung im Streit um Zeidler

Bernhard Vogel: Sterbehilfe und Abtreibung zu bedeutsam für hitzige Diskussionen

JOACHIM NEANDER, Mainz

Für viele wird das eine Überraschung sein: Bernhard Vogel (CDU), Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und früherer Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, hat sich im Streit um die Äußerungen des Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Wolfgang Zeidler über Sterbehilfe und ungeborenes Leben nicht einfach an die Seite des Kölner Kardinals Höffner und der Kirche gestellt. Der CDU-Politiker will vermitteln.

Vor Journalisten sagte Vogel in Mainz: „Das Thema und das Amt von Professor Zeidler sind zu bedeutsam, als daß wir es hinnehmen sollten, daß jetzt hitzige Diskussionen von einer Fernsehrunde zur nächsten geführt werden. Ein direktes Gespräch wäre dienlicher. Ich werde meinen Teil dazu beitragen, daß es zustande kommt."

Dies sei keineswegs ein Streit zwischen Christen und Nichtchristen, begründete der Regierungschef seine Haltung. Das ganze sei zwar auch eine theologische, aber eben auch eine verfassungsrechtliche Frage: „Ich möchte nicht, daß sich in der Bundesrepublik jetzt eine Zeidler- und eine Höffner-Partei bildet."

Der Mainzer Regierungschef will der nächsten Ministerpräsidenten-Konferenz Ende März außerdem eine Beschlußvorlage zum Thema Gentechnologie präsentieren. Es bestehe inzwischen Entscheidungsbedarf auch für die Bundesländer, die ja für die Gesundheitspolitik und die Hochschulforschung zuständig seien. Vogel schwebt dabei nicht nur ein Auftrag an die Fachministerkonferenzen (Gesundheit, Justiz und Kultus) zu einem umfassenden Bericht vor, sondern er will auch, daß die Regierungschefs selbst schon jetzt über das Grundsätzliche diskutieren. Eine Grundgesetzänderung hält Bernhard Vogel noch nicht für diskussionsreif. Man solle lieber rasch Regelungen in begrenzten Bereichen (beispielsweise der Frage der Verwendung sogenannter überzähliger Embryos) beschließen, im übrigen aber die weitere Entwicklung abwarten. Vogel: „Ich werde auch den Kirchen raten, mit abschließenden Äußerungen vorsichtig zu sein. Daß wir die Forschung weltweit verbieten oder einengen können, glaube ich nicht. Aber wir müssen die Entwicklung ethisch, rechtlich und sozial beherrschbar machen." Erste Regelungen der ärztlichen Standesorganisationen könnten dabei durchaus hilfreich sein. Sie reichten jedoch nicht aus.

Dem gesamten Komplex „Schutz des Lebens" soll im übrigen ein Fachkongreß dienen, zu dem die rheinland-pfälzische CDU am 5. Juni etwa 200 in- und ausländische Wissenschaftler verschiedener Richtungen nach Mainz einladen wird. Dieser Kongreß soll die Kenntnis bereichern, nicht aber irgendwelche Resolutionen verabschieden.

KNA, Bonn

Im Gegensatz zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Zeidler, vertritt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Benno Erhard, die Überzeugung, daß für die heutige Verfassungs- und Rechtsordnung der Bundesrepublik keineswegs spezifisch christliche Aspekte maßgebend sind oder waren. In einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) sagte Erhard, für die Wertordnung des Grundgesetzes und die heutige Rechtsordnung spielten „in weitem Umfang Überzeugungen eine Rolle, die das Christentum bereits von anderer Seite übernommen oder weiterentwickelt hat". Schon die vorchristliche Ethik sei als philosophische Disziplin stets „von der Existenz der Würde des Menschen" ausgegangen, „wenngleich mit unterschiedlichen Akzentsetzungen".

„DDR" weist Tamilen ab

W. K. Berlin/Bonn

Die „DDR"-Grenzbehörden haben nach Mitteilung des Deutschen Roten Kreuzes 20 Tamilinnen, die mit der Eisenbahn von Warschau nach Berlin reisen wollten, am Grenzübergang Frankfurt/Oder zurückgewiesen. Die Frauen stammen aus Sri Lanka und wollten sich ihren Angaben zufolge in West-Berlin mit Ehemännern treffen, die sich bereits in der Bundesrepublik Deutschland als Asylbewerber aufhalten. Die Abweisung erfolgte offenbar wegen fehlender Sichtvermerke der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau, wo die Frauen in einem Hotel untergebracht sind. Der Senat begrüßte die „konsequente Haltung der DDR-Behörden", erklärte der Sprecher der Senatsverwaltung für Inneres, Hans Birkenbeul, der WELT. Seit dem Sommer 1985 seien keine Tamilen mehr illegal auf dem Transitweg über die „DDR" in West-Berlin eingetroffen.

Karlsruhe lehnt Grünen-Klage ab

AP, Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht hat einen Antrag der Bundestags-Fraktion der Grünen auf Feststellung, daß der Flick-Untersuchungsausschuß gegen seine Beweiserhebungspflicht verstoße, als unzulässig abgelehnt. Die Grünen wollten erreichen, daß der Ausschuß Beschwerde gegen einen Beschluß des Landgerichts Bonn einlegt, das abgelehnt hatte, Einsicht in Unterlagen der Flick-Industrieverwaltung zu gewähren. Das Verfassungsgericht wies die Organklage der Grünen als unzulässig zurück, weil die Fraktion die sechsmonatige Antragsfrist versäumt hatte. Der Beschluß des Untersuchungsausschusses war am 1. März 1985 ergangen, der Antrag der Grünen ging in Karlsruhe erst am 2. November ein. Die Grünen hatten geklagt, nachdem sie erfolglos Beschwerde beim Oberlandesgericht Köln eingelegt hatten (AZ: 2 BvE 1/85).

Streikrecht: Esser für Generalklausel

AP, Köln

In der Diskussion um eine gesetzliche Neuregelung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz fordert der Arbeitgeberpräsident Otto Esser eine „verbindliche Generalklausel" im Gesetz, die die Beeinflussung von Arbeitskämpfen durch Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit verbiete. In einer Stellungnahme an die Ministerpräsidenten der Länder und die Bundestagsabgeordneten, die gestern in Köln veröffentlicht wurde, meint Esser, der vorliegende Entwurf der Bundesregierung reiche nicht aus, um die Neutralität der Nürnberger Bundesanstalt in Arbeitskämpfen umfassend zu sichern. Der Entwurf gebe den Gewerkschaften Möglichkeiten zur Umgehung, die durch weitere klarstellende Präzisierungen ausgeschlossen werden müßten. Der Paragraph 116 regelt die Zahlung von Kurzarbeitergeld an mittelbar vom Streik betroffene Arbeitnehmer.

USA können Bonn nicht von Sanktionen überzeugen

Schäuble sieht dennoch „ein hohes Maß an Übereinstimmung"

BERNT CONRAD, Bonn

Dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister John Whitehead ist es nicht gelungen, der Bundesregierung den Nutzen von Wirtschaftssanktionen gegen Libyen plausibel zu machen. Gleichzeitig zeichnete sich jedoch ab, daß einige in Washington entstandene Mißverständnisse über die deutsche Haltung ausgeräumt werden konnten. Am Ende konstatierte Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble „ein hohes Maß an Übereinstimmung", vor allem in der Zielsetzung der Bekämpfung des Terrorismus.

Wie zuvor schon Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wiesen auch Schäuble und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann den amerikanischen Gast darauf hin, daß vieles von dem, was die USA den Europäern vorschlügen, „von der Bundesrepublik Deutschland seit langem gemacht wird". So liefere die Bundesrepublik weder Kriegswaffen noch Rüstungsgüter oder Hochtechnologie an Libyen. Die deutschen Handelsbeziehungen mit Libyen seien seit langem „zurückgefahren". Die libysche Botschaft in Bonn werde kontrolliert. Was den Flugverkehr mit Tripolis wie auch mit anderen Länder betreffe, so seien die deutschen Sicherheitsmaßnahmen schärfer als in den meisten Staaten, betonte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann.

Auf Skepsis stieß Whiteheads Wunsch nach Reduzierung der deutschen Ölimporte aus Libyen. Erstens gebe es keine staatlichen Öleinfuhren in die Bundesrepublik, zweitens müßten die Amerikaner selbst ihre indirekten Ölimporte aus Libyen über die Bahamas und die Zukunft der amerikanischen Beteiligungen an den beiden größten libyschen Ölgesellschaften erläutern, hieß es in Bonner Regierungskreisen.

Kwizinski unterrichtet Bonn über Abrüstung

Genscher: Auch einen konventionellen Krieg verhindern

Co. Bonn

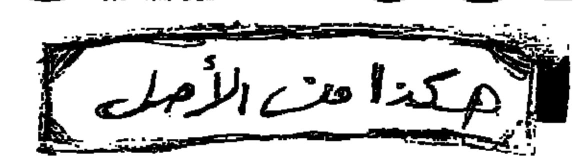
Der sowjetische Abrüstungsunterhändler Julij Kwizinski unterrichtete die Bundesregierung gestern über den Stand der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf und erläuterte die jüngsten Abrüstungsvorschläge von Generalsekretär Michail Gorbatschow. Kwizinski sprach zunächst mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, später mit dem Bonner Abrüstungsbeauftragten, Botschafter Friedrich Ruth, und dem Kanzlerberater Horst Teltschik.

Der Moskauer Diplomat erinnerte an den „Beitrag, den die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion bereits in früheren Jahren gemeinsam zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen geleistet" hätten. Er unterstrich den sowjetischen Wunsch, auch künftig mit der Bundesrepublik Deutschland in Anbetracht ihrer Rolle in Europa und im westlichen Bündnis zusammenzuarbeiten, um Fortschritte bei der Friedenssicherung zu erzielen.

Genscher bekräftigte „die erste positive Reaktion der Bundesregierung" auf die Vorschläge Gorbatschows und erklärte, der Plan enthalte konstruktive Elemente, bekannte Positionen und Punkte, zu denen Fragen gestellt werden müßten. Die Bundesregierung habe mit Aufmerksamkeit den europäischen Ansatz bemerkt, der in den Anregungen zum Ausdruck komme. Sie sei bereit, dazu beizutragen, daß die in den sowjetischen Vorschlägen liegenden Möglichkeiten sorgfältig geprüft und aktiv genutzt würden. Die neuen Ansätze sollten geeignet sein, Bewegung in die verschiedenen Verhandlungen zu bringen.

Der Bundesaußenminister betonte, daß Lösungen angestrebt werden müßten, die allen Staaten in Europa das gleiche Recht auf Sicherheit einräumten. Auch die Gefahr konventioneller Konflikte müsse ausgeschlossen werden.

Morgen wird der amerikanische Chefunterhändler Max Kampelman die Bundesregierung über die Einschätzung Washingtons unterrichten



Kampf um Europa

adh. – Schon mit dem bei der Adam Opel AG festgelegten Investitionsprogramm für die Jahre 1984 bis 1988, das immerhin 7,4 Milliarden Mark umfaßt, signalisierte die amerikanische Mutter General Motors, welche Bedeutung sie dem europäischen Automarkt zumißt. Aber auch, welche Rolle dabei die Adam Opel AG spielen soll, die in den letzten Jahren unter den 17 europäischen Tochtergesellschaften des amerikanischen Autoriesen immer mehr in eine Leitfunktion hineingewachsen war.

Nachdrücklich unterstrichen wird das Gewicht des Europa-Geschäfts für General Motors durch die Gründung einer Europa-Zentrale in Zürich unter der Leitung von Ferdinand Beickler, bisher Vorstandsvorsitzender der Adam Opel AG. Das ist kein „Wegloben" angesichts der in den letzten beiden Jahren bei Opel aufgelaufenen Verluste. Das zeigt vielmehr die Zielrichtung der General-Motors-Pläne.

Ein Marktanteilsgewinn von mehr als einem Viertel für die europäischen Pkw-Modelle von GM – übrigens unter Führung von Opel entwickelt – macht sinnlich nach mehr. Die Amerikaner betrachten Europa längst als einen Markt. Reibungsverluste aus der historisch gewachsenen Vielzahl von nationalen GM-Unternehmn in Europa sollen vermindert, Abstimmungen erleichtert werden.

Das macht Sinn. Denn der Kampf um den insgesamt kaum wachsenden europäischen Automarkt hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Das macht auch Sinn als Antwort eines amerikanischen Herstellers auf die Erfolge, die Automobile deutscher Provenienz in den letzten beiden Jahren in den USA hatten. Der Kampf um Marktanteile in Europa dürfte noch härter werden.

Strukturelle Probleme

Von HANNA GIESKES

Der deutsche Handel, der in den letzten Jahren der Konjunktur stets nachhinkte, hat wieder Anschluß an die Entwicklung gefunden. Die jüngsten Zahlen signalisieren eine deutliche Besserung. Zwar brachte das vergangene Jahr der Branche insgesamt nur ein bescheidenes Umsatzplus von 2,5 Prozent, aber die Tendenz ist eindeutig steigend. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels rechnet für dieses Jahr mit einem realen Plus von zwei bis 2,5 Prozent.

Das Konsumklima hat sich verbessert, die Preise sind stabil, und in diesem Jahr wird die erste Stufe der Steuerreform wirksam. Außerdem nimmt die Beschäftigung wieder zu, so daß auch die Arbeitseinkommen steigen. Insgesamt spiegelt sich hier eine gleichgewichtigere Wirtschaftspolitik wider, die nicht mehr nur auf Angebotsförderung ausgerichtet ist, sondern auch die Nachfrage berücksichtigt.

Das freundliche Bild wird indes getrübt durch strukturelle Probleme, die den Handel mehr und mehr belasten: Überkapazitäten und schrumpfende Renditen. Das eine löst, vor allem im Lebensmittelhandel, einen starken Wettbewerbsdruck aus, das andere bewirkt eine zunehmende Labilität der Unternehmen, die dazu führt, daß etliche dem Druck nicht mehr standhalten können. Die Folge ist Konzentration.

Im Lebensmittelhandel hat sie mittlerweile ein Ausmaß erreicht, daß vielfach für bedenklich gehalten wird. Vor allem in den vergangenen beiden Jahren hat es hier zum Teil dramatische Veränderungen gegeben. Das Umsatzvolumen hat sich noch einmal erheblich zu den Handelsgiganten hin verlagert. Die ersten zehn Unternehmen – mit Aldi an der Spitze – machen inzwischen fast die Hälfte des Umsatzes im Lebensmittelhandel; auf sie entfallen mehr als 90 Prozent des Wachstums in diesem Bereich.

Viele Politiker sehen hier Handlungsbedarf, besonders im Hinblick auf die Mittelständler, die gegenüber den Großen mehr und mehr an Boden verlieren. Sie übersehen dabei leicht, daß der Strukturwandel, den sie so vehement beklagen, ja nicht gegen den Willen des Verbrauchers stattgefunden hat, im Gegenteil: Er hat ihn mitgetragen, hat ihn vielleicht sogar selbst ausgelöst. Wenn die Forschungsstelle für den Handel in Berlin feststellt, daß Verbraucher auf dem Lande nicht „Tante Emma", sondern Aldi wollen, dann sollten sich die Mittelstandspolitiker doch fragen, ob sie nicht an der Realität vorbei argumentieren.

Zu diesen Realitäten gehören auch die betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten im Handel. Bei einer durchschnittlichen Umsatzrendite von einem Prozent – im Lebensmittelhandel liegt sie selten darüber – muß ein Einzelhändler mindestens drei Millionen Mark umsetzen, um auf das Gehalt eines Facharbeiters zu kommen. Schon daraus ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit zu einer gewissen Größe.

Die Idee mancher Mittelstandspolitiker, gegebene Strukturen dadurch zu konservieren, daß die Kleinen vom Wettbewerb der Großen abgeschirmt werden, hat indes noch einen weiteren Fehler, der wesentlich schwerer wiegt: *Sie ist mit der Marktwirtschaft nicht vereinbar*, denn dazu gehören nun einmal Wettbewerb und der durch ihn bewirkte Wandel der Strukturen.

Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, die Handelslandschaft von morgen nach dem Bild einer von Politikern definierten „optimalen Branchenstruktur" zu planen; Strukturen sind immer das Ergebnis von Wettbewerbsprozessen. Eine Mittelstandspolitik, die mehr leisten will als einen Nachteilsausgleich für die Kleinen, muß deshalb zwangsläufig Fehlentwicklungen bringen.

Der Staat muß freilich verhindern, daß die Marktprozesse durch Machtmißbrauch verfälscht werden. Dazu bietet das Kartellgesetz ausreichende Handhaben, die in zunehmendem Maße angewendet werden. Erst wenn alle Möglichkeiten dieses Gesetzes ausgeschöpft sind – und das ist bislang nicht der Fall –, sollte geprüft werden, ob eine Novelle nötig ist.

Zweifel sind angebracht. Erstens, weil die Diskussion fast ausschließlich um eine einzige Sparte des Handels kreist. Zweitens, weil mit der nun einsetzenden Erholung auch mittelständische Händler wieder mehr Luft bekommen werden. Ein Gesetz, das mit verengtem Blickwinkel gemacht wird, kann da nur schaden.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG / BDI-Symposium Technik und Innovation

Langmann: Die deutsche Wirtschaft muß vor allem Schwerpunkte setzen

HEINZ HECK, Köln

„Der weltwirtschaftliche Strukturwandel ist ein Prozeß des ständigen Überholens und Überholtwerdens. Insofern kann die deutsche Wirtschaft nicht zu jedem Zeitpunkt und auf jedem Teilmarkt zur Weltspitze zählen." Das erklärte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Joachim Langmann, bei einem Gespräch über „Technik und Innovation" vor Wissenschaftlern und Unternehmern.

Anhand von sechs Gesprächsschwerpunkten – Biotechnologie, neue Werkstoffe, Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechniken, industrielle Automation der Fertigung sowie Weltraumnutzung – bemühten sich die mehr als hundert Teilnehmer um eine Standortbestimung der deutschen Industrie sowie um Schlußfolgerungen für die weitere Entwicklung.

Langmann gab eingangs den Rat, die deutsche Wirtschaft müsse sich darauf beschränken, Schwerpunkte zu setzen „und die beachtliche Breite und Tiefe unserer Industriestruktur durch eine möglichst große Flexibilität leistungsfähig (zu) erhalten". Die Einführungsreferate zu jedem Schwerpunktthema ebenso wie die anschließenden Diskussionen machten Wettbewerbsvorsprünge und Defizite der deutschen Industrie auf Teilgebieten deutlich.

So wurde darauf hingewiesen, daß Japan bis 1990 über 50 Prozent des Weltmarkts für Technische Keramik erobert hat – mit allen Konsequenzen für die darauf aufbauenden Schlüsseltechnologien. Der Staat könne etwa durch Ausbildung von Werkstoffwissenschaftlern seinen Beitrag zur Überwindung der zum Teil dramatischen Rückstände leisten. Einhellig war das Votum für verstärkte Brückenschläge durch Ausbau der interdisziplinären Forschung sowie engere Zusammenarbeit der verschiedenen Industriezweige und mit der Wissenschaft. Langmann stützte diese These mit dem Hinweis, daß zum Beispiel die Aufwendungen der angewandten Forschung in der elektrotechnischen Industrie, im Maschinenbau oder in Feinmechanik und Optik nicht nur den eigenen Produkten, sondern auch anderen Branchen zugute kämen.

Auf dieser Linie war die gestrige Veranstaltung darauf angelegt, nicht isoliert über Mikroelektronik oder Informations- und Kommunikationstechnik, nicht über neue Werkstoffe oder die Nutzung des Weltraums zu diskutieren, sondern die Zusammenhänge über traditionelle Abgrenzungen hinaus zum Thema zu machen.

Zwar liege die Bundesrepublik mit Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) von 2,8 Prozent des Bruttosozialprodukts an der Weltspitze. Doch erreichten die absoluten Werte 1985 nur etwa 60 Prozent der Japans und 20 Prozent der der USA. In der Europäischen Gemeinschaft halte die Bundesrepublik – absolut wie relativ – die Spitze. Doch seien die FuE-Aufwendungen von 1975 bis 1983 mit einer realen Erhöhung um etwa 30 Prozent „nur mit dem Durchschnitt marschiert", während zum Beispiel Großbritannien sie um fast 50 Prozent gesteigert habe. Noch deutlicher fallen die Unterschiede bei der Betrachtung nach der Zahl der Forscher aus: In Japan würden 2,5-, in den USA sogar siebenmal so viele Forscher beschäftigt.

Letztlich entscheide allerdings, was mit Einsatz von Geld und Köpfen geleistet werde. Langmann stimmt es „sehr nachdenklich", daß etwa in der modernen biologischen Forschung oder Molekularbiologie „keine einzige der bahnbrechenden Entdeckungen der letzten drei Jahrzehnte an deutschen Forschungsinstituten gemacht worden ist". Auch wenn die FuE-Aufwendungen in den letzten 15 Jahren von 2,1 auf 2,8 Prozent gesteigert worden seien, sei zu bedenken, daß die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote zugleich von 25,5 auf 20,4 Prozent zurückgegangen sei, während die USA und Japan erheblich mehr Dynamik aufwiesen.

Unter Hinweis auf die zunehmende Zahl von Öko-Instituten, wurde in der hochrangig besetzten Runde auch die Sorge deutlich, daß sich – wie in der Nuklearenergie – auch in anderen Feldern Akzeptanzdiskussionen entwickeln könnten.

ÖLPREISVERFALL

Spuren jetzt auch an den weltweiten Finanzmärkten

cd./fu., Frankfurt/London

Der Ölpreisrutsch hinterläßt auch Spuren an den internationalen Finanzmärkten. Die Aktien großer US-Banken erlitten starke Einbußen, weil man befürchtet, daß sie wegen ihrer hohen Kredite an ohnehin schon mit Schwierigkeiten kämpfende Ölunternehmen nun noch tiefer in die Misere der Branche hineingezogen werden. Zwar gibt es noch keine akuten Ängste, daß es deswegen zu einer internationalen Finanzkrise kommen könnte; dennoch gerieten gestern im Rahmen eines allgemeinen Kurseinbruchs an der deutschen Börse besonders die Bankaktien unter Druck. Deutsche Bank sanken auf 840 (minus 28) DM, Dresdner Bank auf 434 (minus 19) DM und Commerzbank auf 332 (minus 12) DM.

Andererseits wird an den Märkten auf die positiven Aspekte sinkender Ölpreise verwiesen: Sie wirken sonstigen Preisauftriebskräften entgegen und fördern damit einen Zinsrückgang, der zugleich die Konjunktur stimuliert. Außerdem erleichtern sinkende Ölpreise und Zinsen die Schuldenlast ölimportierender Entwicklungsländer. Verschärfen werden sich allerdings die Probleme vom Ölexporteuren wie Mexiko, Nigeria und Venezuela.

Der starke Einbruch beim Rohölpreis in den letzten Tagen ist an den Welt-Ölmärkten allerdings erwartet worden. Er kam jedoch früher und schärfer, als angenommen worden war, betonten Sprecher führender Ölkonzerne in London gegenüber der WELT. Die Erwartungen darüber, ob der starke Druck auf den Ölpreis anhält, oder ob er sich nach dem jüngsten Einbruch stabilisiert, gehen weit auseinander.

Die Ölkonzerne sehen keinerlei Grund zur Panik. Dagegen erwarten einige Händler, daß der Preis für Nordseeöl der Qualität Brent weiter auf 15 Dollar je Barrel (ein Barrel = 159 Liter) fallen wird. Zu Beginn dieser Woche hatte er zum ersten Mal seit 1979 die 20-Dollar-Marke unterschritten und mit 19,15 Dollar für Ablieferung April das niedrigste Niveau seit gut sechs Jahren erreicht. 1979 war das Jahr, als die sogenannte „zweite Ölpreis-Hausse" einsetzte.

Der Ölpreisverfall der letzten Tage ist eine direkte Folge der letzten Opec-Konferenz im Dezember in Genf, beschleunigt durch einen Nachfrage-Rückgang wegen des sehr milden Winterwetters in Westeuropa. Damals hatten die Vertreter des Opec-Kartells angedroht, daß es zu einem scharfen Rückgang der Ölpreise kommen wird.

Daß er jetzt innerhalb von zwei Wochen von knapp 25 auf 19,15 Dollar gefallen ist, mag selbst die Opec-Strategen überrascht haben. Denn die Mehrheit der Opec-Länder kann sich Ölpreise unter der 20-Dollar-Marke für Nordseeöl schwerlich leisten – schon gar nicht einen von 15 Dollar je Barrel.

AUF EIN WORT

„Wenn wir Fehlentwicklungen erkennen, müssen wir das auch offen und öffentlich sagen. Wir müssen den Mund aufmachen und uns nicht scheuen, unangenehme Wahrheiten auszusprechen."

Hans Peter Stihl, Vorsitzender des Verbands der Metallindustrie in Baden-Württemberg. FOTO: DPA

GRÜNE WOCHE

Forderung nach Agrar-Reform

tb. Berlin

Gaumenfreuden aus aller Welt werden von morgen an wieder unter dem Berliner Funkturm angeboten. 749 Aussteller aus 41 Staaten präsentieren auf der 51. Internationalen Grünen Woche, die bis zum 2. Februar dauert, landestypische Nahrungs- und Genußmittel. Eröffnet wird diese weltweit größte Leistungsschau der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie des Gartenbaus heute abend von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle.

Berlin wird anläßlich der Grünen Woche auch Treffpunkt von Agrar- und Wirtschaftspolitikern aus aller Welt. Ein Höhepunkt wird das 6. Internationale Forum Agrarpolitik unter dem Motto „Getreidemarkt in der Sackgasse – Neuausrichtung im Pflanzenbau notwendig?" sein.

Eine Reform der Agrarpolitik forderte gestern vor Journalisten der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie, Arend Oetker. Die Ernährungsindustrie stehe als größter Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte in einem Spannungsverhältnis zwischen staatlich administrierter Agrarpolitik und dem freien Markt auf der Absatzseite. Eine Reform müsse dem Markt wieder mehr Spielraum verschaffen. Der Umsatz der Branche sei zwar 1985 um 1,7 Prozent auf über 154 Mrd. DM gestiegen, doch der Wettbewerb zwischen Handel und Industrie bleibe hart und die Ertragslage unbefriedigend. Bauern-Präsident Constantin Freiherr Heereman hob die Leistung der Landwirtschaft hervor; ihr Umsatz beträgt mehr als 54 Mrd. DM.

WOHNUNGSMIETEN

Einkommen sind zurückgeblieben

AP, Berlin

Der Einkommenszuwachs der privaten Haushalte ist in den vergangenen drei Jahren deutlich geringer ausgefallen als der Mietenanstieg. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin mitteilte, ist das Einkommen im Jahresdurchschnitt um knapp zwei Prozent, die Mietbelastung dagegen durchschnittlich um 5,4 im Jahre 1983, 3,8 (1984) und 3,2 Prozent (1985) gewachsen.

In seinem jüngsten Wochenbericht kündigte das DIW zugleich weiterhin „relativ stark expandierende" Mietausgaben an. Grund dafür sei, daß für eine steigende Zahl älterer Sozialwohnungen die Kostenbindungen wegfielen. Für die neueren Sozialwohnungen seien schon jetzt Mietsteigerungen programmiert, weil die staatliche Förderung zunehmend gemindert werde. Ferner seien auch von der Kostenseite her Mietanhebungen „unausweichlich", hieß es in dem Bericht.

Das DIW forderte in diesem Zusammenhang eine „begrenzte Nachsubventionierung", um die Mieten an ein „marktgängiges Niveau" heranzuführen. Auf Dauer gesehen seien für die Masse der Wohnungsmieter Mehrausgaben aber „unumgänglich und auch zumutbar", konstatierte das DIW.

Bundesbauminister Oscar Schneider widersprach der DIW-Analyse. Die allgemeine Mietsteigerungsrate habe sich seit 1982 auf 2,4 Prozent halbiert. Alle Prognosen gingen von einem Anhalten dieser Entwicklung bei wachsenden Realeinkommen aus.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bankenverband erwartet Konsumschub

Bonn (Mk.) – Mit einer Zunahme der Zahl der Beschäftigten um rund 300 000 und einem Rückgang der durchschnittlichen Arbeitslosenzahl um rund 150 000 rechnet der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) für dieses Jahr. Dabei geht der Verband in seinem jüngsten Konjunkturbericht von einem Konsumschub aus. Der private Verbrauch werde um mehr als 50 Milliarden Mark steigen. Als Grund nennt der Verband die Zunahme der verfügbaren Einkommen um 4,5 bis fünf Prozent, die im wesentlichen aus der höheren Beschäftigung und der ersten Stufe der Steuerreform resultieren. Aufgrund der optimistischen Grundhaltung der Verbraucher werde die Sparquote konstant bleiben.

Neuer Aktienfonds

Luxemburg (cd.) – Unter dem Namen „World Stock Fund" wird für Ende Januar/Anfang Februar 1986 die Plazierung eines Aktienfonds vorbereitet, der mit Anlageschwerpunkten in Europa und Fernost japanischen Investoren nicht zuletzt deutsche Aktien schmackhaft machen soll. Dieser Fonds, dessen Sponsoren Nikko Securities, Tokio, und ABD International, New York, ein Unternehmen der Dresdner Bank-Gruppe, sind, wird von der CLB (Dresdner Bank International) in Luxemburg betreut.

Schwächere US-Daten

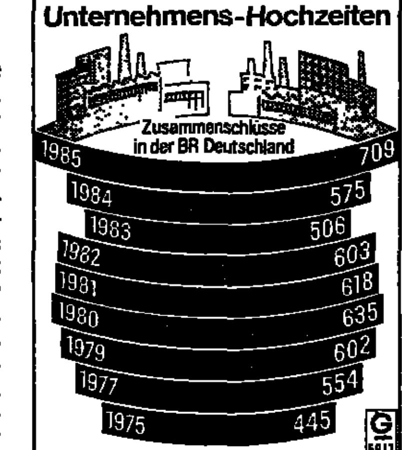
Washington (dpa/VWD) – Der Anstieg der US-Verbraucherpreise hat sich im vergangenen Jahr leicht abgeschwächt von vier auf 3,8 Prozent, teilte das Arbeitsministerium in Washington mit. Das Bruttosozialprodukt wuchs 1985 um 2,3 Prozent; 1984 waren es 6,6 Prozent.

Auslandspapiere gefragt

Köln (AP) – Der Absatz ausländischer festverzinslicher Wertpapiere hat sich in den letzten vier Jahren mehr als vervierfacht. Nach einer Übersicht, die der Bundesverband deutscher Banken veröffentlichte, wurden an den Kapitalmärkten der Bundesrepublik von Januar bis Oktober 1985 für 23,1 Mrd. DM Rentenwerte aus dem Ausland verkauft. 1984 waren es im ganzen Jahr nur 15,7 Mrd. DM, 1981 ganze 6,2 Mrd. DM.

Autofahren teurer

Hamburg (dpa/VWD) – Die Kosten rund um das Auto sind in den letzten fünf Jahren um 14,1 Prozent gestiegen. Am stärksten stiegen mit 28,2 Prozent die durchschnittlichen Aufwendungen für Reparatur, Inspektion und Wagenwäsche. Die Anschaffung eines Personenwagens verteuerte sich um 22,9 Prozent und für Pkw-Versicherungen müssen heute 17,2 Prozent mehr aufgewendet werden als vor fünf Jahren. Ersatzteile, Pflegemittel und Zubehör kosten 9,5 Prozent mehr, nach einer Untersuchung der Deutschen BP.



Die Wirtschaft zeigte sich im vergangenen Jahr „heiratsfreudig" wie noch nie. Das Kartellamt in Berlin registrierte insgesamt 709 Fusionen. Das waren 134 mehr als 1984. Damit wurde auch das bisherige Rekordergebnis aus dem Jahre 1980 – damals zählte man 635 Zusammenschlüsse – deutlich übertroffen. Als Grund für diese neuerliche Fusionswelle nennt das Kartellamt unter anderem die gute Ertragslage vieler Unternehmen. Sie haben große Teile ihrer Gewinne nicht ausgeschüttet, sondern für Firmenkäufe verwendet. QUELLE: GLOBUS

Gefährliche Innovationen

Luxemburg (cd.) – In dem großen Volumen mancher Finanzinnovationen lauern Gefahren, die der gerade mühsam unter Kontrolle gebrachten Verschuldungskrise der Dritten Welt recht nahekommen könnten, warnt Karl-Ludwig Bresser, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank. Er hat dabei vor allem die „revolving underwriting commitments" im Auge, einen von der Kundschaft miserabel bezahlten Schirm von Kreditzusagen der Banken, unter dem sich Unternehmen kurzfristige Finanzmittel aus anderen Quellen an den überliquiden Finanzmärkten besorgen.

300-Millionen-DM-Anleihe

Luxemburg (DW.) – Die Europäische Investitionsbank begibt unter der Federführung der Deutschen Bank AG und Mitführung der Dresdner Bank, Commerzbank und Westdeutschen Landesbank Girozentrale eine Anleihe über 300 Mill. DM. Die Emission mit einer Laufzeit von zehn Jahren wird zu einem Zinssatz von 6⅞ Prozent und einem Kurs von 100 Prozent zum öffentlichen Verkauf angeboten. Die Anleihe wird in Frankfurt, Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München notiert werden.

Region Mittlerer Neckar

Der Personalmangel hemmt Wachstum in der Industrie

nl. Stuttgart

Eine „deutliche wachstumshemmende Wirkung" in der Industrie und im Bereich der Dienstleistungen durch den Mangel an Arbeitskräften in der baden-württembergischen Kernregion ortet die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar. Wie IHK-Präsident Berthold Leibinger in Stuttgart sagte, klage jedes vierte Industrieunternehmen über eine starke Beeinträchtigung seiner Geschäftstätigkeit infolge Personalmangels. Der Anteil der Firmen mit starkem Arbeitskräftemangel habe sich innerhalb von drei Jahren mehr als verdreifacht.

In diesem Zusammenhang appellierte Leibinger an die Wirtschaft, ihre Anstrengungen in der Schulung und Nachqualifizierung von Mitarbeitern zu verstärken. Auch müßten Vorurteile gegenüber Mädchen im gewerblich-technischen Bereich wirksamer abgebaut werden. Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs prognostiziert Leibinger ein überdurchschnittliches reales Wachstum von 3 ,5 bis vier Prozent. Die Hauptursache liege darin, daß die eigentlichen „Konjunkturrenner", zum Beispiel die Büro- und Datentechnik, Elektroindustrie, Maschinen und Fahrzeugbau, mit überproportionalen Anteilen im Südwesten vertreten sind.

Schwachstellen sieht die IHK im unterentwickelten Dienstleistungsbereich in der Region sowie in der Infrastruktur, die verbesserungsbedürftig sei. Angeprangert wird, daß die baden-württembergische Metropole im Gegensatz zu ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft von Verkehrswegen und -anbindung her äußerst schlecht abschneide.

GENERAL MOTORS / „Strategie zur Stärkung der Wettbewerbsposition"

Neue Europa-Zentrale in Zürich

INGE ADHAM, Frankfurt

Als Teil einer Strategie zur Stärkung der Wettbewerbsposition wertet General Motors die Gründung einer Europa-Zentrale in Zürich. Immerhin sollen unter der Leitung des bisherigen Opelchefs Ferdinand Beickler (63) neun weitere Vorstandsmitglieder bei der „General Motors Europa – Passenger Cars" agieren, darunter als Vice President der Generaldirektor der britischen Vauxhall Motors Ltd., die im vergangenen Jahr sehr erfolgreich gewesen sei, John M. Flemig.

Aus Rüsselsheim begleiten Beickler in die neue Funktion Richard E. Durkin (bisher im Adam Opel-Vorstand für Finanzen zuständig), Hans Wilhelm Gäb (Vorstand Öffentlichkeitsarbeit) und Donald G. Hedeen (Planungsdirektor). Auch Hans Gensert (Zusammenbau- und Teilefertigungswerke) wird zukünftig europaweit zuständig sein.

Schon die Zusammensetzung des Vorstands der künftigen Europa-Zentrale signalisiert ihre Funktion: Sie soll vor allem koordinieren, „das, was in den einzelnen Ländern passiert, anpassen, Kundenerwartungen reflektieren", wie Beickler erläutert.

Bereits in den letzten Jahren seien sukzessive der Adam Opel AG so viele Koordinierungsaufgaben zugefallen (Beickler verweist u. a. auf das Technische Entwicklungszentrum), daß die Aufgaben nicht mehr neben den Aufgaben für den Adam-Opel-Vorstand zu lösen gewesen seien. Der Beschluß zu einer Europa-Zentrale, sei übrigens einstimmig gefallen.

In der Endphase sollen in Zürich rund 200 Mitarbeiter tätig sein, davon dürfte rund die Hälfte von der Adam Opel AG stammen. Über die Organisationsform der Europa-Zentrale, die ausdrücklich keine Holding-Funktion haben soll, ist die Entscheidung noch nicht endgültig gefallen, Beickler rechnet aber damit, daß man die Arbeit im Frühjahr als Société Anonyme (AG) aufnehmen werde.

Zur aktuellen Absatzsituation sagte Beickler, daß man im vergangenen Jahr europaweit 1 210 000 Fahrzeuge, acht Prozent mehr als 1984, abgesetzt habe, insgesamt ist der Marktanteil in Europa (inkl. Vauxhall) seit 1981 damit um gut ein Viertel gewachsen. In der Bundesrepublik allein sank der Absatz 1985 um rund fünf Prozent. Bei der Adam Opel AG habe sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr (695 Mill. DM Verlust) „deutlich gebessert", das Unternehmen ist aber noch nicht in der Gewinnzone.

Als Nachfolger von Beickler kehrt Horst W. Herke aus Spanien in den Opel-Vorstand zurück, John G. Bagshaw (Verkauf, künftig eine „Führungsposition in der europäischen GM-Organisation") wird von Georg Hehner abgelöst, für Gäb gibt es noch keine Neubesetzung.

LUFTFAHRT

Abstürze belasten Versicherungen

fu, London

1985 war aufgrund der vielen Flugzeug-Katastrophen das schlimmste Jahr der Luftfahrt-Versicherungswirtschaft. Die Forderungen für die insgesamt 19 Jets der westlichen Welt, die abstürzten oder anders verlorengingen, sowie für die mehr als 1500 ums Leben gekommenen Passagiere und Besatzungsmitglieder, werden auf etwa eine Mrd. Dollar geschätzt, teilte das Institute of London Underwriters mit.

Das ILU, dem privatwirtschaftliche Versicherungsunternehmen angehören, teilt sich den Londoner Versicherungsmarkt für die Schiffahrt- und Luftfahrtversicherung mit der Versicherungsbörse Lloyd's of London. In London werden die westlichen Handelsschiffe und Flugzeuge zu etwa 50 Prozent versichert und rückversichert.

1,45 Mrd. DM dürften auf die Versicherungen weltweit an Forderungen wegen des Todes von mehr als 1500 Flugzeug-Passagieren zukommen. 1984 waren nur zwei Passagiere ums Leben gekommen. Den ILU-Angaben zufolge war der Boeing-Jumbo der Air India, der im Juni in die Irische See stürzte, mit 95 Mill. Dollar plus 3,5 Mill. Dollar für ein Ersatz-Triebwerk der bislang am höchsten versicherte Flugzeug-Verlust.

Probleme haben die Versicherer auch mit der Raumfahrt-Versicherung, die nach Angaben des Londoner Versicherungs-Instituts unverändert hohe Verluste bringt. 1984 stiegen die Forderungen für verlorene und versagende Satelliten auf 385 Mill. Dollar. Im Schiffahrtsbereich ging 1985 die Zahl der verlorengegangenen Schiffe gegenüber dem Vorjahr von 214 auf 189 zurück.

BELGIEN / Regierung muß weiter auf Sparkurs bleiben

Steuereinnahmen überschätzt

WILHELM HADLER, Brüssel

Mit einer bösen Überraschung hat das neue Jahr für die belgische Regierung begonnen: Während sie sich auf dem besten Wege wähnte, Fortschritte bei der Sanierung der öffentlichen Finanzen zu erzielen, zeugen die jüngsten offiziellen Zahlen lediglich von einer geradezu sträflichen Fehleinschätzung der Steuereinnahmen.

Statt – wie vorgesehen – mit einem Defizit von 495,7 Milliarden belgische Franc (100 bfr sind rund 4,90 DM) schloß das Budgetjahr 1985 mit einem Minus von voraussichtlich 553,6 Milliarden belgische Franc.

Seit dem Amtsantritt der ersten Mitte-Rechts-Koalition unter Wilfried Martens vor vier Jahren hat sich die Aufgabe, die wachsende Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen, als schwierigster Punkt des Regierungsprogramms erwiesen. Zwar ist es gelungen, den Netto-Finanzierungsbedarf des Zentralstaates von 13,2 Prozent des Bruttosozialproduktes 1982 auf 12,8 Prozent 1983 und 11,4 Prozent im folgenden Jahr zu senken; doch brachte das Wahljahr 1985 trotz guter Vorsätze Mißerfolg.

Eigentlich hätte die Neuverschuldung auf 10,5 Prozent zurückgeführt werden sollen. In Wirklichkeit macht sie jedoch mindestens 11,6 Prozent aus. Damit konnte nicht einmal der bisherige Trend aufrechterhalten werden. Das Ziel, bis Ende 1988 auf sieben Prozent zu kommen und damit in der EG ins begehrte Mittelfeld zu rücken, droht aus Sichtweite zu geraten.

An fast allen anderen Fronten hat die in den Parlamentswahlen bestätigte Regierung hingegen überzeugend gekämpft: Die Leistungsbilanz verzeichnete 1985 dank der nach wie vor befriedigenden Wettbewerbskraft der Unternehmen erstmals wieder einen leichten Überschuß, die Inflationsrate verringerte sich von 5,1 auf rund vier Prozent, und selbst die Zahl der Arbeitslosen ging zum ersten Mal seit 14 Jahren (wenn auch nur um einige tausend) zurück.

Daß sich der belgische Franc über weite Strecken als schwächstes Glied des Europäischen Währungssystems (EWS) präsentierte, führen die Verantwortlichen mehr auf die Dollarentwicklung als auf Krankheitssymptome der belgischen Wirtschaft zurück. Verglichen mit allen, nach ihrer handelspolitischen Bedeutung gewichteten Währungen verzeichnete der Franc sogar eine Aufwertung um 4,5 Prozent.

Das Wirtschaftswachstum wird freilich nach wie vor durch ein (verglichen mit der Bundesrepublik) hohes Zinsniveau erschwert. Hier zeigt sich die Notwendigkeit, den öffentlichen Kreditbedarf einzuschränken, besonders deutlich. Höhere Steuerbelastungen scheiden nach Ansicht der Regierung aus. So bleibt allein der Ausweg, noch entschiedenere Einsparungen zu machen.

Martens hat den Belgiern von vornherein weitere Opfer in Aussicht gestellt. Er will – wie schon in der Vergangenheit – versuchen, seinen Kurs durch Sondervollmachten von parlamentarischen Tagespressionen unabhängig zu machen. Schon jetzt kann die Regierung die automatische Koppelung von Löhnen und Gehältern an die Preisentwicklung lockern, wenn die Wettbewerbspositionen der Wirtschaft gegenüber den wichtigsten Handelspartnern in Gefahr geraten. Ob es gelingt, die Neuverschuldung zu bremsen, bleibt offen.

CHINA

Rekorddefizit im Außenhandel

dpa/VWD, Peking

Mit der Drosselung seiner Konsumgüterimporte und der gezielten Förderung der Exporte will China sein 1985 auf 7,6 (1,1) Mrd. Dollar gestiegenes Außenhandelsdefizit in den Griff bekommen, das aus enorm gestiegenen Einfuhren resultierte. Bei Bekanntgabe der vorläufigen Handelszahlen appellierte der Sprecher des Außenhandelsministeriums, Huang Wenjun, gleichzeitig an die Handelspartner der Volksrepublik, ihre Märkte weiter für chinesische Produkte zu öffnen. Dabei wandte er sich vornehmlich an die Länder, mit denen China die größten Defizite hatte: Japan (4,4 Mrd. Dollar Defizit), die USA (zwei Mrd.) und die Bundesrepublik (1,6 Mrd.).

Das chinesische Handelsvolumen ist 1985 gegenüber 1984 um knapp 20 Prozent auf 59,2 Mrd. Dollar gestiegen. Die Ausfuhren nahmen um 5,7 Prozent auf 25,8 Mrd. Dollar zu, die Importe um knapp 32 Prozent auf 33,4 Mrd. Dollar. Westliche Experten vermuten, daß die Zollstatistik ein noch größeres Minus ausweisen wird. In der Berechnung des Handelsministeriums werden zum Beispiel eingeführte Rohmaterialien, die für die Produktion von Exportgütern verwendet werden, auf der Importseite nicht berücksichtigt.

Während des siebten Fünfjahresplans (1986–1990) will China seinen Export verstärkt von Rohstoffen und Halbfabrikaten auf industrielle Fertigprodukte umstellen, um sich neue Märkte zu erschließen. Auch bei den Importen soll der Schwerpunkt bei Investitionsgütern für die Exportindustrie liegen. Stark beschnitten werden soll die Einfuhr von Fahrzeugen und Haushaltselektronik.

TÜRKEI / Bundesrepublik wichtigster Handelspartner

Freihandelszonen errichtet

KAREN SÖHLER, Bonn

Der freie Warenverkehr, eine Idee alter Klassiker wie Adam Smith oder David Ricardo, hat sich nur in engen Grenzen durchgesetzt, in den Freihandelszonen. Obwohl im Laufe der Jahre weltweit 450 eingerichtet worden sind, verfügt längst nicht jedes Land über diese steuerliche Oasen. Bislang hatte auch die Türkei auf diesen Service verzichtet. Doch im Zuge der Liberalisierungspoltik von Ministerpräsident Turgut Özal hat die Regierung in Ankara Mitte letzten Jahres beschlossen, ebenfalls Freihandelszonen einzurichten. Die ersten beiden entstehen bei Antalya und Mersin an der Mittelmeerküste. Weitere sind in Izmir-Nemrut und Adana-Ymurtalik geplant.

Es hat Jahrzehnte gedauert, bis die Türken diesen Traum in die Wirklichkeit umgesetzt haben. Gerade deshalb ist es für sie enttäuschend, daß ausländische Unternehmen bis jetzt kaum reagaiert haben. Die Antragsfrist sollte ursprünglich morgen auslaufen; doch nachdem bisher nur 700 bis 800 – vorwiegend inlänische – Unternehmen Interesse bekundet haben, wurde umgedacht. Die Bedenkzeit ist bis zum 31. März verlängert, die Werbetrommel soll bis dahin kräftig gerührt werden.

Das ist auch nötig. Eine Sprecherin des Bundesverbandes der deutschen Industrie erklärt, viele deutsche Unternehmen hätten von den türkischen Plänen noch nichts gehört. Jetzt sollen Anzeigenkampagnen die Unwissenheit beseitigen. Natürlich sei Ankara bemüht, möglichst viele Firmen anzuziehen und dann auszuwählen, erklärt Bahri Yilmaz, Wirtschaftsberater der deutsch-türkischen Handelskammer in München. Nicht alle Unternehmen werden gleichermaßen willkommen geheißen. Gehören sie Branchen an, in denen die Türkei schon jetzt wettbewerbsfähig ist, werden ihre Anträge schärfer unter die Lupe genommen. Zu diesen weniger gefragten Wirtschaftszweigen gehören die Nahrungsmittelindustrie, die Textil- und Bekleidungsindustrie und die Metallverarbeitung. Gefragt sind hingegen alle Unternehmen, die Investitionsgüter herstellen, die neue Techniken ins Land bringen.

Bis auf diese Selektion haben die Türken die Tore jedoch weit geöffnet. Das Gesetz, in dem die Vorschriften für die Freihandelszonen festgehalten sind, unterwirft Unternehmen, die *sich dort ansiedeln möchten, nur* wenigen Beschränkungen. Sie betreffen unter anderem die Zusammensetzung der Arbeitnehmer. Beteiligungsverhältnisse – beispielsweise eine türkische Mehrheit an ausländischen Untnernehmen – werden nicht vorgeschrieben. Daß keine Steuern erhoben werden, weder Mehrwertsteuer noch Körperschaftssteuer, ist klar.

Trotz diesen, auch vom BDI anerkannten, liberalen Bedingungen, bestehen Zweifel, ob das Interesse deutscher Firmen in den nächsten zwei Monaten wächst. Zwar wird die Türkei häufig als Sprungbrett zum Nahen Osten bezeichnet. Der BDI verweist jedoch darauf, daß der Handel mit diesem Land zwischen Europa und Asien floriert. Die Bundesrepublik ist wieder zum wichtigsten Handelspartner der Türkei aufgestiegen. In den ersten elf Monaten 1985 exportierte sie Waren im Wert von 3,8 Mrd. DM und führte Güter im Wert von 2,7 Mrd. DM ein. Ein Jahr zuvor waren es insgesamt 3,4 Mrd. DM beziehungsweise 2,5 Mrd. DM. Daher werden sich voraussichtlich eher Banken engagieren, die die Möglichkeit des Off-Shore-Bankings nutzen wollen.

CSSR

Prag will die Produktion steigern

AFP, Prag

Der achte tschechoslowakische Wirtschaftsplan (1986 bis 1990), der im März vom 17. Plenum der KPC angenommen werden soll, sieht eine Modernisierung und Restrukturierung der Industrie bis zum Jahre 2000 bei gleichzeitiger Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung vor. Der Plan, der die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Leitlinien für die nächsten Jahre bestimmt, legt die Hauptbetonung auf die Entwicklung der Kernkraft und eine Spezialisierung der CSSR innerhalb des RGW.

Rund 30 Prozent der Stromerzeugung gegen 14,5 Prozent Ende 1985 sollen 1990 von Kernkraftwerken sichergestellt werden. Dazu ist die Errichtung von vier weiteren Atomkraftwerken von je 400 Megawatt installierter Leistung in Dukovany in Südmähren und in Mochovce in der westlichen Slowakei vorgesehen. Auch der elektronische Sektor soll stark gefördert und die Produktion bis Ende des Fünfjahresplans um 60 Prozent erhöht werden.

Im Maschinenbau ist eine Produktionssteigerung von 30 Prozent vorgesehen. Dagegen soll die Produktion im metallurgischen Sektor, der über 30 Jahre die Grundlage der tschechoslowakischen Industrie bildete, nur um drei Prozent steigen.

Der Fünfjahresplan sieht gleichzeitig bis zum Jahre 2000 eine Zunahme des Binnenverbrauchs um 50 Prozent vor. Dieser liegt im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern bereits relativ hoch. Die Tschechoslowakei beabsichtigt, ihre Außenverschuldung im Westen in Höhe von drei Milliarden Dollar bis 1987/1988 völlig zurückzuzahlen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

BAYERISCHE SPARKASSEN / „Fall Mega-Petrol"

Vorwürfe zurückgewiesen

sz. München

„Nach allen bisher vorgenommenen Prüfungen bestehen gegen die Bayerische Landesbank keinerlei Ansprüche" der Mega-Petrol-geschädigten Kommanditisten, wie von dem Kölner Rechtsanwalt und ehemaligen Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Mega-Petrol-Gesellschaften, Bernd Schäfer, in einem sogenannten „Sondergutachten" behauptet (sittenwidrige Schädigung der Anleger durch leichtfertige Vorfinanzierung eines Schneeballsystems). Diese Ansicht vertrat gestern in München Bruno Merk, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Landesbank und Präsident des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Heftige Kritik äußerte Merk indessen an den jüngsten Darstellungen *dieses Falls durch die SPD-Landtags*fraktion, auf deren Antrag sich in den nächsten Wochen ein Untersuchungsausschuß mit Mega-Petrol befassen wird. „Es ist unverantwortlich", so Merk, „wenn eine Partei Dinge als selbstverständlich darstellt, wie sie nicht sind." Schon aus allen Unterlagen hätte man ersehen können, daß viele erhobene Behauptungen nicht stimmen. Hier habe man „nicht einmal ein Mindestmaß an Sorgfaltspflicht gewahrt".

Es sei zu begrüßen, wenn in dieser Sache künftig politische Interessen nicht in den Vordergrund gestellt und auf die Interessen der Bank Rücksicht genommen würde. In diesem Zusammenhang bezweifelte Merk auch, daß sämtliche Fragen der parlamentarischen Kontrolle unterzogen werden können, wie beispielsweise die Kreditgeschäfte.

Zufrieden zeigte sich der Sparkassenpräsident mit der Geschäftsentwicklung 1985 der 115 bayerischen Sparkassen. Mit einem Mittelzufluß von knapp 7 Mrd. DM (plus 7 Prozent) sei das bislang zweitbeste Ergebnis erzielt worden. Allein auf gesetzliche *Spareinlagen entfielen davon 2,2 (1,4)* Mrd. DM und Termineinlagen 1,2 (1,1) Mrd. DM. Auf der anderen Seite erhöhte sich das Kreditvolumen um 4,5 (5,2) Mrd. DM, getragen von den langfristigen Forderungen mit 4,3 (3,8) Mrd. DM. Die Bilanzsumme aller Institute erhöhte sich insgesamt um gut 7 Prozent auf 123,4 Mrd. DM.

HOLSTEN-BRAUEREI / Marktposition gut behauptet – Zur Dividende von zwölf Prozent zwei Prozent Bonus

Günstiges Auslandsgeschäft sorgte für Ausstoß-Plus

S. SCHUCHART, Hamburg

„Wir haben unser Klassenziel recht erfreulich erreicht." Mit diesem Resümee kommentierte der Vorstandsvorsitzende der Holsten-Brauerei AG, Hamburg, Klaus Asche, vor Journalisten das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.). Trotz der für den Getränkeabsatz sehr ungünstigen Witterungsverhält*nisse ist es der mit Abstand größten* Brauerei-Gruppe in Norddeutschland nach seinen Worten gelungen, die Position im Markt gut zu behaupten, in einigen Bereichen sogar deutlich auszubauen.

Auf dem stagnierenden Inlandsbiermarkt blieb das Absatzvolumen auf dem Vorjahresniveau und damit „im Markttrend", wie Asche betonte. Im Kernabsatzgebiet Hamburg, Berlin, Bremen, Niedersachsen und *Schleswig-Holstein sei eine leichte* Verbesserung des Bierausstoßes um ein Prozent gelungen. Dabei hielt wie in den vergangenen Jahren der Trend zu den Bieren Pilsener Brauart an. Der gesamte Bierabsatz der Holsten-Gruppe, zu der unter anderem die Brauerei Feldschlößchen AG in Braunschweig und die Lüneburger Kronenbrauerei gehören, erhöhte sich 1984/85 um 1,7 Prozent auf 3,4 Mill. Hektoliter. Dieses Plus verdankt Holsten seinem florierenden Auslandsgeschäft. Erstmals wurden deutlich über 1 Mill. hl abgesetzt. Neben den Bierexporten sind darin auch 350 000 hl Lizenzproduktion in Großbritannien und Ungarn enthalten.

Am gesamten Getränke-Absatz der Gruppe von 4,1 Mill. hl waren alkoholfreie Getränke mit 0,62 Mill. hl beteiligt. Ein Vergleich mit den Vorjahresmengen ist in diesem Bereich nicht möglich. Anfang 1985 hat Holsten nämlich die Hansa Mineralbrunnen GmbH an die Nord Getränke GmbH & Co. KG, Hamburg, verkauft und gleichzeitig ihre Beteiligung an dieser Gesellschaft auf 48 Prozent erhöht. Die Einstellung der Produktion von alkoholfreien Getränken war maßgeblich dafür verantwortlich, daß sich die Zahl der Beschäftigten im Jahresmittel gegenüber 1983/84 auf 1299 (1361) verringerte. Nord Getränke konnte ihren Absatz 1984/85 um 9,1 Prozent auf über 3,1 Mill. hl steigern.

Die Neuordnung des Erfrischungs-Getränkegeschäfts hat Holsten mit dem Verkauf seiner Beteiligung an der Hanseatische Getränke Industrie (HGI), Hamburg, und der Übertragung der Coca-Cola-Konzession auf Nachbarkonzessionen im Großraum Hamburg am 30. September 1985 abgeschlossen. Der durch die Veräußerung der HGI entstandene Gewinn wurde in vollem Umfang zur Substanzstärkung der AG verwendet. Neben einer Einstellung von 3 Mill. DM in die freie Rücklage wurden die allgemeinen Rückstellungen erhöht.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung 1984/85 waren besonders von den Beteiligungsveränderungen geprägt. Der vergleichbare (Vorjahreswerte zeitanteilig korrigiert) Umsatz der AG erhöhte sich um 0,5 Pro*zent auf 384,5 Mill. DM, in der Gruppe* stieg er um 1,5 Prozent auf 513,6 Mill. DM. Das Betriebsergebnis blieb unter dem Vorjahreswert. Dennoch verdoppelte sich der Jahresüberschuß von 3,5 auf 7,1 Mill. DM. Der Netto-Cash-flow der AG verringerte sich leicht auf 34,1 (37,3) Mill. DM). Den Netto-Gewinn je Aktie gibt Holsten mit 18,01 nach 18,33 DM an. Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn von 4,1 (3,5) Mill. DMauf 30 Mill. DM Aktienkapital zusätzlich zur traditionellen Dividende von zwölf Prozent einen Bonus von zwei Prozent anläßlich des 500jährigen Jubiläums der Lüneburger Kronenbrauerei zu zählen.

Asche geht davon aus, daß wegen aufgelaufener Kostensteigerungen bei Rohstoffen, Energie und Personal die Bierpreise auf breiter Front in Bewegung kommen werden. Bei Holsten sei eine Erhöhung zwischen vier und sieben Prozent „nicht unrealistisch".

Zwar seien Preiserhöhungen nur äußerst schwer durchsetzbar, doch bedürfe es angesichts des scharfen *Wettbewerbs in der Brauwirtschaft* Investitionen, um für die Zukunft gut gerüstet zu sein, erklärte Asche. Die Absatzentwicklung in den ersten drei Monaten 1985/86 verlief nach seinen Worten in allen Unternehmensbereichen „höchst erfreulich". Man rechne auch beim Ertrag mit einem in jeder Hinsicht akzeptablen Ergebnis.

HANNOVER

Neue Dimensionen für Industriemesse

HUBERTUS BLASS, Hannover

Eine neue, an dynamischen Märkten und Technologien orientierte Dimension, gewinne die Hannover-Messe '86. Dies werde besonders zur Messe „Industrie" deutlich, die vom 9. bis 16. April die internationale Aufmerksamkeit auf sich ziehen werde, erklärte *gestern der Vorstandsvorsitzende* der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG, Klaus E. Goehrmann, in Hannover.

Im Rahmen der neuen Konzeption – die Cebit-Messe, das Welt-Centrum der Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik, wird einen Monat früher veranstaltet – präsentiere die Hannover-Messe ein Angebot mit Zukunft. Zwei wesentliche neue Bausteine bereichern nach den Worten *Goehrmanns die Palette der Fach*messen: „Industrie-Automation: Leit- und Steuerungssysteme" sowie der Bereich „Neue Werkstoffe", die das „Welt-Centrum industrieller Technologien" komplettieren. Beide Fachmessen würden den Verbundcharakter der größten Investitionsgüter-Schau der Welt stärken und sich nahtlos in das branchenübergreifende Angebot einfügen.

Nach vorläufigen Ergebnissen würden sich an der Hannover-Messe '86 über 5300 Aussteller auf einer Ausstellungsfläche von knapp 300 000 Quadratmeter beteiligen. Aus dem Ausland kämen 1575 Direktaussteller. Ungewöhnlich lebhaftes Interesse sei bei den beiden neuen Fachmessen, aber auch bei der Fachmesse „Energie" und bei „Forschung und Technologie" zu beobachten gewesen. Im Bereich „Elektronik und Elektrotechnik" würden nahezu 2000 Aussteller das weltweit größte Angebot offerieren.

Dennoch ist ein Rückgang an Ausstellern von 216 zu verzeichnen, wobei vor allem ausländische Beteiligungen zurückgegangen seien. Im Rahmen des „Partnerland"-Konzeptes werde dieses Jahr erstmals ein Comecon-Land, Bulgarien, dabei sein. Rund 100 Außenhandelsorganisationen und Betriebe böten den Unternehmen die Chance, Kontakte auf der „Ost-West-Drehscheibe" Hannover zu intensivieren.

ALLGÄUER ALPENMILCH / Umsatzsprung mit Glücksklee

Wieder „Normaldividende"?

sz. München

Mit Zuversicht sieht die Allgäuer Alpenmilch AG, München, eine Tochter des Schweizer Nestlé-Konzerns, dem Geschäftsjahr 1986 entgegen. Die Hoffnungen gründen sich dabei vor allem auf die steigenden verfügbaren Einkommen der Verbraucher *und das erwartete Anziehen der Kon*sumgüterkonjunktur. Nach den Worten von Vorstandsvorsitzer Hans Kalscheuer will man zumindest mit der Entwicklung des Nahrungsmittelgewerbes mithalten, das für 1986 ein Umsatzplus von 3,5 Prozent erwartet. Größeres sei aufgrund der Strukturprobleme (Marktsättigung, Konzentration im Handel und Bevölkerungsrückgang) kaum zu erzielen.

Recht zufrieden zeigte sich Kalscheuer mit dem Geschäftsjahr 1985, das der Allgäuer Alpenmilch eine Umsatzzunahme im Teilkonzern um 17,7 Prozent auf 1,707 Mrd. DM brachte. Im wesentlichen ist dies allerdings auf die zum Jahresanfang vollzogene Übernahme der Glücksklee GmbH (Umsatz: 240 Mill. DM) zurückzuführen. Ohne diese neue Tochter, deren Firmensitz inzwischen von Hamburg nach München verlegt wurde, stieg der „Kern"-Umsatz der Allgäuer Alpenmilch nur um ein Prozent. Mit Glücksklee erhöhte sich die Exportquote auf 28 (23,5) Prozent und die Zahl der Mitarbeiter um 287 auf 4892.

An Boden gewinnen konnte man im Kondensmilch-Markengeschäft (*„Bärenmarke", „Libbys" und* „Glücksklee"). Bei einem Umsatz von deutlich über 500 Mill. DM dürfte der Marktanteil hier rund 40 Prozent betragen. Einen leichten Zuwachs brachten auch die Bereiche Kindernahrung und -pflegemittel sowie diätetische Produkte. Und trotz der Misere am Weinmarkt kam auch die St. Urusula Weingut, Bingen, noch auf ein leichtes Plus auf nun gut 50 Mill. DM. Die gesamte Unifranck GmbH, *Ludwigsburg*, verbesserte ihren Umsatz um 5,4 Prozent auf 217 Mill. DM.

Noch nicht äußern wollte sich Kalscheuer zum Ergebnis 1985. Eine Rückkehr zur Normaldividende von 14 (1984: 10 bwz. 12,50) DM scheint aber denkbar, auch wenn von der früher defizitären Glücksklee Verlustvorträge übernommen werden mußten.

Beteiligungen an innovativen Firmen

tb. Berlin

Bereits 13 Beteiligungen in Höhe von rund 10 Mill. DM ist die KBG Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH Berlin eingegangen. Drei weitere Projekte im Volumen von 1,5 Mill. DM sind in der abschließenden Phase und fünf in der Vorprüfung. Das teilte der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse der Stadt Berlin West, Hubertus Moser, vor Journalisten mit. Die Sparkasse ist alleiniger Gesellschafter der KBG Berlin, deren Kapital jetzt 15 Mill. DM beträgt.

Zielgruppe der KBG sind bestehende und neue Unternehmen. Die Beteiligungsbeträge liegen zwischen 100 000 DM und 2 Mill. DM; die Beteiligung selbst wird als stille Gesellschaft eingegangen. Beschäftigt werden von den Beteiligungsnehmern gegenwärtig rund 300 Mitarbeiter. Voraussetzung für ein Engagement der KBG sind nach Mosers Angaben ein firmenspezifisches Know-how, ein marktfähiges Produkt und erfolgversprechendes Marketingkonzept sowie ein qualifiziertes Management. Eine Bestätigung ihrer Beteiligungspolitik sieht die Geschäftsführung darin, daß zum Kreis ihrer Beteiligungsnehmer schon drei Gewinner des vom Berliner Senat gestifteten Innovationspreises gehören.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Edelmetall-Kooperation

Zürich (dpa/VWD) – Die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) und das Edelmetallhaus W.C. Heraeus, Hanau, werden künftig in der Edelmetallverarbeitung gemeinsame Sache machen. Wie die SBG mitteilte, beteiligt sich Heraeus mit 25 Prozent an der bislang im alleinigen SBG-Besitz befindlichen Goldscheideanstalt und Münzenprägerei Argor SA, Chiasso. Das Aktienkapital der neuen Gesellschaft wird von bisher 0,25 Mill. Sfr auf 5 Mill. Sfr (rund 6 Mill. DM) erhöht.

Zuwachs bei Chemikalien

Leverkusen (dpa/VWD) – Besonders im Industriegeschäft war die deutsch-belgische Agfa-Gevaert-Gruppe, Leverkusen/Mortsel, 1985 erfolgreich. Die Bereiche Farb-Negativpapier, Chemikalien und Laborgeräte hätten erfreuliche Zuwachsraten erzielt, der Professionalbereich bei Ton- und Videobändern habe ebenfalls sehr positiv abgeschnitten, berichtete Vorstandsmitglied Klaus Gerlach. Für 1985 erwartet die Gruppe nach den Worten von Gerlach einen Weltumsatz von 7,5 Mrd. DM und einen Gewinn vor Steuern von rund 750 Mill. DM.

Grünes Licht aus Berlin

Berlin (dpa/VWD) – Der Übernahme von 50 Prozent der „Segeberger Zeitung" durch die „Kieler Nachrichten" steht nichts mehr entgegen. Das teilte ein Sprecher des Bundeskartellamt mit.

Westermann übernommen

Braunschweig (dpa/VWD) – Die „Rheinpfalz" steigt bei der Westermann GmbH u. Co ein. Wie ein Unternehmenssprecher von Westermann mitteilte, wird die Braunschweig GmbH den von ihr gehaltenen 76prozentigen Anteil an Westermann an die in Ludwigshafen erscheinende „Rheinpfalz" übertragen. Außerdem sei für den 24prozentigen Anteil der Alt-Gesellschafter Westermann von der „Rheinpfalz" ein bis zum 30. Juni 1986 befristetes Kaufangebot unter*breitet worden*. Eine Genehmigung sei beim Kartellamt beantragt.

Ausgeglichenes Ergebnis

Mailand (dpa/VWD) – Der zweitgrößte europäische Lastwagenhersteller (nach Daimler Benz), die Fiat-Tochter Iveco, hat nach einem Verlust von 200 Mrd. Lire (300 Mill. DM) 1984 im vergangenen Jahr wieder mit einem ausgeglichenen Ergebnis abgeschlossen. 1985 verbesserte Iveco seinen Marktanteil in Kontinentaleuropa von 14,8 auf 15 Prozent.

AUTOMATENINDUSTRIE / Einbuße bei TV-Spielen

Flipper wieder im Kommen

dpa/VWD, Frankfurt

Für Hersteller, Händler und Aufsteller von Spielautomaten ist 1985 eine vier Jahre dauernde Durststrekke zu Ende gegangen: Mit einem Gesamtumsatz von 3,72 Mrd. DM wurden die Einnahmen des Jahres 1984 um knapp fünf Prozent übertroffen. Der 1981 erreichte Rekord von 4,2 Mrd. DM wurde jedoch bei weitem nicht erreicht.

Wie Paul Gauselmann vom Verband der Deutschen Automatenindustrie (VDA) in Frankfurt erläuterte, konnten insbesondere die rund 4000 Aufsteller der „Groschengräber" ihren Umsatz um 5,8 Prozent auf 2,75 Mrd. DM erhöhen. Für 1986 rechne er mit einer erneuten Steigerung auf etwa 3 Mrd. DM.

Besonderes Interesse fanden Geräte, die ein aktives Mitspielen erfordern. So waren Flipper mit einer Zuwachsrate von 31 Prozent auf 6400 Neugeräte „wieder im Kommen". Die Zahl der Sportspiele wie Tischfußball und Billard stieg um 13 Prozent auf 5100. „Out" waren TV-Spiele, deren Absatz um ein Drittel auf 7100 zurückging.

Der Absatz der Zigarettenautomaten schrumpfte 1985 um 3,3 Prozent auf 25 000. Der Anteil der Zigaretten, die über Automaten verkauft wurden, sank um 0,4 Prozentpunkte auf 40,4 Prozent. Neue Absatzchancen erwartet die Branche bei Getränke- und Verpflegungsautomaten für Kleinbetriebe sowie bei Automaten zur Rücknahme von Leergut. Ihre Neuentwicklungen sind bis zum Samstag auf der Internationalen Fachmesse Unterhaltungs- und Warenautomaten in Frankfurt zu sehen, zu der 12 000 Besucher erwartet werden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Berleburg: Heinz Müller, Kaufm., Erndtebrück; **Bielefeld:** Dietrich Schaekel, Halle/W.; **Bremen:** 1. KG i. Fa. Schwiers Ihr Raumausstatter GmbH & Co. KG, 2. pers. haft. Gesellschafterin: Fa. Schwiers Ihr Raumausstatter GmbH; **Freiburg:** Dieter Schaffert, Dipl.-Ing. Vermessungen; **Münster:** Pro Domo Vertriebsges. f. Bau- u. Raumausstattung mbH & Co. KG i. L.; **München:** Rico Ges. f. Untertagebau mbH; **Recklinghausen:** „Hesa", Heizungs- u. Sanitärbau GmbH, Herten; **Soltau:** Hans-Georg Rodewald, Munster I; Gerda Rodewald, Munster I; **Stuttgart:** Peter Paul Malz, Inh. e. Briefmarkenhandels u. Briefmarkenauktionen; **Tostedt:** Johannes Zens, Otter; **Walsrode:** Nachl. d. Benno Möllers, Kaufm.; **Wilhelmshaven:** IFA Immobilien u. Freizeitanlagen Betriebs GmbH; **Wittlich:** VUKA Hausbau Ges. f. schlüsselfertiges Bauen mbH, Daun.

Konkurs beantragt: Neuwied: Johann Schneider.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Rastatt: Murgtal-Reifen-Dienst Altenbach GmbH, Gaggenau-Hörden.

BAYERN IMMOBILIEN TREUHAND / Käufer für Bürotechnik-Tochter gesucht

Die Gruppe ist schwer angeschlagen

G. HEGMANN, Nürnberg

Die 1972 gegründete Bayern Immobilien Treuhand BIT GmbH, Erlangen, ist in den Schlagzeilen. Heinz Gerlach vom Brancheninformationsdienst kapitalmarkt-intern, Düsseldorf, hatte bereits vor einiger Zeit den Vorwurf erhoben, daß bei dem Marktführer für Immobilienfonds bei gewerblichen Objekten die Abwicklung der BIT-Objekte durch verflochtene Unternehmen vorgenommen werde.

Die rund zehn Hausbanken der BIT, vor allem aber Lieferanten und Zulieferer, verlangten daraufhin zusätzliche Sicherheiten. Diese konnten nicht gegeben werden. So mußten insgesamt drei Läden in dem erst im September 1985 eröffneten und von der BIT mit einem Volumen von 125 Mill. DM errichteten City-Center Fürth Konkurs anmelden. Geschäftsführer der Läden und gleichzeitig Geschäftsführer der City-Center Betriebsgesellschaft ist Horst Troß, der zudem seit August 1985 einer der drei BIT-Geschäftsführer ist. An der Spitze der BIT sitzt als Aufsichtsratsvorsitzender deren Gründer, Günther Zembsch, bis Ende vergangenen Jahres noch Leiter des Arbeitsgerichtes Würzburg. Die beiden weiteren BIT-Geschäftsführer sind Zembschs Ehefrau Renate sowie Peter Groner, *nachdem der bisherige Alleinge*schäftsführer Manfred Schoeps ausgeschieden ist.

Von den Mietern des City-Center Fürth wurde jetzt bekannt, daß die als Pool-Mieterin gegenüber der BIT auftretende Bavaria Bau GmbH, Eschenbach, ihre Zahlungen eingestellt habe. Auch bei dieser Gesellschaft war Schoeps bis 1983 Geschäftsführer. In einer Presseerklärung wird mitgeteilt, daß die Bavaria Bau mit der BIT die Übernahme der Mietverhältnisse vereinbart habe, für die Mieter des City-Centers ändere sich dadurch nichts. Die Bavaria Bau GmbH ist wiederum Tochtergesellschaft der TTO Technologie Transfer Organisations GmbH, Altdorf, über deren Computer die Abrechnungen für die City-Center-Fürth-Mieter laufen. Nunmehr sollen die TTO-Anteile zu je einem Drittel an die Mieter, die BIT sowie die TTO selbst aufgeteilt werden.

Zu dem Kreis der Unternehmen, bei denen die Banken zusätzliche Sicherheiten verlangten, gehört auch die Zippel Büro- und Lagertechnik *GmbH mit Sitz in Berlin*. Diese Handelsgesellschaft, eine hundertprozentige BIT-Tochter, war wiederum Hauptgesellschafterin beim Fachmarkt Profi GmbH, einem der im City-Center Fürth in Konkurs gegangenen Läden. Von Zippel abgespaltet hat sich als Produktionsunternehmen die Herbert Zippel GmbH + Co KG, Altdorf, mit Produktionsstätten in Altdorf und Moosbach in der Ober*pfalz. Auch in diesem Unternehmen* war Schoeps Geschäftsführer. Das Unternehmen mit rund 450 Mitarbeitern ist im Bereich der Büro- und Lagertechnik tätig. Um einen drohenden Konkurs abzuwenden, steht das Unternehmen derzeit in Übernahmeverhandlungen. Bei dem Altdorfer Zippel-Unternehmen ist Zembsch nach eigenen Angaben Eigentümer der Grundstücke.

Zembsch selbst sieht die BIT-Gruppe als angeschlagen an. Weniger die Zeichung der Fondsanteile, deren Volumen sich 1984 noch bei 200 Mill. DM bewegte und sich im letzten Jahr auf noch über 100 Mill. DM belief sei die Schwierigkeit. Vielmehr werde zur Finanzierung jetzt „frisches Blut" benötigt, um die BIT zu konsolidieren. Zumindest für die beiden laufenden Großobjekte mit Seniorenwohnheimen in Mainz-Hechtheim sowie in Hannover-Kirchrode laufen hierüber Verhandlungen. Die BIT habe in diese Objekte bisher über 20 Mill. DM investiert. Das Fondsvolumen wird auf zusammen rund 120 Mill. DM beziffert, wovon der Großteil schon gezeichnet sei. Als alleiniger Mieter der Seniorenheime tritt die DSK Deutsche Senioren- und Krankenhilfe, Vaterstetten, auf, die mit der BIT Mietverträge über eine zwanzigjährige Laufzeit abgeschlossen habe.

Gerlachs Forderungen richteten sich hauptsächlich auf einen, wie er sagt, „unabhängigen Treuhänder", der die BIT-Objekte abwickeln soll. Seit November letzten Jahres ist nun Günther Pabst Alleingesellschafter und Geschäftsführer der RTN Revision und Treuhand GmbH, Fürth. Über diese Treuhandgesellschaft wird der Großteil des BIT-Fondsvolumens abgewickelt. (dpa/VWD)

RUHRKOHLE

Halden wurden weiter abgebaut

dpa/VWD, Essen

Die Ruhrkohle AG, Essen, hat 1985 ihre Haldenbestände an Steinkohle um weitere zwei Mill. Tonnen auf sieben Mill. Tonnen abgebaut. Während der Absatz um drei Prozent auf 60,5 Mill. Tonnen fiel, stieg die Förderung um vier Prozent auf 58,5 Mill. Tonnen. Für 1986 erwartet die Ruhrkohle einen weiteren Absatzrückgang und „erhebliche Erlösprobleme" in Folge des Preisdrucks auf den Energiemärkten.

Wie es in der jüngsten Ausgabe der Werkszeitschrift weiter heißt, gingen 1985 insbesondere die Bezüge der Stahlindustrie in den anderen EG-Ländern zurück. Auch die Kraftwerke bestellten weniger Kohle.

Nach Darstellung der Ruhrkohle lagen diese Absatzschwankungen im Rahmen der mit der Elektrizitätswirtschaft vereinbarten Flexibilität. Dagegen nahmen die Lieferungen an die deutsche Stahlindustrie infolge gestiegener Stahlproduktion zu.

Die Förderkapazität stieg vor allem auf Grund einer weiter angewachsenen Schichtleistung. Mit 4,4 Tonnen je Mann und Schicht übertrafen die Kumpel an der Ruhr ihre Vorjahresleistung um drei Prozent. 1986 will das Unternehmen die Förderleistung senken und der angestrebten Größenordnung von 55 Mill. Tonnen anpassen.

Die Kokserzeugung stieg um eine Million Tonnen auf 11,7 Mill. Tonnen. Im Zuge des seit 1982 laufenden Anpassungsprogramms sank die Belegschaft weiter um 2500 auf 114 000 Beschäftigte. Noch in diesem Jahr will das Unternehmen diese Zahl unter 112 000 Mitarbeiter schrauben.

Eastern Airlines in einer Finanzkrise

Sbt. Washington

Die US-Fluggesellschaft Eastern Airlines steckt in einer schweren Finanzkrise. Die Geschäftsführung hat die Reduzierung des Flugbegleitpersononals von 7200 auf 6200 angekündigt. Außerdem verlangt sie noch einmal Lohnkonzessionen in Höhe von zwei Prozent, nachdem die Belegschaft vor zwei Jahren einer Kürzung um 18 Prozent zustimmte. Die Eastern Airlines sind langfristig mit rund 2,5 Mrd. Dollar verschuldet, und ihre Gläubiger haben drastische Schritte für den Fall avisiert, daß die Gewerkschaften bis Ende Februar keine neuen Zugeständnisse machen.

Auch der Vorsitzende des nationalen Schlichtungsausschusses nannte jetzt die finanzielle Situation gefährlich. Er warnte vor einer Fortsetzung des abgebrochenen kurzen Streiks. Ohne Einigung bis zum 28. Februar würde sich Eastern technisch im Konkurs befinden, so daß die Kreditoren die sofortige Rückzahlung oder eine Umschuldung zu höheren Zinsen verlangen könnten.

Zum erstenmal hat Eastern im vergangenen Jahr seit 1979 Geld verdient, und zwar nach Steuern 6,3 Mill. Dollar, verglichen mit einem Verlust von 38 Mill. Dollar 1984. Die Einnahmen stiegen um zehn Prozent auf 4,82 Mrd. Dollar. Der in den USA erneut ausgebrochene Ratenkrieg zeigt jedoch, wohin die Reise gehen kann: Im 4. Quartal wies die Bilanz ein Minus von 67,5 Mill. Dollar aus, während die Einnahmen um weniger als ein Prozent auf 1,13 Mrd. Dollar zunahmen. Dagegen betrug der Reingewinn in der Oktober-Dezember-Periode 1984 immerhin 10,7 Mill. Dollar. Eastern schuldet seinen Aktionären überdies 38,5 Mill. Dollar an zurückgehaltener Dividende.

VEREINIGTE STAATEN / Haftpflichtversicherer erlebten 1985 das schlechteste Geschäftsjahr ihrer Geschichte

Teure Schadensfälle stürzen Branche in die Krise

Von HORST-A. SIEBERT

Die Krise, in die Amerikas Haftpflichtversicherung nach einer Fülle teurer Schadensfälle geraten ist, nimmt gefährliche Formen an. Weil sie keine Versicherer finden oder die enormen Prämien nicht zu bezahlen sind, verzichten Unternehmen auf die Vermarktung neuentwickelter Produkte, streichen Erzeugnisse und Dienstleistungen oder zögern Investitionen hinaus. In wachsender Zahl melden kleine Firmen Konkurs an; ungeschützte Manager geben ihren Job auf.

In den USA übertrafen im vergangenen Jahr die ausgezahlten Haftpflichtleistungen erstmals 70 Mrd. Dollar oder umgerechnet 172 Mrd. Mark. Nach einer detaillierten Untersuchung des „Wall Street Journal" erhöhte sich der Anteil der Verteidigungskosten von zwölf (1956) auf etwa 38 Prozent. Die Gerichte sprachen den Klägern Bußgelder und Schadenersatz in Millionenhöhe in nahezu 500 Fällen zu, verglichen mit 25 vor zehn Jahren. Seit 1974 stieg allein die Zahl der Verfahren in der Produkthaftung von rund 1800 auf 11 700.

Für die US-Versicherer war 1985 das schlechteste Geschäftsjahr in ihrer Geschichte: Zum zweiten Mal hintereinander gerieten die Betriebseinnahmen der Sach- und Haftpflichtversicherer mit fast 6 (1984: 4) Mrd. Dollar ins Minus. Das, obwohl das Prämienaufkommen aller amerikanischen Versicherer im Haftpflichtbereich seit 1975 von drei auf etwa elf Mrd. Dollar zugenommen hat. Als Folge weigern sich die Gesellschaften, neue Policen anzunehmen oder sie verkürzen die Deckung. In diesen Monaten werden zum Beispiel Deutsche, die eine Kfz-Haftpflichtversicherung benötigen und noch nicht genügend Pluspunkte gesammelt haben, im Washingtoner Raum häufig abgelehnt.

Harter Ratenkrieg

Unbestritten ist, daß sich die US-Versicherer durch einen erbarmungslosen Ratenkrieg, der 1978 begann, selbst in diese Situation manövriert haben. Damals erreichten die Zinsen in den Vereinigten Staaten einsame Rekordhöhen, und entsprechend schossen die Investitionsgewinne nach oben, so daß die Prämienausfälle kaum schmerzten. Das änderte sich jedoch 1984, als Ansprüche und administrative Kosten die Erträge aus Anlagen um 3,8 Mrd. Dollar überstiegen. 1985 vergrößerte sich die Lücke auf 5,5 Mrd. Dollar.

Ins Geld gingen besonders die riesigen Forderungen aus Wirbelsturmschäden. Aber zugleich löste die Großzügigkeit der amerikanischen Gerichte bei der Bemessung von Schadenersatz und Schmerzensgeld eine bis dahin nicht gekannte Klagewelle aus. Geradezu explodiert sind die Ansprüche auch aus Bhopal-ähnlichen Unfällen, also Umweltschäden. Die Verurteilung von Ärzten, Betriebsleitern und anderen verantwortlichen Personen nimmt in einem besorgniserregenden Tempo zu. Dennoch werden die US-Versicherer für 1985 vermutlich einen Reingewinn von 1,7 Mrd. Dollar ausweisen. Zustande kommt er durch Steuergutschriften und Aktienverkäufe.

Die Lage ist so prekär, daß in den USA in ganzseitigen Zeitungsanzeigen den Gerichten vorgeworfen wird, sie liefen Amok. Gefordert wird die Bildung einer präsidentiellen Kommission, die das Rechtssystem mit dem Ziel untersuchen soll, die Behandlung der Privatklagen und die Schadensbemessung durch die Gerichte zu ändern. Das Weiße Haus ist dabei, eine interministerielle „Task Force" zu bilden, und der Vorsitzende des Handelsausschusses im Senat, John Danforth, hat der Regelung der Produkthaftung, über die sich der Kongreß seit Jahren streitet, erste Priorität eingeräumt. In Umlauf gebracht hat er einen Gesetzentwurf, der Bußgelder und Schmerzensgeld abschafft, nach Unfällen aber die Erstattung von Arztkosten und Einkommensverlusten beschleunigt.

Mehr geschieht bereits auf Länderebene. Ein neues Gesetz in Ohio beispielsweise schützt die Gemeinden vor Klagen und limitiert das Schmerzensgeld. Für die Versicherer wurde eine Deckungspflicht eingeführt. In anderen Fällen werden die Anwaltskosten beschränkt oder die Auszahlung der Ansprüche auf mehrere Jahre verteilt (New York und Kalifornien).

Indes, die Wirtschaft kann nicht mehr lange auf durchgreifende Lösungen warten. Wo die Prämien nicht über den Preis weitergegeben werden können, häufen sich die Pleiten. In Roanoke, Virginia, machte ein Speditionsunternehmen dicht, weil sich die Versicherungskosten auf nahezu 300 000 Dollar verdoppelt hatten. Für die Ski-Lifts in Pennsylvania versechsfachte sich die Haftpflicht. Große Unternehmen suchen Versicherungsschutz um jeden Preis und erhalten ihn nicht. Wie bereits berichtet, gründeten kürzlich 33 US-Konzerne, darunter IBM, General Motors und General Electric, auf den Cayman-Inseln in der Karibik die A. C. E. Insurance Company, die Ansprüche bis zu 400 Mill. Dollar deckt (WELT v. 27. Dezember).

Umfragen ergaben, daß in der US-Chemieindustrie Investitionen, die ihre Versicherungsprobleme noch vergrößern könnten, gestrichen worden sind. Die Pharma-Konzerne klagen darüber, daß 1985 ausgelaufene Haftpflichtpolicen nicht erneuert wurden, und in der Mineralölbranche verteuerte sich die von 600 auf 200 Mill. Dollar reduzierte Deckung um 50 Prozent.

Die zahlreichen Pleiten im Bank- und Sparkassengewerbe haben zu einer Vervielfachung der Prämien geführt – routinemäßig verklagen die Aufsichtsbehörden das Management, um deren Haftpflichtversicherung in Anspruch nehmen zu können. Bei nachweisbaren Regelverstößen sind es andererseits die Institute selbst, die ihre Angestellten aus dem gleichen Grund vor Gericht bringen.

Hohe Klagebereitschaft

Auch weil Anwälte in den USA häufig mit ihren Klienten „Gewinnanteile" vereinbaren, ist der Gang zum Gericht leicht. Wird die Klage abgeschmettert, kostet es nichts. Fast unerschwinglich ist die Haftpflicht für Ärzte, Kindergärten, Bars, Hotels und jeden anderen Ort, wo Menschen sich verletzen können. Jeder zu harte Griff eines Polizisten kann Unsummen aus dem Versicherungstopf einer Gemeinde verschlingen.

SÜSSWAREN / Gummibärchen als Renner im Export

Mit Entwicklung zufrieden

HENNER LAVALL, Köln

Auf „wärmende Strahlen" der auch 1986 wieder scheinenden allgemeinen Konjunktursonne hofft die Süßwarenbranche im laufenden Jahr. Nach Angaben von Bernd Monheim vom Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie, Bonn, wäre eine bessere Entwicklung auch notwendig, denn es seien „nicht alle Erwartungen erfüllt worden, die wir in das zurückliegende Jahr gesetzt hatten". Sondereinflüsse innerhalb einzelner Sparten hätten das Bild insgesamt getrübt.

Anläßlich der bevorstehenden Internationalen Süßwaren-Messe Köln (26. bis 30. Januar) bezifferten Branchenvertreter die Produktion von Süßwarenerzeugnissen in 1985 auf 1,74 Mill. Tonnen (plus 2,6 Prozent). Wertmäßig sei ein Zuwachs von 4,5 Prozent auf knapp 13 Mrd. DM zu verzeichnen gewesen. Pro Kopf hat demnach jeder Bundesbürger im vergangenen Jahr knapp 220 DM für süße Produkte ausgegeben. Diese für die Branche „nicht unzufriedene Gesamtentwicklung" wies nach Monheims Ausführungen allerdings „Schönheitsfehler" auf: Der Bereich Schokolade und Schokoladewaren, dessen wertmäßiger Anteil mit rund vier Mrd. DM bei etwa 33 Prozent der gesamten Süßwarenproduktion liegt, erlitt einen herben Rückschlag.

Den Anlaß dafür hat die Industrie selbst geschaffen, weil sie auf breiter Front die Preise für massive Tafelschokolade anheben wollte. Der Verbraucher reagierte darauf mit derart spürbarer Kaufzurückhaltung, daß die Hersteller im Herbst 1985 ihre Produktion drosseln mußten. Für das Gesamtjahr wird der Rückgang der Schokoladeproduktion mit 8000 Tonnen angegeben. Dennoch sind Industrie und Handel fest entschlossen, die Verbraucherpreise für Schokolade weiter hoch zu halten, zumal sich die Preise für Rohstoffe wie Rohkakao und Kakaobutter nach Angaben der Branche „dramatisch verteuert" hätten.

Besser lief es im vergangenen Jahr bei den Sparten Zuckerwaren und Dauerbackwaren, die zusammen auf einen Umsatz von rund 4,3 Mrd. DM (plus 4,2 Prozent) kamen. Die Mehrproduktion ging jedoch weitgehend ins Ausland. Die herausragende Entwicklung meldet für das vergangene Jahr der Bereich Knabberartikel, der mengenmäßig um 7,2 Prozent auf 171 000 Tonnen zunahm. Dem Wert nach lag die Steigerung bei über 12 Prozent (auf 980 Mill. DM).

„Die erfreulichste Seite" bei der Beurteilung des Jahres 1985 stellt nach Monheims Angaben allerdings der Export dar. Hier wurden in den ersten neun Monaten Steigerungen von 15 Prozent in der Menge und 25 Prozent im Wert erzielt. Für das Gesamtjahr bedeute dies über 370 000 Tonnen im Wert von gut 2,6 Mrd. DM. Der Renner bei den Lieferungen auf ausländischen Märkten waren Gummibärchen, die vor allem in den USA heiß begehrt waren. Rund 23 000 Tonnen konnten in den ersten neun Monaten im Ausland abgesetzt werden.

Auf der Internationalen Süßwaren-Messe in Köln, der weltgrößten Fachmesse der Branche, werden vom 26. bis zum 30. Januar 878 Firmen aus 39 Ländern ihr Angebot präsentieren. Der Auslandsanteil liegt bei rund 66 Prozent.

ALLIANZ LEBEN / Gewinnbeteiligung verbessert

Ertragskurve steigt steil an

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Neuregelungen in der gesetzlichen Rentenversicherung werden die Aufmerksamkeit der Bevölkerung weiterhin auf Fragen ihrer Altersversorgung lenken. Aus diesem Tatbestand schöpft die Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, wie sie in einem Aktionärsbrief darstellt, Zuversicht für das laufende Geschäftsjahr 1986. Daß das Institut aufgrund der anhaltend guten Ertragslage in den beiden zurückliegenden Jahren die laufende Gewinnbeteiligung seiner Versicherungsnehmer zweimal habe verbessern können, werde die Marktposition der Allianz Leben, die mit Abstand Branchenführer ist – wie es heißt – absichern.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr 1985 rechnet die Verwaltung nach einer ersten Übersicht mit einem auf 2,30 (Vorjahr: 2,05) Mrd. DM erhöhten Gesamtüberschuß. Daraus werden der Gewinnreserve für die Versicherungsnehmer 2,24 Mrd. DM (plus 12 Prozent) zugeführt. Außerdem sind den Kunden der Allianz Leben Gewinnanteile im Volumen von insgesamt 640 (575) Mill. DM direkt gutgeschrieben worden. Der HV am 26. Mai in Stuttgart wird eine Dividende von unverändert 9 DM je 50-DM-Aktie vorgeschlagen. Die freie Rücklage soll um insgesamt 39,6 Mill. DM aufgestockt werden.

Die günstige Ertragssituation resultiert zu einem wesentlichen Teil aus der weiteren Verbesserung der Kostenstruktur. So verringerte sich der Verwaltungskostensatz auf 4,1 (4,3) Prozent.

Das eingelöste Neugeschäft der Allianz Leben stieg im abgelaufenen Jahr um 3,7 Prozent auf 12,81 Mrd. DM. Zwar sei im Bereich des Vermögensbildungsgeschäfts ein erheblicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr eingetreten, da hier Anreize des Gesetzgebers weggefallen waren. Diese Lücke wurde freilich überkompensiert, da die Anpassungen früher abgeschlossener Zusatzversicherungen um 20 Prozent auf 2,54 Mrd. DM Versicherungssumme zunahmen. Für diese Anpassungen maßgeblich ist die Entwicklung des Höchstbeitrags in der gesetzlichen Rentenversicherung. Alles in allem holte der Außendienst neue Versicherungsverträge von zusammen 10 Mrd. DM herein, das sind 4,1 Prozent mehr als im Jahr davor.

Der gesamte Vertragsbestand erhöhte sich um 5,7 Prozent auf 130,2 Mrd. DM. Nochmals verringert hat sich die Stornoquote auf 3,6 (3,7) Prozent, womit die Allianz Leben erheblich besser als der Branchendurchschnitt abschneidet. Die Beitragseinnahmen wuchsen um 7,6 Prozent auf 5,66 Mrd. DM. Um 11,1 Prozent auf 45,5 Mrd. DM angestiegen sind die Kapitalanlagen.

NAMEN

Franz Gäßregen übernahm im Hause Dr. August Oetker Nahrungsmittel, Bielefeld, den neugeschaffenen Absatzbereich Großverbrauch, Industrie und Export. Der bisher von ihm geleitete Absatzbereich Nährmittel wurde **Axel Andrée** übertragen.

Gerd Boerger übernimmt ab 1. Februar die hauptamtliche Geschäftsführung des Einkaufsverbandes Das Sanitätshaus-Aktuell e.G., Köln.

Helmut Zander, Vorstandsmitglied der Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen, ist mit Vollendung des 65. Lebensjahres nach 18 Jahren Vorstands- und 35 Jahren Unternehmenszugehörigkeit ausgeschieden. Seine Aufgaben werden von **Peter Scherer**, im Vorstand bisher für die technische Zentralplanung zuständig, zusätzlich übernommen.

Horst Klotzsch, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1986 vom stellvertretenden zum ordentlichen Geschäftsführer der W. & O. Bergmann GmbH, Düsseldorf, ernannt.

Dieter Stenner, Sprecher der Geschäftsführung der Dornier Reparaturwerft GmbH, Wesseling, ist im gegenseitigen Einvernehmen aus der Geschäftsführung ausgeschieden.

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Opec sucht Absprachen

Wien (dpa/VWD) – Vor dem Hintergrund verfallender Preise an den Weltölmärkten bemüht sich die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) derzeit um eine Abstimmung mit den nicht dem Kartell angehörenden Ölförderländern. So will der Öl- und Industrieminister Kuwaits, Ali Khalifa al-Sabah, in Kürze mit der Sowjetunion Möglichkeiten der Zusammenarbeit besprechen. Ähnlich bemühen sich die Saudis um Großbritannien. Dieses Vortasten wird als Vorarbeit für kommende Opec-Zusammenkünfte Ende dieses Monats und Anfang Februar gedeutet.

Schweiz für Deutsche teuer

Köln (AP) – Die Schweiz ist für Winterurlauber aus der Bundesrepublik in diesem Jahr das relativ teuerste Alpenland. Nach einer Kaufkraftschätzung des Bundesverbandes deutscher Banken ist in der Schweiz unter Einrechnung von Wechselkurs und Preisniveau eine Mark nur 75 Pfennig wert. Auch in Österreich ist die Kaufkraft der D-Mark mit 94 Pfennig geringer als daheim, während in Frankreich zur Zeit eine Urlaubermark ungefähr gleich viel wert ist wie zu Hause. Wer nach Italien fährt, kann dagegen für das gleiche Geld zehn Prozent mehr kaufen als in der Bundesrepublik.

Neue IWF-Kredite

Buenos Aires (dpa/VWD) – Argentinien erhält einen weiteren Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Höhe von 1,5 Mrd. US-Dollar. Wie in Buenos Aires bestätigt wurde, kann dieser Beistandskredit zum Ausgleich der defizitären argentinischen Zahlungsbilanz im Februar abgerufen werden.

Total zufrieden

Paris (J. Sch.) – Der französische Mineralölkonzern CFP (Total-Gruppe), den der Staat über eine mit doppeltem Stimmrecht versehene Minderheitsbeteiligung kontrolliert, hat 1985 seinen konsolidierten Gewinn auf 1,5 (1,3) Mrd. Franc erhöht, obwohl sich wegen der Dollar- und Ölpreisbaisse die Vorräte um 1,5 Mrd. Franc entwerteten. Bei dem derzeitigen Preisniveau von etwa 20 Dollar je Barrel seien die meisten CFP-Vorkommen einschließlich dem in Angola neu erschlossenen rentabel, erklärte das Unternehmen. CFP will sich in Zukunft mehr der Kohle und dem Uran zuwenden, sowie die Investitionen in den USA und dem Mittleren Osten verstärken.

Finanzskandal in Malaysia

Kuala Lumpur (dpa/VWD) – Der Geheimbericht eines Untersuchungsausschusses über den Finanzskandal der Bank Bumiputra, des größten Kreditinstituts Malaysias, wird voraussichtlich am 10. März dem Parlament vorgelegt und zusammen mit einer Stellungnahme der Regierung veröffentlicht. Die Bank war 1983 in Schwierigkeiten geraten, nachdem ihre Tochtergesellschaft in Hongkong Darlehen von etwa 1 Mrd. US-Dollar an Immobilienspekulanten vergeben hatte, die zum Teil bankrott gingen. Der Fall wird zur Zeit in Hongkong gerichtlich untersucht. Gerüchte besagen, daß auch Regierungsmitglieder in den Fall verstrickt seien.

Schwächerer Absatz

London (dpa/VWD) – Die Bayerischen Motoren Werke AG (BMW), München, rechnet in diesem Jahr in Großbritannien mit einem nur leicht ausgeweiteten Absatz auf 33 800 Automobile, nachdem die Auslieferungen 1985 um 30 Prozent auf 33 450 Einheiten gestiegen waren. Großbritannien ist nach den USA zweitwichtigster ausländischer Absatzmarkt des Münchner Autoherstellers.

Prozeß in Jugoslawien

Belgrad (dpa/VWD) – In der südjugoslawischen Stadt Kavadarci hat der Prozeß um die größte Fehlinvestition in der jugoslawischen Wirtschaftsgeschichte begonnen. Nach Zeitungsberichten müssen sich 140 Personen für Fehlplanungen im Ferronickelwerk „Feni" verantworten, durch die Verluste von umgerechnet 847 Mill. DM entstanden sein sollen. Unter den Angeklagten befinden sich neben dem ehemaligen Generaldirektor noch sieben weitere Vertreter des Topmanagements der Fabrik. Das Werk war zu 80 Prozent mit ausländischen Krediten finanziert worden.

MBB: Bayern will Anteile „poolen"

rtr, München

Bayerns Finanzminister Max Streibl strebt weiter eine Straffung des zersplitterten Gesellschafterkreises des Luft- und Raumfahrtunternehmens Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) an. Am Rande eines Empfangs zum 60. Geburtstag von MBB-Chef Hanns Arnt Vogels sagte Streibl, er wolle sich dafür einsetzen, daß freiwerdende Anteile bei einer Bank "gepoolt" werden, um so zum gegebenen Zeitpunkt einem starken industriellen Partner den Einstieg bei MBB zu ermöglichen. Das MBB-Kapital von 600 Mill. DM ist auf insgesamt 13 Gesellschafter verteilt, unter denen der Freistaat Bayern mit knapp 25 Prozent den größten Teil hält. Zum Wunsch der Staatsregierung, die Bayerische Motoren-Werke AG (BMW) möge sich an MBB beteiligen, sagte Streibl nur, es würden noch Gespräche geführt. Aus Kreisen von BMW war zu erfahren, daß das Projekt fast "gestorben" sei, da die zur Bedingung gemachte Mehrheit an MBB nicht zustande komme.

Die immer wieder genannte Siemens AG als möglicher führender MBB-Gesellschafter komme dafür nicht in Frage, sagte Streibl weiter, da der Elektrokonzern erklärt habe, er wolle nicht mehr als zehn Prozent an MBB halten. Zwischen Siemens und MBB werde aber über engere Kooperationen gesprochen, die sogar in die Gründung gemeinsamer Gesellschaften münden könnten, sagte der Minister. Siemens hält über eine Holding mittelbar 5,85 Prozent an MBB.

Thyssen (5,85 Prozent) sei abgabewillig, sagte Streibl, ebenso Krupp (sechs Prozent) – hier habe aber ein anderer Gesellschafter sein Vorkaufsrecht angemeldet (Bremen). Bremen hält derzeit indirekt knapp vier Prozent, die Hansestadt Hamburg gut 18 Prozent. Nach früheren Informationen sollen auch die Dresdner Bank (fünf Prozent) und die Bayerische Vereinsbank (fünf Prozent) gegebenenfalls bereit sein, ihre Anteile an einen industriellen Partner zu verkaufen. Bayern hatte ebenfalls die Bereitschaft bekundet, einen Teil der knapp 25 Prozent zum Beispiel an BMW abzugeben, will den Einfluß aber angesichts der Beteiligungen der Hansestädte nicht aufgeben.

Fiat-Konzern steigert den Gewinn

ds. Mailand

Der Turiner Fiat-Konzern hat im Jahre 1985 einen konsolidierten Reingewinn von über 1000 Milliarden Lire (1,5 Mrd. DM) erzielt gegenüber 627 Mrd. Lire im Vorjahr. Die Steigerung belief sich auf mehr als 60 Prozent.

Dabei konnte die Lastwagentochter Iveco durch tiefgreifende Rationalisierungsmaßnahmen und eine Umsatzzunahme von 14,5 Prozent aus der Verlustzone herausgeführt werden. Sowohl im Inland als auch im Ausland gelang es Iveco, ihre Marktpositionen auszubauen.

Im Falle der Konzernholding Fiat S. p. A. erreichte die Nettoliquidität rund 1400 Mrd. Lire. Mailänder Börsenkreise rechnen mit einer höheren Gewinnausschüttung als im vergangenen Jahr. Für das Geschäftsjahr 1984 zahlte Fiat eine Dividende von 110 Lire.

Wegen der hohen Inflationsdifferenz gegenüber dem Ausland mußte sich der Konzern auch im vergangenen Jahr hauptsächlich auf den Inlandsmarkt stützen, um die Erträge zu verbessern.

Dank der gestiegenen Erträge gelang es trotz höherer Investitionen, die Nettoverbindlichkeiten auf Konzernebene weiter von 4043 auf 2985 Mrd. Lire zu senken und die Selbstfinanzierung von 2086 auf 2674 Mrd. Lire, das heißt von 8,8 auf 10,2 Prozent des Umsatzes, zu erhöhen. Die Investitionen stiegen von 1486 auf 1578 Mrd. Lire. Daran war der Automobilbereich mit 860 (961) Mrd. Lire beteiligt.

Der konsolidierte Konzernumsatz stieg gegenüber dem Vorjahr um 10,5 Prozent auf 26 330 Milliarden Lire (39 Mrd. DM). Insgesamt war die Automobilsparte am Konzernumsatz mit beinahe 53 Prozent beteiligt, gegenüber 54 Prozent im Vorjahr.

In Italien produzierte der Fiat-Konzern 1 267 000 Autos, einige 1000 Stück weniger als 1984. Davon wurden im Inland 912 414 Einheiten verkauft. Der Konzernanteil am italienischen Markt ging von etwas mehr als 54 auf knapp über 52 Prozent zurück. Am Jahresende beschäftigte der Fiat-Konzern 224 221 Personen, 8081 weniger als zwölf Monate vorher.

„DDR" / Trotz industriell betriebener Landwirtschaft hat sich Selbstversorgung seit den 60er Jahren nicht verbessert

Bei tierischen Produkten von Importen abhängig

dpa/VWD, Berlin

Die „DDR" hat auf dem Ernährungssektor nach eineinhalb Jahrzehnten industriell betriebener Landwirtschaft keine bessere Selbstversorgung erreicht als in den 60er Jahren. Obwohl jedem Einwohner inzwischen fast doppelt soviel landwirtschaftliche Nutzfläche zur Verfügung steht wie in der Bundesrepublik, ist der Grad der Selbstversorgung in der „DDR" nur geringfügig höher als hierzulande. Bei Nahrungsgetreide beträgt er zwar um die 90 Prozent, doch die Importabhängigkeit der tierischen Produktion hat wegen der Aufstockung der Viehbestände und stagnierender Futtererzeugung sogar eher zu- als abgenommen.

Das Autarkiestreben in der Landwirtschaft wurde durch die Einstellung der sowjetischen Getreidelieferungen nach 1975 beschleunigt. Die UdSSR deckte zwischen 1970 und 1975 etwa 40 Prozent der Getreideimporte. Danach kamen – ausgenommen 1977 und 1979 – kaum noch nennenswerte Mengen an, stellt Karl Hohmann von der Berliner Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen in einer Untersuchung fest.

Ost-Berlin mußte unversehens auf dem Weltmarkt, vor allem in den USA, gegen harte Devisen einkaufen. Wenn dennoch für diese Zeit ein starker Rückgang der Weizenimporte ausgewiesen wird, so vermutlich dadurch, daß die „DDR" lieber preiswerteren Mais bestellte. Das bis 1981 gegenüber den USA aufgelaufene Handelsbilanzdefizit von 2,5 Mrd. Dollar, die allgemeine Höhe der Westverschuldung und die nach dem US-Getreideembargo gegenüber der UdSSR von 1980 im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) geführte politische Diskussion führten schließlich zu der neuen Politik.

Für 1981/85 wurden die Steigerung der Hektarerträge im Getreide- und Feldfutterbau zur Eindämmung der Auslandsabhängigkeit bei der Versorgung der wachsenden Tierbestände in den Mittelpunkt gestellt und die schnelle Importreduzierung zu einer Aufgabe von „strategischer Bedeutung" erklärt.

Die Umstellung der Nutzungsstruktur brachte Erfolge. Man entdeckte wieder die Weidehaltung für Kühe und Jungrinder, die zunächst ganzjährig in energieverschlingenden Großställen eingeschlossen bleiben sollten; das Größen-Verhältnis von Wiesen und Weiden wurde innerhalb von fünf Jahren nahezu umgekehrt. Dagegen wurde die vorgesehene Ausweitung der Getreideflächen bis 1985 nicht erreicht, aber das inländische Aufkommen durch höhere Hektarerträge gesteigert. Die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Sorten Braugerste, Mahlweizen und -roggen ist freilich immer noch schwierig.

Der Bedarf an Nahrungsgetreide wuchs zwischen 1970 und 1983 von 2,85 Mill. auf 3,14 Mill. Tonnen. Einen kräftigen Anteil hatten daran der zunehmende Bierkonsum (der 1984 mit 700 000 Tonnen Braugerste zu Buch schlug), der steigende Anteil von Getreide an der Spirituosenherstellung und die Verfütterung von billigem Brot durch private Tierhalter. Da die „DDR" den Bedarf nie aus eigener Produktion decken konnte, mußte sie entweder geringerwertiges Getreide als Nahrungsgetreide einsetzen oder die entsprechenden Mengen importieren. Sie ging beide Wege.

Von den Ackerflächen werden 53,5 Prozent für den Getreidebau genutzt. 1982 stiegen die Ernteerträge erstmals über zehn Millionen Tonnen, 1985 waren es 11,8 Mill. Tonnen. Zu verdanken war die Besserung in erster Linie der Verdoppelung der Erntemenge bei Wintergerste. Zusammen mit der Sommergerste ist die Gerste insgesamt mit fast 40 Prozent der eingebrachten Getreideernte zur dominierenden Getreideart vor Weizen geworden.

Derzeit stammen etwa 25 Prozent des für Verarbeitung und Verfütterung in der „DDR" sowie für Exporte verfügbaren Getreides aus Importen.

DRESDNER BANK LUXEMBURG / Neue Aktivitäten

Bestes Ergebnis präsentiert

cd. Luxemburg

Die Compagnie Luxemburgeoise de la Dresdner Bank AG – Dresdner Bank International (CLB) – sieht die Attraktivität des Finanzplatzes Luxemburg durch die Mindestreserveerleichterung für internationale Geschäfte der Banken in der Bundesrepublik nicht gefährdet. Geschäftsleitungsmitglied Volker Burghagen ist überzeugt, daß die luxemburgische Regierung mit einer pragmatischen Politik dafür sorgen wird, den Bankplatz konkurrenzfähig zu halten.

Für die Dresdner Bank ist die CLB die wichtigste internationale Tochter. Sie präsentiert für 1985 ihr bisher bestes Ergebnis: Einen nach Bereinigung von Sondereinflüssen um gut 16 Prozent gestiegenen Gewinn von 280 Mill. DM, mit dem die Rückstellungen und Wertberichtigungen auf jetzt 880 Mill. DM aufgestockt werden. Damit dürfte sich die Risikovorsorgequote für Kredite an Umschuldungsländer von 20 Prozent auf etwa ein Drittel verbessert haben, was der Bank allerdings wegen der schwieriger gewordenen Situation vieler Entwicklungsländer noch nicht ausreichend erscheint.

Trotz 22prozentiger Dollarabwertung hat die CLB ihre Bilanzsumme, an der Dollargeschäfte einen Anteil von 40 Prozent haben, bei 22,9 Mrd. DM und das Kreditvolumen (einschließlich Avale und Akkreditive) bei 10,2 Mrd. DM gehalten. Damit ist sie nicht zuletzt deswegen zufrieden, weil lukratives Neugeschäft wegen des Vordringens neuer Finanzierungsinstrumente und verstärkter Nutzung der Kapitalmärkte durch die Kreditnehmer schwieriger geworden ist.

Deutlich belebt hat sich das Privatkundengeschäft mit Schwerpunkt in der Wertpapier- und Vermögensberatungssparte. Zu den neuen Aktivitäten gehört die Beteiligung mit 4,4 Mill. DM an der Europäischen Satellitengesellschaft SES, die 1987 einen Fernsehsatelliten starten und betreiben will.

SIEMENS

»Was wir brauchen,
ist ein Computer-System,
das mit einem der umfangreichsten
Möbel-Programme Europas
fertig wird«, sagte interlübke.
Und entschied sich
für das BS2000-System
von Siemens.

Es ist das dreitausendste.*

Aufgaben gibt's überall. Siemens Computer auch.



* Ähnliche Stückzahlen erreicht in Europa kein anderes vergleichbares Computer-System.

A 10100 D-Z 119

Landwirtschaft im Umbruch

Mk. – Sicher, es gab in den vergangenen Jahren kaum einmal eine Grüne Woche, auf der nicht von Reformen, von Wandel, selbst vom Ende der Fahnenstange die Rede war. Es gibt sogar Skeptiker, die meinen, dieses gehöre zum Ritual. Manche haben sogar bereits die Hoffnung verloren, daß sich auf den europäischen Äckern überhaupt etwas ändern wird – obwohl die Fehlentwicklungen erkennbar waren, ständig analysiert und auch beklagt wurden.

Aber jetzt scheinen selbst die Verantwortlichen nicht mehr daran zu glauben, daß alles wie bisher weiterlaufen kann. Abbau der Überschüsse heißt die Maxime, an der sich jetzt alles orientiert. Es dürfte schwerfallen, davon wieder herunter zu kommen. Was natürlich nicht bedeutet, daß nicht viele das Prinzip „Wasch mich, aber mach mich nicht naß" hochhalten. Also gleichzeitig vom Abbau der Überschüsse und höberen Einkommen für die Landwirte reden. Beides läßt sich kurzfristig nicht verwirklichen, wenn die Gesellschaft nicht überstrapaziert werden soll.

Trotzdem: Es tut sich einiges. Der mentale Bruch in der Landwirtschaft ist gewaltig. Es bedeutet schon eine erhebliche Umstellung, daß plötzlich auch offiziell nicht mehr eine immer größere Produktion gefragt ist. Dies war bisher stets anders. Und dieses hat auch Einfluß auf die Grüne Woche selbst, wie sie überwiegend verstanden wird, nämlich als Leistungsschau der Landwirtschaft. Allerdings trifft dies nur auf den ersten Blick zu, nämlich insoweit, wie Leistung und Quantität schlicht gleichgesetzt werden, die immer höhere Produktion zum Maß aller Dinge hingenommen wird. Gefragt sind mehr Qualität, neue Produkte, Umweltschutz und Landschaftspflege, kurz: das Zielsystem ändert sich.

Platz für die Landwirtschaft? Natürlich, aber sie muß sich auch umstellen. Gefordert ist nicht nur die Politik, ist auch der Berufsstand, ist Beratung und vor allem Eigeninitiative. Ein bloßes Anspruchsdenken hilft auch hier nicht.

Auf der 51. Internationalen Grünen Woche in Berlin zeigen nicht nur die Landwirte und Gärtner sowie die Firmen der Ernährungswirtschaft aus der Bundesrepublik, was sie zu bieten haben – auch 42 Staaten präsentieren vom 24. Januar bis 2. Februar ihre Spezialitäten. Ein Treffpunkt nicht nur für die Berliner. Die Grüne Woche zählt in Fachkreisen zu den anerkanntesten Ausstellungen ihrer Art auf der Welt; sie ist auch ein Forum für den Gedankenaustausch – nicht nur unter den Fachleuten, sondern auch bei interessierten Politikern.

Die Leistungsschau der Agrarwirtschaft

Von HANS-J. MAHNKE

Rund um den Berliner Funkturm dreht sich von morgen an wieder einmal alles um die Landwirtschaft, den Gartenbau und die Ernährungswirtschaft. Zum 51. Mal öffnet die Internationale Grüne Woche Berlin, die heute abend offiziell feierlich eröffnet wird, ihre Tore für das Publikum. Nicht nur die Berliner werden bis zum 2. Februar die Gelegenheit nutzen, um neue, zum Teil exotische Nahrungsmittel zu kosten und sich an den bewährten, althergebrachten Gerichten aus deutschen Landen zu laben. Wer in diesem Bereich etwas zu sagen hat, vom Minister bis zum Verbandsvertreter, hält sich ohnehin in Berlin auf.

Die Grüne Woche ist keine Börse der Eitelkeiten, sondern der Information. Handfeste Arbeit für diejenigen, die sich überall sehen lassen wollen. Viele Verbände halten ihre Jahrestagung jetzt in Berlin ab, weil ohnehin alle Mitglieder am Ort sind, betonte in diesen Tagen ein Vertreter einer landwirtschaftlichen Interessenorganisation. Mehr als 150 Tagungen, Seminare und Konferenzen finden in diesen Tagen auf dem Messegelände und im Congress-Centrum statt. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 50 000 Fachbesucher gezählt. Fester Bestandteil jedenfalls ist die Grüne Woche im Jahreskalender des zuständigen Ministers – er kann dort eine solche Fülle von Kontakten pflegen wie sonst in den anderen Wochen des Jahres kaum noch einmal. Und auch die hohe Politik, der Kontakt zu den Ministerkollegen aus anderen Staaten, die sich in diesen Tagen auch in Berlin aufhalten, kommt nicht zu kurz.

Und: Die Grüne Woche ist auch ein wirtschaftlicher Faktor für Berlin. Nach einer Untersuchung der Berliner Messegesellschaft AMK brachte die Veranstaltung, die weltweit zu den größten ihrer Art zählt, bereits vor drei Jahren der Stadt rund 120 Millionen Mark an zusätzlicher Kaufkraft. Eine Zahl, die in diesem Jahr bestimmt wieder erreicht werden dürfte, und nicht nur wegen der gestiegenen Preise. Rund 120 000 Besucher reisten im vergangenen Jahr aus Anlaß der Grünen Woche extra nach Berlin, etwa ein Viertel aller Messegäste.

Trotz der langen Tradition gibt es immer wieder etwas neues unter dem Funkturm. So hat die Messegesellschaft auf dem Wege, der Grünen Woche immer stärkere agrarfachliche Akzente zu verleihen, ein neues Zeichen gesetzt. Dieses Mal findet, zusätzlich zu den traditionellen Sonderschauen, die erste Bundesschau „Fleischrinder" in der Halle 25 statt. Damit ist Berlin zum ersten Mal Schauplatz eines Wettbewerbs mit lebenden Rindern. Bereits morgen sollen die Sieger ermittelt werden. Daneben findet der 26. Schlachtleistungswettbewerb für Schweine statt. Hier geht es um die besten Schlachtkörper. Die Ergebnisse haben nicht nur für den Züchter, sondern auch für die Verbraucher einen erheblichen Aussagewert.

„Verarmt der Supermarkt das Obst- und Gemüsesortiment?" Diese Frage wird auf dem „5. Frische Forum – Obst und Gemüse" von Experten beantwortet werden. Auf einem anderem Forum geht es um die Sortimentsentwicklung bei Blumen und Pflanzen. Aber auch Marketingprobleme sollen nicht zu kurz kommen.

Ein fachlicher Höhepunkt ist sicherlich das 6. Internationale Berufsforum Agrarpolitik, das der Deutsche Bauernverband am 30. Januar im Congress-Centrum veranstaltet. Dort soll es um die Zukunft des Getreidemarktes gehen, eines der Hauptprobleme, mit denen sich gegenwärtig die europäischen Agrarpolitiker herumschlagen müssen. Die wachsenden Überschüsse erzwingen auch hier eine Abkehr von der Praxis der vergangenen Jahre.

Für das Publikum sind neben den zahlreichen Sonderschauen vor allem die Veranstaltungen und Demonstrationen der Länder von großer Attraktivität. Immerhin: 42 Länder haben sich angesagt. Einige feiern auch in diesem Jahr wieder Jubiläum. So sind die USA auf der Grünen Woche seit 30 Jahren vertreten, Israel und Spanien kommen auf 25 und Indien immerhin bereits auf 20 Jahre Präsenz.

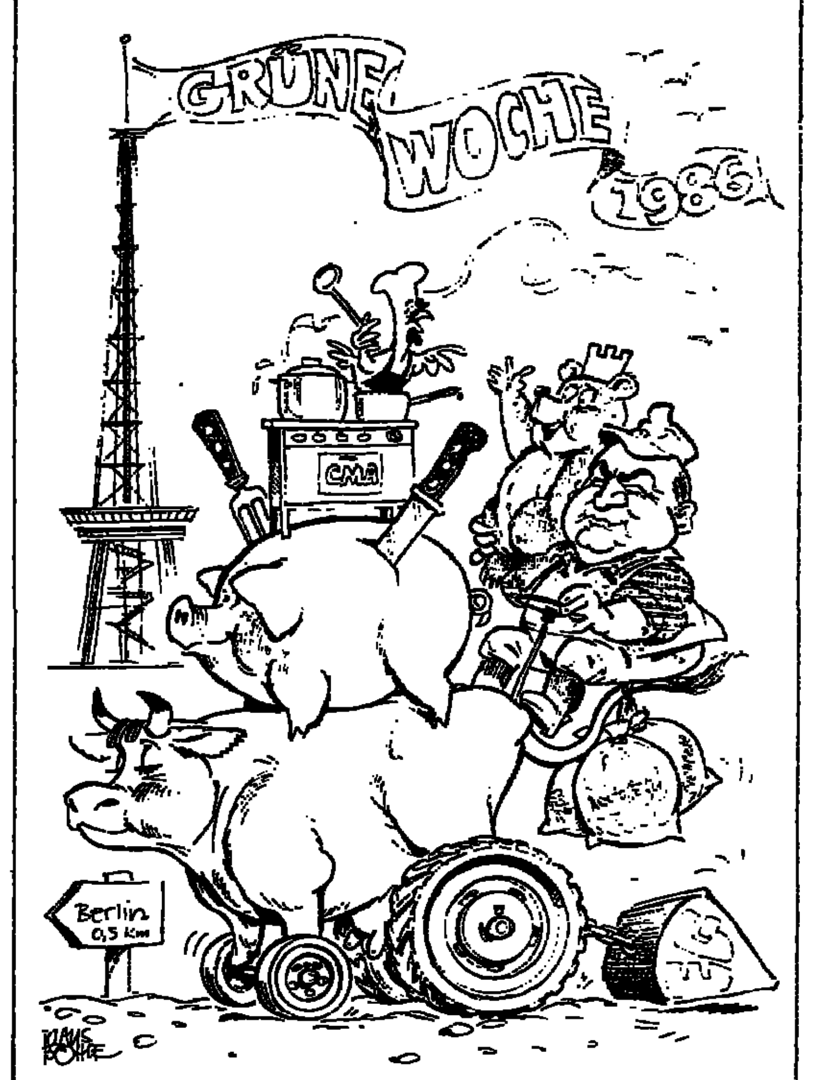
Im Mittelpunkt der deutschen Agrarwirtschaft zur Grünen Woche steht wieder die Halle 20, die Gemeinschaftsschau der Bundesländer, organisiert von der Centralen Marketing-Gesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft (CMA). Auf die Ausschmückung dieser Halle trifft in diesem Jahr wieder jene Frage zu, die bereits vor einigen Jahren eine Bundestagsabgeordnete, Mitglied des Ernährungsausschusses gestellt hatte: Muß dieses eigentlich wieder abgerissen werden? In der Tat, den Dekorateuren fällt bei der Gestaltung dieser Halle, in der die Spezialitäten aus deutschen Landen präsentiert werden, jedes Jahr noch wieder etwas Neues ein.

Diesmal steht sie unter dem Motto „Die gute deutsche Küche". Damit soll die Konsequenz aus dem Umstand gezogen werden, daß der Ruf der deutschen Küche in den vergangenen Jahren auch international deutlich an Ansehen gewonnen hat. Hier werden landestypische Gerichte gezeigt, wobei es sich neben den traditionellen auch um neukreierte Speisen handelt.

Dem Thema „Der Boden ist unsere Verantwortung" ist die Sonderschau des Bundeslandwirtschaftsministeriums in Halle 9c gewidmet. Gezeigt werden die vielfältigen Funktionen des Bodens als Lebensgrundlage für Mensch, Tier und Pflanzen. Demonstriert wird das Ganze an einer bäuerlichen Kulturlandschaft. Daneben hat der Berliner Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz eine Sonderschau „Wald und Großstadt" gestalten lassen. Auch die Gartenfreunde und Kleingartenbesitzer kommen traditionell in Berlin auf ihre Kosten.

Die Bedeutung der Ballaststoffe für eine vernünftige Ernährung und eine geregelte Verdauung soll auf einer Verbraucher-Sonderschau dem Publikum nähergebracht werden. Und wer durstig wird, muß nicht eine der zahlreichen Destillen aufsuchen, sondern er kann sich auf die „Deutsche Wein- und Sektstraße" oder zu den Ständen aus sechs Weinanbaugebieten begeben.

Die Grüne Woche hat sich seit 1926, als sie zum ersten Mal im Hörsaal des Funkhauses eröffnet wurde, erheblich verändert. Damals stand noch das Wort, nicht die Schau im Vordergrund. Denn hervorgegangen ist die Grüne Woche aus der Wintertagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), die Ende Januar in der Reichshauptstadt stattfand. Die Berliner Handwerker und Kaufleute nutzten ihre Chance und boten den angereisten Bauern ihre Artikel feil. Über die Jahre wurde alles zusammengefaßt – die Informationen und die Präsentationen der Angebote.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Grüne Woche auf einen Blick

Die Internationale Grüne Woche Berlin findet vom 24. Januar bis 2. Februar auf dem Ausstellungsgelände am Funkturm statt. Die Öffnungszeiten: Täglich von zehn bis 19 Uhr; die Eintrittspreise: Tageskarte für Erwachsene zehn, Dauerkarte 30 Mark; Ermäßigungen unter anderem für Schüler und Studenten, Besucher aus der „DDR" und Ost-Berlin haben freien Eintritt. Der Katalog kostet sieben Mark. Fachbesucher-Zentrum Ernährungswirtschaft/Handel in Halle 7, für Landwirtschaft in Halle 25.

Die Eröffnungsfeier ist heute um 18 Uhr im Saal 1 des Internationalen Congress-Centrums (ICC). Zur Begrüßung sprechen Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen, der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck, der spanische Landwirtschaftsminister Carlos Romero Herrera und der Vizepräsident der EG-Kommission, Frans Andriessen.

Eröffnet wird die Grüne Woche durch Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle. (WR)

AGRARPREISE / Die Rückführung der Überproduktion bleibt das Hauptziel – WELT-Gespräch mit Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle

„Derzeit ist die Preispolitik der EG geradezu degeneriert"

Die Möglichkeiten für höhere Agrarpreise sind in der EG begrenzt. Einen Spielraum kann es erst wieder geben, wenn die Überschüsse beseitigt sind. Über dieses Thema sprach Hans-Jürgen Mahnke mit Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle.

WELT: Geht es den deutschen Landwirten wirklich so schlecht, wie es aus den Klagen des Berufsstandes herausklingt?

Kiechle: Die Einkommen stagnieren schon seit zehn Jahren. Das Klagelied mag gelegentlich sehr laut klingen, aber angesichts dieser Fakten ist es nicht unberechtigt.

WELT: Sie können den Bauern auch keine Hoffnungen machen, daß es jetzt bereits besser wird?

Kiechle: Wir haben eine Reihe von Maßnahmen national treffen können, die entlastend wirken. Die Bauern brauchen sich nicht im Stich gelassen zu fühlen. Nur bei den Preisen können wir erst helfen, wenn das Grundübel der nicht mehr verkäuflichen Mengen an Agrarerzeugnissen auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt worden ist.

WELT: Wo drückt der Schuh in der EG am meisten? Bei Getreide?

Kiechle: Er drückt bei Getreide vor allem jenen Bauern, die nicht selbst lagern können. Wer dies konnte, hat im Augenblick ja gute Getreidepreise. Aber im August lagen sie auf dem Niveau der 50er Jahre. Dann gibt es bei Rindfleisch volle Lagerhallen. Das drückt auf den aktuellen Marktpreis.

WELT: Die Gemeinschaft muß die Weichen für die nächsten Jahre stellen. Wie sollte das Ihrer Meinung nach aussehen?

Kiechle: Sie sollte das Wenigerproduzieren oder das Nichtproduzieren besser honorieren als das Mehrproduzieren. Wenn sie das tut, dann werden die Bauern rasch reagieren. Das wird nicht teurer.

WELT: Denkt Brüssel auch so?

Kiechle: Ich habe Hoffnungen, daß es gelingt, die Mehrheit des Rates und die Kommission von der Richtigkeit dieses Grundsatzes zu überzeugen. Ich bezweifele, ob dabei die kürzesten Wege gewählt werden.

WELT: Wie wollen Sie die Überschüsse drücken? Vorruhestandsregelung, Flächenumwidmung oder Bio-Sprit – über all das wird diskutiert. Was bringt das?

Kiechle: Es ist ein Bündel von Maßnahmen notwendig. Richtig eingesetzt, werden sie auch Wirkung zeigen. Was ich ablehne, ist der brutale Preisdruck, um so den Schwächeren aus dem Markt zu werfen.

WELT: Das heißt?

Kiechle: Ich würde einfach gezielt die Übermengen angehen. Es muß nicht nur die Quote sein. Man könnte für einen Zeitraum demjenigen, der jetzt nicht produziert und nur die Fläche pflegt, etwas zahlen.

WELT: Sollten diese Maßnahmen die Einkommenspolitik über die Preise ersetzen oder ergänzen?

Kiechle: Ergänzen. Die Preise müssen die Funktion der Einkommenssicherung behalten. Aber derzeit ist die Preispolitik geradezu degeneriert. Sie orientiert sich ja nicht mehr an den Kosten der Produktion, sondern nur noch an der Absatzmöglichkeit – und die hat man bei weitem überschätzt.

WELT: Von den Orientierungen am Markt halten Sie nicht so viel?

Kiechle: Was ich sage, ist ja eine Orientierung am Markt, indem man die produzierten Mengen auf die Absatzmöglichkeiten wieder zurückführt. Ich bin nur nicht einverstanden, daß man den Preis benutzt, um die Mengenanpassung zu erreichen.

WELT: Sie sprechen von einer kostenorientierten Preispolitik. Wo liegt der Unterschied zu der früheren aktiven Preispolitik?

Kiechle: Hier gibt es keine großen Unterschiede. Aber das Wort aktive Preispolitik ist so oft mißbraucht worden, daß ich lieber kostenorientiert sage.

WELT: Es wird betont, die ergänzenden Maßnahmen und eine kostenorientierte Preispolitik zusammen würden sehr teuer werden. Ist das so?




Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle FOTO: JUPP DARCHINGER

Kiechle: Wenn die Maßnahmen zielgerichtet eingesetzt werden, wobei das Ziel Rückführung der Überschußproduktion heißt, dann wird diese Politik teurer in einer Übergangsphase, um dann billiger werden zu können, weil wir nicht mehr für Überschüsse zahlen müssen.

WELT: Halten Sie beides – die ergänzende Maßnahme und attraktive Preise – für politisch durchsetzbar?

Kiechle: Ich glaube, wenn man eine Konzeption für die Rückführung der Überschüsse vorlegt, wird man durchaus Zustimmung finden.

WELT: Ist der Dissens zwischen den Koalitionspartnern nicht geringer als zwischen Ihnen und der Mehrheit der Bundesländer?

Kiechle: Mit dem agrarpolitischen Sprecher des Koalitionspartners ...

WELT: Ihren Parlamentarischen Staatssekretär Georg Gallus ...

Kiechle: ... der ja wohl auch ein gewisses Rahmenprogramm beeinflußt hat, scheint der Unterschied in den Auffassungen sehr gering zu sein. Die geringen Differenzen mit dem Bundeswirtschaftsminister wollen wir in den nächsten Wochen klären. Und auch da bin ich zuversichtlich. Mit den Bundesländern gibt es mehr Meinungsunterschiede. Aber sie erkennen genauso, daß letztlich nur mit einem in Deutschland gemeinsamen Konzept in Brüssel Aussicht auf Durchsetzung besteht.

WELT: Also so ernst nehmen Sie den Nord-Süd-Konflikt nicht?

Kiechle: Ich vertraue auf die Kompromißbereitschaft.

WELT: Wann rechnen Sie mit Entscheidungen in Bonn und in Brüssel?

Kiechle: In den nächsten zwei Monaten werden die grundsätzlichen Linien festgelegt sein.

WELT: Dann können die Bauern wieder von festeren Daten ausgehen?

Kiechle: Ja, das können sie. Sie wissen, daß wir in Brüssel zumindest für einen Teil der Maßnahmen Zustimmung finden müssen. Aber sie werden jedenfalls in dieser Bundesregierung und, wie ich glaube, auch in mir einen guten Anwalt haben.

WELT: Was erwarten Sie von der nächsten Preisrunde?

Kiechle: Ich fürchte, die Kommission wird sich wegen der Haushaltsenge nicht sehr bewegen können. Sie wird wohl im Preisbereich mit dem Hinweis auf die Überschüsse eine Nullrunde vorschlagen.

WELT: Das befürchten Sie?

Kiechle: Ich habe meine eigenen Vorstellungen. Ich weiß aber auch, daß Preiserhöhungen im Überschußbereich nur sehr, sehr schwer zu begründen sein werden, geschweige denn, auch durchzusetzen. Andererseits weiß ich, daß wir, am durchschnittlichen Betrieb in Deutschland orientiert, nicht Jahr für Jahr schlicht und einfach sagen können, mehr produzieren soll er nicht und bessere Preise gibt es auch nicht. Das halten andere Berufsstände auch nicht durch. Wenn wir beim Preis wirklich nichts durchsetzen können, dann müssen die nationalen Maßnahmen möglicherweise weiter aufgestockt werden.

REINHEITSGEBOT / Zweifel an Fleischverordnung

Die Juristen sind gefordert: Es geht um die Wurst

Landwirtschaft und Gewerkschaft Hand in Hand kämpfen für das deutsche Reinheitsgebot, nicht allein bei Bier, sondern jetzt auch bei Molkereiprodukten und vor allem bei Wurst. Für die EG-Kommission ist das Reinheitsgebot bei Bier seit langem ein Handelshemmnis, über das demnächst der Europäische Gerichtshof entscheiden wird. Ausgelöst durch eine Frage eines deutschen Europa-Abgeordneten, der in der Tat ein Verfechter des absolut freien Binnenmarktes ist, droht jetzt auch bei den anderen Produkten ein Ende des deutschen Reinheitsgebots.

Jedenfalls hat Brüssel Zweifel aufkommen lassen, ob die deutsche Fleischverordnung dem EG-Vertrag überhaupt entspricht. Nach Paragraph vier dieser Verordnung dürfen Erzeugnisse, die nicht den in dieser Bestimmung und den Anlagen hierzu enthaltenen Vorschriften entsprechen, „nicht gewerbsmäßig in den Verkehr gebracht werden". Auch die Einfuhr solcher Produkte ist verboten. Nicht erlaubt sind emulgiertes Knochenfett, Blutplasma, Blutserum, Schwartenpulver, auch Getreide.

In anderen Ländern gibt es andere Traditionen, die nicht unbedingt den deutschen Bedingungen entsprechen. So weit ihre Einhaltung für diese Produkte gefordert werden, ergibt sich daraus ein Handelshemmnis, jedenfalls nach Ansicht der Kommission. Handelshemmnisse oder Bestimmungen mit gleicher Wirkung sind jedoch nach Artikel 30 des EG-Vertrages verboten. Gefragt sind wieder einmal die Juristen.

Helmut Fahrnschon, Geschäftsführer der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), spricht schlicht von einem „agrarpolitischen Unsinn". Falls Wurst mit anderen Produkten als mit Fleisch angereichert werden dürfe, werde „auf diese Weise" Nichtmarktordnungsprodukten ungehemmter Zutritt in den geschützten Bereichen der Marktordnungen gewährt. Es dürfe nicht übersehen werden, „daß diese lebensmittelrechtlichen Reinheitsgebote eine der Grundlagen für das hohe Qualitätsniveau deutscher land- und ernährungswirtschaftlicher Produkte sind".

Und die zuständige Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) weist wie auch der CMA-Geschäftsführer auf den Schutz des Verbrauchers vor Irreführung und Täuschung hin. Leberwurst mit Soja sei eben keine Leberwurst mehr. Und eine entsprechende Kennzeichnung der Ware dürfte nicht ausreichen, vor allem dann nicht, meinen die Experten, wenn die Ware lose über die Theke verkauft wird.

Ferner: Jedes Prozent pflanzliches Eiweiß, das der Wurst zugesetzt wird, bedeute einen Minderverbrauch von rund 250 000 Schlachtschweinen in der Bundesrepublik. Und dies sollte man der Landwirtschaft nicht zumuten, meint selbst die Gewerkschaft. Dadurch würden die Kosten des Agrarmarktes für die Steuerzahler nur noch weiter nach oben getrieben.

H. RADEMACHER

Frischgemüse – Verbrauch nahm weiter zu

WR, Bonn

Ob es nun an der Aufklärung, an der Werbung oder an den neuen Produkten lag, läßt sich schwer sagen. Fest steht jedenfalls: Der Verbrauch von Frischgemüse hat im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik noch einmal um sieben Prozent zugenommen. Pro Kopf wurden nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums 72,5 Kilogramm konsumiert, ungefähr genau so viel, wie an Kartoffeln verbraucht wurde. Damit geben die Haushalte rund zehn Prozent ihres Nahrungsmittelbudgets für Gemüse aus. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 5,02 Millionen Tonnen konsumiert; davon stammten 1,8 Millionen Tonnen oder 37 Prozent aus dem Inland. Die Importe entfallen vor allem in die Winter- und Frühjahrsmonate, also in jene Zeit, in der die rund 26 600 deutschen Betriebe noch kein oder nur wenig Freilandgemüse anbieten können.

Käse – auch im Ausland sehr beliebt

WR, Bonn

Käse ist nach wie vor ein Exportrenner der deutschen Agrarwirtschaft: In den vergangenen fünf Jahren verdoppelte sich der Wert der Käseausfuhren auf nahezu zwei Milliarden Mark. Damit lag die Bundesrepublik in der Weltrangliste wieder auf dem zweiten Platz hinter den Niederlanden. Mit 306 000 Tonnen hat die Molkereiwirtschaft 35 Prozent ihrer Erzeugung im Ausland absetzen können. 80 Prozent davon wurden in die EG-Partnerländer verkauft, mehr als 50 Prozent allein in den größten Auslandsmarkt Italien. Allerdings haben sich die deutschen Produzenten auch auf fremde Konsumgewohnheiten eingestellt; so bieten sie Feta-Käse – aus Kuhmilch, angereichert mit Geschmacksstoffen – an, der im Orient traditionsgemäß aus Schafs- und Ziegenmilch hergestellt wird. Neben Dänemark ist die Bundesrepublik der größte Feta-Lieferant für Iran.

Getränke – Alkoholfreie sind besonders gefragt

Kn. Bonn

Der Durst der Deutschen scheint gelöscht. Jedenfalls steigt der Getränkeabsatz kaum noch und auch für die Zukunft dürfte sich daran nach Ansicht der Experten aus dem Bonner Landwirtschaftsministerium wenig ändern. Steigen dürfte der Anteil alkoholfreier Getränke. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Flüssigkeit lag 1984 bei 642 Liter, 14 weniger als ein Jahr zuvor, als der bisherige Höchststand registriert worden war. Gegenüber 1976, als erst 579 Liter durch die Kehlen flossen, bedeutet dies doch einen beachtlichen Zuwachs. In dieser Zeit ist der Konsum an alkoholfreien Getränken wie Bohnenkaffee, Tee, Mineralwasser, Fruchtsäfte angestiegen. Der Anteil alkoholfreier Getränke nahm von 68 auf 72 Prozent zu. Der Alkoholkonsum sank im Durchschnitt sogar um fünf auf 178 Liter, wovon der Löwenanteil mit 145 Liter auf Bier entfällt.

Betriebe – abgeschwächter Strukturwandel

Mk. Bonn

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik (größer als ein Hektar) ist 1985 gegenüber dem Vorjahr um 11 700 oder 1,6 Prozent auf 720 800 weiter gesunken – aber der Strukturwandel hat sich abgeschwächt. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre lag der Rückgang bei 2,2 Prozent. 49,5 Prozent der Höfe – ein Jahr zuvor noch 49,7 Prozent – waren Vollerwerbsbetriebe. Auf den Zuerwerb entfielen 9,7 (9,8) Prozent und auf den Nebenerwerb 40,7 (40,5) Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe. Die Durchschnittsgröße lag bei 16,55 (16,32) Hektar, also nach wie vor eine kleinbetriebliche Struktur, auch wenn sich die Durchschnittsfläche seit 1949 mehr als verdoppelt hat. Die Vollerwerbsbetriebe kommen immerhin auf 26,1 (25,6) Hektar. In Schleswig-Holstein wurden 35,3 Hektar registriert, in Bayern waren es nur 14,0 Hektar (jeweils im Durchschnitt).

Speiseeis – lecker nicht nur in der Sommerzeit

J. S. Bonn

Das, was früher nur im Sommer konsumiert wurde, wird jetzt auch im Winter immer beliebter: Speiseeis. Noch vor 15 Jahren lag der Eiskrem-Verbrauch von Oktober bis Februar bei nur zehn Prozent des Gesamtabsatzes; in den vergangenen Jahren nahm er ständig um fünf bis sechs Prozent zu. Vor zwei Jahren war die Bedeutung des Winter-Eises bereits auf 21 Prozent geklettert. Die abgesetzte Menge hatte sich während dieser Zeit mehr als verdreifacht. Ein entscheidender Grund: Immer mehr Haushalte haben Tiefkühltruhen oder Gefrierfächer. So hat das Geschäft mit Hauspackungen, das 1970 einen Marktanteil von lediglich 25 Prozent hatte, jetzt einen Anteil von rund 40 Prozent; es hat damit das Geschäft mit den Kleinpackungen bereits überrundet. Gefragt sind von den Haushalten in den letzten Jahren immer stärker die Premium-Sorten.

Getreide – Rekordernten in der Sahelzone

WR, Bonn

Bei Getreide gab es 1985 weltweit eine Rekordernte. Die Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nation (FAO) veranschlagt das Ergebnis auf 1839 Millionen Tonnen, 34 Millionen Tonnen mehr als ein Jahr zuvor. Darin kommt auch eine überdurchschnittliche Produktion in allen Haupterzeugerregionen zum Ausdruck. Selbst in Afrika hat sie sich wieder erholt. Mehrere afrikanische Staaten verfügen im laufenden Wirtschaftsjahr wieder über exportfähige Überschüsse von ungefähr 1,8 Millionen Tonnen. Rekordernten konnten in fünf Ländern der Sahel-Zone und im Sudan eingebracht werden. Erheblich gesunken ist auch das Defizit in Äthiopien. Wegen der guten Ernte wird der Weltgetreidehandel im Wirtschaftsjahr 1985/86 beträchtlich auf 187 Millionen Tonnen sinken, da zahlreiche Importländer weniger einführen müssen.

Zuchtvieh – nach China und Saudi-Arabien

Bu. Bonn

Beim Export von Zuchtrindern liegen die deutschen Betriebe ebenfalls an der Weltspitze; diese Position konnte im vergangenen Jahr sogar noch gefestigt werden. Der Aufwärtstrend hielt also an. Der Export von Zuchtrindern wird für 1985 auf rund 60 000 Stück veranschlagt; im Jahr zuvor waren es 37 000. Gefragt sind im Ausland vor allem die Deutschen Schwarzbunten. Davon konnten 57 000 Stück ins Ausland verkauft werden. Von der Ausfuhr des vergangenen Jahres gingen rund 60 Prozent nach West- und Osteuropa, der Rest nach Nordafrika und Saudi-Arabien; auch China kaufte 2500 Stück. Die Sowjetunion orderte im vergangenen Jahr wieder einen größeren Posten von Deutschen Rotbunten und Bulgarien kaufte erstmals seit Jahren wieder Fleckvieh. Für Braunvieh ist nach wie vor Italien der wichtigste Absatzmarkt.

Schweinefleisch – weil es preisgünstig ist

Beim Pro-Kopf-Verbrauch von Schweinefleisch sind die Deutschen nach wie vor Weltmeister. 1985 stieg der Jahresverbrauch noch einmal um 200 Gramm auf jetzt 51,2 Kilogramm. Dies waren immerhin 12,6 Kilogramm mehr als 1970. Und das, obwohl der gesamte Fleischverbrauch während dieses Zeitraums nicht ganz um diese Menge zugenommen hat.

Damit zeigt sich nicht nur die Vorliebe der Deutschen für Schweinefleisch: Die Verbrauchszunahme war ausschlaggebend, weil Schweinefleisch preisgünstig ist. Daher hat der Pro-Kopf-Verbrauch im Rezessionsjahr 1982 auch nicht gelitten – im Gegensatz zum teuren Rindfleisch, bei dem die Verbraucher mit dem Kauf gezögert haben. Immerhin war der Pro-Kopf-Verbrauch an Rindfleisch im Wirtschaftsjahr 1984/85 mit 20,2 Kilogramm noch um 600 Gramm niedriger als zehn Jahre zuvor.

Wenn nach dem Leibgericht oder der Lieblingsspeise der Deutschen *gefragt wird, dann werden immer* wieder Schweineschnitzel, Haxe, Schweinebraten oder Kotelett genannt. Daran hat auch die Diskussion über die Qualität des Schweinefleisches nichts geändert. „Das Schnitzel, das aus der Pfanne springt" (PSE-Fleisch) hat zwar so manchen Konsumenten zunächst verunsichert, aber schließlich bei den Absatzzahlen keine negative Auswirkung gezeigt.

Allerdings hat sich die Einstellung zum Schweinefleisch erheblich verändert: Gefragt ist nicht mehr nur das magere Fleisch, sondern es wird durchaus anerkannt, daß zum saftigen Braten auch ein gewisser Anteil von Fett gehört.

In den mehr als 1500 Wurstsorten, die in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt werden, enthalten fast alle als wichtigsten Bestandteil Schweinefleisch; es spielt für die Verarbeitung in der Industrie eine erhebliche Rolle.

Auch für die Einkommen der Landwirte fällt der Erlös aus dem Verkauf von Schweinefleisch erheblich ins Gewicht. Dabei sind die staatlichen Eingriffe, verglichen mit denen bei Rindfleisch, gering. Daher halten sich die Fehlleitungen bei der Produktion auch in engen Grenzen.

H. D.

ETIKETTENSCHWINDEL / Deutsche Lebensmittel gelten als Absatzschlager

Für die Touristen tauchen Bier und Würste mit vertrauten Namen auf

Nahrungsmittel aus deutschen Landen stehen jenseits der Grenzen häufig in einem so guten Ruf, daß Ausländer versuchen, damit unerlaubte Geschäfte zu machen. Der Mißbrauch deutscher Herkunftsbezeichnungen im Ausland beschäftigt die Gerichte. Denn die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) geht, unterstützt von Botschaften, Kammern und Rechtsanwälten, die sich vor Ort befinden, dagegen vor. Nicht nur, um die Verbraucher zu schützen, sondern auch im Interesse des Absatzes deutscher Firmen.

Dieses Problem *stellt sich nicht* nur in den Hauptferiengebieten deutscher Urlauber, sondern selbst in Südamerika. Allerdings schlägt es besonders dort zu Buche, wo deutsche Reisende nicht auf „ihre" Wurst oder „ihr" Brot verzichten wollen. Spirituosen und Bier sind auch Erzeugnisse, bei denen der „Etikettenschwindel" *im Ausland hoch* im Kurs steht.

So verkaufte ein Deutscher an der Adria „Original deutsche Wurstwaren" an Handel und Gastronomie – obwohl diese Artikel von Italienern in Italien produziert und in neutraler Aufmachung an ihn geliefert worden waren. Sie erhielten lediglich eine neue Verpackung mit irreführender Bezeichnung. Leicht war es nicht, dieses Vergehen zu stoppen.

„Frankfurter Turner" und „Bavaria Hollandbeer"

Zahlreiche Verstöße gab es in Italien auch gegen das bestehende Herkunftsschutzabkommen, das den Begriff „Frankfurter Würstchen" für die Bundesrepublik schützt. Mit erheblicher Phantasie suchten italienische Hersteller nach möglichen Lücken. Es wurden ähnlich lautende Abweichungen von der Originalbezeichnung – wie Frankfurter, Würstel, Frankfurt oder Würstel Frankfort, Frankfurter sausages oder Frankfurter Turner – verwendet. Allerdings mußten in diesen Fällen nicht erst die Gerichte bemüht werden, um die Firmen zum Einlenken zu bewegen.

In ihren Feriengebieten versuchten italienische Bäcker auch, mit Bezeichnungen wie Westfälisches Bauernbrot die deutschen Urlauber zu locken. Eine Molkerei kaufte Butter in Deutschland, packte sie in Italien ab und vertrieb sie unter dem deutschen Namen „Allerbutter".

Kompliziert wurde die Auseinandersetzung mit der holländischen Bavaria-Brauerei, die es seit 1932 gibt und die das Markenzeichen Bavaria bereits vor dem Ersten Weltkrieg in den Niederlanden hatte eintragen lassen. Die italienischen Konsumenten glaubten, hier handele es sich um Bier aus Deutschland, speziell aus Bayern. Erst nach längerem Disput konnte die Brauerei veranlaßt werden, *auf ihrer Verpackung das Wort* „Hollandbeer" so deutlich zu setzen, daß die Gefahr von Verwechselungen reduziert werden konnte.

Aufgrund der Einsprüche hat die Zahl der Herkunftsverletzungen in Italien in jüngster Zeit eher abgenommen. Hingegen hat sich das Problem in Spanien verschärft. So vertreibt eine Firma aus Barcelona „deutsche Wurstwaren" unter der Marke „Bavaria". Einem entsprechenden Antrag auf Eintragung haben deutsche Stellen widersprochen. Sie wurde auch vom spanischen Patentamt abgelehnt. Trotzdem verwendete die Firma die Bezeichnung, sogar unter Einsatz der deutschen Nationalfarben, weiter. Nach den Erklärungen der Anwälte scheint die Firma jetzt zum Einlenken bereit zu sein.

Erst nach anwaltlichen Abmahnungen gab eine andere Firma, die dunkles Brot als „Pumpernickel e Stylo Westfalia" vertrieb, diese Bezeichnung auf. Ähnlich war es bei *„Berliner Knacker", die eine andere* Firma offerierte. Bei dem Begriff Frankfurter Würstchen liegt das Problem darin, daß der bestehende Herkunftsschutzvertrag nur die deutschsprachige Bezeichnung schützt, während die entsprechende spanische Bezeichnung frei ist.

Schwierig wurde auch die Verständigung mit einer spanischen Brauerei, die ein neues Bier unter der Marke „Munich Skol" herausgebracht hatte. Für diese Bezeichnung lag immerhin ein Zeicheneintrag aus dem Jahre 1912 vor. Nach einer großzügigen Übergangsfrist will die Brauerei jetzt auf die Bezeichnung „Munich" verzichten.

Im Gegensatz zu den Mittelmeerländern sind Verletzungen von Herkunftsschutzbezeichnungen in Großbritannien erst in den letzten Jahren verstärkt aufgetreten. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß erst in jüngster Zeit Wurstwaren im Konsum der Briten eine größere Rolle spielen. Dabei konnten die deutschen Firmen erhebliche Absatzerfolge erzielen. In Großbritannien stehen die deutschen Firmen zum einen vor dem Problem, daß es bisher kein Herkunftsschutzabkommen gibt. Zum anderen wird der CMA das Recht zur Klage abgesprochen, da sie nicht nachweisen kann, *daß sie selber durch die Vergehen* Schaden erleidet.

Am begehrtesten sind traditionsreiche Biere

Immerhin verwendete eine Firma, die Artikel aus Dänemark importierte, die deutschen Namen „Bierwurst" und „Cervelatwurst". Häufig dauern die Auseinandersetzungen selbst mit internationalen Konzernen noch an. Selbst Bezeichnungen, die es in der Bundesrepublik gar nicht gibt, aber Assoziationen zu deutschen Erzeugnissen hervorrufen, werden in Großbritannien verwendet. So gibt es Streit um die Bezeichnung „Grünhalle" für Bier.

Bier ist auch bei den Auseinandersetzungen mit amerikanischen Firmen das wichtigste Produkt. Eine Brauerei versuchte, das Problem dadurch zu lösen, daß sie ihr Produkt unter dem Namen „Germam Beer" anbot. *Das falsche „m" sollte als hinreichender* Unterschied gelten. Schließlich zog die Firma, nachdem ihr eine Übergangsfrist von zwei Jahren eingeräumt worden war, den Antrag auf Eintragung zurück.

Eine Brauerei in Paraguay versuchte, mit „Bavaria" Geschäfte zu machen, eine in Uruguay verwendete „Das Bier". In Sri Lanka bot eine heimische Brauerei „Deutsches Bier" an. In Japan, wo solche Entscheidungen mehrere Jahre dauern, mußte gegen den größten Getränkekonzern Suntory vorgegangen werden, der sich die Bezeichnung „Maerzen" eintragen lassen wollte.

HANS DACHS

Milchprodukte – der Markt wächst weiter

Frischmilchprodukte wie Joghurt, Quark, Kefir oder Buttermilch werden in der Bundesrepublik immer stärker nachgefragt. Dieses Geschäft zahlt sich für jene Molkereien, die sich darauf spezialisiert und nicht nur Butter für die Interventionsläger geliefert haben, jetzt aus. Immerhin dürfte jeder Deutsche im vergangenen Jahr rund 16,7 Kilogramm solcher Frischmilchprodukte konsumiert haben, noch etwas mehr als im Jahr zuvor. Dabei handelt es sich zum Teil um noch recht junge Produkte – den Fruchtjoghurt gibt es erst seit 25 Jahren.

Als Grund für die wachsende Beliebtheit dieser Erzeugnisse verweisen die Experten zum einen auf die veränderten Eßgewohnheiten, zum anderen auf den Einfallsreichtum der Hersteller, die immer neue Varianten der auf Milch basierenden Produkte ersinnen. Eine Rolle hat auch die Gesundheits- und Schlankheitswelle gespielt: Gerade als Zwischenmahlzeit haben sie sich ihren Platz erobern können.

Der Pro-Kopf-Verbrauch von Joghurt hat sich in den vergangenen zehn Jahren auf 8,4 Kilogramm nahezu verdoppelt. Und er steigt weiter. Rund 80 Prozent werden als Fruchtjoghurt der verschiedensten Geschmacksrichtungen konsumiert. In jüngster Zeit werden wieder verstärkt *fettreiche Erzeugnisse gefragt.* So waren Sahne-Frucht-Joghurts im vergangenen Jahr der große Renner. Daneben konnten sich aber auch solche mit einem gewissen Anteil an Ballaststoffen wie Leinsamen oder Müsli behaupten.

Bei Quark liegen die Deutschen an der Weltspitze des Verbrauchs. Ein Drittel der Bundesbürger verzehrt täglich Speisequark und Frischkäse. Immerhin lag der Pro-Kopf-Verbrauch im vergangenen Jahr bei 6,8 Kilogramm. Besonders gefragt sind nach wie vor Frucht- und Kräuterquarksorten.

Kefir stammt ursprünglich aus den Landschaften des Kaukasus. Dort, zu Füßen des Elbrus, wird diese leicht säuerliche Speise in Ziegenhäuten, Lederschläuchen oder irdenen Töpfen bei niedrigen Temperaturen zubereitet. In den vergangenen Jahren hat sich Kefir auch bei uns gerade als leichte Zwischenmahlzeit einen festen Anteil am Umsatz schaffen können.

E. F.

AGRAREXPORT / Traditionelle Märkte sind gesättigt

EG-Erweiterung reicht für Wachstum nicht aus

Kann der deutsche Agrarexport das Tempo der vergangenen Jahre halten? Die Frage scheint nicht unberechtigt. Immerhin hat er seit 1960 von einer auf mehr als 25 Milliarden Mark zugenommen. Damit wurde er zum fünftgrößten deutschen Ausfuhrbereich. Die Bundesrepublik festigte ihre Position als viertgrößter Agrarexporteur der Welt nach den USA, Frankreich und den Niederlanden.

Die Frage nach der Zukunft wird nicht nur gestellt, weil die Exportsubventionen der EG in die Schußlinie der internationalen Kritik geraten sind, sondern, weil viele Absatzmärkte in anderen Industriestaaten nahezu gesättigt sind. Überdies treten auch neue Anbieter aus Entwicklungsländern auf dem Weltmarkt auf. Von der Erweiterung der EG um Spanien und Portugal versprechen sich die Experten keine kurzfristigen Absatzerfolge, allerdings dürfte dort für die Zukunft noch Absatzpotential vorhanden sein.

Immerhin flossen von den deutschen Agrarexporten im vergangenen Jahr zwei Drittel in die anderen elf EG-Partnerländer. Der Rest wurde hauptsächlich in den westeuropäischen Drittländern, in Nordamerika, im Nahen und Fernen Osten abgesetzt. Lieferungen in die EG-Staaten alleine dürften im vergangenen Jahr um rund acht Prozent, in die Industrieländer Westeuropas, Nordamerikas und des Fernen Ostens insgesamt um 12 Prozent angezogen haben.

Osteuropa-Geschäft ging am stärksten zurück

Gesunken sind dagegen die Verkäufe nach Osteuropa und in den Nahen Osten. Unter dem Strich dürfte der gesamte Agrarexport noch einmal um fünf Prozent zugelegt haben. Angesichts des Überangebots auf den meisten Märkten kann sich dieses Ergebnis durchaus sehen lassen.

Immerhin hat die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar zuletzt die Exporte in die USA und in die ölfördernden Staaten des Nahen Ostens, deren Deviseneinnahmen ob*nehin gesunken sind, erschwert.* Besonders stark ging das Osteuropa-Geschäft zurück, weil deutsche Firmen an den Fleischlieferungen zuletzt nur noch im geringen Umfang beteiligt waren.

Die größten Zuwachsraten wurden wieder mit hochwertigen Veredelungsprodukten auf den Auslandsmärkten mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen erzielt. Dazu zählten Fleischwaren, Saatgut, Obst und Gemüse und deren Verarbeitungserzeugnisse, Süß- und Backwaren, Malz, Hopfen und Bier.

Behutsame Öffnung des spanischen Marktes

Ob der Export weiterlaufen wird wie im vergangenen Jahr, hängt nicht nur von der Kursentwicklung der D-Mark und der Erschöpfung der agrarpolitischen Mittel auf europäischer und nationaler Ebene für den Absatz im Ausland ab, sondern auch von der Stagnation des Konsums auf den überversorgten Märkten vieler Industriestaaten. Dies dürfte auch nicht durch den Beitritt Spaniens und Portugals kompensiert werden, obwohl dadurch die Zahl der Konsumenten in der Gemeinschaft um 50 Millionen zunimmt.

Aber diese Märkte können für die deutschen Produkte nur sehr langsam erschlossen werden, da in den Beitrittsverhandlungen eine Übergangsfrist bis 1996 vereinbart wurde, um abrupte Veränderungen der Warenströme zu verhindern. Das bisherige *System der Kontingente*, Lizenzen und Einfuhrabgaben für Agrarimporte wird daher in Spanien und Portugal erst allmählich abgebaut. Die Anpassung des dortigen Preisniveaus an das der EG wird erst in zehn Jahren abgeschlossen sein.

Zwar sind die deutschen Lieferungen in diese beiden Staaten im vergangenen Jahr um rund 50 Prozent auf 200 Millionen Mark gestiegen. Aber dies waren gerade 0,8 Prozent des deutschen Agrarexports. Obwohl sich diese Quote nur allmählich steigern läßt, werden diese Märkte doch bereits intensiv bearbeitet, werden die dortigen Messen regelmäßig beschickt.

ANTON FUHR

Aktien weiter unter Druck

Verkäufe jetzt auch aus dem Ausland

DW. – Auf dem Aktienmarkt setzte sich die Abwärtsbewegung fort. Teilweise gab es wieder empfindliche Einbußen. Die Schwäche wird unter anderem mit dem Optionstermin in Zürich begründet, wo in diesen Tagen größere Posten an deutschen Aktien zum Verkauf gestanden haben sollen. Auf der ermäßigten Basis setzten einige institutionelle Anleger mit Käufen ein. Sie hielten bei den Papieren der Großchemie sowie bei einigen anderen Standardaktien die Tagesverluste in vergleichsweise engem Rahmen.

Sorge bereitet vor allem der sinkende Ölpreis, weil er ein Land wie Mexiko in erhebliche Schwierigkeiten bringt. Als Belastung für den Bankaktienmarkt wird die Kapitalerhöhung der Commerzbank empfunden, deren Konditionen an die Grenze des zur Zeit Möglichen gehen. Es gibt gewisse Anzeichen, daß Bezugsrechte nicht mehr unbedingt als Haussefaktor gewertet werden. Große Kurssprünge gab es erneut in den Papieren, deren Kurse über 1000 liegen, so zum Beispiel bei Daimler und Porsche. Aber auch im Versicherungsbereich waren Abschläge von 50 bis 60 DM keine Seltenheiten. Unter Druck blieben Klöckner-Aktien, die vom höchsten Kurs aus gerechnet innerhalb kurzer Zeit um knapp 30 Prozent gesunken sind. An der Börse mißtraut man der Aussage der Verwaltung, keinen Kapitalschnitt zur Sanierung des Stahlkonzerns zu planen.

Frankfurt: BBC gewannen 15,50 DM, Cassella 28 DM und Didier 12 DM. Krones verbesserten sich um 15 DM. Rheinelektra und Mainkraft verloren jeweils 20 DM. Aesculap notierten 14,50 DM und Varta 15 DM niedriger.

Düsseldorf: AEG-Kabel verloren 41 DM, Dittmann 200 DM und Keramag 7 DM. Concordia Chemie verminderten um 3 DM und Gildemeister um 4 DM. Dyckerhoff VA verbesserten sich um 3 DM und Hagen Batterie um 17 DM.

Hamburg: Vereins- und Westbank schwächten sich um 6 DM und Beiersdorf um 2 DM ab. Phoenix Gummi verloren 2,90 DM. Haller Meurer verminderten um 2 DM. Hapag Lloyd waren bei 142 DM knapp gehalten.

Berlin: DUB-Schultheiss lagen um 2,50 DM und Orenstein um 1 DM freundlicher. Kempinski verloren 11 DM, Schering 8,50 DM und DeTeWe 5 DM. Berliner Bank büßten 3 DM, Berliner Elektro und Herlitz St. je 1 DM ein.

München: Agrob St. verminderten um 5 DM, Deckel AG um 4 DM und Energrie Oberfranken um 18 DM. Flachglas lagen um 4 DM schwächer. Fester tendierten Dywidag um 2 DM, Esterer um 5 DM und Tucher um 20 DM.

Stuttgart: Hesser wurden um 10 DM höher zugeteilt. Kolbenschmidt erholten sich um 3 DM. Hohner waren um 2,80 DM nachgebend. Daimler waren um 15 DM ermäßigt. Mercedes mußten 59 DM und Porsche 25 DM abgeben.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex: 287,63 (291,32)
WELT-Umsatzindex: 6417 (7245)
Advance-decline-Zahl 67 (51)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

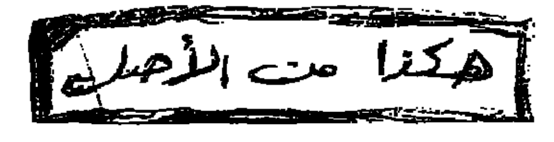
Inland

		22.1.	21.1.
H	Aach M Betl. 10	2430	2500
H	Aach. M. Vers. 7	1650B	1680
D	Aach. Rück. 9	3700	3800
D	Aseag *4	340	340bG
M	Ack-Gögg. 6	148	151bG
H	Adca 3	165	170bB
D	Adler 9	310G	310G
F	Adt 0	65	65G
F	AEG 0	285	286,1
D	AEG KABEL 9	490	531
S	Aesculap 9	489	490
F	AGAB 5	119	121,5

		22.1.	21.1.
D	Cobl.Rente+0 RM	18,2bB	18,2G
F	Cobk.Genußsch.	115,45	114,1
D	Conc. Chem. 4,5+3	305G	308
B	Conc. Spinne * 0	400G	400G
D	Contigas 7,5	333	340
D	Conti Gummi 5	201	204,5bG
D	Dahlb. St. 7,65	277	285
D	dgl. Vz. 14,55	435	435
S	Daimler 10,5	1365	1380
M	Deckel AG 0	260bG	264
D	Dt. Atl. Tel.10+1	6708	6708
H	Doag 5	384	385
D	Dt. Babcock St. 3	230	235
D	dgl. Vz. 3,5	212	215
F	Dt. Bank 12	851,5	867

		22.1.	21.1.
H	Hb.Hochb.*4+0,64	–	105G
H	HEW 5	123	127
H	Hdl. Ub. 9	560bB	555rG
Hn	Hann. Papier 5,5	148	140
H	Harmstorf 0	96bG	94,5
D	Harpener 11	359	360
F	Hartm. & B.St. 4	1100T	1110T
F	dgl. Vz. 4	950T	980G
M	Hasen-Bräu 9	1040	1040
S	Heidelb. Zem. 7	395,5	395,5
M	Heilit & W. 5	295	300G
D	Hein. Lehm. *0	300	297
D	Heinr. Ind. *14+4	765	730
H	Hemmoor 12,3	210G	210G
D	Henkel	405	400
F	Henninger 2	154,8	150

		22.1.	21.1.
F	MAB 6,5	450G	450G
F	dgl. Vz. 6,5	400B	400bB
D	Mannesmann 4	291,5	294
F	Manh. Vers. 8	1125	1180
H	Markt & K. 7	214	225bG
F	MAN St. 0	216	215
F	dgl. Vz. 0	200	195
F	MAN-Rol. 20,2	619,5	619
S	M.MBB.Weing. *0	335	345bG
O	Mauser 0	104	104
F	Mercedes 10,5	1219	1245
F	Metallges. 0	395	402
S	Met. u. Lack 0	124bB	120G
S	Müag 6,5	450G	450G
F	Moenus 0	100,5	184
F	Mopochia 5	2300bG	2300



Öffentliche Anleihen nachgebend

Das übliche Wiederanlagegeschäft zum Jahresbeginn hat immer noch nicht eingesetzt. Das Mißtrauen in die künftige Zinsentwicklung läßt die private Bankenkundschaft nach Parkstationen ohne Kursrisiko Ausschau halten. Institutionelle Anleger zeigen ebenfalls keine Eile. Die Käufe für ausländische Rechnung haben deutlich nachgelassen. Am Mittwoch bröckelten öffentliche Anleihen bis zu 0,20 Prozentpunkte ab. Das Geschäft in DM-Auslandsanleihen war weiterhin schleppend.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Etwas fester ging Silber aus dem Markt. Erneut um das Limit niedriger notierte Kaffee, knapp behaupten konnte sich Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	21.1.	20.1.
März	318,00	324,75
Mai	296,00	292,00
Juli	267,50	268,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)

Wheat Board cif.

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)

Südstaaten fob Werk

21.1.	20.1.
28,00	28,00

MAISÖL New York (c/lb)

US-Mittelweststaaten fob Werk

21,75	21,75

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterung – Rohstoffpreise

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Bauholz

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Nullkupon-Anleihen (DM)

New Yorker Finanzmärkte

Rechnungs-Einheiten

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Fotos vom Himmel: Georg Gersters „Luftbilder"

Bänder im Magma-See

Ein altes chinesisches Sprichwort unterscheidet die „Blumenschau zu Pferde" und die „Blumenschau zu Fuß". Während die erste Version zweideutig die herrscherliche Übersicht meint, die den Überblick über das Ganze mit mangelnder Detailkenntnis erkaufen muß, verbindet der zweite Satz die großen Mühen der kleinen Freuden mit der fehlenden Einsicht in die Zusammenhänge. Fotoreporter neigen gewöhnlich eher der „Blumenschau zu Fuß" zu. Sie suchen das Detail, das für das Ganze sprechen kann. Georg Gerster hat sich dagegen konsequent der „Blumenschau zu Pferde" verschrieben.



Er liebt den Blick von oben, nicht vom Pferderücken, sondern aus Höhen zwischen 300 und 1500 Metern. Sein Metier ist das Flugbild, und zwar der senkrechte Blick (nicht die Schrägsicht, die auch von Bergen oder von Türmen möglich ist).

Der Band „Flugbilder" vereinigt „133 aus der Luft gegriffene Fundsachen". Ein Drittel der Aufnahmen war zwar bereits in früheren Büchern zu finden, aber die anderen neunzig sind Novitäten. Sie alle zusammen können als Prachtstücke eines monomanen, aber nie langweiligen Luftbildners angesehen werden.

Was im Buch gebündelt sehr einfach scheint, ist das Ergebnis oft recht mühevoller Lufterkundungen mit kleinen Sportmaschinen und nicht weniger schwieriger Nachforschungen, wenn es galt, die geographischen, agrarökonomischen, ökologischen usw. Daten zu den Bildern zu recherchieren. Denn die Fotos sind erstaunlich und informativ zugleich.

Zuerst bestechen die Aufnahmen natürlich durch ihr ästhetisches Raffinement. Gerster bevorzugt symmetrische oder zentralorientierte Bilder, die regelmäßigen Streifen eines frischgepflügten Ackers oder einer Plantage, die große Spirale der Bingham Canyon Mine, des ältesten und größten Tagebaus für die Kupfergewinnung, oder der Verdunstungsspirale El Caracol, mit der bei Mexico City Salz gewonnen wird. Die Landschaft wird bei dieser Betrachtungsweise zum Ornament, oft auch zu einer abstrakten Komposition, wenn sich Tausende von Flamingos im flachen Bogoriasee in Kenia versammeln, Wasser seltsame Linienmuster in den Strand zeichnet oder Feuerbänder den schwarzen Magma-See eines Vulkans durchbrechen.

Gersters Luftaufnahmen sind jedoch häufig sehr viel mehr als nur eine Augenweide. Sie weisen über eine präzise Zustandsbeschreibung der Erdoberfläche – die sie allemal liefern – hinaus, weil sie Veränderungen durch Naturkräfte oder Eingriffe des Menschen im guten wie im schlechten dokumentieren. Da sieht man die Sandfahnen, die sich hinter dem Wrack eines Schiffs gebildet haben, das 1912 an der Diamantküste scheiterte – und inzwischen gut einen Kilometer landeinwärts liegt. Nur aus der Luft wird der Kampf der Bauern im „Souf", der algerischen Sahara, verständlich, die riesige, tiefe Schüsseln ausheben und sie mühsam gegen die Wüste mit Schutzzäunen aus Palmenwedeln verteidigen, um Palmen pflanzen zu können, deren Wurzeln so einen unterirdischen Wasserstrom erreichen.

Die Fotos dokumentieren die Bodenerosion und die Wirksamkeit einer Landwirtschaft, die gezielt der Bodenabtragung entgegenwirkt. Dank einer dieser Aufnahmen gelang es, wie Gerster berichtet, einen Farmer in Amerika zu überzeugen, daß man etwas gegen die Bodenverluste tun kann. Und der dekorativen Luftaufnahme eines afrikanischen Dorfes ist zu verdanken, daß dieser Ort von der Umsiedlung bewahrt blieb.

Aber es sind nicht nur Exotika, mit denen Gerster uns auf ungewöhnliche Weise vertraut macht. Ab und zu rückt er auch Europäisches ins Bild, die Sternenform der alten Festung von Neuf-Brisach im Elsaß, die Dächer der Altstadt von Bern oder die Reste eines Wikingerlagers bei Trellborg, deren Schönheit sich eben nur bei der „Blumenschau zu Pferde" erschließt.

PETER DITTMAR

Georg Gerster: „Flugbilder", Birkhäuser Verlag, Basel, 194 S., 130 Abb., 78 Mark.


Jacques de Gheyn: „Empodocles", Federzeichnung aus der Rotterdamer Ausstellung FOTO: DIE WELT

Vorläufer Rembrandts: Rotterdam zeigt das Werk von Jacques de Gheyn II

Hexensabbat vor dem Statthalterhof

Endlich wird er wiederentdeckt: Jacques de Gheyn II (1565–1629), dieser zu seiner Zeit hochgeschätzte, doch dann in Vergessenheit geratene bedeutendste Sproß der Künstlerfamilie de Gheyn, der wie Vater und Sohn auch Jacques hieß. Die Austellung seiner Zeichnungen in Rotterdams Museum Boymans-van Beuningen macht die von seinen Zeitgenossen kaum erreichte Themenvielfalt und die außerordentliche Meisterschaft im Umgang mit dem Zeichenstift deutlich.

Die Lehrjahre bei Hendrick Goltzius in Haarlem und der im ausgehenden 16. Jahrhundert vorherrschende Stil des fantastischen Manierismus prägten das frühe Werk von Jacques de Gheyn, das auch thematisch an das des Meisters anschließt: Apostel, Allegorien des Krieges, des Friedens und der menschlichen Eitelkeiten sowie immer wieder die mit dem Silberstift gezeichneten sublimen Porträts. Nach 1600 löste sich de Gheyn von Goltzius und fand seinen eigenen Stil. In seinem Wohnort Leiden kam er mit den akademischen Kreisen der aufstrebenden jungen Universität in Berührung und wandte sich infolgedessen neuen Themen zu.

Fasziniert von der Natur, zeichnete de Gheyn Tiere und Pflanzen mit fast wissenschaftlicher Genauigkeit. 1599 schuf er mit dem „Kopf eines gehäuteten Kalbes" sein erstes Aquarell. Die Aquarelltechnik benutzte er fortan für viele seiner Pflanzen- und Tierstudien: Vögel, Insekten, Frösche, Mäuse, Esel sowie knorrige Bäume und Rosen.

Völlig neu für die Zeit war das tiefgreifende künstlerische Interesse für Menschen im täglichen Leben, das de Gheyn vom Manierismus zu einem einfühlsamen Realismus führte. Immer wieder studierte er den menschlichen Körper und seine Gliedmaßen in mannigfachen Haltungen. In den intimen Studien beobachteten Lebens wie zum Beispiel der an einem Tisch sitzenden Frau, die sich liebevoll über ihr Kind beugt, ist de Gheyn ein Vorläufer des großen Meisters dieses Genres, Rembrandt.

Enge Kontakte zum Statthalterhof in Den Haag führten zum Auftrag, die „Wappenhandelinghe", ein Handbuch für den Umgang mit Waffen, zu illustrieren. Dieses Instruktionsbuch war Teil der Reform in der Heeresausbildung, mit der Prinz Maurits das niederländische Heer zu einer disziplinierten Einheit im Streit gegen Spanien machte. Die Vielfältigkeit im Werk von de Gheyn zeigt sich auch in der wiederholten Behandlung von Hexenthemen. Immer wieder behandelt er Hexensabbatszenen, und es tauchen geheimnisvolle Zeichen auf.

Als Ergänzung zu den Zeichnungen hat man eine separate Abteilung mit Drucken de Gheyns eingerichtet. Außerdem kann man im Kupferstichkabinett Graphik von de Gheyns Zeitgenossen wie Goltzius, Matham, Muller und von Jacques de Gheyn III bewundern. (Bis 9. Febr.; Washington: 9. März bis 12. Mai)

DOROTHEE von FLEMMING

Kölns Theater starten Modellversuch für Schulen

Ein Kaktus improvisiert

Ein Kaktus ist nicht, wie im Brockhaus nachzulesen, eine blattlose, zweikeimblättrige Trockenpflanze. Es ist der „Kölner Arbeits-Kreis Theater und Schule". Das Kölner Schauspiel folgt nämlich nicht dem Beispiel anderer Bühnen, die einen ihrer Dramaturgen für Öffentlichkeitsarbeit in die Schulklassen schikken, es geht den umgekehrten Weg. Die Dramaturgie des Sprechtheaters verfügt seit neuestem über ein regelrechtes „Schulreferat". Drei theaterfreudige, junge Lehrer, nach dem zweiten Staatsexamen arbeitslos und vom Arbeitsamt vermittelt, versuchen den Kontakt zwischen Theater und Schule in ein System zu bringen.

Der Gedanke ist nicht eben neu. Aber er gehörte von allem Anfang an zum Konzept des neuen Kölner Schauspielchefs Klaus Pierwoß, der Jürgen Flimm ablöste. Nur gab es die neue Abteilung nicht gleich zum Start der neuen Saison, sie mußte erst einmal installiert werden. Rainer Daub, Walburg Schwenke und Christine M. Wirth bedauern das heute, denn gerade die ersten Produktionen der neuen Mannschaft – Mussets „Lorenzaccio" und Sobols „Ghetto" – waren besonders geeignet, Heranwachsende anzusprechen. „Wir mußten gar nicht hingehen und von uns aus Vorträge in den Klassen halten", erzählt Frau Wirth: „Vor allem bei 'Ghetto' *stießen wir auf* einen ungemein großen Fragehunger nach historischen Fakten – etwa nach dem Leben im Ghetto von Wilna –, die wir bisher selber nicht kannten."

Inzwischen wendet sich das „Schulreferat" nicht nur ganz allgemein an alle Schulen. Es hat sich ein innerer Arbeitskreis mit 150 Mitgliedern gebildet, die bereit sind, sich neben der Schule mit dem Theater zu beschäftigen. Die Besprechung von Stücken vor der Premiere und nach einem Vorstellungsbesuch stehen auf der Agenda. Zu diesen „Nachbereitungen" kommt dann stets jemand mit in die Schulen, der an der betreffenden Inszenierung selbst beteiligt war: ein Schauspieler, ein Dramaturg.

Daneben gibt es freilich auch Hinweise auf Bühnenberufe. Berufsschülern sucht man über die Technik den Weg ins Theater schmackhaft zu machen. Schminkkurse sollen stattfinden. Man träumt von Probenbesuchen, die sich freilich etwas störend auf den Betrieb auswirken. Ein Wettbewerb mit eigenen Theaterkritiken ist vorgesehen. Und als spektakulärstes Projekt plant man einen Improvisationskurs, den der italienische Regisseur Carlo Formigoni leiten soll. Im Mai und Juni, zwei Monate lang dreimal wöchentlich, können Schüler dabei jene Mittel erlernen, die das Laienspiel dem wenig spontanen Berufstheater voraus hat.

Die Abteilung versteht sich nämlich weitaus weniger dem Theater als vielmehr den Schulen verpflichtet, und sie denkt ziemlich weit in die Schulpraxis hinein. Schmink- und Improvisationskurs sind denn vor allem für Schüler und Lehrer gedacht, die einer eigenen Laienspielgruppe angehören oder sie leiten. Soeben setzten sich Lehrer und Schulreferat zusammen mit dem Ziel, bei der Gründung von Laienspielgruppen oder bei der Vorbereitung von Schulaufführungen die Unterstützung des Kölner Theaters zu gewinnen. Vorläufig steckt man freilich noch im Anfangsstadium. Das Gespräch mit 150 Schülern, meint Daub, sei natürlich nicht allzu ergiebig, und man suche noch nach geeigneten Arbeitsformen.

In der Kölner Oper, die noch in diesem Monat die Ankunft einer Theaterpädagogin aus Frankfurt erwartet, hat man sie längst gefunden und ist zum Gespräch mit Gruppen übergegangen. Man hat die Leistungskurse Musik der Oberstufen angesprochen, und überall ist man auf große Resonanz gestoßen, berichtet Operndramaturg Angelus Seipt. Nach einem ersten Versuch mit der „Murieta"-Oper versammelte man erstmals zu Monteverdis „Heimkehr des Odysseus" in der Instrumentierung von Hans-Werner Henze 300 Schüler in 18 Kursen, von denen jeder hell begeistert war: „Schließlich ist das ein Werk", meint Seipt, „das theatralisch alles herzeigt, was ein Opernbetrieb kann."

Der nächste „produktionsbegleitende Kurs" will sich mit Wagners „Tristan und Isolde" beschäftigen. Schon jetzt liegen Anmeldungen von mehr als 250 Schülern aus 13 Schulen vor. „Wir müssen eigentlich gar nichts in Bewegung setzen", kommentiert Rainer Daub vom Schauspiel-Kaktus dieses rege Interesse. „Zunehmend suchen Schüler die Begegnung mit dem Theater: sie haben das Gefühl, daß sie auf diesem Gebiet ein Defizit haben. Daß wir hier sitzen, ist schon ein Reflex darauf."

HORST ZIERMANN

Wo Schweizerisches sich mit Hawaiianischem verbindet: Country-Music

Gesangseinlagen beim Pillenverkauf

Nennen Sie die Kapelle, wie Sie wollen. Wir sind nun mal nichts weiter als ein paar Hillbillies aus North Carolina und Virginia."

Dieser Satz, ausgesprochen am 15. Januar 1925 von dem Musiker Al Hopkins gegenüber Ralph Peer, dem Vertreter der New Yorker Okeh-Plattenfirma, wurde der Namensgeber einer Musik, die, von damals ausschließlich weißen Musikern gemacht, seit den dreißiger Jahren als „Western Music", als „Mountain Music" und „Country-Music" bekannt war und hernach unter dem Oberbegriff der Country & Western Music zusammengefaßt wurde.

Country, wie das heute kurz heißt, ist in der Tat die Musik der WASP's, der „weißen angelsächsischen Protestanten", geblieben, ob sie nun stilistisch als Cajun, als Blue- oder Jazzgrass oder Western Swing rangiert: C&W in Reinkultur, das ist zumeist hoher Gesang mit raffinierten Sextintervallen über rein „akustischer" Musik, die aus Gitarren, Banjos, aus Fiddles, Autoharps und aus Deutschland stammenden Dulcimern kommt, konservativ bis auf die Knochen, was im weißen Süden der Vereinigten Staaten Liebe zum Land und zur Fahne, zur Tradition der weißen Siedler und Ablehnung schwarzer Elemente bedeutet: Ist der Blues der Schwarzen das eine, dann ist Country das zweite Standbein der Amerikaner, und die berühmte Grand Ole Opry, Nashvilles Herz allen C&W-Treibens, ist den weißen Mittelstands-Amerikanern so teuer wie uns Deutschen Bayreuth ...

Dabei ist diese Musik ein ebensolcher Schmelztiegel wie die Staaten selbst, deren Uranfänge manche bei den frühen Siedlern des 17. Jahrhunderts ausmachten, etwa bei dem Londoner Einwanderer John Lydon, der mit seiner Fiedel natürlich auch das Volksliedgut seiner britischen Heimat mitgebracht hatte. Franzosen durchsetzten Louisiana mit ihren heimischen Liedern, verschüttet Geglaubtes findet sich noch heute an den Berghöhen der Appalachen. Ein Dutzend Jahre nach Lydon taucht in Amerika das Banjo auf, und um 1890 findet die Gitarre ihren Weg zu den Farmern und Bergarbeitern des Südens.

Hätte es freilich nicht die durchs Land ziehenden Schlaumeier gegeben, die bei ihren „medicine shows" dem nach Neuem hungernden Landvolk ihre Wässerchen und Pillen aufzuschwatzen verstanden – schwer zu sagen, wie sich die Musik der Anfänge sonst hätte so schnell ausbreiten können. Denn jene Quacksalber und Demagogen im Taschenformat hatten zum Teil epochemachende Musiker bei sich, wie Roy Acuff oder den Jodelkönig Jimmie Rodgers und sogar noch den großen Hank Williams, der noch Anfang unserer fünfziger Jahre mit der letzten größeren „medicine show" tourte: „Dudley Le Blanc's Hadacol Caravan".

It's Country Time – ZDF, 23.00 Uhr

Das Resultat war eine Vermischung konträrster Musikstile, in der mühelos Britisches mit Deutschem und Schweizerisches mit Hawaiianischem zusammenfloß: Von Letzterem beispielsweise übernahmen die Südstaatler mit Freuden das klagende, singende Spiel der „steel guitar", einer zither-ähnlich gespielten Abart der normalen Gitarre.

Als 1922 in den USA der Rundfunk begann, dem die Schallplatte als ebenso neues Vervielfältigungsmedium auf dem Fuße folgte, begann der Siegeszug der C&W-Musik kontinentale Dimensionen anzunehmen: Schon 1924/25 verkaufte der Sänger Vernon Dalhart über eine Million Exemplare seines „Wreck of the Old 97". Und Dalhart folgten die ersten Superstars des Hillbilly-Genres – der jodelnde Eisenbahner Rodgers und die Carter Family.

In den dreißiger Jahren, der Zeit der Depression, hatte sich neben all den anderen Instrumenten der Stringbands längst noch ein europäisches Instrument seinen Platz erworben: die Mandoline, jenes kleine Zupfinstrument, das heute besonders in einer aus der Bluegrass-Ebene Kentuckys stammenden Country-Variante mit erstaunlicher Virtuosität gehandhabt wird – in der „Dawg"-Music, einer stark mit Jazzelementen belebten Form des Bluegrass.

Mag inzwischen die Country-Music auch noch so verzweigt, so stilistisch vielfältig sein, wie sie es heute ist, *eine* Figur symbolisiert – seit dem „Singing Cowboy" Gene Autry – alles, was Hillbilly im Kern nun einmal ausmacht: eben der „cowpuncher", der Cowboy, wie er auf Bühne und Leinwand von Autry, von Hank Snow oder Ernest Tubb dargestellt wurde, von Tex Ritter und Bill Monrie, Merle Travis und Roy Rogers – der gegerbte phantasievoll gekleidete Held unterm Stetson, der stolze Republikaner, für den die Vereinigten Staaten das Zentrum der Welt und Tennesses Musik-Hauptstadt Nashville das Zentrum aller Musik sind.

Ein weltanschaulich umstrittener Held, soviel steht fest. Aber einer, der unter seinesgleichen Musik zu machen versteht, die sich nicht dafür zu entschuldigen braucht, daß sie Volksmusik ist.

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Skizzen aus der Provinz

Kein Wunder, daß die Geschichten aus „Frankreisch, oh Frankreisch" nicht aussterben, wenn selbst die Franzosen so eifrig darauf bedacht sind, liebgewordene Vorurteile zu pflegen. Wie geht es also zu in der französischen Provinz?

Da laufen handfeste Dreiecksgeschichten, da pflegt ein versoffen-versponnenes Schulmeisterlein (der sonst auf finstere Gangster spezialisierte Marcel Bozzuffi in einer ganz ungewohnten Rolle) seine Blumen, da laufen den Bonvivants in den besten Jahren die jungen Mädchen nur so nach, man macht Picknick in idyllischer Natur, und dazu gibt es natürlich viel Wein und *l'amour*. Jedenfalls hat es uns so der Regisseur Patrick Jamain in diesem Film mit dem Titel **Du träumst ja, mein Lieber!** (ZDF) erzählt.

Und das waren der Klischees nun doch ein bißchen zu viele. Sie verstellten vor allem den Blick auf den eigentlichen Konflikt, der sich spät zwar, aber immerhin doch noch entwickelte: daß der brave Antoine (Georges Geret) sich zwischen Haus und Frau nicht entscheiden kann. Doch die Art und Weise, wie er sich aus der Zwickmühle befreite, war genauso harmlos und oberflächlich wie der ganze Film.

Nun muß man über ernsthafte Probleme natürlich nicht ernsthaft handeln, aber etwas mehr als bewegte Postkartenbilder sollten doch dabei herauskommen. Es gibt, gerade aus Frankreich, andere, bessere Filme vom Leben in der Provinz, die trotzdem auch einen heiteren Unterton haben. Dies war nur ein Sommerfilmchen. Aber jetzt ist Januar.

SVEN HANSEN

IM HÖRFUNK

Normativer Horizont

Ein Satellitenbild unserer Erde ziert den Umschlag der Studienbegleitbriefe des **Funkkolleg Politik**, einem Angebot der Hörfunkanstalten in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Fernstudien in Tübingen. Es verkörpere die Idee der Friedenssicherung, so die Veranstalter, der man – was Politik angehe – den Vorrang vor Partizipation gebe.

Die Grundlagen der Politik werden dargestellt von Klaus von Beyme, Professor in Heidelberg, und Peter Graf Kielmannsegg, Professor in Mannheim. Der „normative Horizont moderner Politik", dargeboten von Alexander Schwan und Gesine Schwan, stellt klar, daß „die Freiheit des Friedensbedarfs", daß Frieden um jeden Preis, etwa den der Selbstaufgabe, lediglich die Ruhe eines Kirchhofs sei. „Friede ist nur Friede aus Freiheit und für Freiheit." Bei solchen Thesen muß man sich nicht wundern, daß Gesine Schwan mit ihrer Partei, der SPD, einige Schwierigkeiten hat.

Wenn indes das Funkkolleg zur Sache, der Politik, kommt, wachsen Bedenken. Sie beginnen, wenn in der Kurzbiographie von Stalin der Pakt mit Hitler vergessen wird. Zwischen den Schauprozessen von 1936 bis 1938 kommt gleich der siegreich beendete Zweite Weltkrieg. Auch vom GULag ist nicht die Rede, und die Kollektivierung der Landwirtschaft vollzog sich offenbar ohne die Millionen Opfer von Mittelbauern. So wird auch die Gleichsetzung totalitärer Diktaturen abgelehnt, da dadurch die „wesentlichen inhaltlichen Unterschiede von faschistischer und kommunistischer Herrschaft durch Vergleich formaler Ähnlichkeiten der Unterdrückung" verdeckt werden.

Bei der Untersuchung der Dritten Welt fällt auf, daß Vietnam den Prozeß der Entkolonialisierung gleich zweimal erlebte, 1954 und 1974. Während die Franzosen Vietnam in der Tat als „la France d'outre mer" betrachteten, hatten die Amerikaner wohl kaum die Absicht, sich Vietnam einzuverleiben. Hingegen ist Vietnam durch die Besetzung Kambodschas selbst ein „Kolonialist" geworden, was ihm in der UNO von den blockfreien Staaten regelmäßig bescheinigt wird, das Funkkolleg jedoch verschweigt.

Von dahin ist es nur ein kleiner Schritt, Flugzeugentführungen „zur Durchsetzung politischer Ziele" nicht als Terrorismus, sondern bestenfalls als „Guerilla-Krieg" zu interpretieren.

GITTA BAUER

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Cartoon (2)
Fernsehfilm von Edwin Marian
12.10 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 Ein Tag für Afrika
Ein Jahr danach
Ein Rückblick mit Filmberichten aus Afrika, Musik und einem Gespräch zwischen Heinz-Rudolf Kunze und Pfarrer Hans-Otto Hahn
16.55 Ein Loch in der Grenze (4)
17.20 Meckl und Reineke Fuchs
Eine Entdeckungsreise in englischen Parks und Gärten
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Tropfen ist mehr als nichts
Ein Jahr nach dem „Tag für Afrika"
Bericht von Robert Hetkämper
21.00 Der 7. Sinn
21.03 Energiekrisen
Ein kleines Spiel um große Schwächen
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Von Stühlen besessen – Anmerkungen zur Möbelmesse / „Männer" – Die Filmemacherin Doris Dörrie / Hauptstadt für ein Jahr – Florenz
22.30 Tagesthemen
23.00 Klein Zaches, genannt Zinnober
Ein Nachtstück nach E. T. A. Hoffmann
Von Joachim Nottke
Mit Günter Mack, Werner Kwoll, Verena Peter, Ernst Stankovski, Dietlinde Turban u. a.
Regie: Frank Strecker
Das Kind der Bäuerin Liese ist mißgestaltet. Da wird es verzaubert. Doch trotz seines scheinbar glücklichen Wesens bleiben die gemeinen Charaktereigenschaften, die nun auf andere abfärben.
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Kreta – Ursprung Europas
2. Folge: Kulte und Spiele
Von Rudolf Nottebohm und Kurt W. Oehlschläger
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Stein des Marco Polo
Neue 26teilige Fernsehserie aus Italien
Abenteuer in Venedig: Der Hund
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Teufels Großmutter
4. Folge: Spiel, Satz und Sieg
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Von und mit Hans Rosenthal
21.00 Kontakte
Freispruch für Kain?
Umgang mit Schuld
Die uralte Kain- und Abel-Geschichte und die damit verbundene Schuldfrage beschäftigt noch heute viele Menschen. Unter anderen auch Günter Höver, der diese Fabel in die heutige Zeit versetzte und inszenierte: Die Geschichte der Geschwister Julie und Christine.
21.45 heute-journal
22.05 Lebenserfahrungen
Ich bekenne mich schuldig – Lew Kopelew
Hans-Dieter Grabe hat den Schriftsteller und Menschenrechtler Kopelew porträtiert. Szenen aus seinem Leben und seiner Arbeit wechseln mit Stellungnahmen zu Erscheinungen in unserer Gesellschaft.
23.00 It's Country Time
Freddy Quinn präsentiert internationale Stars der Country-Music
0.25 heute



SAT 1

15.00 Kum Kum
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Drei Engel für Charlie
18.00 Abenteuer Wildnis
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Quiz
18.45 Video Award (1)
19.45 Ein großer und ein kleiner Gauner
Franz.-ital. Spielfilm (1976)
Mit Yves Montand, Claude Brasseur, Agostina Belli u. a.
Regie: Claude Pinoteau
21.30 APF blick
22.15 Galerie Buecher
22.45 High Chaparral
Gold verdirbt den Charakter
23.40 APF blick

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Besuch aus New York
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 cinema international
Eine Liebe in Hongkong
Spielfilm (1984)
Mit Cora Miao, Chou Jun Fa u. a.
Regie: Ann Hui
23.20 Kennwort: Kino
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.22 RTL-Spiel
19.30 Alles Smith und Jones
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Gebrandmarkt in Wild West
Amerikanischer Spielfilm (1950)
21.55 RTL-Spiel
22.00 Fröhlich – frech – figurbetont
22.27 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der rote Engel
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Yvonne De Carlo u. a.
Regie: Sidney Salkow
21.35 Filmtip
21.45 Menschenskinder
Die Schoas aus Burgsteinfurt
Film von Fritz Kremser
22.15 Ernst Schröder
Aus der Werkstatt eines Schauspielers
23.45 Tips für Leser
23.55 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Hexen heute
19.15 Wo Tiere noch unter sich sind
19.45 Die Insel der Flußseeschwalben
20.00 Tagesschau
20.15 Goldfinger
Englischer Spielfilm (1964)
Mit Sean Connery u. a.
Regie: Guy Hamilton
22.00 Bücherjournal
22.50 Juristenstammtisch
0.05 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Computer-Shop
19.05 Grand Café (1)
Der Film ist entdeckt
19.50 Die Dritte von rechts
Deutscher Spielfilm (1950)
Mit Vera Molnar, Robert Lindner, Peter van Eyck u. a.
Regie: Geza von Cziffra
21.00 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.45 Notizen vom Nachbarn
22.30 Kein schöner Land (4)
23.05 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 König Rollo (5)
18.30 Dr. Snuggles (5)
18.55 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Jamaica Inn (2)
20.25 Hände – Werke – Künste
20.55 Atelierbesuch: Volker Krebs
Bericht über den Bildhauer
Nur für Baden-Württemberg:
21.50 Vis à vis
22.35 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.50 Kulturkalender
22.35 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
21.50 Kirchplatz

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Maciste, der Sohn des Herkules
Italienischer Spielfilm (1961)
20.35 Notizen aus den Schweizer Bergen
20.45 Sizilien – Im Namen Allahs
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Gespräch
Leben mit Naturwissenschaften – Überleben mit den Geisteswissenschaften
23.20 Rundschau
23.25 Schwarzer Engel
Amerikanischer Spielfilm (1946)

Plätzchen mit Grün

eka – Es stellte sich heraus, daß Behaglichkeit am Arbeitsplatz die Quelle aller Qualen ist. Dabei fing es so harmlos an. Als einstens ein idealistischer Büromensch, ermutigt durch die Parole „Schönheit am Arbeitsplatz", den ersten *getopften Gummibaum ins Bürozimmer trug*, war die weitere Entwicklung bereits vorauszusehen. Der sanft-grünen Augenweide folgte alsbald der staubfangsüchtige Russische Wein. Das erfreuliche Wuchern der Pflanze am Aktenregal empor, über Schränke und Briefablage hinweg, wurde mit liebevollen Blicken beobachtet. Alle Wände wurden frühlingsfarben bepinselt.

Die Nutzung moderner Schreibtischstühle geriet zur Karussellfahrt-Lustbarkeit. Poster gelangten *in die Arbeitsräume: Tiefblaue* Südmeere, firnglitzernde Berggipfel verführten zum Träumen. Die Schreibtischplatten erwiesen sich *als geeignete Aufstellregionen für* Glasnippes, Miniatureisenbahnen, Stoffpüppchen, allerlei Gummitiere. Maskottchen baumelten an der Tischlampe. An der Decke drehten sich Mobiles: Nikoläuse im Winter, Schmetterlinge im Sommer. Nicht *zu vergessen jene witzigen Kalenderblätter*, die zur Arbeitsniederlegung ermunterten.

Das konnte auf *Dauer* nicht gutgehen. Denn immer wenn der Büroplatzinhaber dem ansprechenden Ambiente restlos verfallen wollte, wurde von ihm freudige Betätigung erwartet. Nicht nur einmal am Tag – was schon schlimm genug wäre –, sondern mehrere *Male*. Dieser Wechsel, dieses Hin- und Hergerissenwerden zwischen Behagen und Unbehagen, verursachte schließlich, wie jeder Arbeitsmediziner bestätigen wird, dem Arbeitsplätzler seelische und körperliche Pein. Es kann deshalb nicht verwundern, daß seit geraumer Zeit eine andere Arbeitsplatzwunschvorstellung um sich greift.

Mausgrauen Tapeten, von Nippes verödeten Stehpulten, blechernen Tassen gilt nun die inbrünstige *Sehnsucht. Erst dann, in grundhäß*licher Unbehaglichkeit, würde sich erneut Arbeitswut einstellen, wird argumentiert. Abgesehen davon, daß man endlich wieder eilenden Fußes dem eigenen Heim entgegenstürzen würde, um sich am sanften Grün des Gummibaumes zu weiden.

Krefeld: Paul Dukas' Oper „Ariane und Blaubart"

Befreiung wird abgelehnt

Die Produktion der 1907 uraufgeführten Oper „Ariane und Blaubart" von Paul Dukas am Gemeinschaftstheater Krefeld-Mönchengladbach ist ohne Übertreibung ein Beispiel künstlerischer Überzeugungsarbeit. Zum einen wagte Intendant Eike Gramss in seinem ersten Amtsjahr, nach Reimanns „Lear" erneut ein *schwieriges, kaum bekanntes Werk* vorzustellen. Zum anderen ist die Inszenierung der Gegenbeweis für die verbreitete Expertenansicht, Dukas' Blaubart-Version sei zwar eine kompositorische Kostbarkeit, aber eher ein symphonisches Werk ohne Bühnenwirksamkeit.

Das Krefelder Premierenpublikum war da anderer Meinung. Die über 95 Minuten aufgebaute und angestaute Spannung entlud sich am Schluß in lautstarken Ovationen. Das vornehmlich auf der britischen Insel bekannte und gerühmte Team Steven Pimlott (Regie) und Stefanos Lazaridis (Ausstattung) brachte mit dem Dirigenten Eberhard Bäumler eine Aufführung zustande, die sowohl die Essenz des Werkes herausschält als auch den höchsten ästhetischen Standards von Gegenwartstheater entspricht, ganz abgesehen von der Bewunderung heischenden Verkörperung der riesigen und riskanten Ariane-Partie durch Marilyn Schmiege.

Der Symbolist Maurice Maeterlinck hat mit dem Libretto die Utopie einer Befreiung geschrieben, in heuti*ger Terminologie also eine Emanzipa*tionsoper. Ariane betritt mit ihrer Amme Blaubarts Schloß als seine sechste Frau. Selbstbewußt und überzeugt, *daß die fünf früheren* Frauen Blaubarts noch leben, kommt sie, um alle zu befreien: Die Frauen will sie aus ihrer ängstlich, bequem und gedankenlos hingenommenen Versklavung herausreißen, den geliebten Blaubart (Gabor Andrasy) will sie aus seinem Macho-Zwang erlösen.

Beides gelingt ihr nicht. Nach der Befreiung aus dunkler Gruft weichen *die Frauen beim Anblick der Welt* zurück in ihre tumbe Unterwerfung. Blaubart, den vermeintlichen Frauenmörder, rettet Ariane vor den Nachstellungen seiner Verfolger. Reaktionslos und verstört bleibt er wie die Frauen zurück. Niemand will Ariane in die Ungewißheit der Welt folgen. Sie nimmt Abschied von der Illusion der Befreiung.

Schmale Spiegelwände, in den *Bühnenhimmel ragende Leitern als* Fluchtwege aus der Gefangenschaft, mit Folie überzogene Puppen und Menschen auf konzentrisch angeordneten Gitterrosten schaffen die beklemmende Atmosphäre der Klaustrophobie. Menschen, die nicht bei sich sind, huschen verschreckt hin und her. Allein Ariane und ihre Amme (hervorragend Hebe Dijkstra) strahlen wissende Gelassenheit aus.

Die *in der Partitur vorgegebene* Moll-Stimmung der Unterdrückung und der C-Dur-Klang der Freiheit werden szenisch und in der Personenführung präzise und ausdrucksstark umgesetzt. Eberhard Bäumler versucht nicht, der Partitur einen Debussy-Klang überzustülpen oder die Wagnersche Leitmotivtechnik zu stark herauszuarbeiten. Beides ist im Übermaß vorhanden, aber von Dukas zu einem ganz persönlichen kompakten Stil verschmolzen, der Situationen und Seelenstimmungen suggestiv beschreibt. Sängerisch ist die *Aufführung eine geschlossene En*sembleleistung.

ALBIN HÄNSEROTH

Weitere Aufführungen im Februar; Karteninformationen 02151 / 23 902

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Eléments"

Ideologische Akupunktur

Ein Modetrend des Jahres 1986 hat sich bereits herausgeschält: Jubiläen feiert *man am 18. Jahrestag*. In Deutschland wurde umständlich der APO-Krawalle vor 18 Jahren gedacht, in Frankreich zieht die Denkschule der Nouvelle Droite (Neue Rechte – NR) zu ihrem 18. Geburtstag Bilanz. Sieht die Generation von '68 in den Spiegel, erblickt sie graumelierte Endvierziger. Die Linken beginnen sich da ihrer Flanells und Dior-Krawatten zu schämen, während sich die *Rechten anscheinend permanent 18* fühlen. Jedenfalls ist die Jubiläumsnummer der Zeitschrift „Eléments" (13 rue Charles Lecocq, F-75737 Paris Cedex 15) „Die 18 Frühlinge der Neuen Rechten" betitelt. „Die NR ist 18 Jahre alt. Das ist ein ganzes Programm. In den Ballsaal, wo Tattergreise alten Schachteln nachsteigen, tritt ein junges Mädchen."

Der Inhalt der Nummer ist seriöser, aus *ihm stechen das große Interview* mit Alain de Benoist, dem Gründer, Kopf und Motor der NR, die Geschichte der ersten 18 NR-Jahre von Jean Desperts und ein Diskussionsbeitrag des NR-Gegners Pierre-André Taguieff hervor.

„Eléments" hat einen neuen Zeitschriftentypus kreiert – das Intellektuellen-Magazin. Tagespolitik ist verpönt, die kulturellen und ideologischen Beiträge *sind* reich bebildert und meist auf Personen bezogen, so daß beim Durchblättern der Eindruck eines intellektuellen Gruppenbildes entsteht. Nach vielen anderen Ländern sollen nun im Februar auch deutsche „Elemente" (Postfach 410 403, 3500 Kassel 41) *erscheinen*.

NR wurde die Benoistsche Denkschule 1977 von Außenstehenden getauft. Doch nahm sie den Begriff an, da ihr Entstehen auf den Bruch mit der „alten" Rechten zurückgeht, dem Bruch „mit der Fallschirmjägermütze des älteren Bruders, dem *Lilien*wappen des Vaters, dem Rosenkranz der Mutter" (Desperts). Man wollte *von einem Punkt Null an neu begin*nen. Eine „neue Schule", wie sich Benoists Zeitschrift betitelte, sollte das „ideologische Laboratorium" bilden, das aus den Wissenschaften tragfähige Elemente einer „neuen Kultur" herausfilterte.

In der Tat bezog die NR in Philosophie und Physik, in Ethnologie und Wirtschaft, in Archäologie und Geschichte eigene Positionen. Manche *eingeschlagenen Wege wurden wie*der verlassen, wie der des Neo-Positivismus und der des Biologismus. Unerschütterlich blieb stets das Vorrecht der Idee gegenüber dem Interesse: „Wenn es eine Norm für die Haltung gegenüber dem Leben gibt, dann ist es die, niemals sein Handeln nach dem Interesse zu richten" (A. de Benoist).

Ein neuer Bildband aus Frankreich *zeigt* „Die Rechte auf der Straße". Die NR ist die Rechte am Lesepult. Von der Absicht, durch einen „Gramscismus von rechts" die Denkresultate *mittels Kulturrevolution in die Poli*tik zu transportieren, ist nicht mehr viel gebieben. Die NR bedient sich nun der Taktik der „ideologischen Akupunktur", die durch an die rechten Stellen gesetzte Nadeln heilsame Reaktionen hervorruft (Desperts). Die Position der NR gegen den Egalitarismus, gegen die Verpönung der Eliten ist heute in Frankreich Gemeingut geworden, während ihr Kampf gegen den Primat des Ökonomismus und den von den USA ausgehenden Universalismus derzeit in Frankreich auf Unverständnis stoßen. In „Eléments" zieht Benoist einen Trennungsstrich zur „Politik der Politiker": Das Hineingehen in die Politik „im Namen der Ideen, ist eine gute Art (oder ein guter Vorwand), mit ihnen zu brechen".

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Geschichtsverlust durch Landverbrauch: Die Rettungsgrabungen der Archäologen kommen zu spät

Slalom um die Zitadelle im Parkhaus

Im Untergrund von Lübeck sind die Archäologen auf einen Steinofen gestoßen, der sie buchstäblich das Staunen lehrt. Aller Wahrscheinlichkeit nach diente er nämlich einer Fußbodenheizung und ist mitten im hinterwäldlerischen germanischen Norden das Zeugnis einer Technologie, die die Römer einst nach Germanien gebracht hatten und die die deutschen Stämme demnach auch eigenständig weiterverbreiteten und in römerfernen Gebieten zu nutzen wußten.

Der Grabungsort liegt im Altstadtkern der Hansestadt zwischen Alfstraße, Fischstraße und Schüsselbuden. Hier hat die Bodendenkmalpflege im letzten Sommer mit einer „Rettungsgrabung" begonnen, um vor der Zerstörung aller Besiedlungsspuren durch einen Hotelneubau noch Aufschlüsse über die Gründungszeit Lübecks im 12. Jahrhundert zu gewinnen. Gefahndet wird nach Grundstückseinteilung und Straßenfluchten, Hausbautechniken in Holz und Backstein, Wasserversorgung, hygienischen Einrichtungen, aber auch nach älteren, vermutlich slawischen Besiedlungsspuren, denen womöglich auch hier – wie im ganzen, später slawischen Osten – germanische vorausgegangen sind.



Stolz der bayerischen Bodendenkmalpfleger: Die Steinwallanlage Heunischenburg, eine vorgeschichtliche Festung, zeigt bauliche Einflüsse aus dem Ostmittelmeerraum FOTO: DPA/STAEDELE

Es ist eine der typischen Hals-über-Kopf-Aktionen, mit denen die Denkmalpflege auf den unaufhaltsam fortschreitenden Zerstörungsprozeß des archäologischen Erbes durch Landverbrauch und Bodeneingriffe mehr hektisch als planvoll reagiert. Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz, das auf seiner letzten Jahrestagung vor dem drohenden Geschichtsverlust durch Vernichtung der archäologischen Urkunden des deutschen Volkes eindringlich gewarnt hat, erwähnt das Lübecker Beispiel mit anderen, ähnlich gelagerten Fällen in der jüngsten Ausgabe seiner *„Denkmalschutz-Informationen"*. Dabei wird deutlich, wie ernst der dringende Appell des Nationalkomitees gemeint war, „alle verfügbaren Finanz- und Personalkapazitäten auf die Erforschung und Bergung der akut gefährdeten archäologischen Quellen zu konzentrieren".

In Lübeck, das sich in seiner Blütezeit zur „Königin der Hanse" aufschwang, ist die Früh- und Vorgeschichte der Stadt, in der sich die schicksalhafte Begegnung von Slawen und Germanen vollzogen hat, noch nicht einmal ansatzweise erschlossen. Aber auch mancher einzelne Fund, wie eine Backsteinanlage aus zwei offenen Ringen und einem Kanal in der genannten Baugrube, stellt die Grabungsexperten noch vor Rätsel. Ihre Arbeiten jedoch stehen unter ständigem Zeitdruck.

In Düsseldorf verfügte die Stadtverwaltung einen Baustopp, als bei Ausschachtungsarbeiten für eine Tiefgarage in der Altstadt Teile der ehemaligen Zitadelle, Reste von Hafenbefestigungen und Fundamente eines Stadttors aus der Zeit um 1400 *ans Licht kamen. Einen ebenfalls* erhalten gebliebenen Festungswall hatten die Bagger bereits ungehindert abgetragen.

Inzwischen hat Stadtentwicklungsminister Christoph Zöpel allerdings entschieden, daß alle Bodendenkmä*ler erhalten bleiben müssen, da „kein* überwiegendes öffentliches Interesse ihre Beseitigung verlangt". Die Garagengesellschaft ist jedoch abgesprungen, weil ihre Architekten die Tiefgarage – anders, als es zum Beispiel in Regensburg gelungen ist – bei Einbeziehung der Bodendenkmäler angeblich „nicht übersichtlich genug" gestalten können.

Eine archäologische Tragödie *bahnt sich in Rheinland-Pfalz an*, wo Siedlungsstätten des Neandertalers in den Vulkangebieten der Osteifel um den Plaidter Hummerich durch den fortschreitenden Lavaabbau jetzt unmittelbar gefährdet sind. Der Neandertaler siedelte hier zwischen 200 000 und 409 000 v. Chr. und verwendete offenbar Werkzeuge, die nicht aus dieser Gegend stammten. Kölner Archäologen schließen daraus, daß die Siedlungsplätze nicht ständig belegt waren, sondern daß die Bewohner jahreszeitlich bedingt wanderten.

Für weitergehende Forschungen fehlt jedoch das Geld. Die Stellungnahme des Nationalkomitees klingt *machtlos-resignativ*: „So werden die Siedlungsplätze der Neandertaler in diesem Gebiet ohne eingehende Untersuchung zerstört werden. Das erinnert an die Zerstörung des Neandertals zwischen Düsseldorf und Wuppertal im vorigen Jahrhundert, das der Kalkgewinnung geopfert wurde."

Dagegen können die bayerischen Bodendenkmalpfleger einen Triumph vermelden. Bei Gehülz im Landkreis Kronach legten sie mit der Steinwallanlage Heunischenburg „eine der wichtigsten vorgeschichtli*chen Burgen Mitteleuropas*" frei. Die Festung aus der Zeit um 850 v. Chr. mit drei Meter hoher Steinmauer, mächtigem Zangentor und eineinhalb Meter hoher Ausfallpforte ist vermutlich ein Herrschaftssitz gewesen, von dem aus die westöstliche Paßstraße überwacht werden konnte. Welches Volk sie einst anlegte, ist unbekannt.

Und doch zeigt gerade dieses Beispiel, welche Überraschungen und völlig neuen Einsichten die Archäologie auch heute noch vermitteln kann: Eine Anlage solcher Art ist im süddeutschen Raum bisher nicht entdeckt worden. Sie verrät – man staune nur! – Einflüsse aus dem östlichen Mittelmeergebiet.

DANKWART GURATZSCH

Das Musical „A Chorus Line" jetzt als Kinostück

Unter der Tanzwalze

Fern vom Broadway zunächst, mit bescheidenen Mitteln, hatte Jo*seph Papp, der spürnasigste Theater*macher New Yorks, das durchexperimentiert: Die Wiedergeburt des sämig gewordenen Musicals aus dem Geist der Soziologie, wo er am knakkigsten, glitzernsten, publikumswirksamsten ist. „A Chorus Line" flammte gegen jedes bislang erprobte Erfolgsrezept zu einem Lauffeuer auf, das ein volles Jahrzehnt nicht zu löschen vermochte. Das Stück hat inzwischen alle Broadway-Aufführungsrekorde gebrochen. Es hat Europa überschwemmt und schwappt nun in die Kinos. Es macht immer *noch heiße Augen. Aber auch kalte* Füße.

Das intime, geständnisreiche Ding ist an cinematografischer Elephantiasis erkrankt. Man hat das Gefühl, es geht gar nicht mehr um ein Vortanzen von Gruppentänzern, um in die sogenannte Chorus Line engagiert zu werden, sondern um den Bau choreographischer Pyramiden, irgendwelcher theatralischer Weltwunder, die gnadenlos *ihre Opfer fordern*.

Und wie ein Ramses mit Nußknakkerkinn wacht der sonst so nette Michael Douglas, der wohlvertraute, über das Seelenmassaker, das er als Regisseur anrührt und einheizt. Warum – das bleibt freilich ein Rätsel. Denn um die fulminante Schlußnummer im goldenen Frack und Claque hinzuknattern, hätte es der vorangegangenen zweistündigen extremen Seelenwäsche *ganz gewiß nicht* bedurft.

Aber gerade auf dem Voyeurismus des Publikums baut sich das Stück. Sie alle, die da tanzen, sind nett und elend und leben, Kopf hoch, den Rücken zur Wand. Sie sind liebenswert, noch im Extremfall Menschen wie du und ich – nur tanzen und singen sie natürlich alle überwältigend besser. Diesen Trumpf spielt der Film denn auch bis zur Gewalttätigkeit aus.

Er rollt fortwährend die Muskeln. Er ist so graziös wie Bodybuilder beim Hantelnstemmen. Eine Tanzmaschine läuft los, die sich zu schier roboterhafter Bewegungsgefräßigkeit hochtourt. Dabei kommt es zu der einzigen Szene, die über die Bühnenvorlage hinausgeht und schaudern macht: Plötzlich agiert die Chorus Line fast *entmenscht. Hinter dem* Gerede um Psyche und Idealismus, Abkunft, Herkunft, Zukunft öffnet sich ein Abgrund von Höllencharakter: Stampfende Leiber, wirbelnde Köpfe, sich spreizende Beine, ruckende, zuckende Uniformität, gedrillt, reglementiert, entindividualisiert. Purer Orwell. Diese Szene scheint beinahe versehentlich in Richard Attenboroughs kultivierten Film geraten.

Bei allem Aufwand weicht der den schlichten, strikten Vorgang zusätz*lich auf. Er beläßt sie nicht im leeren* Theater auf nackter Bühne. Wie geschockt vor dem Zwang zu äußerster Konzentration, bricht er aus in schmale Rückblenden, kleine Fluchten. Er bleibt nicht bei der Stange. Das mag Puritaner ärgern, dem Film tut es wenig an.

Was ihm wirklich schadet, ist der Verzicht auf die Originalchoreographie Michael Bennetts, von derem sti*listischem Chic, ihrer Leichtgängig*keit immerhin noch die Schlußnummer zeugt. Da man aber natürlich den Mund auch choreographisch vollnehmen wollte, hat man Jeffrey Hornaday engagiert, den choreographischen Großunternehmer („Flashdance"), und er hat seinen weit weniger originellen Tanzbombast beigesteuert: Eine choreographische Verbissenheit, die mit ihrem Berserkertum die kleine Geschichte eher tänzerisch niederwalzt. Manche Leute lieben eben Brausepulver noch im Champagner. Der kribbelt dann mehr.

Was „A Chorus Line" sehenswert macht, ist (neben der inszenatorischen Perfektion) das immense Talent der jungen Leute, die wie um ihr Leben tanzen. Es macht ihnen Freude. Es ist ihr Beruf. Aber auf der Bühne nahm sich das alles weniger *michelangelesk* und weit *menschli*cher aus, anrührender, herzlicher. Das war gerade das Neue an „A Chorus Line". Das Musical machte Ernst *mit den Menschen*, jetzt macht es todernst mit der Kasse.

KLAUS GEITEL



Wie ums Leben getanzt: Audrey Landers in „A Chorus Line" FOTO: CONCORDE

„Théodore & Cie." am Münchner Residenztheater

La Grande Horizontale

Einige Münchner Premieren der letzten Zeit, zum Beispiel Klaus Pohls „La Balkona Bar" *im* Werkraum der Kammerspiele oder der von Sarah Camp zurückdatierte „Doppelkopf" von Gerlind Reinshagen im *Volkstheater wecken den Verdacht*, daß die fünfziger Jahre mit ihren Schlagern, Tänzen, Petticoats und noch keinen Jeans allmählich für jüngere Theaterleute so etwas werden könnten, wie die Belle Epoque des kleinen Mannes. In der elterlicherseits natürlich falsch gedacht und rührend gearbeitet worden sei (immer gut fürs Programmheft!), mit der aber jetzt for show allerhand anzufan*gen wäre*.

Schließlich tanzten sie auch in Stücken um die Jahrhundertwende frivolsten Can-Can und hatten quasi noch die Leichen der Pariser Commune im Keller (was fortschrittlich zurückblickende Jungregisseure oft zu hegeltreuherzig ausspielen lassen, etwa durch verfinsterte Mienen des Personals oder durch boshafte Karikierung eines feudalen Hauptdarstel*lers*).

Um so dankbarer ist das Publikum im Residenz-Theater für einen unverfälschten Pariser Schwank von Nicolas Nancey und Paul Armont, „Théodore & Cie.", den Hanns Christian Müller inszeniert und wahrscheinlich weit über den Fasching hinauskatapultiert hat. Eine Inhaltsangabe ließe diesen „Gipfel des Unsinns", wie ihn der Berliner Lokal-Anzeiger 1927 in seinem Generallob für die deutsche Erstaufführung mit Curt Bois genannt hat, kläglich dahinwelken. Es genügt zu wissen: Die relativ ehrbare *Adrienne muß zu Alibi*-Zwecken ihren Mann mit einer Zweitrolle als Grande Horizontale täuschen, weil ihr Liebhaber dem gegenüber ihr entdecktes Nacktfoto ausgegeben hat als das einer entfernt ähnli*chen Chansonnette*.

Der Mechanismus des Durcheinanders läuft bei diesen Autoren nicht mehr so geölt wie etwa beim dreizehn Jahre älteren Feydeau. Da helfen auch die Drehtüren eines Plüschreihenbühnenbilds nichts. Aber Christa Berndl läßt das vergessen. Sie zeigt, was ganze Beinarbeit in Netzstrümpfen ist. Wie man einen Peignoir ins Schwingen bringt. Zum be*ruflichen Nachweis singt sie und* steppt sie, verknödelt sie ihre Stimme auf amerikanisch ... Alibi für einen Halbblinden vielleicht ...

Aber Martin Benrath als Ehemann ist von der unbekannten Chansonnette total enchantiert. Mit seinem gefährlich-herrischen Gehabe, mit dem überlegenen Goliath-Lachen, wenn er im Bakkarat 2000 Franc verloren hat, suggeriert er als einziger den realen *Grund, auf dem all die Extravaganzen* gedeihen: immer viel Geld!

Nach dem Motto „Kleinzeug macht auch Lust" scheut der Regisseur vor keinem Gag zurück. So läßt er die ganze Gesellschaft am zähen Mash-Mallows-Konfekt des Hauses leiden, so daß Christa Berndl mit gleich drei solcher Dinger im Mund einen wichtigen Satz so ausspricht „Beld bielt beime Wolle!" Da lacht doch noch der *Ernste*.

PS: Drei Mitwirkende, den Münchnern jahrelang vertraut, sind in der nächsten Spielzeit nicht mehr dabei: Erich Hallhuber (als Schwindelagent Théodore), Nikolaus Paryla (in vier Verkleidungen), Rita Russek (als Entgegenkommende aus der Provinz).

ARMIN EICHHOLZ

Nächste Aufführungen: 28. Jan., 1., 10. und 11. Febr., Kartenbestellung: 089 / 21 85 413

KULTURNOTIZEN

Der Deutsche Korczak-Preis, der mit 5000 Mark ausgestattet ist, wurde dem *83jährigen polnischen Schrift*steller Igor Newerly, ehemaliger Sekretär und Freund Janusz Korczaks, verliehen.

Der große Preis von Avoriaz beim 14. Festival des phantastischen Films ist „Dream Lover" von Alan Pakula zuerkannt worden. Wolfgang Petersens „Enemy Mine" erhielt zwei Sonderpreise.

Lawrence Foster, Duisburger Generalmusikdirektor, wird seinen im Sommer 1987 auslaufenden Vertrag mit der Stadt nicht mehr verlängern.

Georg Lukács' Notizen und Skizzen, die er für eine 1914/15 geplante Dostojewski-Monographie machte, wurden jetzt in seinem Nachlaß entdeckt; sie erschienen im deutschen Original im Budapester Akademie-Verlag.

Wladimir Wassiliew vom Moskauer Bolschoi-Theater übernimmt als Nachfolger von Rosella Hightower die Direktion des Mailänder Scala-Balletts.

Rund 400 Abbildungen aus etwa 150 Kalendern zeigen in der Ausstellung „Kalender in Westfalen" im Landeshaus in Münster die Entwicklung der Jahresbegleiter auf.

Ilja Awerbach, sowjetischer Filmregisseur, ist im Alter von 52 Jahren gestorben.

Carl Borro Schwerla, Heimatschriftsteller und Regisseur, starb 82jährig in München.

JOURNAL

„DDR"-Buchproduktion soll kräftig steigen

AP, Berlin

Die „DDR"-Verlage werden die *von ihnen herausgegebenen Bücher* künftig in höherer Auflage drucken. Dies kündigte der stellvertretende Ostberliner Kulturminister Klaus Höpcke in einem Beitrag für das Leipziger „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel" an. Die Zahl der Titel werde sich nicht erhöhen, aber die Gesamtauflage von 142 Millionen Exemplaren auf 150 Millionen steigen. Positive Tenden*zen gebe es vor allem beim Export* in westliche Länder, darunter die Bundesrepublik, Großbritannien, die USA.

Thor Heyerdal wieder auf der Osterinsel

AFP, Santiago

Der norwegische Forscher Thor Heyerdal will neue Nachforschungen über die legendären Riesenskulpturen auf de Osterinsel anstellen. Er traf in Santiago de Chile ein und will von dort auf die 2000 Seemeilen entfernte Pazifik-Insel weiterreisen, wo er zusammen mit dem chilenischen Archäologen Gonzalo Figueroa neue Ausgrabungen *vornehmen* will, um dem Ursprung der „Moais" näherzukommen. 1953 hatte Heyerdal mit seinem Floß Kon-Tiki eine Expedition *zur Osterinsel unternommen*.

Nobelpreisträger in die Wissenschaftsakademie

dpa, Vatikanstadt

Papst Johannes Paul II. hat fünf Nobelpreisträger in die Päpstliche Akademie der Wissenschaften berufen. Neben dem schwedischen Mediziner Sune Bergström und dessen Landsmann, dem Physiker Kai Siegbahn, wurden der in der Schweiz lehrende jugoslawische Chemiker Vladimir Prelog, der ita*lienische Physiker Carlo Rubbia* und der japanische Chemiker Kenichi Fukui in das Gremium berufen, das den Papst in wissenschaftlichen Fragen berät.

Siebter Max-Ophüls-Wettbewerb eröffnet

dpa, Saarbrücken

Mit der Aufführung des Hölderlin-Films „Die Hälfte des Lebens" von dem „DDR"-Regisseur Hermann Zschoche ist gestern abend in Saarbrücken der Wettbewerb um *den mit 25 000 Mark dotierten Max*-Ophüls-Filmpreis eröffnet worden. Um den zum siebten Mal ausgeschriebenen Filmpreis zur Förderung des deutschsprachigen Regisseurnachwuchses bewerben sich bis zum 26. Januar 29 Filmemacher.

Wiesbadener Maifestspiele '86

DW. Wiesbaden

Die Opera North aus Leeds eröffnet am 1. Mai die diesjährigen Wiesbadener Maifestspiele mit Verdis *„Aida" und tags darauf Sir Michael* Tippetts „The Midsummer Marriage". Den Briten folgt vom 8. bis 11. Mai die Arena von Verona mit Aufführungen von Riccardo Zandonais selten gespielter Oper „Giulietta e Romeo" unter Gianfranco Masini und mit Elena Mauti-Nunziata und Alberto Cupido. Außerdem bringen die Italiener Glucks „Orfeo et Euridice". Die Staatsoper aus Kiew gastiert mit Rimskij-Korssakows „Zarenbraut" und Tschaikowskijs „Eugen Onegin" (13. bis 16. Mai). Die Wiesbadener Oper steuert eine zyk*lische Aufführung von Wagners* „Ring" bei, das Hamburger Ballett tanzt dreimal Neumeiers „Kameliendame". Im kleinen Haus stehen diverse Gastspiele von Clown-Gruppen im Mittelpunkt.

Französische Autoren und die Oper

DW. Köln

„Les Écrivains français et l'opéra" ist das Thema eines viertägigen Kolloquiums (27. bis 30. Jan.) am Kölner Institut français in Zu*sammenarbeit mit der Kölner Uni*versität und der Kölner Oper. In Referaten behandelt wird französische Operndichtung seit ihren Anfängen mit Quinault für Lully. Schwerpunkte sind ferner die Stücke Scribes und die Opern danach, Mérimées „Carmen" und die „Thais" von Anatole France, die Massenet komponierte.

August Everding oder Klein-Goethe in Freiburg

DW. München

*August Everding, der Generalin*tendant der Bayerischen Staatstheater, würde gern als Kultusminister eines Bundeslandes arbeiten. „Ich würde ganz gern in die Kulturpolitik eingreifen – wenn es in Deutschland überhaupt eine gäbe," sagte Everding in einem Interview mit dem „Playboy". „Kulturpolitisch habe ich einen wirklich großen Eros: Die Leute überzeugen, wofür Kultur da ist, warum wir Kultur notwendig haben." Everdings Fernziel: Eine Stadt zu übernehmen wie Freiburg oder Göttingen. „Dort würde ich alle meine Freunde hinholen. Eine Art Weimar gründen – das ist mein Lebenstraum."

Sturmschäden: Mitnahme-Effekt ausgeschlossen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Nach den orkanartigen Sturmböen in den vergangenen Tagen haben die Versicherer in einigen Regionen der Bundesrepublik Hochbetrieb. Hunderte von Versicherten meldeten Schäden. Sie addieren sich nach vorsichtigen Schätzungen auf „einige zehn Millionen Mark".

Sturmschäden sind in eine Hausrat- oder Wohngebäude-Versicherung einbezogen, in die Allgemeinen Hausratbedingungen (VHB 74 oder die neue VHB 84), in die Verbundene Gebäudeversicherung (VGB). Für alle anderen Sturmschäden ist entweder die Kfz-Versicherung zuständig, oder es ist der Abschluß einer besonderen Sturmversicherung beziehungsweise besonderer Sturmklauseln nötig.

Im „Viererpack" (Feuer, Einbruch/Diebstahl/Raub, Leitungswasser, Sturm) der Hausratversicherung sind Schäden durch Sturm ab Windstärke acht auf der Beaufort-Skala (das sind etwa Windgeschwindigkeiten ab 70 Stundenkilometer) versichert. Die jüngsten Stürme hatten Geschwindigkeiten bis zu 120 km/h.

Einer Versicherung mit Sturmschäden an baufälligen Gebäuden zu kommen, hat kaum Zweck. Bei bestimmten Schadenhöhen kommen Experten der Versicherung, die einen Blick für einen eventuellen „Mitnahmeeffekt" haben.

Wichtig ist, daß das Sturmrisiko in der Hausratversicherung auch Schäden an Radio und Fernsehantennen sowie Markisen einschließt, wenn dieses alles vom Versicherungsnehmer allein und nicht zu gewerblichen Zwecken genutzt wird. Im Klartext: Ausgefahrene Markisen eines Ladenlokals sind entweder in der Gebäudeversicherung oder über eine Sturm-Zusatzklausel versichert.

Auf jeden Fall nicht versichert sind Schäden durch Sturmflut, Lawinen oder Schneelast, Schäden durch Eindringen von Niederschlägen oder Schmutz bei nicht ordnungsgemäß geschlossenen Fenstern oder Außentüren. Bei ordnungsgemäß verschlossenen Fenstern und Türen sind Schäden (zum Beispiel an Möbeln und Teppichen) durch eindringendes Regenwasser bei Sturm nicht versichert. Dies gilt dann ebenso als Folgeschaden, wie wenn Gebäudeteile (Dachziegel, Schornsteine) oder Bäume und Zäune versicherte Gegenstände (zum Beispiel Fensterscheiben oder Autos) beschädigen.

Die Wohngebäudeversicherung umfaßt Feuer-, Leitungswasser- und Sturmschäden. Nicht-Wohngebäude fallen jedoch mit Sturmschäden unter die Feuerversicherung.

Einfach ist die Schadensregelung an Autos. Hier sind die Versicherer verpflichtet, bei Teilkaskoverträgen Schadenersatz zu leisten, wenn „durch unmittelbare Einwirkungen von Sturm" Gegenstände ein Auto beschädigt haben. Ausgeschlossen sind allerdings Schäden, die durch das besondere Verhalten des Fahrers infolge der Naturgewalten entstanden sind, etwa wenn er vor Schreck in den Straßengraben fährt.

Die Versicherung zahlt bei zerstörten oder abhandengekommenen Gegenständen den Wiederbeschaffungswert (VHB 84), bei beschädigten Sachen die notwendige Reparatur zuzüglich eventueller Wertminderung, höchstens jedoch den Wiederbeschaffungspreis.

Die Versicherung sollte innerhalb von 14 Tagen zahlen, nachdem die notwendigen Feststellungen über den Schadensumfang getroffen worden sind. Einen Monat nach Schadenanzeige kann man eine angemessene Abschlagszahlung verlangen. Über einen Monat hinaus wird die zustehende Entschädigungssumme mit vier bis sechs Prozent verzinst.

Die Schlagkraft der „Jungfrau" sorgte für einen Eklat

WILM HERLYN, Köln

Es wäre doch gelacht, wenn die Narren in dieser Saison – will sagen Session – ungeschoren durch einen Skandal gekommen wären. Verdächtig ist nur, daß ausgerechnet die Hochburg Köln wieder von sich reden macht. Dort verlor die „Jungfrau" ihre Unschuld und – wie das so manchmal geht – nicht freiwillig.

Mitten in der hohen Zeit für Narren und Jecken muß nun der Kölner Immobilienmakler Helmut Lengert sein reich besticktes Kostüm, die goldgelben Zöpfe und die Krone einpacken – Insignien Ihrer Lieblichkeit, der „Jungfrau" im „Dreigestirn", das in der „fünften Jahreszeit" die Domstadt regiert. Denn gar nicht lieblich benahm sie sich: Vor einigen Tagen ohrfeigte sie ihren eigenen Adjutanten, Herbert Heuser, im Streit. Jetzt aber war das Maß wohl voll.

Ihr Prinz Hans II. – bürgerlich Hans Olbertz – schilderte die Tätlichkeit auf einer Sitzung im Gürzenich so: „Lengert ist in eindeutiger Haltung losgelaufen, von den Worten ganz zu schweigen, und mußte von Besuchern zurückgehalten werden." Zielobjekt in der berühmten Festhalle war dieses Mal ein Fotograf eines Kölner Boulevard-Blattes. Lengert gibt zu, in vollem Ornat „ausgeflippt" und tätlich geworden zu sein: „Solch eine Unbeherrschtheit kann doch immer mal vorkommen."

Das nun allerdings meinten die Obernarren nicht. Sieben Stunden beriet das Festkomitee in der Hofburg Seiner Tollität, dem Hotel „Intercontinental", und fällte dann seinen Spruch: „Schuldig – Rücktritt." Präsident Bernd Assenhauer: „Wir sind sehr enttäuscht und bedauern, daß es zu dieser Entscheidung kommen mußte. Lengert sieht sein Fehlverhalten nicht ein und ist auch nicht freiwillig zurückgetreten."

Das Mittel, mit dem die „Jungfrau" aus dem Amt gedrängt werden konnte, ist der Vertrag, den das Fest-Komitee mit jedem Dreigestirn abschließt. Darin ist festgehalten, daß die Mitglieder – in diesem Jahr Prinz Hans II., „Bauer" Matthias Meyer und „Jungfrau" Helmi – unter sich einig sein müssen.

Die Neigung Ihrer Lieblichkeit zu unliebsamen Auftritten soll angeblich vorher nicht absehbar gewesen sein. Das sagten alle Beteiligten übereinstimmend aus. Und auch Schuster erklärte: „Unsere Überprüfung hatte nichts Negatives ergeben. Der war bei uns nicht als Choleriker bekannt."

Der Ersatz ist bereits gefunden. Hans-Dieter Salchert sprang spontan ein. Ihm ist wenigstens die Situation nicht neu. Denn er war schon 1983 die „Jungfrau" von Rudi I.

Was wissen die Narren schon vorher? Schon vor 25 Jahren, als mit Theodor Esser die erste „Jungfrau" zurücktrat, schlugen die Wogen der Erregung hoch. Von einem Essener Polizeikommissar war „sie" beschuldigt worden, Übles in russischer Kriegsgefangenschaft begangen zu haben. Ein Verfahren wurde zwar später eingestellt, aber der Ruf war erst einmal hin.

Noch schlimmer aber kam es 1983: Nur drei Tage vor der Proklamation mußte gar der auserkorene Prinz verzichten. Bei der Standartenübergabe wurde die schockierende Nachricht bekannt: Rudi Ehser wurde vorgeworfen, das Arbeitsamt um Kurzarbeitergeld betrogen zu haben. Er wurde später zu einer hohen Geldstrafe verurteilt.

Zufrieden ist jetzt die Industrie, die ohnehin nicht wenig an dieser perfekt durchorganisierten Schau verdient. Denn nun müssen die Post- und Autogrammkarten des Dreigestirns neu gedruckt werden. Die Aufschriften auf den Autos, dem Rosenmontagszugwagen, an der Hofburg und auf der Prinzenstandarte müssen geändert werden. Und ebenso muß eine neue Prinzenspange, der Orden des Dreigestirns, hergestellt werden.

Und das nun alles im Kölner Rekord-Karneval. Denn der Zug, der am 10. Februar, dem Rosenmontag, zwei Stunden durch die Stadt zieht, wird zwei Millionen Mark kosten. Er steht unter dem Motto „Fastelovend der Rekorde" und wird sich in einer Länge von fünfeinhalb „Millimetern" (5,5 Kilometer) durch die schunkelnden Menschenmassen winden.

Die sonst so flinken Düsseldorfer, die gerne spöttisch über den närrischen Nachbarn lästern, enthalten sich jeden Kommentars. Mit gutem Grund: Die Serie der Peinlichkeiten im Karneval der Landeshauptstadt füllt inzwischen die Archive. Da gab es die mehr als unglückliche Prinzen-Kandidatur des Juristen Jörg Weck, der gleichzeitig im Majdanek-Verfahren als Verteidiger auftrat. Überboten aber wurde das noch von der abfälligen Bemerkung, mit der der Präsident der „Weißfräcke", Dieter Linssen, die Wahl einer Prinzessin aus der großen japanischen Kolonie torpedierte: Diese Wahl sei eine „Beleidigung für die deutsche Frau". Und 1981 kam es zum Eklat, als Ex-Prinz Klaus Schulze auf der Bühne Judenwitze erzählte.

In Köln hofft man, daß die schnelle Entscheidung des Komitees den Ärger rasch vergessen läßt. Denn Karneval ist eine todernste Sache, vor allem, wenn er so belastet wird.

Berlins Treuegelöbnis für eine heimgekehrte Tochter

Hildegard Knefs Auftritt in der Berliner Philharmonie

KLAUS GEITEL, Berlin

Sie ist schon eine erstaunliche Frau, besessen, unnachgiebig, zielstrebig. Die Jahrzehnte haben ihr offenbar nichts anhaben können. Hildegard Knef steht auf der Bühne der Berliner Philharmonie wie ein hochelegantes Denkmal in der Siegesallee des deutschen Chansons. Das Publikum erhebt sich zu ihren Ehren. Noch bevor es überhaupt losgeht, ist die standing ovation fällig: „Hilde, Hilde" rufen sie gerührt.

Die Knef im hochgeschlossenen silbernen Paillettenkleid mit schwarzer Boa ist gerührt. Mit fast erloschener Stimme gesteht die 60jährige



Schwierigkeiten im Vortrag: Hildegard Knef FOTO: AP

(und man glaubt es ihr): „Es war die schönste Begrüßung, die ich in meinem Leben je erlebt habe." Man trägt sie auf Jubelhänden. Man ist von vornherein aus dem Häuschen, und man bleibt es selbst dann, wenn sich kein Grund dafür ausmachen läßt. Man will der Knef zeigen, wie man sie liebt. Der ganze Abend ist ein schieres Treuegelöbnis: ein Rütli-Schwur am Kreuzberg sozusagen.

In Hildegard Knef verkörpert sich für Berlin mehr als nur eine erfolgreiche, singende Schauspielerin. Der Knef ist es gelungen, über Jahrzehnte hin den Kontakt mit der Stadt ihrer Herkunft zu wahren. Sie hat ihr gehuldigt und ihr wiederum die Stadt.

Als Trümmer-Hilde kroch die Knef einst aus dem Schutt des zerbombten Berlin und setzte das Zeichen, daß es wieder aufwärts ging. Lang, lang ist's her, aber unvergessen ist es dennoch. Die Knef, so sorglos sie auch mit diesem Kapital an Sympathie umging im Verlauf der Jahre, verspielt hat sie es nie. Das zahlt sich jetzt aus.

Anfangs ist sie so bewegt, daß die Show leicht zu torkeln beginnt. Die Conférence ist konfus, weitschweifig, unpointiert. Die ersten Nummern schlingern. Doch bald pendelt sich der Vortrag beruhigend ein. Überdies hat die Knef in Kai Rautenberg, Tom Fowler und Heinz Niemeyer drei glänzende, einfallsfrohe Musiker zur Seite, die nichts aus der Fassung bringen kann. Die Knef macht es ihnen nicht leicht. Wenn man schon nicht singen kann (Ella Fitzgerald sagte das über die Knef), muß man doppelt und dreifach so fleißig üben. Dafür war wohl vor dieser Tournee nicht viel Zeit. Mit der Musikalität jedenfalls steht Hilde auf dem elegantesten Kriegsfuß.

Aber sie dreht mächtig auf. Den Arm senkrecht nach oben gereckt, hat sie sich die Triumphgeste der Dietrich zugelegt, der anderen Alt-Berlinerin, deren Raffinement und stilbildende Kunst die Knef indessen nie erreichte. Sie geht statt dessen der Stadt um den Bart, und das ist in Berlin noch immer herzlich willkommen. Wer Tokio, Spandau und Wien in einem Atemzug zu singen weiß, hat selbst in Charlottenburg noch immer alle Herzen gewonnen. Sie absolviert ein Programm voller Erinnerungen, freilich ohne irgendwelche nostalgischen Ausflüchte. Sie wärmt sich nicht am schönen Gestern. Sie schildert es eher bitter.

Nimmt sie die Stimme zurück, gibt sie sich intim, werden ihre Lieder plötzlich anrührend. Alles, was leise kommt, greift ans Herz. Leider erfolgt dieser Griff nur selten. Meist fällt die Knef lautstark über die eigenen Lieder her. Aber das tut dem Erfolg keinen Abbruch. Selbst in schimmernden französischen Roben ist die Knef die Nationalsängerin der Deutschen geblieben und verkörpert ihre Geschichte als Trümmer-Hilde, Wirtschafts-Wunderkind, Hollywoodstar und immer wieder auch Sünderin. Daß wir wieder was waren auf dem internationalen Jahrmarkt – nicht nur der Eitelkeiten – hat zuallererst und am anhaltendsten Hildegard Knef uns bewiesen.

Perfekt gedrehter Totalschaden. 40 Autos wurden in 750 Sendungen zu Schrott gefahren – immer im Dienste des Zuschauers und seiner Sicherheit FOTOS: KARL LAMBERTIN

TV-Exportschlager: „Der 7. Sinn"

20 Jahre Verkehrserziehung / In Afrika sind Spots auf Schnee und Eis am beliebtesten

Von HEINZ HORRMANN

Mitten in einem entspannenden TV-Abend stockte den Fernsehzuschauern der Atem: Auf dem Bildschirm rasten zwei Jugendliche mit ihren Autos aufeinander zu. Unter dem Titel „Denn sie wissen nicht, was sie tun" flimmerte ein Verkehrserziehungs-Spot aus der Reihe „Der 7. Sinn" in die Wohnzimmer; an diesem Donnerstagabend beschäftigte er sich mit wilden Eskapaden unerfahrener Führerschein-Neulinge. Der Name eines alten James-Dean-Streifens im Vorspann sollte dabei ganz bewußt und aufrüttelnd an tödliche Mutproben mit dem Auto erinnern.

Geplant war die Höchstspannung so allerdings nicht: Bei den Dreharbeiten auf einer abgesperrten Straße sollten zwei Fahrer ihre Autos im allerletzten Moment zur Seite reißen. Die Kameras liefen. Doch plötzlich hatte einer der beiden Protagonisten einen Blackout. Mit 70 Stundenkilometern prallten die Wagen frontal gegeneinander, sie wurden zur Seite geschleudert und überschlugen sich. Der Kameramann auf dem Beifahrersitz filmte geistesgegenwärtig den Crash aus dem Wageninnern und die Fernsehzuschauer sahen später diese spektakulären Aufnahmen. Daß keiner der Beteiligten ernstlich verletzt wurde, war schließlich noch eine überzeugende Werbung für den Haltegurt...

Der Autor und Regisseur der Sendung, Günther Münch, steht in solchen Situationen allerdings stets kurz vor einem Herzinfarkt. 20 Jahre lang – das Jubiläum wird in der nächsten Woche gefeiert – kommt die Verkehrserziehung en miniature donnerstags nach der Politik und vor der Unterhaltung auf den Bildschirm. Günther Münch hat die drei- bis fünfminütigen Spots während der vergangenen 16 Jahre organisiert und abgedreht.

Die Serie wurde von der Deutschen Verkehrswacht initiiert und entwickelte sich zur erfolgreichsten deutschen TV-Produktion. In 55 Länder verkaufte sie der WDR, unter anderem nach Zentralafrika – dort sind jene Spots am beliebtesten, die Rutschpartien und Crashs auf nie erlebtem Schnee und Eis zeigen. 38 deutsche und internationale Auszeichnungen bekam die Sendereihe, unter anderem den Salomon-Preis einer internationalen Jury für Verkehrserziehung und die Goldene Kamera.

Was keine Ehrung wiedergeben kann, ist die verkehrserzieherische Wirkung. Sicher hat Regisseur Münch recht, wenn er davon ausgeht, daß ein Teil der stark reduzier-





Bei den Dreharbeiten immer knapp vorm Herzinfarkt: Autor und Regisseur Günther Münch.

ten Unfallzahlen (1970: 20 000 Tote, 1985: 8500 Tote) auch auf seine Verkehrssendungen zurückgeht.

Wo Zuschauer belehrt werden sollen, müssen sie erst einmal angesprochen und gefesselt werden. Das wird mit wirklichkeitsnahen Szenen am besten erreicht. Aber trotz des Könnens profihafter Stuntmen und trotz aller nur erdenklichen Vorsichtsmaßnahmen, knallt es hin und wieder ungewollt: Rund 40 größtenteils ausgemusterte Autos erlitten während der Dreharbeiten einen Totalschaden.

Eine heikle Szene im Rückspiegel der Erinnerung: Auf einem Bahnübergang steht ein Auto, von rechts rast eine Lok heran. Der Motor stirbt ab. Verzweifelt bemüht sich der Fahrer mit dem Trick, der hier für solche Gefahrensituationen präsentiert werden soll: Gang einlegen, Starter betätigen und von den Schienen hoppeln. Deutlich ist später auf dem Bildschirm zu sehen, wie seine Bewegungen immer hastiger, immer verzweifelter werden. Was die Fernsehzuschauer nicht wissen: Durch die ständigen Proben war die Autobatterie leer. Aus der simulierten Szene war bitterer Ernst geworden – spätestens, als die Lokomotive mit einem fürchterlichen Krach das Heck des Fahrzeugs rammt und es zur Seite schleudert. Im Wrack bleibt der angeschnallte Fahrer wie durch ein Wunder unverletzt. Wochen später schrieben damals Autofahrer an das TV-Team, daß sie sich in ähnlicher Situation an den 7. Sinn erinnert haben und sich mit dem Startertrick von Bahngleisen gerettet hätten.

In solch einem Fall hätte auch die Polizei nicht mehr helfen können, die die Dreharbeiten regelmäßig unterstützt. Kostenlos helfen die Beamten an den vier bis fünf Drehtagen pro Sendung. Da der Etat mit etwa 16 000 Mark pro Sendung klein ist, springen häufig Münchs Nachbarn und Freunde als unbezahlte Statisten ein.

Ganz ohne Ärgernisse geht es allerdings bei aller Begeisterung und trotz Unterstützung der Öffentlichkeit nicht ab. Bei Dreharbeiten am Zebrastreifen rettete Münch und seine Mannen nur die Flucht vor Prügel. Zwei Rentner hatten sich über die mehrfach quietschenden Reifen der TV-Autos so geärgert, daß sie mit ihren Spazierstöcken auf die Fernsehleute losgingen...

Nach 20 Jahren und 750 Sendungen werden die Mitarbeiter des Westdeutschen Rundfunks solche Zwischenfälle nicht mehr erleben: Das WDR-Team wird aufgelöst. Eine private Filmgesellschaft fertigt die Spots zukünftig als Auftragsproduktion.

1,3 Millionen Känguruhs zum Abschuß frei

dpa, Canberra

Australiens Naturschützer fürchten wieder um den Fortbestand des nationalen Wahrzeichens, des Känguruhs. Anlaß zu dieser Sorge hat die Entscheidung der Regierung gegeben, die Abschußquote für die Beuteltiere in diesem Jahr auf 1,3 Millionen Tiere zu erhöhen. Umweltminister Barry Cohen erklärte, daß nach der letzten Dürre etwa 17 Millionen Känguruhs im Land lebten, zwei Millionen mehr als Menschen. Ein Teil des preiswerten und schmackhaften Känguruhfleisches wird nach Europa, Japan und Südostasien exportiert. In australischen Geschäften ist Känguruhfleisch allerdings nur als Tierfutter erhältlich. In Queensland möchte man noch mehr Känguruhs erlegen, als die Bundesregierung in Canberra erlauben will. Vor allem nach langen Trockenzeiten fallen ganze Känguruh-Herden – manchmal bis zu 10 000 Tiere – über Weiden und Felder her und zertrampeln, was sie nicht fressen.

Christiane F. verurteilt

AP, Berlin

Die 23jährige Christiane Felscherinow, die Anfang der 80er Jahre mit ihrem Heroin-Bestseller „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo" zu Weltruhm gelangt war, wurde gestern von einem Berliner Schöffengericht wegen Drogenmißbrauchs zu zehn Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Christiane F. hatte im vergangenen August bei einem unbekannten Dealer in Berlin ein Briefchen Heroin gestohlen.

Wintersport mit Folgen

dpa, Bonn

Wintersportunfälle haben nach einer Untersuchung des HUK-Verbandes oft langwierigere Folgen als Unfälle in anderen Sportarten. Mindestens 165 000 Bundesbürger verunglücken jährlich beim Wintersport so, daß sie längere Zeit ärztlich behandelt werden müssen, teilte die Beratungsstelle für Schadenverhütung des Versicherer-Verbandes gestern mit. 55 Prozent der beim Wintersport Verunglückten sind Männer.

Medikamente erprobt

dpa, Bochum

Ein 45jähriger Internist, der Patienten bei der Erprobung eines noch nicht zugelassenen Medikaments über mögliche Nebenwirkungen im dunkeln gelassen hatte, ist gestern wegen Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten verurteilt worden. Die 8. Große Strafkammer des Bochumer Landgerichts setzte die Strafe allerdings zur Bewährung aus, weil der Arzt „zum Wohle der keineswegs ahnungslosen Patienten gehandelt", als er sich bei einem Pharmakonzern um die Versuchsreihe für ein noch unerprobtes Diabetesmedikament beworben habe.

„Greenpeace" gab auf

dpa, Melbourne

Nur 30 Kilometer vor dem Ziel mußte die internationale Umweltschutzorganisation Greenpeace gestern ihre Expedition in die Antarktis abbrechen. „Wir liegen direkt am Rande des dichten Packeisgürtels, der die Ross-Insel umgibt", meldete Expeditionsleiter Peter Wilkinson über Satelliten-Sprechfunk nach Australien. Ihr Flaggschiff, die „Greenpeace" war zu schwach, um die eisige Umklammerung der Insel zu durchbrechen. Nach Ansicht von Greenpeace droht der Antarktis die Zerstörung der Umwelt unter anderem durch die Mineralien-Ausbeutung der Staaten des Antarktisvertrages.

Tödliche Karate-Schläge

SAD, New York

Der 39jährige Roland Steele ist von einem Schwurgericht im US-Staat Pennsylvania schuldig gesprochen worden, im Sommer vergangenen Jahres drei Frauen zwischen 84 und 88 Jahren durch Karate-Schläge mit der Handkante umgebracht zu haben. Steele wollte sich angeblich in den Besitz eines Wagens einer der Frauen bringen. Das Strafmaß wurde noch nicht verkündet. Im Staate Pennsylvania gilt für Mord noch die Todesstrafe.

Kampf der Mucoviscidose

uhl, Stuttgart

Etwa 4000 Kinder und Jugendliche leiden in der Bundesrepublik Deutschland an Mucoviscidose. Die Erbkrankheit, mit der jährlich bis zu 400 Säuglinge geboren werden, führt zur Zerstörung des Lungengewebes. Noch sei der genetische Defekt unbekannt, der diese häufigste Erbkrankheit der weißen Bevölkerung auslöst, erläuterte der Vorsitzende der in Nürnberg angesiedelten Gesellschaft, Professor Diethelm Kaiser. Trotzdem erreichten heute bereits 80 Prozent der Patienten das 18. Lebensjahr.

ZU GUTER LETZT

„Damals siegte er völlig überraschend mit dem von ihm gezogenen Hengst Permit im Prix d'Amerique." Das „Hamburger Abendblatt" über Walter Heitmann, den Altmeister des deutschen Turfs.

WETTER: Unbeständig

Lage: Randstörungen eines Orkantiefs über dem Nordmeer erfassen vor allem den Süden des Bundesgebietes. Dabei bleibt milde Meeresluft wetterbestimmend.

Vorhersage für Donnerstag: Stark bewölkt bis bedeckt und im Süden länger andauernder, in Norddeutschland schauerartiger Regen. Höchste Temperaturen 5 bis 9, Tiefstwerte nachts 6 bis 2 Grad. Frischer bis starker, im Norden in Böen stürmischer Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten: Wechselhaft mit schauerartigen Niederschlägen, im Norden im Flachland, sonst zunächst nur im Bergland in Schnee übergehend. Zurückgehende Temperaturen

Sonnenaufgang am Freitag: 8.12 Uhr*, Untergang: 16.57 Uhr; **Mondaufgang:** 14.48 Uhr, Untergang: 7.51 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 23. Jan., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Reykjavik, Haparanda, Stockholm, Hamburg, Berlin, London, Frankfurt, Paris, München, Wien, Dubrovnik, Nizza, Rom, Madrid, Lissabon, Malaga, Palma, Tunis

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	5	R
Bielefeld	6	bw
Braunlage	0	bw
Bremen	5	bw
Dortmund	6	he
Dresden	6	bw
Düsseldorf	6	bw
Erfurt	5	he
Essen	5	bw
Feldberg/S.	-4	Gr
Flensburg	4	bw
Frankfurt/M.	7	bw
Freiburg	6	bw
Garmisch	2	bw
Greifswald	4	bw
Hamburg	5	bw
Hannover	5	bw
Kahler Asten	-2	bw
Kassel	4	bw
Kempten	1	bw
Kiel	5	bw
Koblenz	7	bw
Köln-Bonn	7	bw
Konstanz	5	bw
Leipzig	7	he
List/Sylt	4	bw
Lübeck	4	bw
Mannheim	7	bw
München	5	bw
Münster	5	bw
Norderney	4	bw
Nürnberg	6	bw
Oberstdorf	2	S
Passau	1	bd
Saarbrücken	4	bw
Stuttgart	5	he
Trier	6	bw
Zugspitze	-12	S
Ausland:		
Algier	13	bw
Amsterdam	5	bw
Athen	14	he
Barcelona	12	he
Belgrad	7	bw
Bordeaux	11	bw
Bozen	1	bw
Brüssel	6	he
Budapest	6	he
Bukarest	6	he
Casablanca	15	bw
Dublin	9	he
Dubrovnik	10	bd
Edinburgh	8	R
Faro	15	he
Florenz	11	bd
Genf	5	bw
Helsinki	1	Sp
Hongkong	15	bd
Innsbruck	1	bw
Istanbul	9	he
Kairo	20	he
Klagenfurt	-3	he
Konstanza	7	he
Kopenhagen	4	he
Korfu	12	bd
Las Palmas	19	bw
Leningrad	2	bd
Lissabon	13	he
Locarno	6	he
London	7	R
Los Angeles	13	bd
Luxemburg	3	bw
Madrid	9	he
Mailand	4	bd
Malaga	14	he
Mallorca	13	he
Moskau	-8	bd
Neapel	14	bw
New York	-4	bd
Nizza	13	he
Oslo	-3	bw
Ostende	6	bw
Palermo	15	he
Paris	7	bw
Peking	4	wl
Prag	4	bw
Rhodos	16	he
Rom	11	bw
Salzburg	6	bw
Singapur	–	–
Split	13	bw
Stockholm	-1	S
Straßburg	9	he
Tel Aviv	12	bd
Tokio	9	he
Tunis	15	he
Valencia	14	he
Varna	10	he
Venedig	6	bw
Warschau	4	bw
Wien	3	bw
Zürich	5	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

